



universität
wien

MAGISTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Magisterarbeit / Title of the Master's Thesis

Die Situation der Pressefreiheit in Österreich

Eine Annäherung über die Innenperspektive
österreichischer Journalist_innen

verfasst von / submitted by

Angela Pfalz, Bakk. phil.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 033 641

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Publizistik und Kommunikationswissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Ao. Univ. Prof. Dr. Friedrich Hausjell

Danksagung

Die Bildung zu genießen, die man für sich ausgesucht hat, ist leider immer noch ein Privileg. Ich danke meinen Eltern, dass sie mir die Möglichkeit geschenkt haben, mein Studium frei auszuwählen. Ihre Unterstützung ist der Grund, weshalb ich heute vor dem erfolgreichen Abschluss dieses Studiums stehe.

Danken möchte ich auch meinen Kollegen Bernt Baumgartner und Thomas Weisch, die mir im Beruf den Rücken freigehalten haben. Ohne ihr Verständnis und ihre Hilfsbereitschaft wäre diese Arbeit nicht zustande gekommen.

Weiters danke ich meiner Freundin Michaela Udulutsch für ihre Hilfe beim Korrekturlesen.

Es gibt im Leben kein größeres Geschenk als eine Schwester. Ich danke Katrin Pfalz für ihre Unterstützung in den Monaten, in denen diese Arbeit entstanden ist sowie für das abschließende Lektorat.

Mein ganz besonderer Dank gilt meinem Betreuer, Univ.-Prof. Dr. Friedrich Hausjell, der stets alle meine Fragen beantwortet hat und dessen Hilfestellungen den Fortschritt dieser Arbeit vorangetrieben haben.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
2. Erkenntnisinteresse	8
2.1. Kommunikationswissenschaftliche Relevanz	9
2.2. Forschungsfragen	10
2.3. Aufbau der Arbeit	10
3. Begriffsklärungen	11
3.1. Massenkommunikation und Massenmedien	11
3.2. Öffentlichkeit und öffentliche Meinung	12
4. Die Massenmedien aus systemtheoretischer Perspektive	13
4.1. Die Realität der Massenmedien nach Niklas Luhmann	13
4.2. Die Funktion der Massenmedien	14
4.2.1. Die herrschaftliche Funktion der Massenmedien	16
5. Medien und Politik	17
5.1. Forschungsansätze zum Verhältnis von Medien und Politik	17
5.1.1. Das Verhältnis von Medien und Politik als politikwissenschaftliches Modell	20
6. Journalismus	21
6.1. Journalistisches Selbstverständnis	21
6.2. Verantwortung im Journalismus	23
7. Strategien der Politikvermittlung	24
7.1. Politische Öffentlichkeitsarbeit	25
7.2. Propaganda	26
8. Der digitale Umbruch	26
8.1 Manipulation im Netz	28
8.1.1 Gegenstrategien	28
9. Die Presse in Österreich	29
9.1. Geschichte der Pressefreiheit in Österreich	29
9.2. Die österreichische Medienlandschaft	31
9.2.1. Der ORF	31
9.2.2. Mediaprint	31

9.2.3. Weitere Medienunternehmen und Mediennutzung	32
9.3. Angriffe auf Presse und Journalist_innen	33
10. Empirische Untersuchung	35
10.1. Datenerhebung	35
10.1.1. Das Leitfadeninterview	35
10.1.2. Auswahl der Interviewpartner_innen und Datenerfassung	37
10.1.3. Der Interview-Leitfaden	38
10.1.4. Transkription.....	41
10.2. Auswertung.....	42
10.2.1. Die qualitative Inhaltsanalyse	42
10.2.2. Die inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse	42
10.2.3. Kategoriensystem.....	43
10.2.4. Forschungsbericht.....	44
10.3. Einzelauswertung	45
10.3.1. Interview 1 – Martina Salomon	45
10.3.2. Interview 2 – Anneliese Rohrer	47
10.3.3. Interview 3 – Corinna Milborn.....	51
10.3.4. Interview 4 – Armin Wolf.....	55
10.3.5. Interview 5 – Katja Winkler	60
10.3.6. Interview 6 – Claus Pándi.....	63
10.3.7. Interview 7 – Thomas Götz.....	68
10.3.8. Interview 8 – Florian Klenk	71
10.4. Ergebnisse.....	74
10.5. Conclusio.....	95
10.6. Ausblick	96
10.7. Limitationen	97
11. Quellenverzeichnis	98
11.1. Literaturverzeichnis.....	98
11.2. Internetquellen.....	104
12. Abbildungsverzeichnis.....	105
I. Anhang	106
I. I. Interview 1	106
I. II. Interview 2	108
I. III. Interview 3	115

I. IV. Interview 4	122
I. V. Interview 5	131
I. VI. Interview 6	140
I. VII. Interview 7	150
I. VIII. Interview 8	160
I. IX. Codierung	164
II. Abstract.....	211

1. Einleitung

"Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien." (Luhmann 1996: 9)

Kaum ein Satz wird in der Kommunikationswissenschaft so oft zitiert wie die These Luhmanns, die seine Überlegungen zur „Realität der Massenmedien“ einleitet. Die Massenmedien stellen Öffentlichkeit her, sie prägen unsere Wahrnehmung, sie bestimmen in einem hohen Grad worüber wir nachdenken, übernehmen Themenauswahl, deren Gewichtung und mediale Aufbereitung. Folglich ist den Massenmedien ein gewisses Machtpotenzial inhärent. In einer liberalen Demokratie übernehmen sie eine Kontrollfunktion, sie haben ein wachsames Auge auf politische Entscheidungen und Handlungen. In den falschen Händen verkommen sie zum Propagandawerkzeug der Autorität oder werden durch Repressalien handlungsunfähig gemacht. Die Situation der Pressefreiheit lässt somit einen Rückschluss auf die jeweilige Regierungsform und über deren Ausprägungsgrad zu. Umso nachdenklicher sollte man ob des im April 2019 „Press Freedom Index“ der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ zur Situation der Pressefreiheit in Österreich werden. Die Organisation konstatiert eine „massive Verschlechterung“ der Pressefreiheit. Österreich rutschte vom elften auf den 16. Platz und verlor seinen Status als „Land mit „guter“ Pressesituation“. Diese wurde nur noch für „ausreichend“ befunden. „Reporter ohne Grenzen“ begründete das Abrutschen mit den zum Teil persönlichen Angriffen, insbesondere der damaligen Regierungspartei FPÖ, auf Journalist_innen.

Zwar wurde das Ergebnis der Untersuchung in den Medien transportiert, der Aufschrei war jedoch schnell verstummt. Als am 17. Mai das „Ibiza-Video“ an die Öffentlichkeit gelangte, erfolgte ein Bruch im politischen System des Landes. Vizekanzler Heinz-Christian Strache, dessen Aussagen auf Ibiza für viele einem Offenbarungseid glich, musste zurücktreten. In der Folge verließen alle FPÖ-Minister die Regierung. Dem von Sebastian Kurz daraufhin installierten Expertenkabinetts wurde nur kurze Zeit später das Misstrauen ausgesprochen.

Die aktuelle Übergangsregierung unter Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein agiert im Umgang mit Medien zurückhaltend. Sie sieht ihre vorwiegende Aufgabe in der Verwaltung. Die vorliegende Arbeit entstand in einer politischen Phase, die für die Zweite Republik ein Novum darstellte. Im Wahlkampfgetöse und nicht zuletzt ob der Aufdeckungen der Wochenzeitung „Falter“ im Bezug auf die ÖVP-Wahlkampfkosten behielt das Thema der Pressefreiheit dennoch durchgehend seine Aktualität.

2. Erkenntnisinteresse

Die unter der ÖVP-FPÖ-Regierungszeit in den Medien dokumentierten Angriffe auf österreichische Journalist_innen lieferten den Anstoß für die vorliegende Arbeit. Die Bestandsaufnahme der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ liest sich alarmierend. Zwar steht Österreich im Vergleich zu vielen anderen Ländern noch gut da, der Anspruch an eine freie Presse, die beinhaltet, dass Journalist_innen ihre Arbeit machen können, ohne dass sie unter Druck gesetzt werden oder Drohungen erfahren müssen, sollte in einem Land, das auf vielen Ebenen beansprucht, zu den fortschrittlichsten der Welt zu gehören, aber selbstverständlich sein.

„Auswirkung vor der Angst vor persönlichen Angriffen ist vor allem eines: Selbstzensur und folglich weniger kritische Berichterstattung. Die Effekte des neuen Feindbildes Journalist sind tiefgreifend und vermutlich langanhaltender als die Regierung selbst.“ (Reporter ohne Grenzen 2019)

Die Thematik aufgreifend, rückt die vorliegende Arbeit die Journalist_innen in den Fokus des Interesses. Sie geht den Fragen nach, wie diese die Situation der Pressefreiheit empfinden, ob und welche Einschränkungen sie in ihrer beruflichen Arbeit erleben und erlebt haben und macht sich auf die Suche nach etwaigen Lösungsansätzen. Für die Untersuchung wurden Interviews mit österreichischen Journalist_innen geführt und inhaltsanalytisch ausgewertet.

2.1. Kommunikationswissenschaftliche Relevanz

Der „Press Freedom Index“ der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ erscheint einmal jährlich mit den jeweiligen Bezugsdaten auf das vorangegangene Jahr. Insgesamt bildet das 2019 erschienene Ranking 180 Staaten ab. Die Forscher_innen stützen sich dabei auf Expert_innenbefragungen in den jeweiligen Ländern, die anhand eines Punkteschemas beurteilt und ausgewertet werden.

In der kommunikationswissenschaftlichen Forschung finden sich vorwiegend Arbeiten, die die Pressesituation in autoritären Systemen untersuchen. Zwar ist das Verhältnis zwischen Medien und Politik ein, sowohl seitens der Publizistik- als auch seitens der Politikwissenschaft viel beachtetes, die Auswirkungen auf die Pressefreiheit und die daraus resultierenden Folgen werden aber nur rudimentär behandelt. Gerade die jüngsten Entwicklungen, gepaart mit dem technologischen Fortschritt und der damit verbundenen Herausforderungen, sollten Anlass geben, die Situation regelmäßig zu evaluieren, die Ursachen etwaiger Missstände zu benennen, nach Lösungen zu suchen und damit zur Bewusstseinsbildung beizutragen.

Fasel (2012: S. 159) erarbeitete fünf Thesen zur Zukunft des Qualitätsjournalismus, die als Bezugspunkt für die empirische Untersuchung fungieren. Demnach müsse sich Journalismus wieder mehr auf sein „Handwerks-Können“ konzentrieren, um seine unverzichtbare Rolle in der Gesellschaft aufrecht zu erhalten. In der „De-Professionalisierung des Bürgerjournalismus im Netz“ sieht Fasel keine Gefahr, da dieser nicht mit gut aufbereiteter Berichterstattung im Sinne der journalistischen Ethik mithalten könne. Fasel verortet hingegen den Wunsch der Rezipient_innen nach kompetenter Information. Diese könne nur der Journalismus liefern, wofür die Nutzer auch gerne bereit wären zu zahlen. Professioneller Journalismus dürfe sich zudem nicht durch „die fehlende Kompetenz des Journalismus korrumpieren lassen“ und müsse öffentlich offensiver auftreten und seinen Wert für die Gesellschaft herausstreichen. Dazu sei es nötig, die Preise für das journalistische Angebot zu erhöhen, um den gesteigerten Aufwand weiterhin betreiben zu können.

Schließlich, so fordert Fasel, sei es notwendig, „die Spreu vom Weizen zu trennen“. Ähnlich dem hippokratischen Eid der Ärzte müssen Journalist_innen in die Pflicht genommen werden oder einer „Handwerksprüfung“ unterzogen werden.

Im Hinblick auf die politische Situation in Österreich, die in den letzten Jahren ein verstärktes Aufkommen des Rechtspopulismus erlebt hat, sowie auf die rasante Entwicklung der digitalen und Sozialen Medien, sind neue Erkenntnisse aus kommunikations-, wie auch aus politikwissenschaftlicher Sicht von besonders großer Relevanz.

2.2. Forschungsfragen

FF1: Wie beurteilen österreichische Journalist_innen die Situation der Pressefreiheit in Österreich?

FF2: Mit welchen Herausforderungen hat der Journalismus in Österreich im Allgemeinen zu kämpfen?

FF3: Wie wirkt sich die Situation auf den Berufsalltag der Journalist_innen aus?

FF4: Welche Lösungsansätze gibt es, um die Situation der Pressefreiheit in Österreich zu verbessern?

2.3. Aufbau der Arbeit

Nachdem das Erkenntnisinteresse definiert und die Forschungsfragen herausgearbeitet wurden, setzt sich die Arbeit mit dem theoretischen Bezugsrahmen des Untersuchungsgegenstandes auseinander. Dafür werden im folgenden Kapitel wichtige Begrifflichkeiten diskutiert, die eine spätere Einordnung möglich machen. Im Anschluss nähert sich die Arbeit über systemtheoretische Aspekte der Funktion der Massenmedien. Kapitel fünf beschäftigt sich mit dem Verhältnis von Medien und Politik und beleuchtet die in der wissenschaftlichen Forschung relevanten Ansätze. Dies geschieht sowohl

aus kommunikations-, als auch aus politikwissenschaftlicher Sicht. Darauf folgt eine Auseinandersetzung mit Journalismus im Allgemeinen sowie mit journalistischen Rollenbildern. Im Zentrum des Interesses steht dabei das journalistische Selbstverständnis österreichischer Journalist_innen. Kapitel sechs wendet sich der politischen Kommunikation zu. Dabei wird auch die Grenze zwischen legitimer politischer Öffentlichkeitsarbeit und Propaganda gezogen. Mit diesen Konzepten im Hinterkopf wird im Anschluss der digitale Strukturwandel im Mittelpunkt stehen. Dabei wird besonders auf aktuelle Forschungserkenntnisse und die Folgen der Manipulationsformen und -möglichkeiten im Internet Bezug genommen, gleichzeitig werden die Lösungsansätze der Forscher_innen besprochen. Kapitel neun gibt einen kurzen Abriss über die Geschichte der Pressefreiheit in Österreich und bietet danach einen Überblick über die österreichische Medienlandschaft sowie das Nutzungsverhalten der Rezipient_innen. Die empirische Untersuchung ist Gegenstand von Kapitel zehn. Nach Klärung der Datenerhebung und der methodischen Vorgehensweise erfolgt die Auswertung des Interviewmaterials. Im Zuge der Forschung wurden Interviews mit österreichischen Politikjournalist_innen geführt. Nach der inhaltsanalytischen Auswertung folgt die Auseinandersetzung mit den Forschungsfragen und die Interpretation der gewonnenen Ergebnisse. Die Arbeit endet mit den Limitationen und einem Ausblick auf mögliche weitere Forschungsfelder.

3. Begriffsklärungen

3.1. Massenkommunikation und Massenmedien

Vor der wissenschaftlichen Einordnung des Phänomens Massenmedien und ihrer Funktion(en) empfiehlt sich eine kurze Auseinandersetzung mit dem Begriff der Massenkommunikation. Maletzke beschreibt Massenkommunikation als

„jene Form der Kommunikation, bei der Aussagen öffentlich (also ohne begrenzte oder personell definierte Empfängerschaft) durch technische Verbreitungsmittel (Medien) indirekt (also bei räumlicher oder zeitlicher oder raumzeitlicher Distanz zwischen den Kommunikationspartnern) und

einseitig (also ohne Rollenwechsel zwischen Aussagendem und Aufnehmendem) an ein disperses Publikum (im soeben erläuterten Sinn) vermittelt werden“ (Maletzke 1978: 32)

Die Verbreitung von Massenkommunikation setzt also technische Mittel voraus. Massenkommunikation wird damit durch Massenmedien überhaupt erst möglich. (vgl. Burkart ebd.: S. 171)

„Massenmedien [...] sind all jene Medien, über die durch Techniken der Verbreitung und Vervielfältigung mittels Schrift, Bild und/oder Ton optisch bzw. akustisch Aussagen an eine unbestimmte Vielzahl von Menschen vermittelt wird. (ebd.)“

Schreiber gibt zu bedenken, dass eine rein technische Definition den Massenmedien nicht gerecht wird. Vielmehr gelte es, deren Rolle im sozialen Prozess, eben in jenem der Massenkommunikation, zu verdeutlichen (vgl. ebd.: S. 172).

3.2. Öffentlichkeit und öffentliche Meinung

Sarcinelli definiert Öffentlichkeit über die „res publica“. Eine Sache ist demnach dann öffentlich, wenn sie alle angeht (vgl. Sarcinelli 2011, S. 55). Jäckel nähert sich der Begriffsbestimmung über die Voraussetzung für Öffentlichkeit. Sie ist dann gegeben, wenn ihre Aktionen von einem Publikum wahrgenommen werden können (vgl. Jäckel 2008: S. 235). Öffentlichkeit ist in der Regel an die Massenmedien gekoppelt. Eine Sache wird damit einem „dispersen Publikum“ zugänglich gemacht (vgl. Maletzke 1978: S. 32). Luhmann, der im nächsten Kapitel mit der Auseinandersetzung der Realität und der Funktion der Massenmedien eine prominente Rolle spielt, beschreibt Öffentlichkeit über deren Thematisierungsfunktion. Luhmann ordnet Öffentlichkeit innerhalb seiner Systemtheorie als „gesellschaftsinterne Umwelt der gesellschaftlichen Teilsysteme“ ein (Luhmann, 1996: S. 187).

Öffentliche Meinung ist weder gleichzusetzen mit veröffentlichter Meinung, noch als Summe von vielen Einzelmeinungen zu verstehen. Öffentliche Meinung entsteht aus öffentlicher Kommunikation und bildet zugleich die Notwendigkeit für Anschlusskommunikation (vgl. Jäckel 2008: S. 245). Öffentliche Meinung ist damit „ein kollektives Produkt von Kommunikationen“ (Neidhardt 1994: S. 26, zit. n. Sarcinelli 2011: S. 55¹)

4. Die Massenmedien aus systemtheoretischer Perspektive

4.1. Die Realität der Massenmedien nach Niklas Luhmann

Niklas Luhmann definiert Massenmedien über ihre „real ablaufenden Operationen, mit denen das System sich selbst und seine Differenz zur Umwelt reproduziert“ (Luhmann 1996: S. 14). Im Zuge seiner Auseinandersetzung mit der „Realität der Massenmedien“ beschreibt Luhmann die Tätigkeit der Massenmedien als Sequenz „von beobachtenden Operationen“. Hier kommt es durch das Beobachten erster und zweiter Ordnung zu einer Realitätsverdoppelung. Die Beobachtung erster Ordnung meint das Beobachten mit Bezug auf den Beobachter selbst, die Beobachtung zweiter Ordnung bezieht sich auf die beobachtete Realität. Demnach müssen Massenmedien zwischen Selbst- und Fremdreferenz unterscheiden (vgl. ebd.: S. 14 ff.). Hier stößt Luhmann auf ein Problem, das allen konstruktivistischen Ansätzen zugrunde liegt: Denn wenn Massenmedien zwischen Selbst- und Fremdreferenz unterscheiden, müssen sie selbst Realität konstruieren, „und zwar im Unterschied zur eigenen Realität noch eine andere.“ (ebd.: S. 16) Dies bedeutet aber nichts anderes, als dass jegliche Erkenntnis doch nur wieder eine Konstruktion ist (vgl. ebd.). So verwundert es nicht, dass auch Burkart zu dem Befund kommt, dass massenmediale Berichterstattung die Realität nicht abbilden kann (vgl. Burkart 2002: S. 275). Noch deutlicher formuliert es Schulz, der nach eingehender Beschäftigung mit der Forschungsliteratur zum Schluss kommt, dass von der Medienrealität nicht auf die realen Gegebenheiten geschlossen

¹ Sarcinelli, Ulrich: Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System. 3., erweiterte und überarbeitete Auflage. Wiesbaden, 2011.

werden kann. (vgl. Schulz 1997: S. 56) Luhmann löst dieses scheinbare Dilemma mit seiner These des „operativen Konstruktivismus“, der die Welt als „Horizont“ versteht. Da dieser nicht erreicht werden kann, ist es vonnöten, Realität zu konstruieren. Realitätsverdoppelung bedeutet damit, dass wir in der Lage sind, die Konstruktion der Welt durch (einen) Beobachter selbst zu beobachten (vgl. Luhmann 1996: S. 18 f.). Allerdings stellt Luhmann die berechtigte Frage, wie es möglich ist,

„Informationen über die Welt und über die Gesellschaft als Informationen über die Realität zu akzeptieren, wenn man weiß, wie sie produziert werden?“ (ebd: S. 215)

Die bei Luhmann beschriebene Problematik des Konstruktivistischen ergibt sich bereits aus der Definition der Massenmedien selbst. Hinzu kommt, dass Massenmedien laut Luhmann die systeminterne Problematik aufweisen, die öffentliche Meinung zu manipulieren (vgl. ebd: S. 81). Von außen sei eine solche Manipulation jedoch kaum ausfindig zu machen. Der Frage, welchen Einflüssen oder Manipulationen massenmediale Berichterstattung konkret ausgesetzt ist, nähert sich die Arbeit in einem nächsten Schritt über eine genaue Betrachtung der Funktion der Massenmedien.

4.2. Die Funktion der Massenmedien

Berghaus sieht die Funktion der Massenmedien in Anlehnung an Luhmann darin, „Orientierungswissen über die Realität bereit zu stellen“ (Berghaus 2003: S. 187). Massenmedien konstruieren also Realität und schaffen dabei ein „Hintergrundwissen“. An dieses schließen später weitere Kommunikationen an (vgl. ebd: S. 242). Ähnlich beschreibt es Eckoldt, der sich ebenfalls auf den systemtheoretischen Ansatz bezieht. Demnach besteht die Funktion der Massenmedien „nicht in der Gesamtheit der jeweils aktualisierten Information [...], sondern in dem dadurch erzeugten Gedächtnis“ (Eckoldt 2007: S. 170). Die Begriffe Hintergrundwissen und Gedächtnis können hier synonym verwendet werden. Beide meinen nämlich schlicht die Voraussetzung für Folgekommunikationen. Auch Reinhardt und Jäckel blasen in dasselbe Horn. Sie

sprechen davon, dass „kollektive Wissensbestände *unterstellt* werden können, auf deren Basis Alltagskommunikation Fuß fassen kann“ (Reinhardt/Jäckel 2005: S. 102).

Während in theoretischen Überlegungen zur Funktion der Massenmedien die Herstellung von Öffentlichkeit eine zentrale Rolle einnimmt, stößt sich Luhmann an dieser Formulierung. Für ihn besteht die Funktion nicht in der Herstellung selbst, sondern darin, der Öffentlichkeit eine Form zu geben, sie also zu repräsentieren. Den Bezugspunkt stellen jeweils andere gesellschaftliche Teilsysteme her. Im Zusammenhang mit öffentlicher Meinung ist hier speziell das der Politik anzuführen (vgl. Berghaus 2003: 256). Pürer spricht in seinen Ausführungen hingegen sehr wohl von einer Herstellung von Öffentlichkeit. Genau genommen sind für ihn die klassischen Massenmedien

„unverzichtbare Instrumente, um unabhängig von staatlichen Einflüssen und in vielfältiger Weise Öffentlichkeit über bedeutende Vorgänge in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur herzustellen“ (Pürer 2002: S. 277).

Steinmaurer schließt sich dieser Sichtweise an. Durch die Herstellung von Öffentlichkeit entstehe „ein Forum für eine funktionierende Demokratie“ (Steinmaurer 2012: S. 5). Die Massenmedien übernehmen in einem pluralistischen System zugleich eine Kontrollfunktion, die für Pürer deren „öffentliche Aufgabe“ darstellt. Als „Träger der öffentlichen Meinung“ schaffen sie Öffentlichkeit und Transparenz. Folglich beeinflussen Massenmedien auf erhebliche Weise die politische Meinungsbildung (vgl. Pürer 2002: S. 277 f.).

Für Ronneberger spielen die Massenmedien neben der Familie die wichtigste Rolle bei der Sozialisation (vgl. Donsbach 1982: S. 41 f., vgl. hierzu auch Ronneberger 1971: S. 43). Burkart bezieht sich auf Ronneberger, wenn er festhält, dass, fragt man nach den Funktionen von Massenkommunikation, die jeweiligen sozialen Umweltsysteme entscheidend sind. Burkart teilt diese Umwelt in ein „soziales“, ein „politisches“ und ein „ökonomisches System“. (vgl. Burkart 2002: S. 383)

Zu den sozialen Funktionen zählt Burkart die hier bereits kurz angesprochene „Sozialisationsfunktion“, die „soziale Orientierungsfunktion“, die „Rekreatationsfunktion“ sowie die „Integrationsfunktion“. In die Liste der politischen Funktionen reihen sich das „Herstellen von Öffentlichkeit“, die „Artikulationsfunktion“, die „politische Sozialisations- bzw. Bildungsfunktion“ sowie die „Kritik- und Kontrollfunktion“. Im ökonomischen System erbringen Massenmedien die „Zirkulationsfunktion“, die „regenerative Funktion“ sowie die „herrschaftliche Funktion“. Schließlich führt Burkart noch die „Informationsfunktion“ an, die keinem der drei Systeme zuzuordnen ist, da sie diese in allen Systemen erbringt (vgl. Burkart ebd: 382 ff.)

Wie bereits erwähnt bilden Luhmann zufolge Information und Nicht-Information den Code im System der Massenmedien. Eckoldt übt an dieser Stelle Kritik. Vielmehr als um die Unterscheidung zwischen Information und Nicht-Information, gehe es um Aktualität (vgl. Eckoldt 2007: 170 f.). Die Funktion der Massenmedien sei demnach die „kommunikative Bereitstellung von Aktualität“ (ebd: S. 171).

Ein erster Schritt im massenmedialen Prozess ist die Selektion von Informationen. Luhmann gibt zu bedenken, dass hierbei automatisch ein Motivverdacht vorliegt. Auf der Mitteilungsseite entsteht die Frage nach den Gründen für die Kommunikation. Luhmann zieht den Schluss, dass Massenmedien die öffentliche Meinung unweigerlich manipulieren (vgl. Luhmann 1996: 77 f.):

„Es mag sein, daß alles zutrifft, was sie schreiben oder senden, aber das beantwortet nicht die Frage: wozu? Es mag ihnen um geschäftlichen Erfolg gehen, oder um die Förderung ideologischer Optionen, um Stützung von politischen Tendenzen, um eine Erhaltung des gesellschaftlichen status quo [...]. Die Massenmedien scheinen ihre eigene Glaubwürdigkeit zugleich zu pflegen und zu untergraben“ (ebd: 78 f.).

4.2.1. Die herrschaftliche Funktion der Massenmedien

Den oben genannten Funktionen der Massenmedien ist gemein, dass sie allesamt zur Legitimation der gesellschaftlichen Ordnung beitragen. Holzer führt daher den Begriff der „herrschaftlichen Funktion“ der Massenmedien ein (vgl. Burkart 2002: 402). An dieser Stelle und weil die vorliegende Arbeit dem Thema Pressefreiheit gewidmet ist, empfiehlt sich ein Vergleich monistischer und pluralistischer Systeme. Eine Unterscheidung der Rolle der Massenmedien in den jeweiligen Systemen hat Pürer vorgenommen: Während in monistischen Systemen Gewaltenkonzentration vorherrscht, kommt in pluralistischen Systemen der Grundsatz der Gewaltenteilung zum Tragen. In monistischen Systemen nehmen Medien eine staatliche Funktion wahr. Pürer bezeichnet sie als „den verlängerten Arm des Staates“ (Pürer 2002: S. 281). Sie sind, anders als in pluralistischen Systemen, an die Weisungen der Staatsorgane gebunden. Während in westlich geprägten Demokratien der Zugang zum Beruf des Journalisten grundsätzlich frei ist, gibt es in monistischen Systemen klare und strikte Regeln. Zuletzt sind Nachrichten in pluralistischen Systemen frei von Zensur, die Themenauswahl und -gestaltung obliegt den Journalisten selbst, während in monistischen Systemen Nachrichten den bereits erwähnten Weisungen von oben unterliegen. (vgl. ebd.) Die „herrschaftliche Funktion“ der Massenmedien schafft also, unabhängig von der jeweils vorherrschenden Staatsform, Legitimität für ebendiese. In freiheitlichen Demokratien ist die öffentliche Aufgabe der Massenmedien zudem integraler Bestandteil der Gesetzgebung und der Rechtsprechung. (vgl. Löffler, 1966, Vorwort) Die kommunikationswissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Verhältnis zwischen Medien und Politik soll im folgenden Kapitel näher dargestellt werden.

5. Medien und Politik

5.1. Forschungsansätze zum Verhältnis von Medien und Politik

Jarren et al. werteten bisherige Untersuchungen zum Verhältnis von Medien und Politik aus und konstatieren drei Forschungsstränge. In einem ersten gehe es um die „Formen und Inhalte massenmedialer Politikvermittlung“ (Jarren et al 1996: S. 15) Der zweite beschäftigt sich mit den Strategien der politischen Akteure und Forschungsstrang drei rückt die Rezeption und Folgen der Politikvermittlung

durch Massenmedien in den Blickpunkt (vgl. ebd: S. 15 f.). Für die weitere Arbeit erscheint vor allem Punkt zwei besonders relevant. Ihm kommt daher eine nähere Betrachtung zu. Die Forschungen unter diesem Strang beschäftigen sich mit der Frage der (möglichen) Instrumentalisierung, sei es von Medien durch Politik oder umgekehrt. Jarren et al. teilen die Untersuchungsergebnisse in drei verschiedene Paradigmen auf:

- Das „Autonomie-Paradigma“ geht von einer Unabhängigkeit der Medien von der Politik,
- das „Instrumentalisierungs-Paradigma“ von einer Einseitigkeit (entweder der Medien von der Politik oder umgekehrt) und
- das „Symbiose-Paradigma“ von wechselseitigen Abhängigkeiten aus (vgl. ebd: S. 20).

Das Autonomie-Paradigma unterscheidet zwischen dem Neutralitäts- und dem Interpretationsansatz. Ersterer besagt, dass die Massenmedien die Realität unverzerrt abbilden können. Der Interpretationsansatz verwehrt sich gegen diese Sicht. Die Funktion der Medien besteht vielmehr aus der Selektion der Ereignisse sowie deren weiterer Verarbeitung. Aus diesen Arbeitsschritten ergibt sich infolge die „Medienrealität“. Die Selektion orientiert sich dabei an den Nachrichtenwerten (vgl. ebd: S. 20 f).

Das Instrumentalisierungs-Paradigma postuliert eine Abhängigkeit und unterscheidet hierbei das „Konzept der schwachen Medien“ von dem der „starken Medien“. Das „Konzept der schwachen Medien“ geht davon aus, der starke Einfluss der Politik führe zu einem Autonomieverlust der Medien. Dies betrifft ob seiner Strukturen vor allem den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Hingegen sieht das „Konzept der starken Medien“ einen Legitimitätsverlust des politischen Systems (vgl. ebd: 21). Bei Schulz finden sich die Bezeichnungen „Dependenzthese“ und „Instrumentalisierungsthese“. Die Dependenzthese geht von der Abhängigkeit der Politik gegenüber den Medien aus. Die Aufgabe der Massenmedien ist dabei eine „dienende“. Anders bei der Instrumentalisierungsthese, die eine Abhängigkeit der Medien gegenüber der

Politik unterstellt und deren Vertreter den Medien in erster Linie eine Kontrollfunktion zuweisen. Die vorwiegende Aufgabe besteht darin, Informationen für die Bevölkerung bereitzustellen und damit eine Grundlage für die politische Meinungsbildung zu ermöglichen (vgl. Schulz 1997: S. 24 f.) Schulz spricht in diesem Zusammenhang nur von einem scheinbaren Widerspruch der beiden Thesen. Dieser entstehe

„aus der Verabsolutierung nur eines der beiden Grundprobleme der parlamentarischen Demokratie, nämlich der Sicherung staatlicher Herrschaft und der Autonomie der Medien“ (ebd: S. 27)

Das Symbiose-Paradigma ordnet wechselseitige Abhängigkeiten zwischen dem massenmedialen und dem politischen System. Konkurrenz besteht hier nur innerhalb des jeweiligen Systems, entweder um die Aufmerksamkeit der Medien oder um (exklusiven) Zugang zu Themen und Informationen (vgl. Jarren et al 1996: S. 22). Wiewohl die Abhängigkeit unterschiedlich stark ist. Während Medien zum Teil auch ohne Informationen aus politischen Kreisen auskommen können, der Ausschluss von Exklusivinformationen eine existenzielle Bedrohung darstellt, sind Politiker auf die Darstellung in den Medien angewiesen. (vgl. Kepplinger 2009: S. 14 f.) Zwar spielen mittlerweile eigene Verbreitungskanäle der Politik eine große Rolle, aber gerade auf die Reichweite des Rundfunks, allen voran der öffentlich-rechtlichen Einrichtungen, will die Politik nicht verzichten.

Die unterschiedlichen Zugänge veranschaulichen die Vielschichtigkeit des Verhältnisses von Medien und Politik. Doch stellt sich die Frage, welcher Ansatz in der Gegenwart der vorherrschende ist. Einen ersten Anhaltspunkt liefert Steinmaurer, wenn er meint, dass „von einer stark prägenden Wirkung der Medien auf die Politik“ auszugehen ist (Steinmaurer 2012: S. 6). Die Politik strebt nach der Aufmerksamkeit des Publikums. Um diese zu erreichen, muss sie sich an den Logiken des Mediensystems orientieren (vgl. ebd.). Ähnlich beschreibt es der ehemalige Chefredakteur der Berliner Zeitung, Uwe Vorkötter:

„Rationale Politik muss mediengerecht handeln. Die Medien haben Einfluss durch ihre Auswahlfunktion. Sie haben Einfluss auf politische

Karrieren und darauf, wer überhaupt als Politiker zur Kenntnis genommen wird.“ (Vorkötter 2007: S. 13)

Folgt man Vorkötters weiteren Ausführungen, kann man auf ein „Konzept der starken Medien“ schließen. So sei Politik bis zu einem gewissen Maße auf die Medien angewiesen. Denn, so konstatiert Vorkötter: „Ohne Medien findet Politik letztlich nicht statt“ (ebd: S. 17). Dazu ist zu sagen, dass Politik bzw. politische Parteien heute vor allem über die Sozialen Medien eigene Verbreitungskanäle aufgebaut haben. Dennoch sind die klassischen Massenmedien nach wie vor eine wichtige Vermittlungsinstanz. Vorkötter sieht die Medien in einer Mittlerrolle zwischen der Politik und dem Publikum. (vgl. ebd.).

Zum Abschluss sei noch auf Kaase verwiesen, der in der Vermittlungsleistung der Massenmedien eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren der Demokratie sieht. Luhmann zufolge erbringen gesellschaftliche Teilsysteme Leistungen für die jeweils anderen Systeme und grenzen sich dadurch von diesen ab. Im Falle der Massenmedien ist es jene Vermittlungsleistung zwischen der Politik und den anderen Teilsystemen. Ändert sich das Verhältnis zwischen Medien und Politik, zieht das auch Konsequenzen für die Demokratie nach sich. (vgl. Kaase 1998: S. 50)

5.1.1. Das Verhältnis von Medien und Politik als politikwissenschaftliches Modell

Politikwissenschaftliche Ansätze, die das Verhältnis zwischen Medien und Politik zu beschreiben versuchen, sind rar. Das von Easton sowie Almond und Powell geprägte „Input-Output-Modell“ stellt einen solchen Ansatz dar. Das „Input-Output-Modell“ richtet den Fokus auf die Analyse von „Prozessen und Funktionen“ (Schulz 1997: S. 34). Auf der Input-Seite steht dabei die Artikulation von Interessen. Hier kommt den Massenmedien, neben anderen Gruppen wie Verbänden oder Parteien, eine wichtige Rolle zu. Die Funktionen der Massenmedien kommen aber auch auf der Output-Seite zum Tragen, „bei der Implementation politischer Entscheidungen“ (ebd: S. 36). Daher folgert Schulz, dass die Massenmedien „die spezialisiertesten und differenziertesten

Kommunikationsleistungen“ (ebd.) bei der politischen Kommunikation erbringen. (vgl. ebd. 34 f.)

6. Journalismus

Journalismus übernimmt eine wichtige Funktion für die Gesellschaft. Als System sorgt er für die Möglichkeit zur Integration in einer differenzierten Gesellschaft (vgl. Altmeppen, Löffelholz 1998: S. 98). Er wählt Themen aus, gestaltet diese und stellt damit über den Verbreitungsweg der Massenmedien Öffentlichkeit her. Damit bietet er eine Orientierungsfunktion in einer immer komplexeren globalen Welt. Die Themen selbst müssen dabei die Eigenschaft der Neuigkeit, der Faktizität und der Relevanz aufweisen (vgl. Meier 2007: S. 13).

Journalismus definiert sich über seine Informationsfunktion. In einer pluralistischen Gesellschaft übt er Kritik und Kontrolle und trägt so zur Meinungsbildung bei. Daraus folgt zugleich eine journalistische Verantwortung. Um seine aufklärerische Funktion erfüllen zu können, müssen Journaliste_innen unabhängig von den Interessen Dritter berichten können. Dieses Idealbild von Journalismus findet sich in der Realität aber zahlreichen Einflussfaktoren ausgesetzt. Allgemein gilt ob der Funktion von Journalismus, dass dieser „nur in einer gesellschaftlichen Umwelt faktisch werden [kann], in der die Normen der Demokratie gelten“ (Rühl 2015: S. 63).

6.1. Journalistisches Selbstverständnis

In der Journalismusforschung findet die Beschreibung von journalistischen Rollenkonzepten häufig Eingang in die Forschungsliteratur. Bernhard Cohen untersuchte die Rolle von Journalisten in der Außenpolitik. Er kam zu dem Schluss, dass ein Journalist immer zugleich „neutral“ und „participant“ ist. Die Forscher John W.C. Johnstone, Edward J. Slawski und William W. Bowman orientierten sich bei ihrer Befragung amerikanischer Journalist_innen an den Rollenbestimmungen Cohens und kamen zu dem Ergebnis, dass das Selbstverständnis der Untersuchungsteilnehmer_innen etwas mehr dem Bild des „participants“ entsprach (vgl. Donsbach 1982: S. 48 f).

Morris Janowitz unterscheidet zwischen dem „gatekeeper“ und dem „advocate“. Der Unterschied zwischen den Rollenkonzepten wird an zwei Punkten deutlich. Während der Gatekeeper nach Nachrichtenwerten selektiert und in der Folge seine recherchierten und aufbereiteten Informationen veröffentlicht, hält der Advokat etwaige Informationen, die dem Gemeinwohl oder einer Gruppe abträglich sein könnten, zurück. Dem Rollenbild des Advokaten liegt ein Bild vom ‚unmündigen Bürger‘ zugrunde, in dessen Interesse der Advokat handelt, während der Gatekeeper von einem ‚mündigen Bürger‘ ausgeht, der in der Lage ist, seine Interessen selbst zu artikulieren und zu vertreten (vgl. ebd: S. 50 f.).

Renate Köcher und Wolfgang Donsbach konnten in internationalen Vergleichsstudien der 80er- und 90er-Jahre feststellen, dass deutsche Journalist_innen sich häufiger in einer politisch aktiven Rolle sahen als ihre Kolleg_innen in Großbritannien und den USA. Neuere Untersuchungen zeigen jedoch eine Assimilation der Rollenbilder (vgl. Meier 2007: S. 210 f.).

Kaltenbrunner et al. skizzieren in ihrer Forschung vier journalistische Rollenbilder:

- Der objektive Vermittler: Ihm geht es darum, die Realität möglichst wahrheitsgetreu abzubilden und dem Publikum auch komplexe Themen ausführlich und verständlich zu beschreiben.
- Der Kritiker sieht im Journalismus eine Kontrollfunktion gegenüber Wirtschaft und Politik. Sein vorrangiges Ziel ist es, Missstände aufzuklären. Er übernimmt eine politisch aktive Rolle, indem er selbst Themen auf die öffentliche Agenda setzt.
- Der Entertainer bietet seinem Publikum Service und Unterhaltung. Auffallend hoch ist hier die Überschneidung mit dem Typus
- des Ratgebers, der seinem Publikum einen Nutzwert vermitteln möchte (vgl. Kaltenbrunner et al. 2008: S. 20).

Das Forscherteam befragte 500 Journalist_innen in Österreich worum es ihnen in ihrem persönlichen Beruf gehe. Das Publikum „möglichst neutral und präzise zu informieren“ erhielt mit 92 Prozent die höchste Zustimmung. 89 Prozent der Befragten sehen es als ihre Aufgabe, dem Publikum komplexe Sachverhalte zu vermitteln. 79 Prozent der Befragten gaben an, die Realität so abbilden zu wollen, wie sie ist. 31 Prozent der Untersuchungsteilnehmer_innen gaben an, in ihrem Beruf gehe es darum, die politische Tagesordnung zu beeinflussen. Ebenfalls nur 21 Prozent der Befragten sehen es als ihre Aufgabe Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kontrollieren.

Bei der Frage nach der politischen Einstellung der Journalist_innen gaben 51 Prozent an, links bzw. eher links zu stehen. 33 Prozent sehen sich der Mitte zugehörig, 17 Prozent gaben an, im politischen Spektrum eher rechts bzw. rechts zu stehen. Journalist_innen, die angaben, in der Mitte bzw. eher links oder eher rechts zu stehen, sahen ihre Rolle vorwiegend in der des „objektiven Vermittlers“, nur jeder zehnte sah sich als „Kritiker“. Unter den Journalist_innen des linken Spektrums fühlte sich hingegen jeder vierte der Kritikerrolle zugehörig.

6.2. Verantwortung im Journalismus

Donsbach überträgt die Maximen für politisches Handeln von Max Weber auf den Journalismus. Weber unterscheidet zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Gesinnungsethisches Handeln ist wert-, verantwortungsethisches Handeln zweckrational. Ersteres kümmert sich nicht um die Folgen seines Handelns, während die Verantwortungsethik etwaige Konsequenzen bedenkt. Donsbach folgt Pürer, wenn er den Journalismus in einem Spannungsfeld zwischen den jeweiligen Handlungsmaximen verortet. So sei Journalismus einerseits der Wahrheit verpflichtet, soll aber auch Rücksicht auf die Folgen seines Handelns nehmen (vgl. Donsbach 1982: S. 286). Am Ende entscheide jeweils die Verhältnismäßigkeit.

Funiok weist darauf hin, dass es in der Auseinandersetzung mit journalistischer Ethik erforderlich ist, die Grenzen der Moral aufzuzeigen. Konkurrenzdruck unter den Medien, die Rentabilität, sowie die Orientierung an Zielgruppen aber auch

strukturelle Zwänge können im Widerspruch zu journalistisch verantwortungsvollem Handeln stehen (vgl. Funiok 2012: S. 156). Gleichzeitig weist Funiok darauf hin, dass es sich hier nur um eine scheinbare Schwäche handelt, die wiederum Reflexionsmechanismen in Gang setzt. Die Individualethik im Journalismus ist nicht losgelöst von der Wirtschaftsethik zu sehen. (vgl. Meier 2007: S. 240) Indem Journalist_innen einen Arbeitsplatz wählen, entscheiden sie sich sogleich für die Prämissen der jeweiligen Redaktion (vgl. Roegele 2000: S. 108).

7. Strategien der Politikvermittlung

„‘Politikvermittlung‘ [...] umschreibt das Faktum, daß jedes demokratische System spezifischer Verfahren und Institutionen bedürfe, durch die Politik zwischen Herrschenden und Beherrschten, zwischen den Führungseliten und den Bürgern vermittelt werde. Politikvermittlung trägt also dem Postulat Rechnung, daß politisches Handeln in der Demokratie zustimmungsabhängig und infolgedessen auch begründungsbedürftig ist“
(Sarcinelli 1998: S. 11).

Sarcinelli weist darauf hin, dass der Begriff Politikvermittlung ein breites Feld an Kommunikationsleistungen inkludiert. Politikvermittlung erbringt je nach gesellschaftliche Teilsystem unterschiedliche Funktionen. Darunter fallen Information, Appellation, Partizipation aber auch politisch-pädagogische Zwecke (vgl. ebd: 12).

7.1. Politische Öffentlichkeitsarbeit

Politische Öffentlichkeitsarbeit übernimmt Bentele zufolge drei wesentliche Funktionen innerhalb ihrer Systemumwelten.

- Information (über etwas anderes),
- Selbstdarstellung und
- Persuasion.

Bergsdorf unterscheidet hinsichtlich politischer Kommunikation zwischen operativen und strategischen Maßnahmen. Die operativen Maßnahmen summiert er unter dem Begriff Informationspolitik, die strategischen Maßnahmen laufen unter dem Begriff Öffentlichkeitsarbeit zusammen. Die Informationspolitik, oder auch operative Öffentlichkeitsarbeit, hat die Absicht, die Themen und Inhalte massenmedialer Berichterstattung zu beeinflussen. Die Ziele strategischer Öffentlichkeitsarbeit sind längerfristig und können Aufbau und Pflege von Images, sowie Vertrauen und Akzeptanz für die jeweilige Organisation sein (vgl. Koschat 2002: S. 40 f., S. 219). Vove und Opitz (2015: S. 86) zufolge ist das Kernziel politischer PR die öffentliche Meinung gezielt zu beeinflussen.

Politische Öffentlichkeitsarbeit versorgt den Journalismus mit Informationen, konkurriert aber gleichsam mit diesem. Zum einen entsteht eine gewisse Abhängigkeit, die Politik versucht mitunter aber auch den Journalismus für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und bedroht damit die Kritik- und Kontrollfunktion des Journalismus. Eine große Rolle spielt dabei der Professionalisierungsgrad der politischen Öffentlichkeitsarbeit. So konnte nachgewiesen werden, dass PR-Aktivitäten, die sich an den Arbeitsweisen des Journalismus orientieren, einen größeren Einfluss erzielen (vgl. ebd: S. 225 ff.).

Einen wichtigen Faktor im Zusammenhang mit politischer Öffentlichkeitsarbeit stellen die informellen Kontakte zwischen Politiker_innen und den Journalist_innen dar. Koschat führt beispielhaft die Hintergrundgespräche an, über die seitens der Politik versucht wird, Einfluss auf die Berichterstattung zu nehmen. Den Journalist_innen bietet sich in Hintergrundgesprächen die

Möglichkeit, an Informationen zu kommen, die über herkömmliche Recherche nicht zugänglich wären (vgl. ebd: S. 233 f.).

7.2. Propaganda

Wo die rationale Argumentation und die Mittel der Überzeugung enden, beginnt die Propaganda. Sie bedarf anderer Inszenierungstechniken als politische PR und stützt sich Merten zufolge auf den Glauben.

„Glaube ist prinzipiell gegen die Widerlegung durch Wirklichkeit geschützt. Er lässt sich strukturell als Reflexivwerden und Überzeugung begreifen und gewinnt gerade dadurch seine kontrafaktische Stabilität“ (Merten 2015: S. 391).

Darauf aufbauend formuliert Merten seinen Ansatz über die Struktur von Propaganda. Propaganda richte sich, analog zum Glauben, auf ein bestimmtes Objekt. Durch die Hervorhebung und Wiederholung der Einzigartigkeit des Objekts gewinnt es ein „Alleinstellungsmerkmal“. Der Umgang mit dem Objekt ist durch Verhaltensprämissen strikt geregelt. Daraus resultiert ein „Ausschließlichkeitscharakter“. Durch das konsequente Abverlangen dieser Regeln verliert der Rezipient die Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen. Bei Nicht-Befolgung drohen negative Sanktionen, die so skizziert werden, dass sie für die Rezipienten nicht überprüfbar sind. (vgl. ebd.)

Um die Wirkung von Propaganda zu verstärken werden ein zeitlicher (durch Generalisierung der zeitlichen Bedeutung), ein sachlicher (durch positive Bewertung) und ein sozialer (das zu tun, was auch die anderen tun) Modus eingeführt, die sich in Kombination am effizientesten erweisen. Merten verweist darauf, dass „die Reflexivisierung von Fiktion Fakten erzeugt“ (ebd.). Den wichtigsten Stabilisierungsfaktor vermutet er in der regelmäßigen Herstellung von Öffentlichkeit.

8. Der digitale Umbruch

Politiker und politische Parteien verfügen heute über zahlreiche Verbreitungskanäle abseits der traditionellen Medien. Die Facebook-Seite von ÖVP-Obmann und Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz zählt beispielsweise 800.289 Fans auf Facebook (Stand 22. September 2019, 22.30 Uhr), jene von Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache zum gleichen Zeitpunkt 791.790 Fans. Die FPÖ generiert auf Facebook mehr Reichweite als jedes österreichische Medium. Es lohnt sich auch, die Interaktionen zu vergleichen. Während Straches Postings im Jänner 2018 im Schnitt auf 2400 Interaktionen kamen, waren es bei der „Kronen Zeitung“ im selben Zeitraum durchschnittlich 440 (vgl. Brodnig 2018: S. 80 f.). Über Facebook und Co. wenden sich Politiker_innen direkt an ihre Wählerschaft. Sie sind damit in einem geringeren Maße von der Vermittlungsleistung der Massenmedien abhängig als früher. Bunz schreibt der digitalen Öffentlichkeit die Rolle als fünfte Gewalt im System zu, die sich, gemeinsam mit der Politik und dem Journalismus gegenseitig kontrollieren (vgl. Bunz 2012: S. 163). Spätestens seit dem US-Wahlkampf im Jahr 2016 wird die digitale Entwicklung jedoch auch kritisch gesehen. An die Stelle der traditionellen Medien traten soziale und sogenannte alternative Medien. Es gibt nicht mehr eine, sondern mehrere Teil-Öffentlichkeiten. Was wir sehen, bestimmen weitestgehend Algorithmen. Welche Konsequenzen haben diese Verschiebungen jedoch für den Journalismus? Er stellt ihn jedenfalls vor eine neue Herausforderung. Bunz stellt fest:

„Durch die digitale Öffentlichkeit ist die politische Öffentlichkeit pluraler und lebendiger denn je. Sie ist aber auch komplexer, schwieriger zu überschauen und technisch steuerbar“ (ebd: S. 166)

Genau hier ist kontrollierende und aufklärerische Funktion des Journalismus gefragt. Wie der Journalismus diese Aufgabe bewältigen kann, ist Teil der empirischen Untersuchung.

8.1 Manipulation im Netz

Rechte Medien arbeiten im Internet mit verschiedenen Manipulationstechniken. Sie säen Zweifel an öffentlichen Institutionen und demokratischen Einrichtungen, streuen bewusst Desinformation, diffamieren herkömmliche Medien als „Systempresse“ oder „Lügenpresse“. Sie werfen den traditionellen Medien tendenziöse Berichterstattung vor und untergraben so deren Legitimität. Der Begriff Desinformation meint nicht vorrangig Lügen, es reicht ein Vermischen aus Tatsachen und Spekulationen, das Auslassen von Information oder die Darstellung in einem anderen Kontext (vgl. Schaeffer 2018: S. 54). Diese Wirkung wird durch Social Bots verstärkt, also automatisierte Profile, die in hoher Frequenz Inhalte teilen und versenden und dadurch die Reichweite erhöhen. So kann politische Falschinformation einer großen Rezipientengruppe auf relativ einfachem Weg rasch zugänglich gemacht werden (vgl. ebd: S. 52). Schaeffer konnte herausfinden, dass eine Vielzahl an Dienstleistern für überschaubares Geld höher Zugriffszahlen anbieten. So kosten beispielsweise 20.000 Views auf Youtube gerade einmal 90 Euro (vgl. ebd: S. 132.). Gerade bei den jungen Nutzer_innen spielen die Sozialen Medien eine immer größere Rolle bei der Nachrichtenbeschaffung. Immerhin jeder Fünfte im Alter zwischen 18 und 24 Jahren nutzt Blogs und Soziale Medien als Informationsquelle – nur 2,6 Prozent jedoch ausschließlich (vgl. ebd: S. 157)

Die Wirkung von Desinformation erzeugt eine Gegenöffentlichkeit. Gudkow beschreibt sie als eine parallele Realität. An die Stelle von Fakten treten Emotionalisierung, Misstrauen und Wut (vgl. ebd: S. 203).

8.1.1 Gegenstrategien

Schaeffer setzt sich dafür ein, den Fakes im Netz mit Fakten entgegenzutreten. Es gelte Desinformation als solche zu entlarven. Hier würde zu oft nur das Reiz-Reaktionsschema zum Einsatz kommen und die Sprache der Populisten übernommen (vgl. ebd: S. 302). Schaeffer plädiert für einen Journalismus 3.0. Journalist_innen sollten sich dem Strukturwandel anpassen und mehr darüber berichten, was erlebt wird, als darüber, was gesagt wird. Der Journalismus solle

sich auch aus der Komfortzone seiner eigenen Zielgruppe herausbewegen und er müsse sich noch mehr auf sein eigenes Handwerk und die journalistische Ethik beziehen (vgl. ebd.). Nach fast zwei Jahren in den Echokammern der Rechtspopulisten schlussfolgert Schaeffer:

„Eine echte Gefahr für die Meinungsbildung sind Journalisten, die sich die Sprache der Populisten zu eigen machen oder sich gar als deren Sprachrohr andienen. Die Zeit der klassischen Rollenverteilung für Journalisten – hier Welterklärer und Meinungsmacher, dort das Publikum – ist auf jeden Fall vorbei. (ebd: S. 309)

Schaeffer sieht im digitalen Strukturwandel das Potential, die Demokratie zu stärken. Dafür bedarf es aber einer Medienkompetenz. Die Nutzer_innen müssen nicht nur verstehen, wer und aus welchem Grund jemand Desinformation streut, es gelte vor allem die Logiken der Plattformen und der digitalen Kommunikation im Allgemeinen zu kennen. Wir müssen verstehen, warum ein Inhalt in unserem Newsfeed auftaucht (vgl. ebd: S. 311 f.). In Deutschland werde diesbezüglich in der politischen Bildung in Schulen viel zu wenig getan. Für Österreich darf man getrost dasselbe annehmen.

9. Die Presse in Österreich

9.1. Geschichte der Pressefreiheit in Österreich

Die Pressefreiheit in Österreich stützt sich auf Artikel 13 StGG sowie auf einen Beschluss der Provisorischen Nationalversammlung von 1918 und den Artikel 10 der EMRK. Gemäß §13 StGG vom 23. Dezember 1867 hat jedermann

„das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder durch bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äußern. Die Presse darf weder unter Censur gestellt, noch durch das Concessions-System beschränkt werden. Administrative Postverbote finden auf inländische Druckschriften keine Anwendung.“

Die Einschränkungen, die die Presse während des Ersten Weltkriegs erfuhr, wurden durch die Provisorische Nationalversammlung von 1918 aufgehoben. Die geltenden Beschlüsse sind noch heute Bestandteil der österreichischen Verfassung.

Eine Zäsur in der österreichischen Geschichte stellt das Jahr 1933 dar. Mit der Verfassungskrise am 4. März war das Ende der Ersten Republik eingeläutet. Die Presse fungierte fortan der Legitimation des autoritären Systems. Zeitungen mussten amtliche Nachrichten abdrucken, es herrschten Vorzensur und Kolportageverbot. Mit dem Anschluss an Deutschland traten alle Pressegesetze außer Kraft (vgl. Winkler 2015: S. 29). Die Presse erfuhr, ebenso wie alle anderen gesellschaftlichen Teilbereiche, eine Gleichschaltung und diente den Nationalsozialisten als Instrument zur Verbreitung und Sicherung ihrer Ideologie.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges dauerte es bis zum Jahr 1952, ehe das Pressegesetz von 1922 novelliert und wieder eingeführt wurde. Jegliche Reformbestrebungen der folgenden Jahrzehnte blieben ergebnislos. Erst im Juni 1981 wurde das Bundesgesetz über die Presse und andere publizistische Medien (MedienG) beschlossen, das ab 1. Jänner 1982 in Kraft trat und ist bis heute gültig. In der Präambel heißt es:

„Dieses Bundesgesetz soll zur Sicherung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung und Information die volle Freiheit der Medien gewährleisten. Beschränkungen der Medienfreiheit, deren Ausübung Pflichten und Verantwortung mit sich bringt, sind nur unter dem in Art. 10 Abs. 2 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten [...] bezeichneten Bedingungen zulässig.“

9.2. Die österreichische Medienlandschaft

9.2.1. Der ORF

Österreich zeichnet sich als kleines Land mit hoher Medienkonzentration und Verflechtungen aus. Der ORF nimmt als öffentlich-rechtlicher Rundfunk und mit Abstand größtes Medienunternehmen eine Sonderstellung ein. Bis 1995 herrschte in Österreich ein Rundfunkmonopol, das die Ausstrahlung von Privatfernsehen untersagte. Erst mit dem Start des Privatanbieters ATV im Jahr 1997, der vorerst nur in Wien ausstrahlte, erfolgte die Öffnung des Marktes. Der ORF finanziert sich aus öffentlichen Geldern in Form von Programmentgelt sowie aus kommerziell lukrierten Mitteln. Die Aufgaben des ORF und seiner Organe ergeben sich aus dem ORF-Gesetz, darunter der in § 4 ORF-G geregelte öffentlich-rechtliche Kernauftrag der in Abs. 1 unter anderem die Forderungen enthält, für

- „1. die umfassende Information der Allgemeinheit über alle wichtigen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und sportlichen Fragen;*
- 2. die Förderung des Verständnisses für alle Fragen des demokratischen Zusammenlebens“*

zu sorgen. Der Marktanteil der ORF-Sendergruppe belief sich im September dieses Jahres auf 30,8 Prozent.

9.2.2. Mediaprint

Auf Platz zwei der umsatzstärksten Unternehmen, bezogen auf den Marktumsatz, rangiert der Mediaprint-Verlag, der zu je 50 Prozent der „Kronen Zeitung“ und dem „Kurier“ gehört. 50 Prozent an der „Krone“ hält die Familie Dichand, 50 Prozent die deutsche Funke-Gruppe. Eigentümer des „Kurier“ sind mit 50,56 Prozent Raiffeisen, mit 49,44 Prozent ebenfalls die Funke-Gruppe. Im November 2018 stieg die Signa-Holding von René Benko in die Funke-Gruppe ein und erwarb damit 24,22 Prozent am „Kurier“ und 25,5 Prozent an der „Krone“.

Die „Kronen Zeitung“ ist mit einer Reichweite von 28 Prozent (2017/2018) die reichweitenstärkste Zeitung des Landes. Der „Kurier“ kam im selben Zeitraum auf eine Reichweite von 7,5 Prozent.

Einschneidend im Konzentrationsprozess war im Jahr 2001 der Zusammenschluss der Verlagsgruppe „News“ mit den Wochenmagazinen „News“, „Format“, etc. und der Zeitschriftenverlagsbeteiligungs-AG, einer Tochter des „Kurier“, zu dem u.a. die Magazine „profil“ und „trend“ gehörten. Damit kam es auch zu Eigentümerverflechtungen der News-Gruppe mit Mediaprint (vgl. Hüffel 2001: S. 47).

9.2.3. Weitere Medienunternehmen und Mediennutzung

Platz drei der umsatzstärksten Unternehmen nimmt die Styria Media Group ein. Sie befindet sich im Besitz einer katholischen Stiftung. Die „Kleine Zeitung“ und die „Presse“ gehören ebenso zur Styria wie beispielsweise das „Wirtschaftsblatt“ oder die „Wienerin“. Auf den Plätzen folgen die Sendergruppe ProSiebenSat1Puls4, die Moser Holding, Sky, die Mediengruppe Österreich und Russmedia.

Dem Portal Statista zufolge nutzen 75 Prozent der Österreicher_innen täglich das Medium Fernsehen. 56 Prozent lesen regelmäßig Zeitungen oder Zeitschriften, 78 Prozent hören regelmäßig Radio. 7,7 Millionen Menschen in Österreich sind Statista zufolge online, davon 72 Prozent täglich. (vgl. Statista Research Department 2019)

Schlüsselt man die Marktanteile des Jahres 2018 auf, kommt dem ORF traditionell der höchste Marktanteil zu. Der Marktanteil von ORF2 betrug 19,3 Prozent, jener von ORF1 10,9 Prozent. Auf Platz drei landete das ZDF mit 4,3 Prozent, vor RTL mit 4,1 Prozent und Pro7 mit 4 Prozent. Die österreichischen Privatanbieter Puls4 und ATV kamen im Jahr 2018 jeweils auf einen Marktanteil von 3,3 Prozent, Servus TV auf 2,4 Prozent. (vgl. ORF 2018)

Bei den Tageszeitungen führte im Jahr 2017 die „Kronen Zeitung“ mit einer Reichweite von 28 Prozent. Auf Platz zwei lag die Gratiszeitung „Heute“ mit 12,1 Prozent. Dahinter folgte die „Kleine Zeitung“ mit 10,2 Prozent, vor dem „Kurier“ mit 7,4 und dem „Standard“ mit 7 Prozent. Die Gratiszeitung „Österreich“ kam 2017 auf 6,9 Prozent Reichweite. (vgl. Medianet 2019)

9.3. Angriffe auf Presse und Journalist_innen

Unter der ÖVP-FPÖ-Regierung häuften sich die Angriffe auf Medien und Journalist_innen. Dies führte bekanntlich dazu, dass Österreich im „Press Freedom Index“ vom elften auf den 16. Platz rutschte. Es können an dieser Stelle nicht alle Angriffe aufgelistet werden, deshalb sollen exemplarisch kurz jene dargestellt werden, die die Organisation Reporter ohne Grenzen in ihrer Veröffentlichung des Rankings im April 2019 aufführt.

Im Februar 2018 postete der damalige Vizekanzler Heinz-Christian Strache ein Sujet des ORF-Moderators Armin Wolf mit dem Text: „Es gibt einen Ort, wo Lügen zu Nachrichten werden. Das ist der ORF.“ ZIB2-Anchorman Wolf, der immer wieder in der Schusslinie der FPÖ stand, reagierte mit einer Klage wegen Ehrenbeleidigung und übler Nachrede. Schlussendlich entschuldigte sich Strache und es kam zu einer außergerichtlichen Einigung.

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung von der Wiederwahl Viktor Orbáns aus Budapest, forderte die FPÖ die Absetzung des ORF-Korrespondenten Ernst Gelegs. FPÖ-Stiftungsrat Norbert Steger kündigte daraufhin an, ein Drittel der Auslandskorrespondent_innen bei „nicht korrektem“ Verhalten zu streichen. Gelegs blieb nicht der einzige, dessen Absetzung die FPÖ forderte. Ebenso erging es Wolfgang Wagner, an dessen Fragestellungen in der Sendung „Report“ sich die FPÖ gestoßen hatte.

Nach einem Bericht über Burschenschaften in Österreich wurde „Standard“-Redakteurin Colette Schmidt zum Opfer einer Angriffskampagne. Die Jugendorganisation der FPÖ veröffentlichte sowohl ein Foto, als auch die E-Mail-

Adresse der Journalistin, die sich daraufhin mit einer Welle an Hassnachrichten konfrontiert sah.

Als letztes Beispiel führt Reporter ohne Grenzen die Weisung des damaligen Innenministers Herbert Kickl an die Polizei an, „kritische Medien“ nur noch mit dem Nötigsten an Information zu versorgen. Die „kritischen Medien“ wurden in der E-Mail an die Polizei namentlich benannt. Es handelte sich dabei um den „Falter“, den „Standard“ und den „Kurier“.

Die geschäftsführende Präsidentin von Reporter ohne Grenzen schrieb nach der Veröffentlichung des Rankings über die jüngsten Vorkommnisse:

„Erschreckend war dieses Mal das rasante Tempo, mit dem die Regierung Kurz das österreichische Medienszenario negativ prägte: mit Drohungen gegenüber Journalistinnen und Journalisten, durch Diffamierungen, durch öffentliche Korrekturen mit erhobenem Zeigefinger, obwohl es nichts zu korrigieren gab, durch Einschüchterungstaktik und eben durch Zensur, durch ‚Message Control‘. [...] ‚Medien wurden in ‚gut‘ und ‚böse‘ eingeteilt. Die ‚guten‘ durften mit Informationen gefüttert werden, die anderen nicht. Die ‚guten‘ wurden auch großzügig mit Inseraten-Futtertrögen bedient, die anderen auf Diät gehalten.“ (Möhring 2019: S. 12)

Im Sommer dieses Jahres veröffentlichte der ehemalige Chefredakteur und Herausgeber des „Kurier“, Helmut Brandstätter, ein Buch mit dem Titel „Kurz & Kickl. Ihr Spiel mit Macht und Angst.“ Darin beschreibt er das vermeintliche Bestreben der ehemaligen Regierung, allen voran des Bundeskanzlers Sebastian Kurz und des Innenministers Herbert Kickl, die Republik Österreich in Richtung eines autoritären Staats auszugestalten und die Institutionen der Demokratie zu beschädigen. Dafür hätten sie versucht, Einfluss auf die Medien auszuüben. Kurz sei dabei geschickter gewesen, habe über seine Mitarbeiter agiert, während Kickl offensiver war, wie der Medienerlass, kritische Zeitungen nur noch mit dem notwendigsten an Information zu versorgen, gezeigt habe. (vgl. Brandstätter 2019: S. 25)

Eine weitere Methode sei die „Inseratenkorruption“, die dazu führe, dass der Journalismus an Glaubwürdigkeit verliere. Dazu reihen sich persönlichen Angriffe auf Journalist_innen sowie Einschüchterungsversuche. (vgl. ebd: S. 198 ff). In seiner Rede anlässlich der Verleihung des Ari-Rath-Preises, die ebenfalls im Buch abgedruckt ist, erzählt Brandstätter von Journalist_innen, die mittlerweile über etwaige Konsequenzen nachdenken, bevor sie einen Artikel veröffentlichen. Sie hätten Angst, dass das Telefon klingelt und versucht wird, Druck auszuüben.

„Und sie tun es. Die Regierung will nicht nur regieren, sondern auch mitreden und kontrollieren, was über das Regieren berichtet wird. Aber: Wenn wir beim Schreiben, beim Berichten und Analysieren auch nur einen Gedanken an mögliche negative Auswirkungen unserer Arbeit zulassen, sind wir schon am Anfang vom Ende der Pressefreiheit“
(Brandstätter 2019: S. 194).

10. Empirische Untersuchung

10.1. Datenerhebung

10.1.1. Das Leitfadeninterview

Qualitative Interviewformen unterscheiden sich nach dem Grad ihrer jeweiligen Strukturiertheit. Das Leitfadeninterview zählt zu den offenen Interview-Techniken der empirischen Forschung. Überschneidend finden sich auch die Bezeichnungen Intensivinterview bzw. Tiefeninterview. (vgl. Flick 1996: S. 95) Gegenüber standardisierten Vorgehensweisen birgt es den Vorteil eines erwartbar hohen Informationsgewinns. Voraussetzung hierfür ist ein grob gegliederter thematischer Leitfaden als Orientierungshilfe für den Befragenden, der sich damit die Möglichkeit bewahrt, auf sein Gegenüber einzugehen, die Reihenfolge der Fragen flexibel zu gestalten und Nachfragen zu stellen. (vgl. ebd.) Grundsätzlich sollen dem Befragten dabei die Strukturierung und die Richtung der Kommunikation überlassen werden (vgl. Bohnsack 2014: S. 22).

"Im offenen Interview geht es, wie in allen offenen Verfahren, also darum, die Befragten ein Thema in deren eigener Sprache, in ihrem Symbolsystem und innerhalb ihres Relevanzrahmens entfalten zu lassen; nur so können die Interviewer(innen) oder Beobachter(innen) vermeiden, in die Einzeläußerung Bedeutungen hineinzuprojizieren, die ihr nicht zukommen." (ebd: S. 22 - 23)

Ähnlich argumentieren Przyborski und Wohrab-Sahr. Um dem Anspruch eines qualitativen Messinstruments zu entsprechen, muss sich die Interviewführung

"primär an den inhaltlichen Relevanzstrukturen und kommunikativen Ordnungsmustern der Befragten orientieren anstatt an den vorab vorgenommenen Ordnungen und Strukturierungen der Forscherinnen. Die thematischen Interessen müssen im Zuge der Aufdeckung dieser Relevanzstrukturen und Ordnungsmuster der Befragten möglicherweise nachjustiert werden." (Przyborsky/Wohlrab-Sahr 2014: 126)

Merton und Kendall entwickelten für die Kommunikations- und Medienforschung das "fokussierte Interview". Dabei wird mittels Leitfadeninterview die individuelle Erfahrung der Gesprächspartner zu einer (zuvor analysierten) bestimmten Situation erhoben. Merton und Kendall benennen in ihren Arbeiten vier Gütekriterien, die bereits in den Interviewprozess einfließen sollen:

1. "Nicht-Beeinflussung"
2. "Spezifität"
3. "Erfassung eines breiten Spektrums"
4. "Tiefgründigkeit und personaler Bezugsrahmen" (Merton/Kendall 1945: S. 178, zit.n. Strübing 2013: 84²)

Die von Merton und Kendall erarbeiteten Kriterien lassen sich auch ganz allgemein auf das Leitfaden-Interview umlegen. Für das Forschungsinteresse ist

² Strübing, Jörg: Qualitative Sozialforschung. Eine kompromittierte Einführung für Studierende. München, 201

es vonnöten, Aspekte verschiedener Interviewformen, die unter dem Begriff „Leitfadeninterview“ einzuordnen sind, zu vereinen. Der im folgenden Kapitel dargelegte Interview-Leitfaden ist keinesfalls statisch zu betrachten. Die Reihenfolge der Fragen kann variieren, auch können anhand der Erzählungen des Gegenübers neue Fragen eingegliedert werden.

Qualitative Interviews liefern in der Regel keine repräsentativen Ergebnisse. Anders als bei quantitativen Methoden geht es der qualitativen Sozialforschung um Typisierung anstelle von Generalisierung (vgl. Lamnek 2010: S. 350 f).

10.1.2. Auswahl der Interviewpartner_innen und Datenerfassung

Qualitative Interviews arbeiten nicht mit Zufallsstichproben, die Auswahl der Interviewpartner_innen richtet sich nach dem Erkenntnisinteresse (vgl. ebd: S. 352). Für die vorliegende Arbeit wurden daher österreichische Journalist_innen unterschiedlicher Coleurs ausgewählt, die im Innenpolitik-Ressort aktiv und mit der Thematik bereits in Berührung gekommen sind. Lamnek verweist darauf, dass im Verlauf des Interviews darauf zu achten ist, gegebenenfalls neue Inhalte ins „Gedankenrepertoire“ aufzunehmen (vgl. ebd: S. 353). Der Aufforderung Lamneks wurde sowohl bei der Interviewführung, als auch bei der Adaptierung des Interview-Leitfadens nach dem Pretest Rechnung getragen.

Um der Diversität der österreichischen Medien gerecht zu werden, wurde darauf geachtet, unterschiedliche Blatt- und Redaktionslinien einzubringen. Insgesamt wurden vier Frauen und vier Männer von sieben unterschiedlichen Medienunternehmen interviewt. Einzig der ORF ist ob seiner Größe und seiner Relevanz als Angriffsziel politischer Attacken doppelt vertreten. Die jüngste Interviewpartnerin war zum Zeitpunkt des Gesprächs 28 Jahre alt, die älteste Interviewpartnerin 74 Jahre. Die erste Kontaktaufnahme erfolgte in der Regel per E-Mail, in einem Fall fand sie telefonisch statt. Vier Versuche zur Kontaktaufnahme mit weiteren Journalist_innen blieben erfolglos.

Aufgrund der hohen Schlagzahl politischer Ereignisse in den Sommermonaten erwies sich die Terminvereinbarung als schwierig. In einem Fall musste die Befragung schriftlich per E-Mail erfolgen, da der Interviewpartnerin eine einigermaßen zeitnahe Terminvereinbarung nicht möglich war. Zwei Interviews wurden ebenfalls aus terminlichen Gründen telefonisch geführt. Um eine adäquate Erfassung aller Daten zu gewährleisten, wurden die Interviews mit dem jeweiligen Einverständnis der befragten Personen aufgezeichnet. Die jeweiligen Transkripte wurden den Interviewpartner_innen zur Autorisierung übermittelt. Auf Wunsch einer Interviewpartnerin wurde das Transkript vollständig redigiert. In zwei Fällen blieb die Bitte um Autorisierung unbeantwortet. Die Interviewpartner_innen wurden in einem letzten Versuch darauf aufmerksam gemacht, dass das Ausbleiben der Autorisierung bis zu einer bestimmten Frist als Zustimmung gewertet wird. Die Interviews fanden im Zeitraum vom 22. Juli bis 13. September statt.

10.1.3. Der Interview-Leitfaden

Der Interview-Leitfaden wurde anhand des Forschungsinteresses und der eingangs formulierten Forschungsfragen erarbeitet. Die erste Befragung musste aus terminlichen Gründen per E-Mail erfolgen. In diesem Fall konnten also keine Nachfragen gestellt werden. Als Pretest fungierte daher erst das zweite Interview. Der Leitfaden wurde im Anschluss daran adaptiert. Im Folgenden sollen beide Versionen dargestellt werden. Der Leitfaden wurde den Forschungsfragen entsprechend in vier Themenblöcke gegliedert.

Wahrnehmung/Einschätzung der Situation der Pressefreiheit in Österreich

- Österreich ist im Reporter-Ohne-Grenzen-Ranking von Platz elf auf Platz 16 abgerutscht und hat seinen Status als Land mit „guter“ Pressesituation verloren. Wie beurteilen Sie diese Einschätzung?
- Inwiefern hat sich die Situation in den letzten Jahren verändert und welche politischen Ereignisse waren dafür ausschlaggebend?
- Von wem gehen die Angriffe auf die Pressefreiheit aus?
- In welchen Formen treten die Angriffe auf und was lässt sich über deren

Qualität sagen? • Welche Intention steckt dahinter? • Welche Entwicklungstendenzen sind abzusehen?
Herausforderungen für Journalismus allgemein • Wie ist es um die kritische Berichterstattung in Österreich bestellt? • Die Konstruktion des „Feindbildes Journalist“ – welche kurz- und langfristigen Effekte sind die Folge? • Hat der Journalismus in Österreich ein Vertrauensproblem und wenn ja, wie äußert sich dieses?
Auswirkungen auf die journalistische Arbeit • Mit welchen konkreten Problemen sind Sie im Berufsalltag konfrontiert? Gab es ähnliche Situation auch in der Vergangenheit? • Inwieweit decken sich Ihre Erfahrungen mit jenen im kollegialen Umfeld? • Inwieweit wurden Sie bereits selbst bzw. Ihre Redaktion Ziel von Angriffen? • Welche Folgen entstehen dadurch für die persönliche Arbeit sowie für das gesamte Medium?
Lösungsansätze • Wie kann die Situation der Pressefreiheit in Österreich verbessert werden? • Inwieweit findet ein Diskurs statt und findet dieser medial auch Gehör? • Können Journalist_innen und Medien dazu beitragen, Medienkompetenz zu vermitteln? • Stichwort „Social Media“ und „alternative Medien“ – welche Möglichkeiten sehen Sie, Menschen aus ihren Filter-Bubbles zu holen?

Abbildung 1: Leitfaden Version 1 / eigene Darstellung

Das zweite Interview, das zugleich als Pretest fungierte, hat gezeigt, dass die Fragen ein breites Themenspektrum zulassen. Situative Nachfragen spielen dazu eine große Rolle. Dazu wurden zwei weitere Fragen aufgenommen. Eine beschäftigt sich explizit mit der Herausforderung für Journalismus durch die wachsenden PR-Stäbe von Parteien und Regierungsvertretern, an anderer Stelle wurde im Anschluss an die Frage nach der Einschätzung des Reporter-Ohne-

Grenzen-Rankings die Folgefrage nach der eigenen Beschreibung der Situation angehängt. Zudem wurden zwei weitere Fragen adaptiert.

Wahrnehmung/Einschätzung der Situation der Pressefreiheit in Österreich

- Österreich ist im Reporter-Ohne-Grenzen-Ranking von Platz elf auf Platz 16 abgerutscht und hat seinen Status als Land mit „guter“ Pressesituation verloren. Wie beurteilen Sie diese Einschätzung?
- Wie schätzen Sie selbst die aktuelle Situation ein?
- Inwiefern hat sich die Situation in den letzten Jahren verändert und welche politischen Ereignisse waren dafür ausschlaggebend?
- Von wem gehen die Angriffe auf die Pressefreiheit aus?
- Die Angriffe erfolgten sowohl in direkter, als auch in indirekter Form – inwieweit hat sich die Qualität dahinter geändert?
- Welche Intention steckt dahinter bzw. sehen Sie dahinter einen Angriff auf die Demokratie?
- Welche Entwicklungstendenzen sind abzusehen?

Herausforderungen für Journalismus allgemein

- Wie ist es um die kritische Berichterstattung in Österreich bestellt?
- Die Konstruktion des „Feindbildes Journalist“ – welche kurz- und langfristigen Effekte sind die Folge?
- Hat der Journalismus in Österreich ein Vertrauensproblem und wenn ja, wie äußert sich dieses?
- Parteien haben eigene Verbreitungskanäle aufgebaut und verfügen über große PR-Stäbe. Welche Folgen ergeben sich daraus für den Journalismus?

Auswirkungen auf die journalistische Arbeit

- Mit welchen konkreten Problemen sind Sie im Berufsalltag konfrontiert? Gab es ähnliche Situation auch in der Vergangenheit?
- Inwieweit decken sich Ihre Erfahrungen mit jenen im kollegialen Umfeld?
- Inwieweit wurden Sie bereits selbst bzw. Ihre Redaktion Ziel von Angriffen?
- Welche Folgen entstehen dadurch für die persönliche Arbeit sowie für das gesamte Medium?

Lösungsansätze

- Wie kann die Situation der Pressefreiheit in Österreich verbessert werden bzw. was kann man gegen etwaige Angriffe tun?
- Inwieweit findet ein Diskurs statt und findet dieser medial auch Gehör?
- Können Journalist_innen und Medien dazu beitragen, Medienkompetenz zu vermitteln?
- Stichwort „Social Media“ und „alternative Medien“ – welche Möglichkeiten sehen Sie, Menschen aus ihren Filter-Bubbles zu holen?

Abbildung 2: Leitfaden Version 2 / eigene Darstellung

10.1.4. Transkription

Wie bereits erwähnt, wurden die Interviews mit dem Einverständnis der Gesprächspartner_innen aufgezeichnet und im Anschluss transkribiert. Bei der Transkription wurde auf Vollständigkeit Wert gelegt. Somit sind auch Textpassagen, die für das Forschungsvorhaben nicht relevant sind, in den Transkripten enthalten. Das erste Interview erfolgte auf Wunsch per E-Mail das zweite wurde – ebenfalls auf Wunsch – redigiert. Die übrigen sechs Interviewtranskripte unterliegen den folgenden Regeln:

- Drei Punkte in Klammern (...) kennzeichnen eine Nachdenkpause, die über zwei Sekunden hinausgeht.
- Eine Klammer () ohne Inhalt bedeutet, dass ein Gedanke nicht vervollständigt bzw. nicht fertig ausgesprochen wurde.
- Unterstreichungen machen auf die besondere Betonung eines Begriffes aufmerksam.
- Eckige Klammern [Anm.] weisen auf Anmerkungen der Interviewerin hin. Derartige Anmerkungen sind auch mit der Abkürzung Anm. gekennzeichnet.
- Situative Beschreibungen werden in runden Klammern angegeben, z.B.: (lacht).
- Drei Punkte ... bedeuten, dass die sprechende Person unterbrochen wurde.

10.2. Auswertung

10.2.1. Die qualitative Inhaltsanalyse

Die qualitative Inhaltsanalyse zielt auf Systematik und Intersubjektivität ab (vgl. Rustemayer 1992: 13). Das Interpretieren größerer Textmengen soll damit beschreib- und nachvollziehbar werden (vgl. Mayring 2010: S. 602). Im Zentrum jeder Inhaltsanalyse steht ein Kategoriensystem, das je nach Forschungsinteresse induktiv oder deduktiv gebildet wird. Für die vorliegende Arbeit wurde die inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse herangezogen. Ihre Spezifika sollen im folgenden Kapitel kurz dargestellt werden.

10.2.2. Die inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse

Kuckartz stellt den Ablauf der inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse in einem siebenstufigen Modell dar. Ausgangspunkt ist dabei die konkrete Forschungsfrage. Die sieben Schritte nach Kuckartz (2018: S. 100) sind:

- Initiierende Textarbeit: Markieren wichtiger Textstellen, Schreiben von Memos
- Entwicklung von thematischen Hauptkategorien
- Codieren des gesamten Materials mit den Hauptkategorien
- Zusammenstellen aller mit der gleichen Hauptkategorie codierten Textstellen
- Induktives Bestimmen von Subkategorien am Material
- Codieren des kompletten Materials mit dem ausdifferenzierten Kategoriensystem
- Einfache und komplexe Analysen, Visualisierungen

Kuckartz räumt mit dem Missverständnis auf, eine Textstelle könne stets nur einer Kategorie zugeordnet werden. Dies treffe nur dann zu, wenn die Subkategorien so gebildet wurden, dass sie einander ausschließen. Bei

themenbezogener Codierung sei jedoch davon auszugehen, dass mehrere Themen innerhalb einer Textstelle ausgeführt werden, weshalb eine Zuordnung zu mehreren Kategorien möglich und sinnvoll ist. (vgl. ebd: S. 103) Die Phasen im Auswertungsprozess werden im Forschungsbericht erläutert. Das folgende Kapitel bildet das Kategoriensystem, nach dem ausgewertet wurde, ab.

10.2.3. Kategoriensystem

Kategorie 1 - Wahrnehmung/Einschätzung der Situation der Pressefreiheit in Österreich
--

Kategorie 1.1 - Einschätzung allgemein
--

Kategorie 1.2 - Einschätzung in Bezug auf eigenes Medium
--

Kategorie 1.3 - Gründe, Ereignisse

Kategorie 1.4 - Akteure

Kategorie 1.5 - Formen von Angriffen

Kategorie 1.6 - Intention

Kategorie 1.7 - Entwicklungstendenzen

Kategorie 1.8 - Historische Vergleiche
--

Kategorie 1.9 - Sonstiges

Kategorie 2 - Herausforderungen für den Journalismus in Österreich

Kategorie 2.1 - Ökonomische Probleme

Kategorie 2.2 - Situation der kritischen Berichterstattung in Österreich
--

Kategorie 2.3 - Folgen der Konstruktion „Feinbild Journalist“

Kategorie 2.4 - Vertrauen in den Journalismus/Glaubwürdigkeit

Kategorie 2.5 - Herausforderungen im Zusammenhang mit sozialen und alternativen Medien
--

Kategorie 2.6 - Sonstiges

Kategorie 3 - Probleme Berufsalltag
--

Kategorie 3.1 - Persönliche Angriffe

Kategorie 3.2 - Angriffe auf Medium

Kategorie 3.3 - frühere Erfahrungen

Kategorie 3.4 - Folgen allgemein/vermutete Folgen

Kategorie 3.5 - Versäumnisse seitens der Medien

Kategorie 3.6 - Sonstiges
Kategorie 4 - Lösungsansätze Kategorie 4.1 - Medienkompetenz Kategorie 4.2 - Journalistische Ansätze Kategorie 4.3 - Politische Ansätze Kategorie 4.4 - Positiv-Beispiele Kategorie 4.5 - Politische Versäumnisse Kategorie 4.6 - Sonstiges

Abbildung 3: Kategoriensystem / eigene Darstellung

10.2.4. Forschungsbericht

Die größte Herausforderung im Zuge der Forschung stellte die Vereinbarung der Interviewtermine dar. Das Ibiza-Video hatte eine Eruption des politischen Systems im Land ausgelöst, dementsprechend voll waren auch die Terminkalender der Journalist_innen. Es wurde darauf geachtet, die Interviews zeitnah zu transkribieren und etwaige wichtige Passagen bereits zu notieren. Die Antworten ließen erkennen, dass Themenschwerpunkte unterschiedlich gewichtet und persönliche Erfahrungen stark divergierten. Ob der Vergleichbarkeit und der Zuordenbarkeit erschien deshalb eine erste Kategorisierung anhand der Forschungsfragen zielführend. Die Unterkategorien wurden deduktiv anhand des Datenmaterials gebildet. Die Transkripte aller acht Interviews mit Informationen zu den teilnehmenden Personen sowie der jeweiligen Interviewsituation finden sich ebenso wie die ausdifferenzierten Kategorien der Übersicht halber im Anhang der Arbeit.

10.3. Einzelauswertung

10.3.1. Interview 1 – Martina Salomon

Kategorie 1

„Kurier“-Chefredakteurin Martina Salomon gibt an, man könne die Pressefreiheit aufgrund der Aussagen im Ibiza-Video als bedroht ansehen und argumentiert weiter mit der Summe der Angriffe durch die FPÖ sowie der „Message Control“ der ÖVP. In puncto „Message Control“ relativiert Salomon aber umgehend. Diese sei in Österreich bisher unüblich gewesen, in anderen Ländern aber längst Usus. Die Interventionsversuche sieht Salomon eher gelassen. Zum einen habe es die immer schon gegeben – zudem kämen sie nicht nur seitens der Politik, sondern ebenso von der Wirtschaft, Kultur, Sport, etc. Nicht jeder Interventionsversuch sei als Angriff auf die Pressefreiheit zu werten. Im Zusammenhang mit den Interventionen, gesteht Salomon eine Teilschuld der Medien ein – die auch über das Ziel hinausgeschossen wären. Salomon ortet auch positive Entwicklungen: Das Näheverhältnis zwischen Journalist_innen und Politiker_innen sei früher stärker gewesen. Zudem gäbe es heute mehr Medien. Die „Kurier“-Chefredakteurin sieht die Tendenz, dass unabhängige Medien weniger werden, weil Konsument_innen immer weniger bereit seien, für Journalismus zu bezahlen und politische Akteure noch mehr auf ihre eigenen Kanäle setzen.

Kategorie 2

Journalismus kämpft mit ebendiesem Problem, dass die Politik heute über ihre eigenen Kanäle verfügt und die Situation für unabhängige Medien schwieriger wird. Zudem ändere sich das Medienverhalten derzeit komplett. Außerdem schrumpfe die Zahl unabhängiger Medien, weil Konsument_innen immer weniger bereit wären, für Medien zu bezahlen. Die kritische Berichterstattung befindet Salomon hingegen besser denn je. Sie argumentiert damit, dass die Journalist_innen ihre eigenen recherchierten Berichte veröffentlichen wollen und deshalb kritischer berichten würden. Noch vor einigen Jahrzehnten sei Verlautbarungsjournalismus betrieben worden. Hier habe sich eine kritischere

Betrachtung der Politik gegenüber etabliert. Sehr wohl konstatiert Salomon dem Journalismus in Österreich ein Glaubwürdigkeitsproblem. Sowohl die Glaubwürdigkeit der Politik, als auch die der Medien sei im Keller. Salomon sieht hier eine Teilschuld bei den Medien. Man habe sich zu sehr von den Leser_innen entfernt. Zudem sitzen viele Nutzer_innen in ihren Echokammern und wollen keine anderen Meinungen mehr hören. Das stößt den Journalismus weltweit in ein Vertrauensproblem.

Kategorie 3

Salomon selbst wurde in den Sozialen Medien von der SPÖ Langenzersdorf diskreditiert und als am Rücken liegende Hündin mit gespreizten Beinen sowie als „Laufmasche vom Basti“ bezeichnet. Zu Beginn ihrer Chefredaktionszeit habe sie viele Bösartigkeiten erlebt. Salomon vermutet, dass Frauen härter und respektloser behandelt werden, als ihre männlichen Kollegen in Spitzenfunktionen.

Kategorie 4

Salomon hat die Angriffe gegen ihre Person jeweils offengelegt und ist in die Gegenoffensive gegangen, indem sie in drei Fällen geklagt und gewonnen hat. Das habe Wirkung gezeigt. Allgemein fordert sie weniger Hysterie auf allen Seiten, um die Situation zu beruhigen. Salomon sieht ausreichend Diskurs zum Thema „Pressefreiheit“. Als Positivbeispiel führt sie das gemeinsame Statement der Chefredakteure an, das als Reaktion auf die Missstände im Juni entstanden war und die Situation verbessert hätte. Gefragt nach dem Beitrag, den Journalismus bei der Vermittlung von Medienkompetenz leisten kann, antwortet Salomon, der „Kurier“ lade Schüler_innen zu Diskussionen ein, führt aber die Legitimation an, dass auch Journalist_innen und Lehrer_innen „die Weisheit nicht mit dem Löffel gefressen [haben].“

10.3.2. Interview 2 – Anneliese Rohrer

Kategorie 1

Die ehemalige Ressortleiterin der Presse, Anneliese Rohrer, spricht zwar nicht per se von einem Angriff auf die Pressefreiheit, macht während der ÖVP-FPÖ-Regierung aber einige neue Phänomene in diesem Zusammenhang aus. Die Interventionen und der Versuch, Journalist_innen unter Druck zu setzen, seien nicht neu, auch nicht die Qualität hinter etwaigen Drohungen. Das Niedermachen von Journalist_innen habe der damalige Bundeskanzler Wolfgang Schüssel praktiziert. Mit Sätzen wie: „Sie können mir intellektuell nicht folgen.“ Es habe sich nicht die Qualität der Drohungen geändert, jedoch die Schlagzahl. Es habe sich die Häufigkeit geändert. Positiv zu erwähnen ist an dieser Stelle, dass gleichzeitig die Transparenz gestiegen sei. Eine weitere Neuerung ist die „Message Control“. Das habe es in dieser Form bisher in Österreich nicht gegeben. Auch war es in der jüngeren Vergangenheit erstmalig so, dass bei Presseauftritten keine Fragen zugelassen oder Pressekonferenzen nach ein paar Fragen abgedreht wurden. Rohrer kritisiert, dass dies deshalb möglich gewesen sei, weil sich die Journalist_innen dagegen nicht zur Wehr setzen. Einen klaren Angriff auf den ORF sieht Rohrer im Vorstoß der ÖVP-FPÖ-Regierung, die ORF-Gebühren abzuschaffen. Man hätte den ORF damit klar schwächen wollen. Angesprochen auf die Vergabe von Inseraten, antwortet Rohrer, dass es diese Verbindung von Inseraten und Berichterstattung auch früher in Einzelfällen gegeben habe und schildert ein Beispiel des ehemaligen niederösterreichischen Landeshauptmanns Erwin Pröll, der „Presse“ nach einem ihm missfallenden Kommentar die Inserate für den damaligen Landtagswahlkampf streichen wollte. An dieser Stelle spricht Rohrer eine Änderung der Machtverhältnisse an. Die Tageszeitung „Österreich“ habe auf das Einstellen von Inseraten aufgrund der Auseinandersetzung zwischen Herausgeber Wolfgang Fellner und dem damaligen Bundeskanzler Christian Kern mit einer negativen Kampagne reagiert. Dafür hätte die SPÖ bitter bezahlt. Für besonders schlimm hält Rohrer die Tatsache, dass jungen Journalist_innen bei Terminen sofort das Du-Wort angetragen wird. Dies ließe keine kritische Distanz zu. Sie kritisiert zudem, dass es unter Journalisten keine Solidarisierung gebe und dass man sich nicht

organisiert. Es fehle der Diskurs und gleichsam eine Gruppe innerhalb der Zivilgesellschaft, die tatsächlich an unabhängigem Journalismus interessiert sei. Beispielhaft führt Rohrer die Diskussion über die Finanzierung des ORF an. Sie kritisiert, dass derartige Diskussionen in Österreich immer zu kurz greifen, weil sich die Bevölkerung in Wirklichkeit nicht dafür interessiert. Das grundsätzliche Problem hinter alldem sei die mangelnde politische Bildung. Die Medien könnten hier keinen Beitrag leisten, an dieser Stelle sei die Politik gefordert. Die Tendenzen für die Zukunft sieht Rohrer dennoch nicht schwarz. Wir befänden uns aktuell in einer Umbruchszeit, besonders aufgrund des digitalen Wandels. Dennoch würden die Menschen irgendwann zum Schluss kommen, dass man die interessanten Informationen aus der Zeitung bekommt.

Kategorie 2

Die Medienlandschaft in Österreich sei konzentrierter geworden. Im Zusammenhang mit der Inseratenvergabe habe das die Auswirkung, dass Zeitungsherausgeber_innen Politiker_innen unter Umständen mit unvorteilhafter Berichterstattung drohen. Ein schwerwiegendes Problem für den Journalismus seien die wirtschaftlichen Verhältnisse der Verlage. Österreich sei zu klein, um die Mediendichte über Werbung zu finanzieren. Problemlösungsansätze hierzu würden nie diskutiert. Es fehle ein Finanzierungsmodell. Redaktionen sollen immer billiger werden. Unerfahrene Leute, die noch Zeit bräuchten, würden zu wichtigen Terminen geschickt. Am Ende würde dann nur eine umformulierte APA-Meldung dabei rausspringen. Rohrer kritisiert, dass die jungen Journalist_innen gezwungen seien, die Berichte so zu schreiben, wie der Verlag es will. Sie erzählt von einer Journalistin, der mit Kündigung gedroht wurde, falls sie eine Dienstanweisung diesbezüglich nicht befolgt. „Wie soll man da Rückgrat entwickeln?“ fragt die ehemalige Presse-Ressortleiterin. Zusammenfassend konstatiert Rohrer, die Verlage hätten sich ihr eigenes Geschäft abgegraben.

Die Medien hätten zudem, ebenso wie die Politik, ein Vertrauensproblem. Daran sei man zum Teil selbst schuld. „Es gibt keine Branche, die sich dermaßen selbst in den Niedergang diskutiert“, so Rohrer. Auch im Zusammenhang mit der Herausforderung durch die Sozialen Medien sieht sie eine Teilschuld bei den

Medien, ausgeführt am Beispiel Donald Trump. Trump sei Meister, diese Kanäle zu nutzen, die Medien seien aber auf „jeden Rülpsen“ aufgesprungen. Grundsätzlich sieht Rohrer die Gesellschaft ob der rasanten digitalen Entwicklung in einem Erziehungsprozess. Zwar sieht sie die Möglichkeit negativer Entwicklungen, beispielsweise wenn nur mehr Algorithmen Berichte schreiben – am Ende rechnet sie jedoch damit, dass sich die Menschen aufgrund des Mehrwerts auf die Berichterstattung der Zeitungen zurückbesinnen.

Kategorie 3

Von etwaigen Interventionsversuchen und Drohungen sei Rohrer heute nicht mehr so betroffen, geben tue es sie natürlich. Zu ihrer aktiven Zeit habe ihr Ernst Strasser einmal angedroht, sie würde ihren Job verlieren. Wolfgang Schüssel drohte noch vor seiner Zeit als Bundeskanzler damit, der „Presse“ die Förderung zu entziehen. Rohrer, die damals bereits Ressortleiterin war, antwortete, sie werde ihn jetzt in die Chefredaktion verbinden.

Grundsätzlich sei es heute schwierig für Journalist_innen, ihre Arbeit zu machen, da Politiker heute Fragen nicht mehr beantworten, sondern nur ihre Speaking Notes abarbeiten würden. Das funktioniere, weil man sich nicht dagegen wehrt. Eine Folge des Konkurrenzdrucks sei die fehlende Solidarisierung unter Journalist_innen. Unter Schwarz-Blau I sei damals der Versuch unternommen worden, sich zusammenzuschließen und zu wehren. Es kam damals jedoch nur zu drei Treffen. Das gemeinsame Statement der Chefredakteur_innen vom Juni wertet Rohrer diesbezüglich als Tropfen auf dem heißen Stein. Journalist_innen würden sich aus Angst, vor Informationen ausgeschlossen zu werden, zu wenig zur Wehr setzen. Dabei sei das ein Problem, womit ein Medium leben kann. So habe Viktor Klima der „Presse“ während seiner Amtszeit als Bundeskanzler keine Interviews gegeben. „Den Viktor Klima gab’s dann nicht mehr. Die „Presse“ gibt es heute noch“, so Rohrer.

Die in Kategorie 2 angesprochene konstruierte Nähe zwischen Politiker_innen und Journalist_innen führe zur sprichwörtlichen Schere im Kopf. Das sei „unheimlich perfide.“

Kategorie 4

Rohrer sieht eine Reihe von Lösungsansätzen. Diese setzen voraus, dass Journalist_innen sich gegen Missstände abstimmen und klar zur Wehr setzen. Die Medien müssen aktiv auftreten und klar artikulieren, was sie für die Gesellschaft leisten und was sie wollen und dass es dafür wirtschaftliche Modelle brauche, weil in Österreich der Markt zu klein ist. Als Positivbeispiel führt Rohrer die einstige staatliche Presseförderung auf. Diese sei zwar ein Kuriosum, habe aber funktioniert, weil es eben alle betroffen hat. Die Reform der Presseförderung werde zwar immer wieder diskutiert, es passiere aber nichts.

Guter Journalismus werde sehr wohl geschätzt. Das könne man an den Entwicklungen der New York Times ablesen. Dazu gelte es, seitens der Medien Ressourcen einzusetzen: „Ein Florian Klenk genügt nicht.“ Transparenz würde ebenfalls Abhilfe schaffen. Rohrer meint, dass nicht einmal Helmut Brandstätter in seinem neuen Buch [Kurz & Kickl. Ihr Spiel mit Macht und Angst, Anm.] seine Erlebnisse genau schildert. Man höre diese Geschichten zwar immer wieder, aber man lese sie nirgends. Davor müsse man aber aufhören zu jammern und stattdessen auf mehr politische Bildung beharren. Es braucht die Bewusstmachung und den politischen Willen, Medienkompetenz als Bildungsziel zu installieren. Im Bezug auf Soziale Medien müssen Regeln und Sanktionsmöglichkeiten eingeführt werden. Hier hinke die Politik weit hinterher. Dies sei aber umso wichtiger, um Entwicklungen, die der Demokratie zuwiderlaufen, einzudämmen.

10.3.3. Interview 3 – Corinna Milborn

Kategorie 1

Corinna Milborn sieht die Gesamtsituation der Pressefreiheit in Österreich im internationalen Vergleich zwar gut, aber „mit Luft nach oben.“ Der Grund für das Absacken im „Press Freedom Index“ wie wohl der Erlass des Innenministeriums, kritische Medien von der Information auszuschließen. Das sei unzulässig. Eine Grenze werde auch dort überschritten, wo es um die Kopplung öffentlicher Aufträge geht. Das sei im Innenministerium bzw. auch in anderen Ministerien unter Türkis-Blau passiert. Man habe kritischen Medien die Aufträge entzogen und anderen gegeben – und das mit öffentlichen Geldern. Das sei illegitim. Die Angriffe auf Journalist_innen kämen vor allem von rechter Seite. Die FPÖ habe traditionell kein enges sondern ein angespanntes Verhältnis zu den Medien in Österreich und deshalb eigene Medien aufgebaut. Die Angriffe hätten durch die Möglichkeiten, die Facebook bietet, eine neue Dimension erreicht, da auf diese Weise Angriffskampagnen losgestartet wurden. Die Intention der FPÖ dahinter sei, sich als Anti-Establishment-Partei zu positionieren. Der geschürte Online-Hass habe mittlerweile ein bedenkliches Ausmaß angenommen. Das gelte eben vor allem für die FPÖ. Milborn führt aber auch ein Beispiel der Liste Pilz im Vorwahlkampf auf. Diese Kampagnen richten sich vor allem auf einzelne Journalist_innen. Die Angriffe auf den Journalismus seien früher genauso groß gewesen, hätten aber nun durch die Möglichkeiten von Facebook eine neue Dimension erreicht.

Das Problem der „Message Control“ hält die Puls4-Infochefin für überhöht. Der Versuch, seine Botschaft zu transportieren sei legitim, ebenso sich über einen Bericht zu beschweren. Es liege an den Medien und an den Journalist_innen, was diese daraus machen. „Wenn so etwas als Problem gesehen wird, vor dem dann Leute einknicken, dann ist das Problem eher in den Medien“, meint Milborn. Das eigentliche Problem bei der Informationsbeschaffung sei nicht die „Message Control“, sondern die Informationsfreiheit – ein grundlegendes Problem, das nicht erst mit Türkis-Blau begonnen hat. Für Milborn handelt es sich dabei um das Hauptproblem der Pressefreiheit. So fehlen Gesetze, die einen Zugang zu

Informationen ermöglichen. In anderen Ländern gebe es zum Beispiel den „Freedom of Information Act“. In Österreich werden kritische Anfragen hingegen mit dem Amtsgeheimnis abgewimmelt. Investigativer Journalismus ist daher verstärkt auf Whistleblower angewiesen, da der Zugang zur Information fehlt. Aber auch Whistleblower können interessensgeleitet agieren. Grundsätzlich müssen Gesetze geschaffen werden, die den Zugang zu Informationen ermöglichen. Anders als Journalist_innen kann das Parlament Anfragen einbringen. Bei den Anfragebeantwortungen, die für Medien eine wichtige Quelle darstellen, habe in der Zeit der ÖVP-FPÖ-Regierung die Qualität abgenommen.

Eine Einschränkung der Pressefreiheit sieht Milborn im Unterbinden von journalistischen Fragen bei Pressekonferenzen. Politik müsse offen kommunizieren und Journalist_innen die Möglichkeit haben nachzufragen. Hintergrundgespräche haben mittlerweile – nicht erst seit Türkis-Blau – Tradition. Öffentliche Pressetermine hätten im Vergleich abgenommen – ein Faktor, der sich negativ auf die Pressefreiheit auswirke. Journalist_innen würden die Einladungen zu Hintergrundgesprächen aber dennoch annehmen, weil sie eben auch auf exklusive Informationen angewiesen seien.

Kategorie 2

Der Aufbau eigener Medien und Kanäle seitens der Politik stellt den Journalismus vor allem dann vor Herausforderungen, wenn über diese Plattformen gezielt Angriffskampagnen gefahren werden. Die traditionellen Medien werden dabei als Teil des Establishments geframet. Dennoch steige derzeit das angeschlagene Vertrauen in den Journalismus. Die Nutzer_innen würden erkennen, dass es ob der Flut an ungeprüfter Information im Internet umso mehr erfahrene Profis braucht, die die Datenmengen selektieren, prüfen und erklären. Das Hauptproblem an den Sozialen Medien liege in der Art, wie diese vorgehen. Lüge und Propaganda werde auf diesen Kanälen algorithmisch belohnt. Man werde mit bedenklichen Inhalten konfrontiert, ohne es darauf angelegt zu haben. Alternative Medien seien inzwischen so gemacht, dass Geschichten professionell präsentiert werden. Über Facebook und Co. generieren sie massenhaft Reichweite. Viele Menschen landen so in ihren

Bubbles. Auf Youtube bedarf es nur weniger Klicks zur Verschwörungstheorie, so Milborn.

Ein weiteres großes Problem für den Journalismus im Allgemeinen stellt die in Kapitel 1 erwähnte fehlende Grundlage zur Informationsbeschaffung dar. Investigativer Journalismus stößt dann häufig an seine Grenzen. Den Journalismus insgesamt schätzt Milborn in Österreich durchaus kritisch ein. Zumindest herrsche in Österreich kein Jubeljournalismus.

Kategorie 3

Angriffskampagnen auf einzelne Journalisten sind Milborn zufolge anstrengend und beeinträchtigend für die Betroffenen. Besonders häufig würden Frauen das Opfer dieser Diffamierungen und Bedrohungen werden. Persönlich sei sie selten damit konfrontiert. Wenn, habe es mit kritischen Fernsehinterviews zu tun. Massiv habe sie das zuletzt im Bundespräsidentenwahlkampf 2016 erlebt. Keine Erfahrung hat Milborn mit Interventionen, in denen auch Folgen angedroht werden. Dies sei in ihrem Unternehmen auch schwer möglich, weil man die Tochter einer deutschen Aktiengesellschaft sei. Beim ORF sei die Situation natürlich eine andere.

Kategorie 4

Milborn fordert eine offene Kommunikation seitens der Politik, um die Pressefreiheit zu garantieren. Es müsse die Möglichkeit geben, Nachfragen zu stellen. Anderenfalls sollten die Pressekonferenzen nicht mehr übertragen werden. Dabei erwähnt sie, dass sich die Situation nach dem gemeinsamen Statement der Chefredakteur_innen rasch gebessert habe. Diese Zusammenschlüsse und das Sich-Wehren, wie es im Zuge der „Ibiza-Pressekonferenzen“ geschehen sei, stelle eine wichtige Aufgabe der Medien dar – ebenso das Eintreten für ein Gesetz. Das passiere aber schon im Zuge des „Forum Informationsfreiheit“.

Milborn sieht zudem das Bestreben des Journalismus, einen Beitrag zur Medienkompetenz zu leisten. Es werde versucht, die Recherchen hinter den Beiträgen transparent zu machen, zu erklären wie gearbeitet wird und auch klarzustellen, was man weiß und was man noch nicht weiß. In diesem Zusammenhang sei auch die Rechercheplattform „Dossier“ erwähnt. Derartige Berichterstattung gebe es also bereits im Netz. Wen sie erreicht, ist eine andere Frage. Das hänge natürlich vom Interesse der Nutzer_innen ab.

Den Sozialen Medien komme die Pflicht zu, ihre Herausgeber-Verantwortung wahrzunehmen. Und es bedarf politischer Maßnahmen, damit dies geschieht. Auf Facebook finde Verleumdung und Verhetzung statt, all dies seien Straftatbestände und es läge in der Verantwortung der Politik, diese zu sanktionieren. Hier verhalte sich die Politik zögerlich. Einerseits, weil es diesbezüglich einfach an Kenntnissen fehle, andererseits tue sich nationale Politik schwer, gegen globale Player etwas auszurichten. In Deutschland sei das Netzdurchsetzungsgesetz ein Positivbeispiel, es gelte aber auf EU- und auf US-Ebene aktiver zu werden.

Ein wichtiger Baustein sei einmal mehr die Bildung. Vor allem jungen Schüler_innen müsste Medienkompetenz beigebracht werden, damit sie sich in der Informationswelt zurechtfinden und Informationen einordnen können. Dies geschehe oft nur auf Eigeninitiative einzelner Lehrer bzw. in Zusammenarbeit mit Vereinen wie „Safer Internet“. Es fehlen bildungspolitische Maßnahmen.

10.3.4. Interview 4 – Armin Wolf

Kategorie 1

Die Situation der Pressefreiheit habe sich durch die Übergangsregierung entspannt. Unter der türkis-blauen Regierung sei es für den ORF tatsächlich schwierig gewesen, weil noch nie zuvor so sehr versucht worden war, den ORF zu beschädigen. Die damals diskutierte Budgetfinanzierung hätte eine Verstaatlichung des ORF und damit das Ende des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bedeutet. „Es gab noch nie eine Regierung, in der eine Regierungspartei so offen gesagt hat, dass sie den ORF eigentlich in der derzeitigen Form nicht will – und die andere Regierungspartei zumindest nicht sehr stark dagegengehalten hat“, sieht Wolf die damalige Situation rückwirkend existenzbedrohend für den ORF. Würde der ORF zum Staatsfunk verkommen, wäre das ein größeres Problem als seine Abschaffung. Denn der ORF spiele in Österreich eine ungewöhnlich große Rolle und trage entscheidend zur öffentlichen Meinungsbildung bei. Einen Angriff auf die Demokratie sieht Wolf in den Attacken gegen den ORF aber nicht: „Es wird in Österreich auch eine Demokratie geben, wenn's den ORF nicht gibt.“ So lange es ihn gibt, müsse er aber unabhängig berichten können. Im Alltag könne er das auch. Zwar sei die Besetzung von Führungspositionen und Gremien seit jeher problematisch – der Austausch von Führungspositionen ist ein klassisches Anzeichen für Staatsfunk-Anstalten – diese könnten aber nicht wahllos in die Berichterstattung eingreifen. Zudem schütze den ORF sein Redakteursstatut und die öffentliche Beobachtung.

Im Vergleich zur ersten schwarz-blauen Regierung hält Wolf fest, dass die FPÖ auch schon damals nicht gut auf den ORF zu sprechen war, die Institution als solche aber nicht in Frage gestellt wurde. Der Versuch, massiv Einfluss zu nehmen, war jedoch bereits damals gegeben. Die ÖVP habe klassisch, wie auch die SPÖ seit Jahrzehnten, versucht, den ORF zu lenken und ihre Leute in Führungspositionen zu hieven. Für die damalige ÖVP sei der ORF eine zentrale Institution gewesen. Das hätte sich mit dem Generationenwechsel und der Neuen Volkspartei geändert. Das Verhältnis von Sebastian Kurz oder Gernot Blümel zum ORF sei transaktionaler und auch emotional ein völlig anderes, als

das der Generation Schwarz-Blau I. Die FPÖ sei hingegen tatsächlich viel aggressiver geworden.

Die gezielte Einflussnahme sei nicht neu und auch kein Problem, da man ja einfach nein sagen kann. Ein Problem ortet Wolf dann, wenn Personen das Gefühl bekommen, dass ihr „berufliches Fortkommen davon abhängt, ob sie öfter ja oder nein sagen“. Es sei relativ offensichtlich, dass nicht alle Personalentscheidungen der vergangenen Jahre ausschließlich sachlich motiviert waren. Personalpolitisch sei früher jedoch noch mehr Einfluss genommen worden als jetzt. Man könne mittlerweile Ressortleiter_in werden, ohne von einer Partei promoviert zu werden. Für den Chefredakteursposten gelte das nicht

Zur allgemeinen Lage meint Wolf, der Einfluss der Printmedien wäre aufgrund der Möglichkeiten, die Social Media den Parteien bietet und die dort massiv Öffentlichkeitsarbeit betreiben, stark zurück gegangen. Den drei großen Boulevard-Zeitungen komme jedoch sehr wohl eine große Bedeutung zu. Daher werde versucht, sich diese mit einer Mischung aus Exklusiv-Informationen und Inseraten gewogen zu halten. „Also ich glaube zum Beispiel dem Bundeskanzler ist es relativ wichtig, was in der „Kronen Zeitung“ und in „Österreich“ über ihn steht, es ist ihm, glaube ich, nicht dramatisch wichtig, was im „Standard“ über ihn steht – oder im „Falter“ oder im „Profil“. Auch das sei jedoch kein neues Phänomen, erinnert Wolf an die Inseraten-Geschichte mit dem damaligen Bundeskanzler Werner Faymann und der ÖBB. Die SPÖ, die derzeit die Medienfreiheit groß verteidige, habe selbst in den letzten Jahrzehnten vieles versucht, um die Berichterstattung zu beeinflussen. Der Unterschied sei jedoch noch einmal hervorgehoben: Es wurde zu keinem Zeitpunkt der ORF als solcher infrage gestellt.

Es habe in der Vergangenheit immer wieder Partei-Funktionäre gegeben, die Journalist_innen niedergebrüllt hätten. Die Pressesprecher von Sebastian Kurz seien relativ offensiv beim Anrufen. Wolf bekomme das aber nur vom Hören-Sagen mit: „Bei mir ruft niemand an.“

Der Journalismus kämpfe mit den Delegitimierungsversuchen einiger Parteien und dem daraus resultierenden Glaubwürdigkeitsproblem. Früher konnten die Parteien nicht so vorgehen, weil sie angewiesen waren, in der Berichterstattung vorzukommen. Wenn eine große Partei ihren Wählern permanent weis macht, die Medien würden falsch oder tendenziös berichten, glauben sie das irgendwann. Trotz der vielen Attacken auf Medien halte sich der Aufschrei gering. „Hätte man vor 30 Jahren versucht, den ORF abzuschaffen, hätte es einen Volksaufstand gegeben“, so Wolf. Dennoch geht er davon aus, dass sich der seriöse Journalismus auf Dauer durchsetzen kann, weil er erstens ob seiner Funktion für die Gesellschaft unabkömmlich und die ganze Zeit Propaganda im Netz auf Dauer auch „unlustig ist.“ Die öffentliche Finanzierung könnte sogar noch wichtiger werden, da es privatwirtschaftlich nicht stemmbar sei. Man müsse sich neue Finanzierungsmodelle überlegen, vor allem, wenn man bedenkt, dass die junge Generation damit sozialisiert wird, für 9,90 Euro im Monat alle Filme und Musik dieser Welt zu bekommen. Zu der Zeit, als 2,6 Millionen Menschen lineares Fernsehen geschaut haben, werde der ORF aber ganz bestimmt nicht mehr zurückkommen.

Kategorie 2

Politische Parteien betreiben in den Sozialen Medien massiv Öffentlichkeitsarbeit, gleichzeitig sei der Einfluss von Printmedien zurückgegangen. Welche Folgen das im Extremfall haben könne, schildert Wolf am Beispiel Trump auf die Frage nach den Folgen der Konstruktion des Feindbildes Journalist. Dort seien unabhängige Medien delegitimiert und zu Feinden hochstilisiert und ein eigenes Medien- und Faktenuniversum hergestellt worden. Diese Ansätze gebe es mittlerweile auch in Österreich. HC Strache habe mit jedem Posting, das viral gegangen ist, ein bis zwei Millionen Leute erreicht. Dazu kämen Blogs wie „Unzensuriert“, „Alles Roger“ etc. Zusammen schaffe man so ein Misstrauen gegenüber den etablierten Medien. Der Journalismus habe ein Glaubwürdigkeitsproblem, das in ebendiesen Delegitimierungsbestrebungen einzelner Parteien besteht. Für die Rezipient_innen sei es ohnehin schon schwer, die Inhalte des Vertrauensguts Journalismus zu beurteilen. Durch die Attacken werde diese Vertrauensdebatte nun angeheizt.

Die kritische Berichterstattung in Österreich sieht Wolf vor einer schwierigen Aufgabe: Die Politik hat um ein Vielfaches mehr an Ressourcen als die Medien. Beispielsweise habe das Innenministerium unter Herbert Kickl alleine 50 Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit beschäftigt. Gleichzeitig hätten Redaktionen mit finanziellen Problemen zu kämpfen. Die Redaktionen schrumpfen und Journalist_innen müssten sehr viel mehr und neue Aufgaben übernehmen. Dabei gehe die Zeit für Recherche verloren. Dieses Missverhältnis mache die Arbeit schwieriger. Auf der einen Seite fehle es an Ressourcen, auf der anderen stehe eine große und professionelle PR-Maschinerie. Zwar sei der Journalismus immer von wirtschaftlichen Faktoren abhängig gewesen, aufgrund der Knappheit sei er früher jedoch ein gutes Geschäft gewesen. Die Leute wollten in den Zeitungen inserieren und Fernsehwerbung schalten. Das ging nur im ORF. Mittlerweile brauche es die klassischen Medien nicht mehr, um Menschen mit Werbung zu erreichen.

Kategorie 3

Die Existenz des ORF sei aufgrund der massiven Angriffe seitens einer Regierungspartei tatsächlich bedroht gewesen. Die persönlichen Angriffe auf seine Person habe es auch schon früher gegeben, meint Wolf. Bereits unter der Großen Koalition hätte es massive Bemühungen gegeben, ihn aus seinem Job zu drängen. Als ungewöhnlich ordnet Wolf die Situation mit Harald Vilimsky in einem ZIB2-Interview ein, in dem der FPÖ-Generalsekretär Wolf berufliche Konsequenzen angedroht hatte. Neu sei jedoch weniger die Intensität, sondern die Öffentlichkeit gewesen. Im beruflichen Alltag habe sich für Wolf unter Türkis-Blau nichts verändert, es sei für die ZIB-Redaktion allgemein jedoch schwieriger geworden, Studiogäste zu bekommen.

Kategorie 4

Wolf sieht es als Aufgabe des Journalismus, seinen Zuseher_innen und Leser_innen zu erklären, wie gearbeitet wird und warum dies so geschieht. Bei Vorwürfen, man berichte parteiisch, müsse man all das immer wieder erklären. Das sei wahnsinnig mühsam und aufwendig und nur zu einem geringen Prozentsatz erfolgreich, aber dennoch erforderlich. Wolf sieht dieses Bestreben bei allen professionellen Medien, da diese auch allesamt gleichsam betroffen wären. Dem ORF komme hier einmal mehr eine Sonderstellung zu, da dieser auf die Gebühren und somit auf die Legitimation der Zuseher_innen angewiesen ist. Der ORF müsse von allen ernst genommen werden, während andere Qualitätsmedien, Wolf nennt explizit den „Standard“ und den „Falter“, darauf weniger angewiesen seien. Denn viele Hardcore-FPÖ-Wähler würden den „Falter“ ohnehin nicht lesen. Es werde aber weltweit versucht, mit Blogs, auf Social Media etc. die Arbeits- und Rechenschritte transparenter zu machen. Gleichzeitig müsse man noch genauer arbeiten und sich vor Fehler hüten. Einen „Beipackzettel“ für jeden einzelnen Beitrag könne man aber nicht liefern.

Zumindest das ökonomische Problem könne die Politik erleichtern. Ein Schritt wäre für Wolf die dramatische Erhöhung der Presseförderung und deren Bindung an vernünftige Kriterien. Inserate sollten demnach nicht primär an den Boulevard vergeben werden, sondern an Zeitungen, die ordentlich recherchieren. Ein weiteres Kriterium wäre die Mitgliedschaft beim Presserat. Zudem könne die Politik einen Beitrag zur Pressefreiheit leisten, indem sie den ORF anstatt infrage zu stellen auf eine vernünftige wirtschaftliche Basis stellt und ein entsprechendes ORF-Gesetz formuliert.

Auch in puncto Medienkompetenz sieht Wolf die Hauptaufgabe bei der Politik. Er beruft sich auf Pörksen, wenn er meint, dass „jeder, der lesen und schreiben kann, ein gewisses Mindestmaß an journalistischer und redaktioneller Kompetenz braucht, damit er noch beurteilen kann, ob die Medien, die er konsumiert oder die Fakten, die er präsentiert kriegt, irgendwie plausibel sind.“ Dies zu gewährleisten sei vorrangig Aufgabe des Bildungssystems.

Zur Problematik im Zusammenhang mit den Sozialen Medien meint Wolf, diese müsse man mit Journalismus infiltrieren. Wenn sich die Leute auf diesen Plattformen aufhalten, müsse man das eben auch tun. Man müsse sie quasi mit seriösem Journalismus verfolgen. Zwar sei Facebook wirtschaftlich gesehen ein Konkurrent, die Leute würden sich aber auch dort aufhalten, wenn der ORF nicht dort aktiv wäre. Deshalb solle man ihnen neben interessensgeleiteter Propaganda auch seriösen Journalismus bieten.

10.3.5. Interview 5 – Katja Winkler

Kategorie 1

Katja Winkler stimmt mit dem Reporter-ohne-Grenzen-Ranking dahingehend überein, dass sich die Situation tatsächlich verschlechtert habe. Die Gründe seien vielfältig. Zum einen habe es unter Türkis-Blau gegenüber dem ORF Einschüchterungsversuche am laufenden Band gegeben. Exemplarisch führt sie das Sujet mit Armin Wolf an, das Heinz-Christian Strache auf Facebook gepostet hatte, worauf zu lesen war: „Es gibt einen Ort, an dem Lügen zu Nachrichten werden. Das ist der ORF.“ Zudem habe Harald Vilimsky nach einem Interview Patricia Pawlickis mit Wolfgang Sobotka gemeint, sie sei untragbar und hätte im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nichts zu suchen. Hans-Jörg Jenewein habe zudem Report-Chef Wolfgang Wagner Gesinnungsjournalismus vorgeworfen und seine Entlassung vorgeworfen. All das seien Einschüchterungsversuche, die dazu führen können, dass Journalist_innen Angst um ihren Job bekommen. In einer liberalen Demokratie, wo es die Aufgabe von Journalist_innen ist, kritische Fragen zu stellen, habe so etwas nichts verloren. Diesbezüglich müsse man aufpassen, da es in Ungarn ähnlich angefangen habe. Die Intention der FPÖ sei es, den ORF als tendenziös darzustellen und damit seine Gebührenfinanzierung zu delegitimieren.

Kritik sieht Winkler durchaus als legitim und auch wichtig an. Auch die Eingriffe seien nicht neu. Das Niveau der Einschüchterungsversuche habe sich aber geändert und mit der Forderung von Entlassungen eine neue Dimension erreicht, insbesondere, weil es von einer Regierungspartei kam. Die FPÖ habe jedoch

auch schon zu Oppositionszeiten die Abschaffung der „Zwangsgebühren“ gefordert.

Als auffallend unter Türkis-Blau beschreibt Winkler die enorme „Message Control“. Die Kommunikation sei nach einem strikten Plan erfolgt, Woche für Woche sei ein fixes Thema auf der Tagesordnung gestanden und es sei ausschließlich dieses eine Thema behandelt worden. Tage davor hätte man die Themen bereits in wohlwollenden Zeitungen gestreut. An diese „Message Control“ hätten sich auch alle strikt gehalten. Winkler, die bis vor kurzem Redakteurin bei der Sendung „Report“ war, erinnert sich, dass viele Bemühungen um Interviewpartner vergeblich waren. Vielen ÖVP-Abgeordneten sei ein „Maulkorb“ verpasst worden. Zudem seien Versuche, zu einem anderen als dem vorgegeben Thema zu recherchieren, stets abgeblockt worden. Bereits vereinbarte Interviews seien in solchen Fällen auch wieder abgesagt worden. So hätte Günther Platter ein ZIB2-Interview zum Transitgipfel geben sollen. In der Zwischenzeit hätten sich jedoch aktuell relevante Themen ergeben, die die ÖVP betrafen. Da jedoch seitens der ÖVP kommuniziert worden war, dass Platter nur zum Transitgipfel sprechen werde, sagte dieser am selben Tag ab. Früher habe man Minister oder Abgeordnete anrufen können und Interviews bekommen. Heute gehe bei der ÖVP alles über den Tisch von Gerald Fleischmann, dem Sprecher von Sebastian Kurz. Es werde quasi von oben entschieden wer Interviews geben darf.

Einen Angriff auf die Presse macht Winkler in der Vergabe von Inseraten aus. Kritische Medien würden kaum mehr Inserate erhalten. Winkler nennt konkret den „Standard“, wo die Zahl von Regierungsinseraten dramatisch zurückgegangen sei. Boulevard-Medien werden hingegen mit Inseraten gefüttert.

Ein Hauptproblem im Zusammenhang mit der Pressefreiheit sieht Winkler im Amtsgeheimnis. Das „Right to Information Rating“ der Organisationen „Access Info Europe“ und „Centre for Law and Democracy“ führe Österreich in puncto Informationsfreiheit jedes Jahr als Schlusslicht an. Das habe nichts mit der Regierung zu tun, außer dass Sebastian Kurz vor seiner Amtszeit als Bundeskanzler ein Informationsfreiheitsgesetz gefordert habe. Im Parlament

bräuchte es eine Zweidrittel-Mehrheit zur Abschaffung des Amtsgeheimnisses. Es scheint, als wäre das Streben nach Abschaffung des Amtsgeheimnisses mit der Oppositionsrolle verbunden. Aktuell setze sich die SPÖ für ein Informationsfreiheitsgesetz ein. Ein diesbezüglicher Entwurf sei jedoch völlig unzulänglich.

Kategorie 2

Während sich die Redaktionen ausdünnen und finanziell unter Druck stehen, sehen sie sich einem PR-Stab gegenüber, der immer größer und umfangreicher wird – ein Missverhältnis. Zwar sei in Österreich der kritische Journalismus, beispielsweise durch den „Falter“, „Profil“, die ZIB2-Redaktion oder auch den Report, nach wie vor vorhanden, der Kostendruck stelle die Redaktionen aber vor wirtschaftliche Probleme.

Das Vertrauen in den ORF sieht Winkler positiv. Die Berichterstattung rund um das Ibiza-Video habe dazu beigetragen, dass das Vertrauen gestärkt worden sei. Der ORF habe dabei „echt gezeigt, was wir alles alle leisten können, wozu wir in der Lage sind und [wir] haben super Sendungen gemacht.“ Das habe der Glaubwürdigkeit extrem geholfen, besonders, weil es gerade die FPÖ war, die dem ORF ständig ein Unabhängigkeits- und ein Glaubwürdigkeitsproblem attestiert habe.

Kategorie 3

Die „Message Control“ der Regierung, speziell der ÖVP, hatte zur Folge, dass Beiträge nur schwierig umzusetzen waren oder teilweise ausfallen mussten. Nach der kurzfristigen Interview-Absage Günther Platters für die ZIB2 sei die Geschichte umgefallen und erst Tage später erschienen. Beiträge seien weniger interessant gewesen, weil man nicht die Interview-Partner_innen bekommen habe, die man wollte. Stattdessen seien sogar Vorschläge zu alternativen Gesprächspartner_innen gemacht worden, die nicht zum Thema gepasst hätten.

Kategorie 4

Auf das Glaubwürdigkeitsproblem und die vielen ungefilterten Informationen im Internet könne man reagieren, indem man immer wieder mit Fakten entgegentritt. Dazu benötige es aber die Möglichkeit, an Informationen zu kommen. Das scheitere oft am Amtsgeheimnis und damit verbundener Willkür. Insofern bedarf es einer politischen Lösung.

Es sei Aufgabe des Journalismus, einen Beitrag zu leisten, Medienkompetenz zu vermitteln. Das versuche man beispielsweise mit der Infoschiene in ORF1, die gezielt junges Publikum ansprechen soll. Der Schlüssel dazu liege aber in der Bildung. Die politische Bildung in Schulen würde viel zu kurz kommen, das kann Winkler auch aus eigener Erfahrung bestätigen. Hier wäre also ebenfalls die Politik am Zug. Erwähnenswert sind jedoch einzelne Initiativen seitens des ORF oder seiner Mitarbeiter_innen. So besucht beispielsweise Susanne Schnabl regelmäßig Schulen, um mit den Schüler_innen über politische Themen zu diskutieren. Auch Armin Wolf habe das gemacht oder mache es nach wie vor. Diesbezüglich bekomme der ORF auch Anfragen von Schulen. Derartige Projekte sollten künftig wieder stärker forciert werden.

10.3.6. Interview 6 – Claus Pándi

Kategorie 1

Claus Pándi sieht ein semantisches Problem bei der Erhebung des „Freedom of Information Index“ von Reporter ohne Grenzen. Das Ergebnis sei nicht nachvollziehbar, weil es insinuiere, dass Druck auf Journalist_innen ausgeübt werde. Das sei nicht der Fall, denn jeder könne schreiben, was er wolle. Die Presse kämpfe eher mit hausgemachten Problemen ökonomischer Natur. Dies sei aber keine Einschränkung der Pressefreiheit.

Das Betreiben des Begriffs „Fake News“ habe zu einem Glaubwürdigkeitsproblem geführt. Dies sei aber keine Einschränkung der Pressefreiheit, da es nichts an den Arbeitsbedingungen ändere. Es sei nur schwieriger geworden, den Leser_innen zu vermitteln, was wahr ist. Die Angriffe

von außen seien jedoch nicht härter geworden, Interventionsversuche habe es zudem immer gegeben. Diese seien eher subtiler geworden.

In der „Message Control“ sieht Pándi kein Problem. Politiker würden versuchen, ihren Spin unterzubringen. Das sei legitim. Er müsse ja nicht übernommen werden. Journalist_innen, die sich über „Message Control“ beklagen, hätten Pándi zufolge ihren Beruf nicht verstanden: „So lange es Journalisten gibt, die – vorzugsweise vom ORF – zu Pressekonferenzen gehen, dort ihr Mikrofon aufstellen [...] und das dann eins zu eins senden, sind die Sender oder die, die das dann verbreiten, schuld.“

Auf den Vergleich mit Schwarz-Blau I angesprochen meint Pándi, dass damals ein geringerer Professionalisierungsgrad in der „Message Control“ vorherrschte. Das habe auch an den Persönlichkeiten gelegen. So habe sich der damalige Bundeskanzler Wolfgang Schüssel in der Rolle des harten Hundes gefallen. Journalist_innen habe er deshalb mit der „maximal möglichen Unfreundlichkeit“ behandelt. Das Team um Sebastian Kurz mache dies charmanter. Keine „Message Control“ gebe es bei der FPÖ. Diese seien eine Spezial-Bubble, die sich ihre eigenen Medien aufgebaut habe. „Warum sollten die Druck auf uns machen?“, fragt Pándi. „Sie brauchen uns ja gar nicht.“

Angesprochen auf die Aussagen im Ibiza-Video bezüglich der „Krone“ meint Pándi, dass man hier bedenken müsse, wer diese Aussage getätigt hat. Es gäbe diese Fantasie zwar innerhalb der Partei bzw. im Strache-Umfeld, dies müsse man aber richtig einordnen. Die FPÖ bediene so lange ihre Opferrolle bis sie selbst daran glaube. Zudem sei ihr – wie allen anderen Rechtsextremisten – das Paranoide inhärent. Heinz-Christian Strache würden zwar die Mediensysteme eine Viktor Orbán oder Wladimir Putin gefallen, hinter letzterem stecken aber sehr viel Geld und Know-How. Der Freiheitlichen Partei würde dieses Know-How, aber auch die nötige Subtilität vollkommen abgehen. Orbán hätte sich in Ungarn die Medien mithilfe zweier befreundeter Oligarchen unter den Nagel gerissen. Das sei umgelegt auf Österreich jedoch so, als wenn er [Pándi] von der Weltherrschaft träumen würde. Angesprochen auf die Frage, wie das Ibiza-Video die „Krone“ verändert hat, gibt sich Pándi eher zurückhaltend. Er habe bereits

Wochen vor der Veröffentlichung des Videos geschrieben, dass die FPÖ nicht regierungsfähig sei und sei froh, nun nicht mehr alleine mit dieser Position dazustehen. Dabei gehe es ihm nicht um die ideologische Ausrichtung. Auf die spätere Frage, wie unabhängig die „Krone“ berichten kann, meinte der Salzburg-Chefredakteur, er habe im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten die größtmögliche Unabhängigkeit, könne aber nur für sich individuell antworten. Manche würden es breiter, manche weniger breit auslegen. Zudem dürfe man Unabhängigkeit nicht mit Neutralität oder Objektivität gleichsetzen.

Die Mail des Innenministeriums an die Polizei, kritische Medien von der Information abzuschneiden, hält Pándi für einen der „größten Transparenzbeiträge“ der FPÖ. Gehandhabt hätte man das nämlich immer schon so. Nur sei es nun auch verschriftlicht worden. Das Mail bedeute übersetzt: „Diese Medien werden wir mit unseren gestreuten Messagen-Control-Informationen nicht mehr bedienen.“ Pándi meint dazu: „Also wer angewiesen ist darauf zu erfahren, was das Innenministerium offiziell mitteilt, sollte sich schon vorher überlegen, ob er im Beruf des Journalismus richtig aufgehoben ist.“ Dass gewisse Medien besser informiert werden, habe es schon immer gegeben, wobei es sich bei diesen Informationen ohnehin um individuelle Wahrheiten halte.

Auf mögliche Entwicklungstendenzen angesprochen zeigt sich Pándi eher ratlos. Eventuell würde irgendwann ein Punkt erreicht, wo wir wieder zu den Büchern und Nachrichten zurückkehren. Er selbst habe immer die romantische These vertreten, dass irgendetwas bleiben wird: die Geschichte. Aktuell hadere er damit, ob er sich von diesem Gedanken verabschieden soll.

Kategorie 2

Pándi sieht den Journalismus mit einem – unterstellten oder faktischen – Glaubwürdigkeitsproblem konfrontiert. Dies gelte für Qualitätsblätter gleichsam wie für den Boulevard. Dazu kämen Probleme ökonomischer Natur. In den Redaktionen gebe es immer weniger Mitarbeiter. Vor 20 Jahren wäre die Mitarbeiterzahl noch doppelt so hoch gewesen – und das bei einem Drittel weniger Seitenumfang. Gleichzeitig müssen aber komplexere Sachverhalte transportiert werden.

Durch die Sozialen Medien verliere der Journalismus das Monopol der Deutungshoheit. Er verlange von den Menschen zu differenzieren, was wahr und was falsch ist. Die Gatekeeper-Funktion gehe zurück. Die Desinformation im Internet sei heutzutage professionell aufbereitet. Das stelle eine große Gefahr dar. Ungeschulte Medienkonsument_innen können nur mehr schwer unterscheiden, ob es sich jetzt um valide Information oder um Fake handelt. Durch die digitalen Nachrichten seien Journalist_innen auch getrieben, laufend neue Meldungen bereitzustellen. Früher sei es für Nachrichtenagenturen undenkbar gewesen, Informationen ohne Double-Check herauszugeben. Das geschehe heute.

Auf die Frage, wie der Journalismus mit der Fülle an vorgefertigter Information und den immer größer werdenden PR-Stäben der Politik umgehen kann, meint Pándi, dass dies in absehbarer Zeit nicht mehr bewältigbar sein wird. Der Journalismus müsse daher wieder mehr zwischen wichtig und unwichtig unterscheiden.

Dennoch rechnet Pándi damit, dass sich die Menschen immer mehr von den klassischen Medien abwenden. Es sei eine Überreizung eingetreten. Im Zusammenhang mit Sozialen Medien laufe der Journalismus den Entwicklungen hinterher. Er könne mit den Inhalten dort auch nicht mithalten. „Die Konditionierung auf das Schnelle [...] ist immer stärker als etwas das nur die geringste Form von Komplexität verlangt“, so Pándi.

Kategorie 3

Persönliche Drohnachrichten gebe es jetzt und habe es immer gegeben. Die „Narrendichte“ sei heute höher als früher. Wer damit jedoch nicht umgehen könne, solle einen anderen Beruf wählen. Interventionen hingegen würden schon dazu führen, dass man kurz reflektiert. Manchmal gebe es Interventionen, wo das Argument kein Falsches ist. Das kann zu einer Meinungsänderung führen. Manchmal seien Interventionen aber auch haltlos. Und manchmal gerade man in eine Drucksituation. „Man ist dann kurz beeindruckt, dann denkt man nach, dann bremst man sich ein und dann am dritten Tag bekomme ich so eine Wurt, dass ich sage: ‚So, jetzt erst recht‘.“ Wer sich so etwas gefallen lasse, sei selbst schuld.

Kategorie 4

Interventionen gebe es im Journalismus seit jeher. Man müsse jedoch wissen wie man damit umgeht. Pándi stelle sie sich ab, indem er sie in der Zeitung öffentlich macht. Dies sei jedoch eine individuelle Angelegenheit.

Rezipient_innen können im Internet ob der professionellen Aufbereitung oft nicht zwischen valider und falscher Information unterscheiden. Pándi sieht den Journalismus jedoch nicht dazu in der Lage, einen Beitrag zur Vermittlung von Medienkompetenz zu leisten. Dies sei eine illusorische Vorstellung. Faktenchecks würden ohnehin nur die Menschen erreichen, die sehr wohl in der Lage sind zu unterscheiden. Selbiges gilt für Transparenz-Beiträge.

Schulen könnten Menschen nur zu intellektuellen, reflektierenden Menschen erziehen. Medienkompetenz könne man sich jedoch nur selbst aneignen.

10.3.7. Interview 7 – Thomas Götz

Kategorie 1

Der Vorwurf an die ÖVP-FPÖ-Regierung sei immer gewesen, sie betreibe „Message Control“. Götz hält das Wort für ein Missverständnis. Es sei professionell, seine Inhalte unter die Leute zu bringen. Die Große Koalition sei immer dafür kritisiert worden, dass man sich nicht einig war. Werner Faymann habe sogar selbst gemeint, dass man die Kommunikation verbessern müsse. Sebastian Kurz hätte diesen Schwachpunkt erkannt. Götz meint, man habe es vielleicht bis zum Exzess getrieben. Es sei gezielt informiert worden, mit viel Denkarbeit, im Wochenrhythmus. Der Regierung die „Message Control“ vorzuwerfen, hält er für heuchlerisch. Das Wort selbst unterstellt, dass Journalist_innen kontrolliert werden. Das sei jedoch nicht der Fall. Jeder könne die Message hinterfragen, kritisieren und für falsch halten. Die journalistische Arbeit sei dadurch in keiner Weise beeinträchtigt. Anders als die ÖVP, die sehr oft direkt reagiert habe, hätte die FPÖ nicht mit den Medien kommuniziert. Deren Pressesprecher_innen seien auch sehr schwer zu erreichen gewesen. Es mache vor den Leser_innen natürlich kein gutes Bild, wenn man mit allen anderen mehr Interviews publiziert, aber es habe beispielsweise Monate in Anspruch genommen, die damalige Sozialministerin zu einem Interview zu bewegen.

Angriffe von Seiten der FPÖ habe es immer gegeben. Nur hätte das als Oppositionspartei noch nicht dieses Gewicht gehabt. Dass die Angriffe heftiger wurden, könnte Götz zufolge daran liegen, dass sich die FPÖ als Regierungspartei selbst angreifbarer gemacht hat. Ähnliche Situationen wie die zwischen Armin Wolf und Harald Vilimsky habe es aber ebenfalls schon gegeben. Götz erinnert an das Interview Wolfs mit Erwin Pröll zu dessen Rücktritt. Es sei nur nicht so „tief“ gewesen, wie die Angriffe der FPÖ. Die Idee, die ORF-Gebühren abzuschaffen, wertet Götz als neue Qualität. Für die Unabhängigkeit eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei das alles andere als erstrebenswert. Man dürfe nicht vergessen, dass man sich das Geld ja ohnehin von den Nutzer_innen holt. Ein ORF, der von Parlamentsbeschlüssen abhängig ist, würde ihn auch erpressbarer machen.

Die allgemeine Situation habe sich seit dem Ibiza-Video geändert, weil nunmehr eine Übergangsregierung im Amt sei. Der Vorteil sei, dass parlamentarische Anfragen an die provisorischen Minister nun mehr Information zutage fördern. Am Ibiza-Video selbst habe Götz die Deutlichkeit überrascht. Dass die FPÖ ein problematisches Verhältnis zu unabhängigen Medien und zum Parteienpluralismus habe, sei schon vorher bekannt gewesen. Bei Putin sei der Pluralismus extrem eingeschränkt, bei Orbán gebe es noch eher einen Parteienpluralismus. „Dass das das Ziel ist, so ganz verborgen haben sie es ja nicht“, meint Götz. Ibiza habe zudem die Berichterstattung in der „Kronen Zeitung“ verändert. Das Verhältnis zur FPÖ sei zumindest einmal abgekühlt. Zudem gebe es eine hohe Aufmerksamkeit für die Eigentümerverhältnisse bei der „Krone“. Der Einstieg von René Benko bei der „Krone“ erscheine seither in einem anderen Licht, weil man nicht wisse, woher die Mittel gekommen sind. Wie sich Benko bei der Krone auswirkt, wisse man aber noch nicht.

Auf die Frage nach der Vergabe von Inseraten antwortet Götz, dass dies die „Kleine Zeitung“ als größte Bundesländerzeitung schon immer geärgert habe. Auch unter Rot-Schwarz wären die Wiener Boulevardmedien gefüttert worden. Es sei nachvollziehbar, dass man das so handhabt, schön sei es jedoch nicht. Einen neuen Versuch zu gäheln, sieht Götz hierbei nicht.

Die zukünftigen Tendenzen ortet Götz dahingehend, dass ein Bedürfnis des Publikums nach Vorsortierung und damit nach einem professionellen Journalismus wieder wächst.

Kategorie 2

Götz sieht die Hauptgefahr für den Journalismus in der Zeitknappheit. Der Aufwand, der heute betrieben werden müsse, um alle Kanäle zu bespielen, sei wahnsinnig personalintensiv. Es fehle damit die eigentlich notwendige Möglichkeit, sich in eine Geschichte zu vergraben. Es sei einfach sehr viel Arbeit dazugekommen. Man habe ein Ressourcenproblem. Das sei eine größere Herausforderung als die Aufblähung eines Apparates in einer Regierung.

Durch die Sozialen Medien haben die traditionellen Medien Konkurrenz bekommen. Diese Auswirkung spüre man. Der Einfluss von klassischen Medien sei geringer geworden. Dadurch werde man jedoch gezwungen, sich zu hinterfragen und vom hohen Ross herunterzusteigen. Dem Journalismus komme die neue Aufgabe zu, aus den vielen Informationspartikeln zu selektieren, denn das Bedürfnis der Leute nach einer Vorauswahl sei hoch. Das Problem im Zusammenhang mit den Sozialen Medien sei die selektive Wahrnehmung. Die Kanäle verweigern radikal die Sicht, die wir als problematisch empfinden. Die Aufgabe von Medien sei es, mehr Perspektiven einzubringen als die eigene. Durch die ständige Selektion der immer gleichen Perspektive oder des gleichen Nachrichtentyps entstehe eine Verzerrung, die mit der komplexeren Wirklichkeit nicht standhalten könne, aber nicht grundsätzlich falsch sei. Die Gefahr der Eintrübung des Blicks sei jedes Medium ausgesetzt. Dadurch, dass es so viele seien, sei jedoch die Selbstkorrektur größer.

Der Journalismus in Österreich habe durch die Berichterstattung über die Flüchtlingswelle 2015 ein Vertrauensproblem bekommen. Daraus hätten alle ihre Konsequenzen gezogen. Der Vertrauensverlust wirke teilweise noch nach. Damals habe Götz gelernt, dass man Kritik und Stimmungen schneller und wacher wahrnehmen müsse.

Kategorie 3

Die Interventionsversuche seien stärker gewesen, als die ÖVP noch der kleine Regierungspartner in einer Koalition mit der SPÖ war. Zu dieser Zeit sei Gerald Fleischmann für den direkten Kontakt mit den Journalisten zuständig gewesen. Dieser habe oft direkt reagiert, sei aber auch gut im Nehmen gewesen. Seit der Regierungsbildung sei dies, auch durch den Wechsel zwischen Fleischmann und Frischmann, konzilianter geworden. Von ihm habe Götz nie einen rüden Rüffel bekommen. Ob über die Chefredaktion versucht wurde, zu intervenieren, konnte Götz nicht mit Sicherheit sagen. Er vermutet aber, dass die ÖVP dafür ohnehin zu intelligent sei.

Kapitel 4

Es sei die Aufgabe der Medien, im Gestöber von Informationspartikeln für Orientierung zu sorgen. Dies müsse nach bestem Wissen und Gewissen geschehen. So könne der Journalismus eine wichtige Funktion erfüllen. Dabei müsse man jedoch alles, was man zu Papier bringt, zweimal auf die Waage legen. Wichtig sei es auch, Fehler zuzugeben und auf Kritik zu reagieren. Journalisten haben ein schlechtes Image. „Und wenn wir das dann nicht erfüllen, wenn wir dann anders darauf reagieren, nämlich normal darauf eingehen, kommt das irrsinnig gut an“, meint Götz.

Die Kleine Zeitung hat zudem ein Element installiert, die Hauspost, wo über die Linie der Zeitung und redaktionelle Entscheidungen gesprochen wird. Dazu gibt es einen täglichen E-Mail-Dienst der Chefredaktion, wo unter anderem erklärt wird, warum etwas thematisiert wird und wie Inhalte zustande gekommen sind. Das Feedback dafür sei sehr gut. Zudem habe man über ein Jahr lang regelmäßig ein Leserparlament veranstaltet, wo Leser_innen eingeladen wurden, zu kommen und über die Zeitung zu diskutieren.

Medienkompetenz sei bisher in Schulen nie ein Thema gewesen. Gerade im Zusammenhang mit den Sozialen Medien sei es jetzt jedoch wichtig, dass Schüler_innen lernen, Unterscheidungen zu treffen und Quellen zu beurteilen. Es brauche das Verständnis dafür, warum Neuigkeiten im Feed angezeigt werden, wie ein Algorithmus funktioniert und was das zur Folge hat. Der Journalismus kann hier einen Beitrag zur Aufklärung leisten. Im Zuge einer großen Geschichte über die Facebook-Seite von Heinz-Christian Strache und die Zugriffsrechte habe die Kleine Zeitung auch erklärt, dass mit Geld User und Likes generiert werden können.

Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen angepasst werden. Dazu gilt es, anzuerkennen, dass Facebook ein Medium und nicht nur eine Träger-Plattform ist. Diese Ungleichbehandlung sei durch nichts zu rechtfertigen und Facebook müsse für die Inhalte zur Verantwortung gezogen werden können.

10.3.8. Interview 8 – Florian Klenk

Kategorie 1

Man müsse in puncto Pressefreiheit unterscheiden. Österreich erlebe keinen Angriff auf die Pressefreiheit wie autoritäre Staaten. Die Presselandschaft in Österreich sei frei und jeder kann schreiben was er möchte. Das Problem liege zum einen darin, dass Parteien ihre eigenen Medien und Kanäle aufbauen, über die sie die Bevölkerung bespielen und über die sie sauber recherchierten journalistische Produkte angreifen. Dabei komme es auch häufig vor, dass Journalist_innen persönlich attackiert werden. Das Zweite sei die finanzielle Gängelung. Der „Falter“ habe von der türkis-blauen Regierung keine Inserate mehr erhalten. Die Etats seien zum Boulevard oder zu parteinahen Medien, zum Teil auch zu rechtsextremen, übergegangen. Die dritte Ebene sei die der direkten Kommunikation mit Journalist_innen. Klenk erwähnt den Kickl-Erlass, wonach bestimmte Medien Informationen zum spätest möglichen Zeitpunkt erhalten sollten, während andere mit Zuckerln gefüttert werden. Klenk verwendet hierfür den Begriff „Zuckerl-Journalismus“. Diese Faktoren würden dazu führen, dass sich in Österreich kein besonders kritischer Journalismus herausbildet. Sebastian Kurz habe kürzlich gesagt, die öffentliche Meinung und die veröffentlichte Meinung fallen auseinander. Die Wiederholung derartiger Aussagen führe zu einer Unterwanderung der Glaubwürdigkeit. Die Intention der Politiker sei, dass die Menschen anstelle der journalistisch recherchierten Produkte in Tageszeitungen, Fernsehen und Radio deren eigene Medien lesen. Diese würden jedoch Parteienpropaganda transportieren.

Grundsätzlich bestehe jedoch ein Bedürfnis der Menschen nach akribischer Information. Das könne man auch am Beispiel der New York Times oder der Washington Post erkennen – quasi eine Gegenbewegung zum Trump-Effekt.

Kategorie 2

Wie bereits erwähnt haben Parteien ihre eigenen Kanäle aufgebaut und greifen über diese sowohl Journalist_innen und Medien, als auch journalistische Produkte an. In Österreich würden jene Medien, die harte investigative Recherche betreiben, als Opposition des Landes verspottet werden. Derartige

Häme und Spott erfahre man immer wieder. Auf der anderen Seite werde auch am finanziellen Hebel angesetzt, indem keine Inserate in unliebsamen Medien geschaltet werden. Konsument_innen seien zudem immer weniger bereit, für Information zu bezahlen. Aber es gebe auch einen gewissen Gegentrend: Denn die Abonnentenzahlen der Qualitätsmedien würden wachsen – zumindest für den „Falter“ kann Klenk das behaupten.

Die ständige Behauptung, Medien würden in einer Blase leben, führe, wie bereits erwähnt, zu einer Unterwanderung der Glaubwürdigkeit. Hier habe das Bedienen und Wiederholen von Begrifflichkeiten wie „Lügenpresse“, „Mainstream-Medien“ oder Sätzen wie „die Medien verschweigen etwas“ eine gewisse Wirkung gezeigt.

Kategorie 3

Die Angriffe auf Klenk und den „Falter“ hätten zur Folge, dass man noch akribischer arbeite. Negative Effekte auf das Produkt gebe es diesbezüglich nicht. Bei Medien, die auf das tägliche Business angewiesen sind, kann sich Klenk jedoch vorstellen, dass es zur sprichwörtlichen Schere im Kopf kommt. An den wachsenden Abonnentenzahlen ist ablesbar, dass die Attacken neben negativen Folgen auch positive Effekte – nicht nur auf die journalistische Arbeit, sondern auch finanzieller Natur – haben können.

Kategorie 4

Journalismus müsse, gerade im Hinblick auf die massive Öffentlichkeitsarbeit der Politiker_innen in den Sozialen Medien, seine eigenen Inhalte modern aufbereitet unter die Leute bringen. Dazu sei es auch vonnöten, die Kanäle und Foren zu suchen, auf denen sich Menschen ihre Meinung bilden.

Journalist_innen müssen im Kollektiv für Pressefreiheit eintreten. Dabei müsse man sehr genau aufpassen, sich nicht von der Politik auseinanderdividieren zu lassen, sodass am Ende die Pressefreiheit eingeschränkt und sauber arbeitende

Journalist_innen diskreditiert werden. Es sei wichtig, hier Klartext zu sprechen und sich zur Wehr zu setzen.

Den Prozentsatz an Menschen, die sich kritisch informieren, sieht Klenk bei etwa zehn Prozent. Es gebe eine große Masse, die sich nicht für Politik interessiere und auch keine Medien konsumiere. Dennoch müssen Journalismus und Politik gleichsam einen Beitrag zur Förderung von Medienkompetenz leisten. Man müsse Kindern den Unterschied zwischen glaubwürdigen und unglaubwürdigen Quellen, zwischen Berichten und Propaganda beibringen. Die Aufgabe der Medien sei es, seinem Publikum zu erklären, wie und warum es zu einem Bericht gekommen ist, wie man die Fakten überprüft hat etc. Auf Wikipedia könne man zum Beispiel jedes Faktum im Diskursraum überprüfen. Möglichst transparent zu sein, sei Aufgabe der Medien. Ziel müsse „the best obtainable version of the truth“ sein.

10.4. Ergebnisse

Im folgenden Abschnitt sollen die eingangs entwickelten Forschungsfragen mithilfe der Forschungsergebnisse unter Rückbezug auf die aktuellen Positionen beantwortet werden und anschließend einer Schlussbetrachtung unterzogen werden.

FF1: Wie beurteilen österreichische Journalist_innen die Situation der Pressefreiheit in Österreich?

Die Fragen, die auf die Situation der Pressefreiheit in Österreich abzielen, haben ein breites Pool an Antworten zutage gebracht. Vorweg: Die Situation der Pressefreiheit wird überwiegend positiv bewertet. Uneinigkeit herrscht zum Teil darüber, was überhaupt als Angriff auf die Pressefreiheit zu werten ist.

F.K.: „Man muss hier unterscheiden. Wir erleben in Österreich derzeit keinen Angriff auf die Pressefreiheit, wie man ihn in der Türkei erlebt oder wie man ihn vielleicht in autoritären Staaten erlebt. Das wäre eine

Übertreibung. Wir haben in Österreich eine freie Presselandschaft. Jeder kann schreiben was er will, solange er sich an die Kautelen des Mediengesetzes hält.“

Argumente, die bei der Veröffentlichung des „Freedom of Information Index“ als Gründe für die Verschlechterung der Situation angeführt werden, werden teils unterschiedlich eingeordnet. Das Ranking selbst führt daher auch zu gemischten Reaktionen:

C.P.: „Kann ich gar nicht nachvollziehen. Halte ich fast für Quatsch, wirklich für Quatsch. Wenn ich so Pressefreiheit glaube zu definieren, wie die das definieren, würde das hier insinuieren, dass es eine Art politischen Druck gibt. Das ist falsch.“

Auffallend war, dass gerade bei den Journalist_innen des ORF die Situation anders eingeschätzt wurde. Angesprochen auf das Ranking, das im April erschienen ist, heißt es hier:

K. W. „Also ich stimme dem schon irgendwie ein bisschen zu, dass es nicht mehr so gut ist wie früher das Ganze, was aber mit sehr vielen Dingen zu tun hat, die im letzten Jahr oder seit eben diese türkis-blaue Regierung im Amt ist oder im Amt gewesen ist, da sind eben gewisse Dinge passiert. Also zum einen hat es Einschüchterungsversuche am laufenden Band gegeben. Da muss man sich ja quasi nur – ich rede jetzt nur vom ORF, weil bei Zeitungen habe ich keine Insights. Ich weiß nicht wie es da aussieht. Aber da hat es ja doch einige Vorfälle gegeben.“

Der ORF war von den Angriffen unter der türkis-blauen Regierung besonders betroffen. Problematischer als persönliche Attacken war die laute Diskussion über eine mögliche Abschaffung der Gebühren.

A.W.: Die Situation derzeit ist ein bisschen anders, als sie im Frühling war. Nachdem es momentan eine inaktive oder eine Übergangsregierung gibt, ist das ein bisschen anders, als es unter der vorherigen Regierung war.

[...] Unter der vorherigen Regierung war es tatsächlich schwierig, jedenfalls für den ORF. Weil ganz sicher keine Regierung vorher versucht hat, den ORF so sehr [...] zu beschädigen. Diese diskutierte Abschaffung der Rundfunkgebühren und Budgetfinanzierung wäre einfach de facto eine Verstaatlichung des ORF gewesen – das Ende des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Und diese Debatte gab's noch nie. Es gab auch noch nie eine Regierung, in der eine Regierungspartei so offen gesagt hat, dass sie den ORF eigentlich in der derzeitigen Form nicht will – und die andere Regierungspartei zumindest nicht sehr stark dagegengehalten hat. Das war für den ORF eine wirklich existenzgefährdende Situation, glaube ich. Und das war tatsächlich neu.“

Die Diskussion um die Abschaffung der ORF-Gebühren wurde auch von Journalist_innen anderer Medien als Angriff auf den ORF und damit indirekt auch als Angriff auf die Pressefreiheit wahrgenommen. Drüber herrschte unter den Interviewpartner_innen, die sich zu der Thematik geäußert haben, Einigkeit.

A.R.: „[...] Dazu muss man sagen, dass der Vorstoß der Regierung, die ORF-Gebühren abzuschaffen, schon von der Absicht getragen ist, den ORF zu schwächen. Sonst hätte sie ja ein Modell wie das englische auf den Tisch legen können.“

Noch deutlicher formuliert es Helmut Brandstätter in seinem Buch. Gleichzeitig spart er auch dem ORF gegenüber nicht mit Kritik:

„Wenn dem ORF die Unabhängigkeit von der Regierung wichtig wäre, warum ist die Führung nicht stärker aufgetreten, jetzt oder bei der vorherigen Regierung? Und wenn der SPÖ die Unabhängigkeit des ORF so wichtig wäre, warum hat sie dann nicht als Kanzlerpartei dafür gesorgt? [...] In der aktuellen Situation aber müssen wir alle den ORF vor diesen primitiven Angriffen, die absurderweise sogar von der Spitze des Stiftungsrates kommen, in Schutz nehmen [...].“

(Brandstätter 2019: S. 199)

Dass sich jedoch auch die allgemeine Situation im Zusammenhang mit der Pressefreiheit in Österreich verschlechtert hat, zeigen gleich mehrere Indikatoren. Eine Ebene ist die direkte Kommunikation bzw. der Ausschluss von direkter Kommunikation.

C.M.: „Also ich glaube, der Grund dafür [Absinken im ‚Freedom of Information Index‘, Anm.] war unter anderem der Erlass im Innenministerium, bestimmte Medien von der Informationsarbeit auszuschließen. Dass eben mit bestimmten Medien zusammengearbeitet wird und mit kritischen nicht zusammengearbeitet wird. Das ist vonseiten eines Ministeriums eigentlich einfach unzulässig. Das geht so nicht.“

Politik und Medien befinden sich in einem symbiotischen Abhängigkeitsverhältnis. Journalist_innen sind bis zu einem gewissen Grad auf die Informationen von Politiker_innen angewiesen. Die Forderung, kritische Medien von Information auszuschließen, kann in einer liberalen Demokratie als Angriff auf die Pressefreiheit gewertet werden.

F.K.: „Ich erinnere an den sogenannten Kickl-Erlass, [wo] deutlich ausgesprochen wird, dass man Journalisten, die kritisch sind, die Information zum spätest möglichen Zeitpunkt geben kann, während man anderen Medien Zuckerln gibt. Also dieser sogenannte ‚Zuckerl-Journalismus‘, in dem Medien gefüttert werden, wenn sie sich brav verhalten.“

Hintergrundgespräche haben in Österreich bereits eine gewisse Tradition, sind also keine Erfindung der türkis-blauen Regierung. Sie dienen dazu, gewisse Medien mit exklusiven Informationen zu versorgen und andere auszuschließen. Hinzu kamen rund um die Veröffentlichung des Ibiza-Videos jedoch Pressestatements, bei denen keine Fragen der Journalist_innen zugelassen waren. Eine Entwicklung, die für Kritik gesorgt hat.

A.R.: „Das hat es so überhaupt nicht gegeben: auftreten und dann Journalisten den Rücken kehren. Aber man spürt keinen merkbaren

Widerstand. Es hat sich so eingebürgert und es funktioniert, weil sich die Journalisten nicht wehren.“

Die überwiegende Mehrheit der befragten Journalist_innen, die sich hierzu geäußert hat, stimmt mit dieser Position überein.

C.M.: Da wäre das Ideal für Pressefreiheit Pressekonferenzen mit der Möglichkeit nachzufragen, zu denen jeder, der akkreditiert ist und einen Presseausweis hat, auch hinkommen kann und dieselbe Möglichkeit hat, nachzufragen. Da hat sich in den letzten Jahren, allerdings schon vor Türkis-Blau, also auch schon unter SPÖ-Kanzlern, schon so eine Tradition schon fast von Hintergrundgesprächen entwickelt. Weil bei Hintergrundgesprächen ist es so, dass bestimmte Journalisten geladen werden. Ein Hintergrundgespräch ist ein üblicher Vorgang und nützlicher Vorgang. Aber es ist in den letzten Jahren überspannt worden, statt Pressekonferenzen, die eigentlich alle angehen würde, Hintergrundgespräche abzuhalten – über die dann durchaus berichtet wird, aber wo eben nur hingehen kann, wer eine persönliche Einladung bekommen hat. Das heißt, das öffentliche Pressestatement hat abgenommen und das finde ich auch schlecht für Pressefreiheit.“

Neben der Beschneidung des Zugangs zur Information, ist es für Journalist_innen zum Teil auch schwieriger geworden, Interviewpartner für ihre Beiträge und Sendungen zu bekommen.

K.W.: „Wir haben einmal im Report eine Geschichte gemacht, da ist es gerade um das Nichtraucher-Volksbegehren gegangen. Wir wollten damals ein Interview haben mit einem ÖVP-Abgeordneten, der Arzt ist und von dem wir gewusst haben, der ist dafür, dass es in Lokalen ein Rauchverbot gibt. Der hat auch früher Interviews gegeben. Dann ist er Nationalratsabgeordneter geworden und der hat dann einfach kein Interview mehr gegeben. Der hat einfach einen Maulkorb umgehängt gekriegt. Das war nicht das einzige Beispiel. Kira Grünberg, die im Rollstuhl sitzt und Behindertensprecherin der ÖVP war. Wir haben

monatelang versucht, ein Interview – nicht nur wir, auch ganz viele andere Zeitungen haben immer versucht, ein Interview mit Kira Grünberg zu kriegen, weil einfach alle interessiert waren, was die Positionen der Behindertensprecherin sind. [...] Aber ich weiß nicht, ob irgendwer es jemals geschafft hat, ein Interview mit ihr zu kriegen. Wir auf jeden Fall nicht und ich glaube, es ist auch sonst niemandem gelungen. Es ist einfach schwierig, Gesprächspartner zu finden.“

Noch schwieriger gestaltete sich die Kommunikation mit der FPÖ. Diese pflegt keinen intensiven Kontakt zu den meisten traditionellen Medien, sondern verfügt über eigene Parteikanäle und mit FPÖ TV auch über einen eigenen Parteisender.

T.G.: „Die haben ihr Fernsehen aufgebaut und sie haben auf Facebook gebaut und auf direkte Kommunikationskanäle gesetzt und waren daher auch eher zögerlich bei Interviews. Das schaut natürlich auch schlecht aus gegenüber den Lesern, wenn man dann einfach mehr Interviews mit anderen hat, als mit der FPÖ. Aber zum Beispiel die Sozialministerin zum Interview zu bringen, das hat Monate gedauert. Das war einfach ganz schwierig, weil sie es eigentlich nicht wollte.“

Ganz neu ist die Problematik jedoch nicht. Sie hat nur ein größeres Ausmaß erreicht.

A.W.: „Das Problem, das wir haben, ist primär in der ZIB2, ob Studiogäste kommen oder nicht kommen. Und das war in der letzten Regierung nicht wesentlich anders als früher. Also Herr Faymann kam jahrelang nicht. Michael Häupl kam 20 Jahre lang nicht. Erwin Pröll kam 20 Jahre lang nicht.“

Im Zentrum der Kommunikation der ÖVP-FPÖ-Regierung stand das Phänomen der „Message Control“. Dieses wird von den einzelnen Journalist_innen sehr unterschiedlich bewertet. Viele streichen explizit heraus, dass die „Message Control“ keine Einschränkung der Pressefreiheit bedeutet.

C.P.: „Gehen wir zu dem vielzitierten Begriff der vergangenen Regierung – der sogenannten ‚Message Control‘. Das kann man mögen oder nicht mögen. Aber Journalisten, die sich über ‚Message Control‘ beklagen, haben ihren Beruf nicht verstanden. So lange es Journalisten gibt, die – vorzugsweise vom ORF – zu Pressekonferenzen gehen, dort ihr Mikrofon aufstellen, dann dort Menschen hineinlabern lassen und das dann eins zu eins senden, sind die Sender oder die, die das dann verbreiten, schuld.“

T.G.: Ich habe dieses Wort immer für ein Missverständnis gehalten. ‚Message Control‘ war der Vorwurf an diese Regierung deswegen, weil sie versucht haben, ihre Message so wie sie es wollten, an die Leute zu bringen. Das ist professionell, würde ich einmal sagen, von jeder Regierung, dass sie das probiert.“

Gleichzeitig gibt es auch kritische Stimmen.

K.W.: „Was aufgefallen ist in dieser kurzen Zeitspanne, in der diese Regierung im Amt war, ist einfach diese enorme ‚Message Control‘. Also du hast wirklich gemerkt sie haben einfach einen strikten Kalender angelegt, wo Woche für Woche ein Thema auf der Tagesordnung gestanden ist. Das ist mit Pauken und Trompeten angekündigt worden und da ist dann dieses Thema im Ministerrat behandelt worden – und es geht nur um dieses Thema. Das ist Tage davor schon in wohlwollenden Zeitungen gestreut worden, damit sich das ein bisschen aufbaut. Und dann war der Ministerrat und da ist es nur um dieses eine Thema gegangen.“

A.R.: „Das merkt man auch daran, dass man als Journalist seine Arbeit gar nicht machen kann, weil man nur Sprechblasen zurückbekommt. Die Politiker arbeiten einfach ihre Speaking Notes ab. Man muss sich nur die Interviews in der Zeit im Bild anhören. Egal was gefragt wird, man hört immer das gleiche. Die Politiker arbeiten ihre Textstellen ab. Das hat es so früher nicht gegeben. Da war es spontaner. Ich verstehe nicht, warum man sich das gefallen lässt.“

Neben der Ebene der politischen Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sind auch finanzielle Faktoren für die Pressesituation im Land ausschlaggebend. Während kritischen Medien die Inserate entzogen wurden, wurde der Boulevard gefüttert.

F.K.: „Medien, die kritisch berichten – ich spreche jetzt von unserem Medium, dem ‚Falter‘. Wir haben von der Regierung einfach keine Inserate mehr bekommen. Es sind einfach große Etats zusammengestrichen worden und zu Boulevardmedien oder auch zu Parteimedien oder parteinahen Medien, zum Teil auch zu rechtsextremen Medien verlagert worden. Das heißt, man versucht hier auch, finanzielle Hebel anzusetzen.“

Helmut Brandstätter sieht hinter der „Inseratenkorruption“ das Bestreben, den Journalismus zu zerstören:

„So wird auch das, was ich seit Jahren Inseratenkorruption nenne, mehr als eine Kombination von einem unanständigen Geschäftsmodell mit gekaufter öffentlicher Lobpreisung. In leider täglich gelebter Konsequenz führt es zur Zerstörung der Akzeptanz des journalistischen Berufs“ (Brandstätter 2019: S. 203).

Die Vergabe von Inseraten und deren Zusammenhang mit der Berichterstattung wurde auch in der Vergangenheit bereits kritisiert. Das Phänomen an sich ist nicht neu.

A.R.: „Eine Verbindung von Inseraten und Berichterstattung hat es in Einzelfällen früher auch gegeben. Der frühere niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll hat nach einem Kommentar in der Presse einmal gesagt: ‚So, ich streich euch jetzt die Inserate für den Landtagswahlkampf.‘ Damals ging es um 1,2 Millionen Schilling. Die Antwort des damaligen Chefredakteurs war: ‚Ja gut. Machen Sie das.‘“

Es scheint jedoch, dass die Streichung von Inseraten unter der ÖVP-FPÖ-Regierung nicht als Reaktion auf einzelne unliebsame Berichte erfolgte, sondern

systematisch erfolgte. Hier ist also eine neue, bedenkliche Qualität auszumachen.

Eine gewisse Sonderrolle beim Thema Pressefreiheit nimmt die „Kronen Zeitung“ ein. Sie ist die größte Zeitung des Landes. Demnach wird ihr ein gewisser Einfluss auf die politische Meinungsbildung zugeschrieben. Das unterstreichen auch die Aussagen im Ibiza-Video. Darauf angesprochen meint der Chefredakteur der Salzburg-Krone:

C.P.: Ich glaube das ist multifaktorell. Man muss auch bedenken, dass es der Herr Strache gesagt hat. Das hat nicht der Herr Lepuschitz und nicht der Herr Kickl gesagt, sondern das hat der Herr Strache gesagt. Und der Herr Strache ist ja jetzt alles Mögliche in der Partei, aber er ist sozusagen nicht der analytisch Intellektuelle dort. Die Fantasie, die es sicherlich in der Freiheitlichen Partei gibt, insbesondere bei Strache und im Strache-Umfeld – also man darf zuerst nicht vergessen, die Freiheitliche Partei, die ja die Opferrolle bedient, ihre eigene Opferrolle – irgendwann bedienst du eine Rolle ja so lange, bis du selbst an deine Rolle glaubst und – sie ist natürlich eine zutiefst paranoide Partei. Allen Rechtsextremisten ist das Paranoide [...]. Was natürlich dem Herrn Strache wahnsinnig gefällt – nur das ist ein anderes System – ist das System, das der Herr Orban hergestellt hat. Wir wissen, dass sie sich mit diesen Leuten treffen. Es gefällt ihm auch das System, das das Regime von Wladimir Putin hergestellt hat. Nur ist das System von Wladimir Putin ein „ausgeklügeltes, intelligentes, über viele Jahre mit sehr viel Geld und mit sehr viel Know-How entwickeltes System. Die Voraussetzungen des Know-Hows, der Intelligenz und der Subtilität gehen der Freiheitlichen Partei völlig ab. Es gefällt ihnen, wie sich Viktor Orbán über ein, zwei befreundete Oligarchen die Medien unter den Nagel gerissen hat.“

Im November 2018 kaufte der Tiroler Immobilieninvestor René Benko Anteile bei der „Kronen Zeitung“ und dem „Kurier“ (siehe Kapitel 9.2.2).

G.T.: „Es gibt eine hohe Aufmerksamkeit für die Frage der Eigentümerstruktur bei der ‚Kronen Zeitung‘. Das war vorher eher für Medieninsider interessant. Jetzt – die ganze Benko-Geschichte erscheint nach dem Ibiza-Video auch ein bisschen in einem anderen Licht.“

Ein weiterer Faktor, der sich unmittelbar auf die Pressesituation auswirkt, sind die Sozialen Medien. Die Parteien verfügen heute über große eigene Kanäle. Die FPÖ hat mit FPÖ TV einen eigenen Sender, zudem existieren zahlreiche parteinahe Medien wie beispielsweise „Unzensuriert.at“. Die Zahl der Interaktionen auf der Facebook-Seite von Heinz-Christian Strache ist weitaus höher, als die der größten österreichischen Tageszeitung, der „Kronen Zeitung“. Zum Vergleich: Straches Postings erzielten im Jänner 2018 im Schnitt 2400 Interaktionen, die der „Kronen Zeitung“ 440 Interaktionen pro Posting (vgl. Brodnig 2018: S. 80 f.)

A.W.: „Also Herr Strache hatte oder hat noch immer – aber jetzt ist es weniger relevant – aber hatte 800.000 Fans auf Facebook. Er hat mit jedem Posting, das ein bisschen viral gegangen ist, ein bis zwei Millionen Leute erreicht. Dazu diese ganzen Blogs im FPÖ-Umfeld von ‚Unzensuriert.at‘, ‚Alles Roger‘, ‚Info Direkt‘, was immer es gibt – das ist so viel einflussreicher als Parteizeitungen zuletzt waren. Es erreicht so viel mehr Menschen und es schafft ein solches Misstrauen bei den Anhängern gerade der FPÖ gegenüber etablierten Medien, weil man ihnen permanent erklärt, da wird nur gelogen, gelogen und gelogen. Das ist schwierig.“

Wie Schaeffer im Zuge ihrer Untersuchung feststellte, arbeiten rechte Medien im Internet mit verschiedenen Manipulationstechniken. Dazu kommt der große Verstärkungseffekt. Dadurch entsteht eine neue Qualität hinter den Angriffen.

C.M.: „Das heißt, dass man gezielte Angriffskampagnen losstarten kann, wo anonyme Angriffe kommen in einer hohen Zahl, und das ist dazugekommen in den letzten Jahren. Allerdings nicht in den letzten zwei Jahren, sondern in den letzten fünf bis sechs Jahren.“

F.K.: „Und über diese Medien werden natürlich auch sauber recherchierte journalistische Produkte angegriffen, diskreditiert und sehr oft auch Journalisten ins Sperrfeuer genommen. Es kommt sehr oft vor, dass Journalisten persönlich attackiert werden, dass sie als Krieger dargestellt werden, die gegen eine Partei kämpfen, als würde sich die Presse im Kampf gegen eine Partei befinden.“

C.M.: „Das Problem ist, dass extrem viele Menschen mit diesen Kanälen konfrontiert werden in ihren sozialen Netzwerken, in denen sie teilweise aus anderen Gründen sind und nicht unbedingt jetzt um sich zu informieren. Und zwar deshalb, weil diese Sozialen Medien, vor allem Youtube und Facebook, massiv in anderen Ländern – auch Whatsapp, aber das ist bei uns weniger, aber massiv Youtube und Facebook – belohnen algorithmisch Hass, Lügen und Propaganda. Das heißt, sie spielen Lügen, Hass und Propaganda und Radikalisierung stärker aus als differenzierte Information. Das führt dazu, dass Menschen überhaupt erst damit in Kontakt kommen. Dann ist es natürlich gut gemacht. Besonders, wenn es Propagandamedien sind.“

Ein Faktor, der die Pressefreiheit in Österreich beschneidet, der mit der ÖVP-FPÖ-Regierung aber nicht unmittelbar im Zusammenhang steht, ist das Amtsgeheimnis. Diese Problematik wurde von zwei Interviewpersonen angesprochen.

C.M.: „Das Hauptproblem ist, dass wir keine Gesetze haben, die uns Zugang zu Information ermöglichen. Es gibt andere Länder da gibt es zum Beispiel einen ‚Freedom of Information Act‘. Das bedeutet, überall, wo öffentliches Geld im Spiel ist oder wo öffentliche Institutionen im Spiel sind, gibt es eine Pflicht, diese Institutionen-Informationen an die Presse zu geben. Also man kann Anfragen machen und muss eine Antwort bekommen. Das ist in Österreich nicht so, weil das Amtsgeheimnis eine absurde Stärke hat. Also es wird jede kritische Anfrage mit dem Amtsgeheimnis abgeschmettert.“

K.W.: „Da gibt es jährlich seit 2011 ein Rating, das heißt ‚Right to Information Rating‘ das von „Access Info Europe“ und vom ‚Centre for Law and Democracy‘ erstellt wird, also das von zwei Non-Profit-Organisationen durchgeführt wird, wo gemessen wird wie es um die Informationsfreiheit in den jeweiligen Ländern bestellt ist. Und da kommt einfach immer jedes Jahr raus, dass Österreich immer das Schlusslicht ist.“

FF2: Mit welchen Herausforderungen hat der Journalismus in Österreich im Allgemeinen zu kämpfen?

Der Journalismus in Österreich steht heute vor großen finanziellen Problemen. Die Redaktionen werden immer dünner. Demgegenüber stehen immer größere PR-Stäbe der Parteien. Der Journalismus sieht sich mit Aufgaben konfrontiert, die er unter den aktuellen Voraussetzungen kaum lösen kann.

A.W.: „Also wenn das Innenministerium – ein einziges Ministerium – 50 Leute für Öffentlichkeitsarbeit hat – 50 Leute für Öffentlichkeitsarbeit, das ist um ein Vielfaches mehr, als jede innenpolitische Redaktion in Österreich Redakteure hat – dann ist das absurd. Also das Innenministerium hatte vor 20 Jahren vielleicht drei oder vier Leute für Öffentlichkeitsarbeit. Heute 50. Und es ist nur ein Ministerium. Gleichzeitig die Redaktionen aber alle sparen müssen. [...] Also die Redaktionen schrumpfen. Dort wo sie nicht schrumpfen, müssen die Journalistinnen und Journalisten trotzdem sehr viel mehr andere Aufgaben machen – Online bespielen, Social Media bespielen – und haben viel, viel weniger Zeit zu recherchieren. Und dieses Missverhältnis macht es viel schwieriger.“

An dieser Stelle sei der Bezug zu Fasel hergestellt, der in seinen Thesen zur Zukunft des Journalismus fordert, dass dieser seinen Wert für die Gesellschaft herausstreicht. Um seinen Aufgaben trotz der steigenden Anforderungen nachkommen zu können, müsse er seine Preise erhöhen. Das scheint in diesem Kontext ebenso schwierig wie gleichsam vernünftig. Es gibt ein Bedürfnis nach

qualitativ hochwertigem Journalismus. Das zeigen auch die Abonnentenzahlen der „New York Times“ oder hierzulande des „Falter“. Hier entwickeln sich zwei entgegengesetzte Trends. Fest steht jedoch, dass in Österreich neue Finanzierungsmodelle entwickelt werden müssen.

A.R.: „Ich denke, dass die wirtschaftlichen Umbrüche den Verlagen wirklich zugesetzt haben. Österreich ist zu klein, um diese Mediendichte normal über Werbung zu finanzieren. Diese ist ja eingebrochen, auch in Amerika. Da ist Österreich kein Einzelfall. Aber es wurde nie darüber diskutiert, wie man das ausgleichen könnte.“

A.W.: „Ich glaube tatsächlich, dass öffentlich-rechtliche Finanzierung wie sie jetzt im Rundfunk stattfindet, nicht unwichtiger, sondern eher wichtiger sein wird. Dass man vielleicht auch privaten kommerziellen Journalismus, wie er in Tageszeitungen passiert, mehr öffentlich unterstützen muss, weil es einfach privatwirtschaftlich nicht mehr geht.“

Neben der ökonomischen Krise bescheinigen Umfragen dem Journalismus, wie übrigens auch der Politik, ein Vertrauensproblem. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Dazu verorten einige Journalist_innen eine gewisse Teilschuld der Medien.

A.R.: „Es gibt keine Branche, die sich dermaßen selbst in den Niedergang diskutiert. Sie macht sich geschlossen auf in das Jammertal. Und das ist in einer Demokratie tödlich.“

M.S.: Unsere Glaubwürdigkeit ist wie der Politiker im Keller. Und das Schlimme daran: Wir sind auch selbst daran mitschuld, weil wir uns vom Leser entfernt haben.“

T.G.: „[...] der Journalismus hatte ein Vertrauensproblem 2015. Das war ja ein Riesenthema. Das haben wir auch offensiv thematisiert. Weil viele Leute das Gefühl gehabt haben in dieser Flüchtlingswelle, dass wir die Themen, die sie interessiert haben, die sie gesehen haben,

Gefährdungen, Kontrollverlust an der Grenze und wie soll das weitergehen an der Grenze, Veränderungen und so, dass das nicht in der Zeitung zu lesen war und auch nicht im Fernsehen zu sehen war. [...] Noch viel später hat es dann die Parteienlandschaft auch erreicht. Die Verschiebungen innerhalb der Mehrheitsverhältnisse in dem Land haben ja auch damit zu tun und darauf beruhend der politische Vertrauensverlust. Aber uns hat es zuerst getroffen, weil wir ja sofort unmittelbar reagieren mussten und mit diesen Themen umgehen mussten. Ich hoffe wir haben die Botschaft gehört und darauf reagiert.

Die Glaubwürdigkeit der Medien wird durch das Framing rechter Parteien und Propagandaseiten unterminiert. Diese bedienen seit Jahren Begriffe wie „Systemmedien“ oder „Lügenpresse“. Welche Ausmaße das annehmen kann, zeigte der Präsidentschaftswahlkampf 2016 in den USA. Dort framte Donald Trump die Medien erfolgreich als Feinde der Demokratie. Eine ähnliche Vorgehensweise ist seit Jahren bei der FPÖ zu erkennen. Aber auch seitens der ÖVP gab es bedenkliche Aussagen, die über Kritik hinausgehen und ein Unsicherheitsgefühl hinterlassen.

F.K.: „Sebastian Kurz hat kürzlich gesagt, die veröffentlichte Meinung und die öffentliche Meinung fallen auseinander‘. Dieses ständige Unterschieben, die Medien würden nur in einer Blase leben. Natürlich führt das zu einer Unterwanderung der Glaubwürdigkeit. Das ist den Politikern natürlich recht, weil sie wollen, dass man ihre eigenen Medien liest, die nicht Journalismus transportieren, sondern Parteipropaganda.“

Zumindest die Berichterstattung über die Folgen des Ibiza-Videos lassen auf eine Verbesserung der Situation in Österreich hoffen.

K.W.: [...] da sind wir dann einfach mit der ZIB hergegangen und haben durchgesendet tagelang und haben halt echt gezeigt, was wir alles leisten können, wozu wir in der Lage sind und haben super Sendungen gemacht. Ich glaube das hat uns in der Glaubwürdigkeit extrem geholfen. Da hat es dann eine Umfrage danach gegeben in der Bevölkerung und da ist rausgekommen, dass das Publikum dem ORF total vertraut hat während dieser Zeit und das ist einfach super angekommen. Das war einfach wirklich gut was wir da alle geleistet haben.“

Im Zusammenhang mit den Sozialen Medien ergeben sich für den Journalismus auch Ressourcenprobleme sowie der Kampf um Aufmerksamkeit. Journalist_innen müssen mehr Aufgaben übernehmen und viele Kanäle bespielen. Dadurch geht die Zeit für tiefgründige Recherche verloren.

T.G.: „Die Hauptgefährdung ist, dass die Zeit knapp wird. Und das hat damit zu tun, dass wir zwar viele Leute sind, aber dass der Aufwand, den wir treiben müssen, um alle Kanäle zu bespielen, die heutzutage ein Medium zu bespielen hat, wahnsinnig personalintensiv ist und wir dadurch das was eigentlich notwendig wäre, dass man sich wirklich intensiv und auch mehrere Tage lang vergraben kann in eine Geschichte mit Datenjournalismus oder mit Hintergrundrecherche, dass das schwieriger geworden ist. Ich glaube, es ist eher schwieriger geworden, als es früher war.“

Kapitel 9.3. listet exemplarisch persönliche Angriffe auf Journalist_innen unter der türkis-blauen Regierung. Vorfälle dieser Art gab es zuhauf.

K.W.: „Am Anfang, wie der Vizekanzler das Sujet vom Armin Wolf gepostet hat: ‚Es gibt einen Ort, an dem Lügen zu Nachrichten werden. Das ist der ORF.‘ [siehe Kapitel 9.3, Anm.] Das ist natürlich schon ziemlich hart, wenn der Vizekanzler von einer Republik so etwas sagt. Und er war halt nicht der einzige, der da Journalisten diffamiert hat. Da hat es noch die Patricia Pawlicki gegeben, die ein Interview gemacht hat mit dem Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka und der Harald Vilimsky, der Generalsekretär der FPÖ, hat dann gesagt, die ist untragbar und so jemand hat im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nichts zu suchen. Also voll die Einschüchterung. Dann hat es gegeben denn Wolfgang Wagner, den Chef vom Report, der ein Interview gemacht hat mit dem Alexander Van der Bellen, wo sich dann wiederum der Hans-Jörg Jenewein darüber beschwert hat und ihm Gesinnungsjournalismus vorgeworfen hat und seine Interviewtechnik verglichen hat mit jener aus der Sendung ‚Die aktuelle Stunde‘, die damals in der DDR gelaufen ist. Der Wolfgang hat dann auf üble Nachrede geklagt und hat mitunter dann Recht bekommen.“

Ein beliebtes Angriffsziel der FPÖ zu Regierungszeiten war Armin Wolf. Auch ihm wurde gedroht, er würde seinen Job verlieren. Das war jedoch kein Novum.

A.W.: „Es gab unter der Großen Koalition massive Bemühungen, mich von diesem Job irgendwie wegzubringen. Die gab es unter Türkis-Blau genauso. Also was ein bisschen ungewöhnlich war, war diese Auseinandersetzung mit Herrn Strache und das mit Herrn Vilimsky. Aber das war eigentlich nur durch die Öffentlichkeit irgendwie ungewöhnlich und nicht einmal so sehr in der Intensität.“

An dieser Stelle sei erwähnt, dass mir im Zuge meiner Untersuchung niemand begegnet ist, der tatsächlich Angst um seinen Job bekommen hätte oder sich von

persönlichen Attacken einschüchtern ließ. Das bedeutet natürlich nicht, dass es diese Fälle nicht sehr wohl gibt. Die Zahl der Interviewpartner_innen ist dafür mit acht zu gering.

Viele Angriffe auf Journalist_innen spielen sich wie bereits dargestellt in den Sozialen Medien ab. Zwar gehen diese häufig von rechter Seite aus, sind aber keine Exklusivität der Rechten.

M.S.: „Ich wurde in den Sozialen Medien von der SPÖ-Langenzersdorf als am Rücken liegende Hündin mit gespreizten Beinen dargestellt – und als „Laufmasche von Basti“ bezeichnet. Zu Beginn meiner Chefredaktionszeit gab es viele Bösarbeiten, möglicherweise werden Frauen an der Spitze noch respektloser behandelt. Ich habe das auf Facebook offengelegt und bin in die Gegenoffensive gegangen, habe in drei Fällen erfolgreich geklagt, seither ist es deutlich ruhiger.“

Folgen etwaiger Angriffe oder Interventionsversuche müssen nicht immer eindeutig negativ sein. Das lassen zumindest folgende Schilderungen vermuten:

C.P.: „Es gibt schon manchmal Interventionsversuche, wo man schon mal ganz kurz schluckt und das Telefon weglegt und sich sagt: ‚Oha, darüber denke ich jetzt mal ein halbes Stündchen nach.‘ [...] Manchmal kommt man in eine Drucksituation. Da halte ich es für mich gerne so, dass ich dann etwas, das hätte erscheinen sollen, ein, zwei, drei Tage aufschiebe – das geht bei Tageszeitungen – und dann am fünften erst richtig reinzudrücken. Man ist dann kurz beeindruckt, dann denkt man nach, dann bremst man sich ein und dann am dritten Tag bekomme ich so eine Wut, dass ich sage ‚so, jetzt erst recht.‘“

Die Frage, ob er schon einmal die Schere im Kopf verspürt hat, konnte Florian Klenk verneinen:

„Nein. Ich kann mir vorstellen, dass das bei manchen Medien so sein kann, die wirklich angewiesen sind auf das tägliche Business. Aber bei uns

ist eigentlich das Gegenteil der Fall: Wir werden dann noch genauer und noch akribischer. Bei uns hat das keinen negativen Effekt.“

Auch hier hat keine der Interview_partnerinnen von Erfahrungen in Bezug auf Selbstzensur berichtet. Ob dies unterbewusst dennoch vorgekommen ist, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Zwar nicht aus eigener, wohl aber aus jahrelanger Erfahrung im journalistischen Umfeld entstammt die folgende Erkenntnis von Anneliese Rohrer.

A.R.: Noch etwas hat sich verändert, das ganz schlimm ist: Die Verhaberung gab es schon früher, keine Frage. Aber jetzt beobachte und höre ich, dass jungen Kollegen, die zum ersten Mal zu einem Interview mit einem Politiker gehen, sofort das ‚Du‘ angetragen wird. Ein junger Mensch fühlt sich da natürlich geehrt. Er hat nicht das Standing und man kann von ihm auch nicht verlangen, zu sagen, dass das nicht in Frage kommt. Es sind alle per Du. Hier wird eine Nähe konstruiert, die natürlich bewusst oder unbewusst sofort die Schere im Kopf etabliert. Das ist unglaublich perfide.“

Sehr deutlich können die Folgen der „Message Control“ benannt werden. Wie bereits erwähnt, ist es schwieriger geworden, Interviewpartner_innen oder unterschiedliche Meinungen zu bekommen. Das führte im Extremfall dazu, dass Beiträge geschoben oder nicht umgesetzt werden konnten. Alle unter FF1 genannten Punkte führen gemeinsam

F.K.: „dazu, dass sich in Österreich kein besonders kritischer – der Regierung kritischer – Journalismus herausbildet, sondern im Gegenteil: dass eigentlich sogar in der journalistischen Branche jene Medien, die harte, investigative Arbeit machen, verspottet werden als ‚Opposition des Landes‘ oder es heißt wir würden als eigene Partei kandidieren. Also es gibt immer wieder Häme und Spott. Das ist insgesamt keine gute Entwicklung.“

FF4: Welche Lösungsansätze gibt es, um die Situation der Pressefreiheit in Österreich zu verbessern?
--

Die Gesamtbetrachtung der Interviews lässt den Schluss zu, dass es den österreichischen Mediennutzer_innen an Medienkompetenz fehlt. Die meisten Interviewpartner_innen sehen es als primäre Aufgabe der Politik, Schüler_innen zu medienkompetenten Erwachsenen zu erziehen.

A.R.: „Es gibt Lehrer, die mit ihren Schülern die Gratiszeitungen durchgehen, weil Junge angeblich nur diese lesen. Wie will man da zu einer politisch mündigen, medienpolitisch erkenntnisreichen Bevölkerung kommen? Es ist ein Skandal, mit welchem Mangel an Kenntnissen im politischen Geschehen, das ja jeden betrifft, Leute aus der Schule kommen.“

T.G.: „Medienkompetenz war nie ein Thema. Es war vielleicht auch nicht so wichtig früher. Jetzt mit den ganzen Social Medias wäre es äußerst wichtig, da eine Unterscheidung zu treffen oder in der Schule zu thematisieren, wie sind Quellen zu beurteilen.“

F.K.: „Natürlich muss es in den Schulen anfangen, dass Kinder lernen zu unterscheiden, was ist eine glaubwürdige Quelle, was ist ein journalistischer Bericht und was ist Propaganda. Das kann man lernen, indem man schaut, ob es da offene Quellen gibt, wer da eigentlich zu mir spricht und in welcher Absicht.“

C.M.: „Ich glaube es wäre sehr wichtig, das im Pflichtschulalter unterzubringen. Also in der Volksschule und in den Unterstufen, Mittelschulen und Hauptschulen. Also von sechs bis 14 wäre es extrem wichtig, Medienkompetenz zu vermitteln und den Kindern und Jugendlichen ein Rüstzeug mitzugeben, wie sie sich in dieser Informationswelt bewegen können. Das passiert leider so gut wie nicht.“

Es bedarf also des politischen Willens, die Schulbildung dahingehend zu verbessern, Schüler_innen zu medienkompetenten jungen Menschen zu erziehen. Der Journalismus kann einen Beitrag leisten, indem er hierfür eintritt. Er kann aber auch selbst zur Verbesserung der Situation beitragen. Das passiert zum Teil bereits, beispielsweise indem Journalist_innen ihre Recherchen und ihre Arbeitsschritte offenlegen.

F.K.: „Aber es ist natürlich auch die Aufgabe der Medien, dem Publikum zu erklären, wie es zu einem Bericht gekommen ist. Warum man den Bericht so geschrieben hat. Wie haben wir das überprüft. Haben wir das überhaupt überprüft.“

C.M.: „Wir machen viel mehr als früher zum Beispiel so Geschichten, wo drinnen steht ‚was wissen wir, was wissen wir nicht‘. Also um auch klar zu machen, wie recherchiert wird und dass es Teile gibt, die man noch nicht weiß. Das ist besonders bei so Developing Storys oder bei Breaking News wichtig zu sagen: ‚Das wissen wir. Aber das wissen wir noch nicht. Da fragen wir noch nach.‘ Wir versuchen, möglichst transparent auch Faktenchecks zu machen. Auch Dinge, die in Sozialen Medien auftauchen und falsch sind, zu rekonstruieren und zu zeigen. ‚Das ist falsch und das ist der Hintergrund und das sind die Quellen.‘ Also das machen wir. Das können Journalisten und sollen sie auch machen.“

Der Journalismus muss seine Inhalte unter die Menschen bringen – und er muss dies auf allen Kanälen tun.

A.W.: „[...] ich habe einmal einen Vortrag gehalten mit dem Titel ‚Wir müssen Social Media mit Journalismus infiltrieren.‘ Also nachdem wir die Leute nicht dazu zwingen können, um 19.30 Uhr die ZIB einzuschalten oder um 22 Uhr die ZIB 2, müssen wir mit dem was wir machen, also alle seriösen Journalistinnen und Journalisten, möglichst dorthin, wo die Leute sind. Wenn die auf Social-Media-Plattformen sind, müssen wir dorthin. Und wenn sie den ganzen Tag im Netz verbringen, müssen wir möglichst

ins Netz. Wir müssen sie quasi mit seriösem Journalismus verfolgen, sodass sie uns nicht auskommen.“

K.W.: „Also man kann gegen diese Medienimperien, die sich die nebenbei aufbauen nichts machen. Die haben natürlich ihr Recht, dass sie ihre Facebook-Kanäle machen. Die FPÖ mit ihrem FPÖ-TV, ‚Unzensuriert.at‘ – das gibt es halt alles. Aber du kannst dem Ganzen mit Fakten entgegentreten und sagen ‚ja schön und gut, aber die geprüften Zahlen sagen dann eigentlich was anderes aus.‘ Ich glaube die beste Möglichkeit mit falschen Informationen oder mit Informationen, die halt total gefärbt sind, umzugehen, ist einfach die Fakten entgegenzuhalten.“

An dieser Stelle bleibt der Einwand, dass derartige faktenbasierte Transparenzbeiträge nur einen geringen Prozentsatz der Nutzer_innen erreichen. Umso mehr gilt es, Wege zu finden, die Geschichten modern zu verpacken und auf den verschiedenen Kanälen zur Verfügung zu stellen. Die große Verantwortung im Umgang mit Desinformation liegt bei den Giganten Facebook, Youtube und Co.

C.M.: „Facebook [ist] der Herausgeber des News-Feeds des jeweiligen. Bei Youtube ähnlich – also die Recommendations auf der Seite. Die Suchergebnisse, die Recommendations und das Autoplay wählt ja Youtube aus den Millionen, Millionen Videos, die da jeden Tag drauf landen. Und in dem Sinn sind sie Herausgeber von Medien, nehmen aber keine Herausgeber-Verantwortung wahr oder nur so weit es ihnen passt.“

Hier kommt neben den Sozialen Medien erneut der Politik eine große Verantwortung zu. Denn diese muss Facebook und Co. in die Pflicht nehmen. Erste Schritte sind diesbezüglich bereits auszumachen. Jedoch fehlt es der Politik in dieser Thematik vielfach an Know-How.

C.M.: „Einerseits ist es simpel die Frage, wie gut man sich auskennt und wer einen berät. Und die Medien haben ein Vielfaches von Lobbyisten als

alle anderen – sogar als demokratiepolitische Organisationen, die auf so was hinweisen, aber auch als europäische Medien. Das heißt also viele Informationen, mit denen Politikern arbeiten, wenn es um dieses Thema geht, kommt genau von diesen Konzernen. Das ist ein Problem, dass sich Leute zu wenig auskennen. Das Zweite ist, dass wir es mit globalen Medien zu tun haben und nationaler Politik – in der nationale Politik nur schwer was ausrichten kann. Das geht schon, also in Deutschland das Netzdurchsetzungsgesetz war so eine Sache, aber es müsste eigentlich auf europäischer Ebene passieren bzw. auf US-Ebene. Aber bei uns auf europäischer Ebene. Aber da mahlen die Mühlen eben langsam.“

Abschließend bleibt zu sagen, dass der Journalismus mehr denn je seinen Wert für die Gesellschaft artikulieren und transportieren muss. Er muss hartnäckig bleiben, unangenehm. Und er muss sich gegen Missstände wehren. Der Wunsch der Rezipient_innen nach seriöser Information ist vorhanden. Diese Bedürfnisse gilt es zu nach bestem Wissen und Gewissen zu befriedigen. Und dort, wo der Wunsch noch nicht vorhanden ist, gilt es diesen zu wecken. Dafür muss der Journalismus in neue Gefilde aufbrechen. Er muss sich dem digitalen Strukturwandel anpassen und der Desinformation mit Fakten entgegentreten.

10.5. Conclusio

Die Pressefreiheit ist ein Eckpfeiler unserer Demokratie. Die Angriffe unter der türkis-blauen Regierung haben gezeigt, dass sie einiges auszuhalten vermag. Es gibt jedoch Faktoren, die sich negativ auf die Pressefreiheit auswirken und die von der letzten Regierung zum Teil forciert wurden. Viele Phänomene gab es schon früher, einiges davon wurde bis zum Exzess getrieben. Wichtig ist, ein kollektives Bewusstsein für die Notwendigkeit einer freien Presse zu fördern. Dies kann der Journalismus bewerkstelligen, indem er nicht müde wird, seine Funktion für das gesellschaftliche System zu erfüllen und dabei selbstbewusst aufzutreten. Die vorrangige Aufgabe der Politik ist es, die politische Bildung in Schulen zu verbessern und die künftigen Generationen damit zu mündigen

Bürger_innen zu erziehen. Zudem obliegt es ihrer Pflicht, die Rahmenbedingungen für einen unabhängigen Journalismus zu gewährleisten.

10.6. Ausblick

Die vorliegende Arbeit vermag nur einen Teil eines großen Themenkomplexes darzustellen. Gerade ob der Aktualität und der Relevanz bietet sich weiterführende Forschung an. Vorrangig gilt es, die Situation der Pressefreiheit im Auge zu behalten und auf etwaige Missstände aufmerksam zu machen. Interessant für künftige Forschungsvorhaben wäre eine Vergleichsstudie zwischen Qualitäts- und Boulevardmedien. Denn die Ergebnisse lassen vermuten, dass es in puncto Pressefreiheit hier zum Teil unterschiedliche Auffassungen gibt. Natürlich erhebt die vorliegende Arbeit keinerlei Anspruch auf Repräsentativität. Ergänzende quantitativ ausgerichtete Studien könnten zukünftig helfen, ein Gesamtbild zu zeichnen.

Nicht nur das österreichische Mediensystem befindet sich im Wandel. Wir erleben gerade einen globalen Trend. Besonders Länder, die sich im Übergang von der liberalen zur illiberalen Demokratie befinden oder diesen Wechsel bereits vollzogen haben, sollten in künftigen Forschungsvorhaben beachtet werden.

Ein sehr großes Feld für künftige Untersuchungen stellen schließlich auch der digitale Strukturwandel und alle damit verbundenen Aspekte dar. Wir können mit der rasanten Entwicklung kaum Schritt halten. Umso mehr gilt es, die Funktionsweisen zu kennen, um für zukünftige Herausforderung gerüstet zu sein.

10.7. Limitationen

Das gesammelte Datenmaterial ließe eine wesentlich ausführlichere Auseinandersetzung mit vielen Teilaspekten der Thematik zu. Das hätte jedoch den hierfür vorgesehenen Rahmen gesprengt. Es stellt sich somit zwangsläufig die Frage, wo man Abstriche macht. Dennoch wurde versucht, die wichtigsten Punkte zu benennen und zu transportieren.

Die politische Situation in Österreich war in den letzten Monaten von einer Reihe ungewöhnlicher Ereignisse geprägt. Beinahe täglich wurde neue Skandale aufgedeckt. Dazu tobte der Wahlkampf in Österreich. Bei der Auswertung der Interviews können all diese Faktoren, die die Interviewsituation möglicherweise beeinflusst haben, schwer in ihrer Ganzheit erfasst und miteinbezogen werden. Dazu kommt, dass das Ende der türkis-blauen Regierung einen Bruch dargestellt hat. Die Pressesituation in Österreich war nicht mehr dieselbe als zu Beginn der Forschung. Diese Tatsache gilt es bei der Lektüre der vorliegenden Arbeit zu beachten.

11. Quellenverzeichnis

11.1. Literaturverzeichnis

Altmeppen, Klaus-Dieter / Löffelholz, Martin: Zwischen Verlautbarungsorgan und „vierter Gewalt“. Strukturen, Abhängigkeiten und Perspektiven des politischen Journalismus. In: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Opladen, Wiesbaden, 1998. S. 97 - 123

Berghaus, Margot: Luhmann leicht gemacht: eine Einführung in die Systemtheorie. Köln et al. 2003.

Bohnsack, Ralf / Marotzki, Winfried / Meuser, Michael (Hrsg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung. 2. Auflage. Opladen & Farmington Hills, 2006.

Brandstätter, Helmut: Kurz & Kickl. Ihr Spiel mit Macht und Angst. Wien, 2019.

Brodnig, Ingrid: Lügen im Netz. Wie Fake News, Populisten und unkontrollierte Technik uns manipulieren. Zweite überarbeitete Auflage. Wien, 2018.

Bunz, Mercedes: Die fünfte Gewalt: Über digitale Öffentlichkeit und die Neuausrichtung von Journalismus und Politik. In: Rußmann, Uta/Beinsteiner, Andreas/Ortner, Heike/Hug, Theo (Hrsg.): Grenzenlose Enthüllungen? Medien zwischen Öffnung und Schließung. Innsbruck, 2012. S. 163 - 167

Czepek, Andrea: Journalismus als Motor der Demokratie – Die Ausprägung der Pressefreiheit als Indikator für demokratische Entwicklung. In: Rössler, Patrick/Krotz, Friedrich (Hrsg.): Mythen der Mediengesellschaft – The Media Society and its Myths. Konstanz, 2005. S. 371 - 384

Diendorfer, Gertraud: Einleitung. In: Medien und Politik. Informationen zur politischen Bildung. Nr. 35. 2012. S. 3

Donsbach, Wolfgang: Legitimationsprobleme des Journalismus. Gesellschaftliche Rolle der Massenmedien und berufliche Einstellung von Journalisten. Freiburg, München, 1982.

Eckoldt, Matthias: Medien der Macht – Macht der Medien. Berlin, 2007.

Fasel, Christoph: Zwischen Infotainment und De-Professionalisierung: Welcher Journalismus in Zukunft unersetzbar bleibt. In: Rußmann, Uta/Beinsteiner, Andreas/Ortner, Heike/Hug, Theo (Hrsg.): Grenzenlose Enthüllungen? Medien zwischen Öffnung und Schließung. Innsbruck, 2012. S. 153 – 161

Fengler, Susanne / Ruß-Mohl, Stephan: Journalisten-Mythen – und ihr Ende in der Mediengesellschaft: Zur Ökonomik des Journalismus. In: Rössler, Patrick / Krotz, Friedrich (Hrsg): Mythen der Mediengesellschaft – The Media Society and its Myths. Konstanz, 2005. S. 245 - 266

Flick, Uwe: Qualitative Forschung: Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften. 2. Auflage. Hamburg, 1996.

Friedrichs, Jürgen: Methoden empirischer Sozialforschung. (14. Auflage). Opladen, 1980.

Funiok, Rüdiger: Verantwortung im Journalismus. Methoden und Ziele der Einführung in die journalistische Ethik. In: Dernbach, Beatrice / Loosen Wiebke (Hrsg.): Didaktik der Journalistik. Konzepte, Methoden und Beispiele der Journalistenausbildung. Wiesbaden, 2012. S. 151 - 163

Hüffel, Clemens: Die Medienlandschaft in Österreich und Deutschland. Zahlen. Daten. Fakten. 1. Auflage. Wien, 2001.

Kaase, Max: Demokratisches System und die Mediatisierung von Politik. In: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Opladen, Wiesbaden, 1998. S. 24 - 51

Kepplinger, Hans Mathias: Politikvermittlung. Theorie und Praxis öffentlicher Kommunikation. Band 1. Hrsg. von Kepplinger, Hans Mathias. 1. Auflage. Wiesbaden, 2009.

Koler, Ingrid: Pressefreiheit und Presserecht. Entstehung und Entwicklung. Dissertation, Universität Innsbruck, 1999.

Koschat, Kerstin Barbara: Personalisierung und Inszenierung von Politik. Diplomarbeit, Universität Klagenfurt, 2002.

Kuckartz, Udo: Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 4. Auflage. Weinheim, 2018.

Lamnek, Siegfried: Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. 5., überarbeitete Auflage. Weinheim, Basel, 2010.

Löffler, Martin (Hrsg): Die Rolle der Massenmedien in der Demokratie. München, Berlin, 1966.

Luhmann, Niklas: Die Realität der Massemedien. 2. Erweiterte Auflage. Opladen, 1996.

Luhmann, Niklas: Einführung in die Systemtheorie. Dirk Baecker (Hrsg.) Heidelberg, 2002.

Luhmann, Niklas: Systemtheorie der Gesellschaft. Berlin, 2017.

Maletzke, Gerhard: Psychologie der Massenkommunikation. Neudruck. Hamburg, 1978.

Maresch, Rudolf / Werber, Niels (Hrsg): Kommunikation. Medien. Macht. Frankfurt, 1999.

Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. In: Mey, Günther / Mruck, Katja: Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Wiesbaden, 2010. S. 601 - 613

Merten, Klaus: Inhaltsanalyse: Einführung in Theorie, Methode und Praxis. Opladen, 1995.

Merten, Klaus: Kommunikation und Persuasion: In: Fröhlich, Romy / Szyszka, Peter/Bentele, Günter (Hrsg.): Handbuch der Public Relations. Wissenschaftliche Grundlagen und berufliches Handeln. 3. Überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden, 2015. S. 385 – 398

Möhring, Rubina: Leitmotiv „Message Control“. In: Statement Medien, Juli/August 2019. S. 12.

Pichler, Ronny: Pressefreiheit – Entwicklung, Stand in Österreich und Europa und Persönlichkeitsschutz. Dissertation, Universität Wien, 1997.

Pürer, Heinz: Medien und Journalismus zwischen Macht und Verantwortung. In: Nawratil, Ute / Schönhagen, Philomen / Starkulla, Heinz jr. (Hrsg.): Medien und Mittler sozialer Kommunikation. Beiträge zu Theorie, Geschichte und Kritik von Journalismus und Publizistik. Festschrift für Hans Wagner. Leipzig, 2002. S. 277 – 287.

Reinhardt, Jan D./Jäckel, Michael: Massenmedien als Gedächtnis- und Erinnerungs,generatoren‘ - Mythos und Realität einer ‚Mediengesellschaft‘. In: Rössler, Patrick / Krotz, Friedrich (Hrsg): Mythen der Mediengesellschaft – The Media Society and its Myths. Konstanz, 2005. S. 93 - 112

Rhomberg, Markus: Mediendemokraite. Die Agenda-Setting-Funktion der Massenmedien. München, 2008.

Roegele, Otto B.: Plädoyer für publizistische Verantwortung. Beiträge zu Journalismus, Medien und Kommunikation. Hrsg. von Dorsch-Jungsberger, Petra E. / Hömberg, Walter / Schützer, Walter J.

Ronneberger, Franz: Sozialisation durch Massenkommunikation. In: Ronneberger, Franz (Hrsg.): Sozialisation durch Massenkommunikation. Der Mensch als soziales und personales Wesen. Band IV. Stuttgart, 1971. S. 32 - 125

Rühl, Manfred: Journalismus und Public Relations. Theoriegeschichte zweier weltgesellschaftlicher Errungenschaften. Wiesbaden, 2015.

Rustemeyer, Ruth: Praktisch-methodische Schritte der Inhaltsanalyse. Eine Einführung am Beispiel der Analyse von Interviewtexten. Münster, 1992.

Sarcinelli, Ulrich: Politikvermittlung in der Demokratie: Zum Wandel der politischen Kommunikationskultur. In: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Opladen, Wiesbaden, 1998. S. 11 - 23

Sarcinelli, Ulrich: Parteien und Politikvermittlung: Von der Parteien- zur Mediendemokratie? In: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Opladen, Wiesbaden, 1998. S. 273 - 296

Sarcinelli, Ulrich: Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System. 3., erweiterte und überarbeitete Auflage. Wiesbaden, 2011.

Schaeffer, Ute: Fake statt Fakt. Wie Populisten, Bots und Trolle unsere Demokratie angreifen. München, 2018.

Schulz, Winfried: Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik. Opladen, 1997.

Steinmaurer, Thomas: Medien und Medienpolitik in Österreich – ein Überblick. In: Medien und Politik. Informationen zur politischen Bildung Nr. 35. 2012. S. 5 - 16

Strübing, Jörg: Qualitative Sozialforschung. Eine kompromittierte Einführung für Studierende. München, 2012

Trittin, Jürgen: Regierung – Macht – Medien. Möglichkeiten und Grenzen von Regierungskommunikation. In: Göhler, Gerhard / Schmalz-Jacobsen, Cornelia / Walther, Christian (Hrsg.): Macht und Medien. Über das Verhältnis von Politik und Kommunikation. Frankfurt et al. 2007. S. 89 - 103

Vorkötter, Uwe: Die Macht der Medien in der Mediendemokratie. In: Göhler, Gerhard / Schmalz-Jacobsen, Cornelia / Walther, Christian (Hrsg.): Macht und Medien. Über das Verhältnis von Politik und Kommunikation. Frankfurt et al. 2007. S. 13 - 28

Vowe, Gerhard / Opitz, Stefanie: Public Relations aus politikwissenschaftlicher Sicht. In: Fröhlich, Romy/Szyszka, Peter/Bentele, Günter (Hrsg.): Handbuch der Public Relations. Wissenschaftliche Grundlagen und berufliches Handeln. 3. Überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden, 2015. S. 85 - 95

Wanivenhaus, Helga: Dissertation über die Pressefreiheit in Österreich. Geschichte ihrer Verwirklichung und ihrer gesetzlichen Normen. Dissertation, Universität Wien, 1971.

Welker, Martin / Elter, Andreas / Weichert, Stephan (Hrsg.): Pressefreiheit ohne Grenzen? Grenzen der Pressefreiheit. Köln, 2010.

Winkler, Katja: Zwischen Auskunftspflicht und Amtsgeheimnis. Die Rolle von Informationsfreiheit im österreichischen Journalismus. Masterarbeit. Wien, 2015.

11.2. Internetquellen

Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Mediengesetz, Fassung vom 30. 09. 2019.

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000719> (30.09.2019, 23:15 Uhr)

Eberwein, Tobias / Müller, Daniel (Hrsg): Journalismus und Öffentlichkeit. Eine Profession und ihr gesellschaftlicher Auftrag. (1. Auflage). Wiesbaden, 2010.
<https://link-springer-com.uaccess.univie.ac.at/content/pdf/10.1007%2F978-3-531-92006-1.pdf> (11.7.2019, 16.10 Uhr)

Medianet: Media-Analyse 2017/2018.

<https://medianet.at/news/primenews/media-analyse-201718-633-prozent-reichweite-fuer-tageszeitungen-22701.html> (11.09.2019, 20.45 Uhr)

ORF: ORF-Fernsehen im September 2019.

<https://der.orf.at/medienforschung/index.html> (03.10.2019, 17.05 Uhr)

ORF: Marktanteile 2018.

<https://der.orf.at/medienforschung/fernsehen/marktanteil/index.html> (03.10.2019, 23.00 Uhr)

ORF-Gesetz: § 4 ORF-G Öffentlich-rechtlicher Kernauftrag.

<https://www.jusline.at/gesetz/orf-g/paragraf/4> (27.08.2019, 17.15 Uhr)

Reporter ohne Grenzen: Rangliste Pressefreiheit 2019.

<http://www.rog.at/press-freedom-index/> (28.04.2019, 13.50 Uhr)

Statista Resarch Department: Statistiken zu Medien und Mediennutzung in Österreich. <https://de.statista.com/themen/2110/mediennutzung-in-oesterreich/>

(1. Oktober 2019, 21.40 Uhr)

12. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Leitfaden Version 1 / eigene Darstellung S. 38 f.

Abbildung 2: Leitfaden Version 2 / eigene Darstellung S. 40 f.

Abbildung 3: Kategoriensystem / eigene Darstellung S. 43 f.

I. Anhang

I. I. Interview 1

Name	Martina Salomon
Tätigkeit	Chefredakteurin der Tageszeitung „Kurier“
Alter zum Zeitpunkt des Interviews	59 Jahre
Kontaktaufnahme	E-Mail
Besonderheiten	Das Interview erfolgte aus terminlichen Gründen seitens der Interviewten schriftlich per E-Mail.

- 1 *I: Österreich ist im ROG-Ranking von Platz elf*
2 *auf Platz 16 abgerutscht und hat seinen*
3 *Status als Land mit "guter" Pressesituation*
4 *verloren. Wie beurteilen Sie diese*
5 *Einschätzung? Welche Argumente sind hierfür*
6 *ausschlaggebend?*
7
8 M.S.: Angesichts der Aussagen im Ibiza-Video
9 muss man die Pressefreiheit tatsächlich als
10 bedroht betrachten. Andererseits gab es
11 immer schon Interventionen sowie Versuche,
12 Medien unter Kontrolle zu bringen. Gott sei
13 Dank ist die Sensibilität dafür gestiegen.
14
15 *I: Inwiefern hat sich die Situation in den letzten*
16 *Jahren verändert? Welche politischen*
17 *Ereignisse waren maßgebend?*
18
19 M.S.: Kein Einzelereignis, eher die Summe
20 des Misstrauens zwischen FPÖ und Medien.
21 Und ein neuer Stil der Regierung Kurz, die
22 sich an internationale Maßstäbe anlehnte,
23 Stichwort „Message Control“. Das war man in
24 Österreich bisher nicht gewohnt, ist anderswo
25 aber längst üblich.
26
27 *I: Von wem geht der Angriff auf die*
28 *Pressefreiheit in Österreich aus?*
29
30 M.S.: Ich würde das gar nicht auf die Politik
31 beschränken. Die meisten
32 Interventionsversuche in meiner langen
33 Karriere habe ich seitens der Wirtschaft erlebt,
34 die gern auch gleich beim Anzeigenchef mit
35 dem Einstellen von Inseraten drohen, wenn
36 eine Geschichte erscheint. Manager,
37 Wissenschaftler, Künstler und Sportler sind
38 meist auch heikler bei Interviews und wollen
39 oft sogar vorab wissen, was gefragt wird, als
40 Politiker.
41
- 42 *I: In welchen Formen treten Angriffe auf und*
43 *was lässt sich über deren Qualität sagen?*
44
45 M.S.: Siehe oben. Aber nicht jede Intervention
46 sehe ich als Angriff. Manchmal haben auch
47 wir geschlampt oder übers Ziel geschossen.
48
49 *I: Welche Intention steckt jeweils dahinter?*
50
51 M.S.: Man will halt in den Medien möglichst
52 gut wegkommen und kritische Geschichten
53 unterdrücken.
54
55 *I: Welche Entwicklungstendenzen sind*
56 *abzusehen?*
57
58 M.S.: Dass sich die Parteien ihre eigenen
59 Verbreitungskanäle sichern und unabhängige
60 Medien weniger werden, weil immer weniger
61 Konsumenten bereit sind, für Journalismus zu
62 bezahlen.
63
64 *I: Mit welchen konkreten Problemen sind Sie*
65 *im Berufsalltag konfrontiert? Gab es eventuell*
66 *auch in der Vergangenheit ähnliche*
67 *Situationen?*
68
69 M.S.: Aber ja, Interventionen gabs immer
70 schon. Früher waren Journalisten und Politiker
71 häufiger befreundet als heute. Es gab auch
72 viel weniger Medien. Die kritische Distanz ist
73 heute größer, und das ist gut so.
74
75 *I: Inwieweit decken sich diese Erfahrungen*
76 *Ihrer Meinung nach mit Erfahrungen von*
77 *Kolleg_innen?*
78
79 M.S.: Das müssen Sie meine Kollegen fragen.
80 Je nach Ressort ist das durchaus
81 unterschiedlich. Würde ein Politiker so einen
82 „Tanz“ aufführen bei einem Interview wie etwa
83 die Frau Netrebko oder ein prominenter

84 Fußballer, wären alle Politikjournalisten
 85 empört.
 86
 87 *I: Wie ist es um die kritische Berichterstattung*
 88 *in Österreich bestellt?*
 89
 90 M.S.: Besser denn je. Noch vor einigen
 91 Jahrzehnten haben wir alle
 92 Verlautbarungsjournalismus gemacht. Heute
 93 will jeder seine eigene recherchierte
 94 Geschichte haben. Und die Politik wird so
 95 kritisch betrachtet wie noch nie.
 96
 97 *I: Die Konstruktion des "Feindbildes*
 98 *Journalist" - welche kurz- und langfristigen*
 99 *Effekte sind die Folge?*
 100
 101 M.S.: Verheerend. Unsere Glaubwürdigkeit ist
 102 wie der Politiker im Keller. Und das Schlimme
 103 daran: Wir sind auch selbst daran mitschuld,
 104 weil wir uns vom Leser entfernt haben.
 105
 106 *I: Inwieweit wurden Sie bereits selbst zum Ziel*
 107 *von Angriffen? Kolleg_Innen bzw. Redaktion*
 108 *Ziel von Angriffen? Welche Folgen entstehen*
 109 *dadurch für die persönliche Arbeit bzw. für die*
 110 *gesamte Redaktion?*
 111
 112 M.S.: Ich wurde in den Sozialen Medien von
 113 der SPÖ-Langenzersdorf als am Rücken
 114 liegende Hündin mit gespreizten Beinen
 115 dargestellt – und als „Laufmasche von Basti“
 116 bezeichnet. Zu Beginn meiner
 117 Chefredaktionszeit gab es viele
 118 Bösarbeiten, möglicherweise werden
 119 Frauen an der Spitze noch respektloser
 120 behandelt. Ich habe das auf Facebook
 121 offengelegt und bin in die Gegenoffensive
 122 gegangen, habe in drei Fällen erfolgreich
 123 geklagt, seither ist es deutlich ruhiger.
 124
 125 *I: Hat der österreichische Journalismus ein*
 126 *Vertrauensproblem und falls ja, wie äußert*
 127 *sich dieses?*
 128

129 M.S.: Ja natürlich, weltweit. Leser sitzen
 130 immer häufiger in ihrer eigenen Echokammer,
 131 wollen keine gegenteiligen Meinungen mehr
 132 hören.
 133
 134 *I: Wie kann die Situation der Pressefreiheit in*
 135 *Österreich verbessert werden?*
 136
 137 M.S.: Etwas weniger Hysterie auf beiden
 138 Seiten.
 139
 140 *I: Inwieweit gibt es einen Diskurs darüber –*
 141 *sowohl Diskurs innerhalb der Zunft sowie*
 142 *öffentlicher Diskurs – und findet dieser medial*
 143 *genug Gehör?*
 144
 145 M.S.: Es findet sehr viel Diskurs darüber statt,
 146 wir haben zum Beispiel als Verein der
 147 Chefredakteure auch einen Aufruf für die
 148 Pressefreiheit veröffentlicht.
 149
 150 *I: Können Journalist_innen bzw. Medien dazu*
 151 *beitragen, Medienkompetenz zu vermitteln?*
 152 *Wenn ja, wie?*
 153
 154 M.S.: Wir laden alle Schulen ein, uns zu
 155 besuchen und mit uns zu diskutieren. Aber
 156 Lehrer und Journalisten haben auch nicht die
 157 Weisheit mit dem Löffel gefressen. Oft wissen
 158 die Jungen viel mehr über neue technische
 159 Möglichkeiten als wir und sind nicht prinzipiell
 160 dümmer als wir. Das Medienverhalten ändert
 161 sich eben momentan komplett.
 162
 163 *I: Stichwort Social Media und "alternative*
 164 *Medien": Welche Möglichkeiten sehen Sie,*
 165 *Menschen aus ihren "Filter-Bubbles" zu holen?*
 166
 167 M.S.: Schwierig. Vielleicht schaffen das die
 168 Jungen sogar besser, als wir Nicht-Digital-
 169 Natives. Problematisch sind die
 170 Manipulationsmöglichkeiten ganzer Staaten,
 171 etwa bei Wahlen. Das ist ein globales, wirklich
 172 großes Problem, für das ich selbst keine
 173 Lösung habe.

I. II. Interview 2

Name	Anneliese Rohrer
Tätigkeit	Kolumnistin bei der Tageszeitung „Die Presse“, deren Innenpolitik-Ressort sie von 1987 – 2001 leitete. Bis zur Pensionierung im Jahr 2004 Leitung des Außenpolitik-Ressorts
Alter zum Zeitpunkt des Interviews	74 Jahre
Kontaktaufnahme	telefonisch, Terminvereinbarung per E-Mail
Interviewzeitpunkt und -ort	Das Interview wurde am 23. Juli im Café Aida, 1040 Wien geführt.
Dauer des Interviews	45 Minuten
Besonderheiten	Das Interview wurde auf Wunsch redigiert.

- 1 I: „Im April ist ein Ranking von ‚Reporter Ohne
2 Grenzen‘ erschienen, das der Pressefreiheit in
3 Österreich kein gutes Zeugnis ausstellt. So sind
4 wir von Platz elf auf Platz 16 abgerutscht und
5 haben den Status als ‚Land mit guter
6 Pressesituation‘ verloren. Wie beurteilen Sie
7 das Ranking und wie schätzen Sie selbst die
8 Situation der Pressefreiheit ein?“
9
- 10 A.R.: „Ich denke, das Abrutschen ist der
11 Aktualität geschuldet. Dafür wurden die
12 Entwicklungen im letzten Jahr herangezogen.
13 Denken wir zum Beispiel an die ‚Message
14 Control‘. Das hat sich tatsächlich verändert.
15 Jedenfalls in der Form. Dass Regierungsleute in
16 den Redaktionen anrufen, ist nicht neu. Es
17 wurde nur weniger thematisiert. Journalisten
18 wurden auch früher schon unter Druck gesetzt.
19 Als Ernst Strasser Parteisekretär in
20 Niederösterreich war, hat er mir einmal
21 angedroht, ich werde meinen Job verlieren. Das
22 ist also nicht neu. Neu ist – und das ist gut –
23 dass es transparenter ist.“
24
- 25 I: „Hat sich die Qualität hinter den Drohungen
26 geändert?“
27
- 28 A.R.: „Nein, das glaube ich nicht. Die Schlagzahl
29 hat sich geändert. Am besten sprechen Sie
30 darüber mit jungen Leuten. Ich bin davon jetzt
31 nicht mehr so betroffen. Aber gegeben hat es
32 das immer. Wenn es transparenter geworden
33 ist, ist es positiv.“
34
- 35 I: „Kann man die letzte Regierung diesbezüglich
36 mit der ersten schwarz-blauen Regierung
37 vergleichen?“
38
- 39 A.R.: „Nein, das hat jetzt eine andere Qualität.
40 Es ist professionalisierter geworden. Das merkt
41 man auch daran, dass man als Journalist seine
42 Arbeit gar nicht machen kann, weil man nur
43 Sprechblasen zurückbekommt. Die Politiker
44 arbeiten einfach ihre Speaking Notes ab. Man
45 muss sich nur die Interviews in der Zeit im Bild
46 anhören. Egal was gefragt wird, man hört immer
47 das gleiche. Die Politiker arbeiten ihre
48 Textstellen ab. Das hat es so früher nicht
49 gegeben. Da war es spontaner. Ich verstehe
50 nicht, warum man sich das gefallen lässt. Oder
51 warum Journalisten akzeptieren, wenn es nach
52 den Regierungssitzungen plötzlich heißt, das
53 sei jetzt die letzte Frage. Früher waren diese
54 Presseauftritte erst vorbei, wenn es keine
55 Fragen mehr gab. Ich verstehe nicht, dass sich
56 Journalisten da nicht wehren.“
57
- 58 I: „Wie sollten Journalistinnen und Journalisten
59 da vorgehen?“
60
- 61 A.R.: „Indem man sagt, dass man noch nicht
62 fertig ist. Ich glaube, dass es auch weniger
63 Solidarität gibt unter Journalisten. Man müsste
64 sich abstimmen und klar sagen ‚das lassen wir
65 uns nicht gefallen‘.“
66

67 I: „Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass es
68 sogar Termine gibt, wo überhaupt keine Fragen
69 zugelassen sind?“

70

71 A.R.: „Das kommt noch dazu. Das hat es so
72 überhaupt nicht gegeben: auftreten und dann
73 Journalisten den Rücken kehren. Aber man
74 spürt keinen merkbaren Widerstand. Es hat sich
75 so eingebürgert und es funktioniert, weil sich die
76 Journalisten nicht wehren.“

77

78 I: „In den letzten Monaten und Jahren hat es
79 zum einen direkte Angriffe auf Journalisten
80 gegeben, aber es war auch von indirekter
81 Einflussnahme die Rede, beispielsweise durch
82 die Vergabe von Inseraten. Wie beurteilen Sie
83 das?“

84

85 A.R.: „Eine Verbindung von Inseraten und
86 Berichterstattung hat es in Einzelfällen früher
87 auch gegeben. Der frühere
88 niederösterreichischen Landeshauptmann
89 Erwin Pröll hat nach einem Kommentar in der
90 Presse einmal gesagt: ‚So, ich streich euch jetzt
91 die Inserate für den Landtagswahlkampf.‘
92 Damals ging es um 1,2 Millionen Schilling. Die
93 Antwort des damaligen Chefredakteurs war: ‚Ja
94 gut. Machen Sie das.‘ Es kommt natürlich auch
95 auf die Persönlichkeit an. Die mediale
96 Landschaft ist mittlerweile konzentrierter
97 geworden. Da verläuft der Weg eher umgekehrt
98 und es heißt: ‚Wenn du nicht zahlst, dann
99 schreibe ich so und so.‘ Das hat sich drastisch
100 verändert.“

101

102 I: „Fehlt es dem Journalismus in Österreich an
103 Professionalität?“

104

105 A.R.: „Nein, das glaube ich nicht. Die
106 wirtschaftlichen Verhältnisse der Verlage haben
107 sich geändert. Redaktionen sollen immer billiger
108 werden. Es werden immer jüngere Journalisten
109 eingestellt, die keine Chance und auch keine
110 Gelegenheit haben, sich wirklich schlau zu
111 machen. Die werden losgeschickt und wissen
112 oft gar nicht, was sie fragen sollen. Dazu kommt
113 der wirtschaftliche Aspekt, besonders wenn
114 diese jungen Leute auf Zeile arbeiten. Dann

115 sind sie oft gar nicht interessiert, sondern
116 nehmen eine APA-Meldung her und schreiben
117 sie um. Wenn man also sagt, das Niveau gehe
118 runter, dann ist das dieser wirtschaftlichen
119 Situation geschuldet. Früher war es eigentlich
120 undenkbar, dass man die Jüngsten zu einer
121 Ministerratssitzung geschickt hätte. Das hat sich
122 unter der ersten schwarz-blauen Regierung
123 entschieden verändert. Damals hat
124 Bundeskanzler Wolfgang Schüssel angefangen,
125 Journalisten persönlich niederzumachen. Das
126 hat es vorher in der Form nicht gegeben. Mit
127 Sätzen wie: ‚Sie können mir intellektuell nicht
128 folgen.‘ Das hatte den Effekt, dass Ressortchefs
129 nicht mehr hingegangen sind und die Jungen
130 geschickt haben. Die wussten nicht, was sie
131 fragen sollten. Außerdem waren sie leichter
132 einzuschüchtern. Wenn ich am Anfang meiner
133 Karriere stehe und der Bundeskanzler sagt zu
134 mir: ‚Sie können mir intellektuell nicht folgen‘,
135 dann sage ich das nächste Mal gar nichts mehr.
136 Aber die Entwicklung hat mit der
137 wirtschaftlichen Situation zu tun. Die Verleger
138 haben sich ihr eigenes Geschäft abgegraben.
139 Journalismus lebt von Kontrolle, Kenntnis und
140 Kompetenz. Wenn ich diese Positionen mit
141 Leuten bestücke, die eigentlich noch Zeit
142 brauchen, sich diese Kompetenz anzueignen,
143 dann bekomme ich das: In fast allen Zeitungen
144 steht dasselbe. Die Leute gehen oft nicht mehr
145 zu den Presseterminen oder schicken ihre
146 jungen Kollegen, die dann sowieso die APA-
147 Meldung abschreiben oder umformulieren.
148 Wenn die Pressefreiheit in Österreich
149 eingeschränkt ist, dann haben die Medien, die
150 Verlage und die Journalisten selbst einen Anteil
151 daran.“

152

153 I: „Sehen Sie in den Vorkommnissen rund um
154 die Pressefreiheit einen Angriff auf die
155 Demokratie?“

156

157 A.R.: „Einen bewussten Angriff auf die
158 Demokratie sehe ich nicht. Demokratie hat in
159 Österreich generell einen geringen Stellenwert.
160 Das Demokratie-Volksbegehren vor ein paar
161 Jahren war das schlechteste aller Zeiten. Es
162 kamen nicht einmal 100.000 Unterschriften

163 zusammen. Es ist nicht in uns drin. Daher rührt
 164 auch dieser völlig sorglose und
 165 vernachlässigende Umgang mit Demokratie.
 166 Die Politik weiß, mit Demokratie gewinnst du
 167 keinen Blumentopf in Österreich. Daher ist
 168 dieser Hang zur direkten Demokratie auch
 169 wieder demokratienschädigend. Man darf nicht
 170 vergessen, auch in den 30er-Jahren wurde mit
 171 Volksabstimmungen gearbeitet. Man kann mit
 172 dem Forcieren der direkten Demokratie – wenn
 173 es nicht wie etwa in der Schweiz gemacht wird
 174 – in einer demokratiefernen Gesellschaft wie
 175 der österreichischen, einen unglaublichen
 176 Schaden anrichten.“
 177
 178 *I: „Welche Tendenz sehen Sie hier für die*
 179 *nächste Zeit?“*
 180
 181 A.R.: „Eben diese. Generell sind wir in einer
 182 sehr beunruhigenden Entwicklung. Die
 183 Pressefreiheit, unter tatkräftiger Mithilfe in der
 184 Medienszene selbst, ist nur ein Teil davon.
 185 Wenn Sie sich Umfragen anschauen, werden
 186 Sie sehen, dass ungefähr 25 Prozent der
 187 Österreicher nichts gegen ein autoritäres
 188 Regime hätten. Das ist das große Versäumnis
 189 der Politik seit dem Zweiten Weltkrieg. Die
 190 Liebe zur Demokratie oder der Wert der
 191 Demokratie haben sich in Österreich nicht
 192 verfestigt. Wäre es anders, hätte man nie eine
 193 Partei in die Regierung holen dürfen, die offen
 194 bekennt, sie wolle eigentlich ein System wie
 195 Viktor Orbán. Das ist die illiberale Demokratie –
 196 welche aber ein Widerspruch in sich ist.“
 197
 198 *I: „Könnten die Medien dazu beitragen, die*
 199 *Situation zu verbessern?“*
 200
 201 A.R.: „Natürlich. Man müsste nur Ressourcen
 202 einsetzen. Ein Florian Klenk genügt nicht. Man
 203 sieht das aktuell bei Herrn Mateschitz. Er hat
 204 versucht, mit dem ‚Factum‘ ein investigatives
 205 Medium aufzuziehen. Bereits nach zwei
 206 Monaten war Schluss. Es gibt in Wahrheit keine
 207 gesellschaftliche Gruppe und auch keine
 208 politische Partei, die wirklich an einem
 209 unabhängigen, kontrollierenden Journalismus
 210 interessiert ist. Vielleicht die Neos oder die

211 Grünen. Aber ich bin mir nicht so sicher, wenn
 212 es hart auf hart kommt.“
 213
 214 *I: „Wird das möglicherweise auch zu wenig*
 215 *thematisiert?“*
 216
 217 A.R.: „Es hat zu wenig Resonanz. Man muss
 218 sich nur anschauen, was jetzt mit Ibiza passiert
 219 ist. Innerhalb weniger Tage war der Inhalt weg.
 220 Alle haben sich auf die Frage gestürzt, wer das
 221 Video gemacht hat. Es wurde nicht darüber
 222 diskutiert, was das bedeutet.“
 223
 224 *I: „Ich würde gerne auf die journalistische Arbeit*
 225 *zu sprechen kommen. Sind Sie selbst mit*
 226 *persönlichen Äußerungen oder Angriffen*
 227 *konfrontiert worden?“*
 228
 229 A.R.: „Ja, seinerzeit. Das hat aber nichts mit der
 230 heutigen Situation zu tun. Es kommt auch auf
 231 die Chefredakteure an. Noch bevor Wolfgang
 232 Schüssel Bundeskanzler war, hat er einmal
 233 angerufen und schließlich gemeint: ‚Nagut,
 234 dann werden wir uns das mit der
 235 Presseförderung überlegen. Daraufhin habe ich
 236 gesagt: ‚Wissen Sie was, ich verbinde Sie jetzt
 237 in die Chefredaktion.‘ Damals war ich aber
 238 schon jahrelang Ressortleiterin. Man muss sich
 239 vorstellen was das bedeutet, wenn das einem
 240 jüngeren Kollegen passiert oder jemandem, der
 241 nur auf Pauschalvertrag arbeitet und der mit
 242 einer SMS auf die Straße gesetzt werden kann.
 243 Das sind alles Faktoren. Nicht alleine die
 244 Börsartigkeit der Politik.“
 245
 246 *I: „Wie ist es um die kritische Berichterstattung*
 247 *in Österreich bestellt? Ist sie weniger*
 248 *geworden?“*
 249
 250 A.R.: „Nein. Insgesamt ist sie besser geworden.
 251 Das muss man auch sagen. In Österreich hat
 252 investigativer Journalismus bis auf Einzelfälle –
 253 AKH-Skandal, Noricum, Lucona – keine wirklich
 254 verankerte Tradition. Aber es ist besser
 255 geworden. Und nicht nur mit dem ‚Falter‘. Aber
 256 dennoch: Thomas Drozda hat einmal zu mir
 257 gesagt: ‚Wir haben für die Auseinandersetzung
 258 Kern/Fellner im Jahr 2017 bitter bezahlt.‘

259 Nämlich politisch. Weil sie gesagt haben, dass
 260 sie keine Inserate mehr schalten. Sie haben es
 261 dann in einer negativen Kampagne der Zeitung
 262 gebüßt. Und es gibt leider Gottes keine
 263 Solidarisierung. Ich weiß nicht was passieren
 264 müsste, dass sich daran etwas ändert. Aber das
 265 hat es auch früher schon gegeben. Unter der
 266 ersten schwarz-blauen Regierung wollten wir
 267 uns zusammenschließen und überlegen, wie wir
 268 dem Widerstand leisten. Mehr als drei
 269 Sitzungen gab es nicht. Noch etwas hat sich
 270 verändert, das ganz schlimm ist: Die
 271 Verhaberung gab es schon früher, keine Frage.
 272 Aber jetzt beobachte und höre ich, dass jungen
 273 Kollegen, die zum ersten Mal zu einem
 274 Interview mit einem Politiker gehen, sofort das
 275 ‚Du‘ angetragen wird. Ein junger Mensch fühlt
 276 sich da natürlich geehrt. Er hat nicht das
 277 Standing und man kann von ihm auch nicht
 278 verlangen, zu sagen, dass das nicht in Frage
 279 kommt. Es sind alle per Du. Hier wird eine Nähe
 280 konstruiert, die natürlich bewusst oder
 281 unbewusst sofort die Schere im Kopf etabliert.
 282 Das ist unglaublich perfide.“
 283
 284 I: „*Sie haben die fehlende Solidarisierung*
 285 *angesprochen. Haben Sie bemerkt, dass nach*
 286 *dem Ibiza-Video eine Art Solidarisierung*
 287 *innerhalb der Medien eingetreten ist?*“
 288
 289 A.R.: „Sie haben sich solidarisiert, indem sie
 290 sich alle auf die Nebenfront treiben ließen. Ich
 291 wüsste nicht, dass ein Medium durchgehend
 292 auf dem Inhalt geblieben wäre. Sie haben sich
 293 alle solidarisch in die falsche Richtung ablenken
 294 lassen.“
 295
 296 I: „*Am Tag nach Bekanntwerden des Ibiza-*
 297 *Videos hat die ‚Krone‘ plötzlich die ORF-*
 298 *Gebühren verteidigt. Denken Sie, dass nach*
 299 *dem Ibiza-Video der Versuch unternommen*
 300 *wurde, den Stellenwert von unabhängigem*
 301 *Journalismus zu forcieren?*“
 302
 303 A.R.: „Nein. Das hat damit nichts zu tun.
 304 Vielleicht gibt es jemanden, der das glaubt. Ich
 305 glaube es nicht.“
 306

307 I: „*Wie steht es um den Diskurs? Gibt es zu*
 308 *dem Thema überhaupt genügend Diskurs und*
 309 *wenn ja, findet dieser medial Gehör?*“
 310
 311 A.R.: „Nein, es gibt nicht genügend Diskurs.
 312 Und zwar aus dem Grund, dass es keine
 313 Gruppe, auch nicht in der Zivilgesellschaft, gibt,
 314 die ein Interesse an wirklich unabhängigem
 315 Journalismus hat – ob jetzt investigativ oder
 316 nicht. In Amerika gibt es jede Menge Stiftungen,
 317 die Schweiz hat mit „Republik“ ein Online-
 318 Magazin [für Wirtschaft, Politik, Gesellschaft
 319 und Kultur, Anm.] aufgezogen. Dafür wurden in
 320 kürzester Zeit über eine Million Franken
 321 aufgetrieben. Das gibt es in Österreich nicht.
 322 Nicht einmal ein Herr Haselsteiner hat daran
 323 wirkliches Interesse.“
 324
 325 I: „*Sie haben gerade gesagt, es fehlt ein*
 326 *zivilgesellschaftliches Bestreben. Kann die*
 327 *Bevölkerung überhaupt einschätzen, wie es um*
 328 *die Pressefreiheit in Österreich bestellt ist?*“
 329
 330 A.R.: „Der Bevölkerung ist das völlig egal. Die
 331 Leute greifen zu diesen Zeitungen [deutet auf
 332 ein Exemplar der Zeitung Österreich]. Also nicht
 333 alle, aber mehrheitlich.“
 334
 335 I: „Denken Sie, dass das Vertrauen in die
 336 Medien weniger geworden ist?“
 337
 338 A.R.: „Ja, natürlich ist es weniger geworden.
 339 Aber eigentlich zu Unrecht und durch eigene
 340 Schuld. Da spielen verschiedene falsche
 341 Entwicklungen eine Rolle. Politiker und Medien
 342 schneiden in Umfragen nicht gut ab. Aber die
 343 Medien sind auch selbst schuld. Es gibt keine
 344 Branche, die sich dermaßen selbst in den
 345 Niedergang diskutiert. Sie macht sich
 346 geschlossen auf in das Jammertal. Und das ist
 347 in einer Demokratie tödlich.“
 348
 349 I: „*Was sind die Gründe dahinter?*“
 350
 351 A.R.: „Ich denke, dass die wirtschaftlichen
 352 Umbrüche den Verlagen wirklich zugesetzt
 353 haben. Österreich ist zu klein, um diese
 354 Mediendichte normal über Werbung zu

355 finanzieren. Diese ist ja eingebrochen, auch in
356 Amerika. Da ist Österreich kein Einzelfall. Aber
357 es wurde nie darüber diskutiert, wie man das
358 ausgleichen könnte. Die staatliche
359 Presseförderung ist zwar ein Kuriosum. Aber
360 sie hat funktioniert, so lange sie ausreichend
361 war, weil sie flächendeckend war. Wenn alle
362 von einer staatlichen Presseförderung abhängig
363 sind, dann ergibt sich daraus wiederum eine
364 gewisse Unabhängigkeit – weil es eben alle
365 betrifft. Franz Vranitzky hat immer gemeint, er
366 könne das im Ausland niemandem erklären. Die
367 Leute dachten, die Medien seien nur
368 Regierungsorgane, weil es diese staatliche
369 Presseförderung gibt. Dem war nicht so. Aber
370 die Reform der staatlichen Presseförderung
371 wird schon jahrelang diskutiert und es passiert
372 nichts. Es fehlt der Wille.“

373
374 *I: „Das wäre also ein Ansatz von politischer*
375 *Seite. Müsstest die Medien auch von sich*
376 *heraus aktiver werden?*

377
378 A.R.: „Ja. Sie müssten sagen was sie wollen
379 und was sie leisten und dass sie das
380 wirtschaftlich nicht alleine tragen können, weil
381 der Markt zu klein ist. Die Schweiz
382 beispielsweise hat mit ihrer Finanzindustrie und
383 mit ihrer Wirtschaftsstruktur einen ganz anderen
384 Hintergrund. Es hat noch niemand ein
385 Geschäftsmodell erfunden, wie sich Medien im
386 digitalen Zeitalter wirklich finanzieren können.
387 Dazu muss man sagen, dass der Vorstoß der
388 Regierung, die ORF-Gebühren abzuschaffen,
389 schon von der Absicht getragen ist, den ORF zu
390 schwächen. Sonst hätte sie ja ein Modell wie
391 das englische auf den Tisch legen können.
392 Grundsätzlich muss ein steuerlich finanzierter
393 ORF nicht unbedingt mehr Abhängigkeit von
394 der Regierung bedeuten. Aber man muss ein
395 Modell finden, das die Unabhängigkeit
396 sicherstellt. Bei uns heißt es: ‚Steuern, das
397 bedeutet Gängelband. Gebühren, das bedeutet
398 Freiheit.‘ In Österreich greifen solche
399 Diskussionen immer zu kurz. Man weiß, die
400 Bevölkerung interessiert sich in Wahrheit nicht
401 dafür.“

402

403 *I: „Wie könnte man die Bevölkerung dafür*
404 *sensibilisieren? Schaffen es Medien, einen*
405 *Beitrag zu leisten, um Medienkompetenz zu*
406 *vermitteln?“*

407

408 A.R.: „Nein, das ist eine Sache der Bildung und
409 des Schulsystems. Wir hatten an der FH
410 Maturanten, die nicht den blassesten Schimmer
411 vom Funktionieren der Republik hatten.“

412

413 *I: „Greift die politische Bildung in den Schulen*
414 *zu kurz?“*

415

416 A.R.: „Es gibt Lehrer, die mit ihren Schülern die
417 Gratiszeitungen durchgehen, weil Junge
418 angeblich nur diese lesen. Wie will man da zu
419 einer politisch mündigen, medienpolitisch
420 erkenntnisreichen Bevölkerung kommen? Es ist
421 ein Skandal, mit welchem Mangel an
422 Kenntnissen im politischen Geschehen, das ja
423 jeden betrifft, Leute aus der Schule kommen.

424

425 *I: „Sind die Medien da in einer aussichtslosen*
426 *Position?“*

427

428 A.R.: „Nichts ist aussichtslos. Überhaupt nichts.
429 Zuerst müsste man aufhören zu jammern. Als
430 zweites müsste man auf eine bessere Bildung
431 beharren. Wir brauchen mündige Bürger. Aber
432 die bekommen wir nicht, wenn Maturanten nicht
433 wissen, welche Aufgaben das Parlament oder
434 der Bundespräsident haben oder wie viele
435 Bundesländer es gibt. Da kann man natürlich
436 sagen, das liegt im Interesse der Politik.“

437

438 *I: „Denken Sie, dass es so ist?“*

439

440 A.R.: „Ganz bewusst ist das nicht. Noch nicht,
441 sagen wir so.“

442

443 *I: „Sehen Sie da für die nähere Zukunft einen*
444 *Ausweg?“*

445

446 A.R.: „Natürlich. Man kann alles ändern. Es
447 braucht nur den politischen Willen und es
448 braucht eine gewisse Bewusstmachung. Das
449 ORF-Volksbegehren aus dem Jahr 1967 war
450 ein großes Ereignis in Österreich. Das war eine

451 Sache der Zeitungen und es war eine Sache
 452 des Hugo Portisch. So etwas ist heute nicht
 453 mehr denkbar. Ein Herr Fellner besorgt sich –
 454 politisch organisiert – die Lizenzen, die er
 455 braucht. Und der Herr Blümel wird sich
 456 anschauen, wenn man ihm das nicht liefert.“
 457
 458 *I: „Wie werten Sie das gemeinsame Statement*
 459 *der Chefredakteurinnen und Chefredakteure,*
 460 *das vor geraumer Zeit veröffentlicht wurde?“*
 461
 462 A.R.: „Das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein.
 463 Es ist besser, als es hätte es nicht gegeben.
 464 Aber hat das eine wirklich tiefgehende
 465 Diskussion ausgelöst? Nein. Alle haben es
 466 veröffentlicht und damit hatte sich die Sache.
 467 Genau das ist der Punkt: Es ist gut, dass es das
 468 gegeben hat. Aber das alleine reicht nicht aus.
 469 Man muss bei der Bildung beginnen. Es gibt
 470 sehr viel zu tun, aber irgendwann muss man
 471 anfangen. Bei der Bildung und bei der
 472 Absicherung des Sozialen. Die soziale
 473 Absicherung der Leute, die in der
 474 Medienbranche tätig sind, ist wichtig. Wenn es
 475 möglich ist, Journalisten per SMS
 476 rauszuwerfen, was soll man von ihnen
 477 verlangen? Sie schreiben jeden Artikel so wie
 478 der Verlag ihn will. Ob es stimmt oder nicht.
 479 Aber was soll ein junger Mensch machen? Ich
 480 habe unlängst von einer jungen, wirklich
 481 ambitionierten Journalistin gehört, die zum
 482 Chefredakteur gesagt hat, sie macht das nicht.
 483 Und er meinte, sie muss es machen. Auf
 484 Nachfrage hieß es, es sei eine
 485 Dienstanweisung. ‚Und wenn Sie die
 486 Dienstanweisung nicht befolgen, dann sitzen
 487 Sie auf der Straße.‘ Dabei hatte die Journalistin
 488 einen Vertrag. Jetzt kann man sich vorstellen,
 489 wie viel Rückgrat jemand entwickelt, der auf
 490 Pauschale oder auf Zeile arbeitet. Aber wir
 491 dürfen nicht ins Jammertal gehen. Man sieht in
 492 Amerika an der Entwicklung der New York
 493 Times, dass guter Journalismus geschätzt wird
 494 und dass es möglich ist, mit einer gewissen Art
 495 von kontrollierendem, aufklärerischem
 496 Journalismus sehr wohl zu reüssieren.“
 497

498 *I: „Wäre der Journalismus gut beraten, solche*
 499 *Vorgänge oder Interventionen transparenter zu*
 500 *machen?“*
 501
 502 A.R.: „Natürlich wäre das ein Mittel. Aber nicht
 503 einmal ein Herr Brandstätter schreibt, was er
 504 genau erlebt hat. Ich höre alle möglichen
 505 Geschichten von diesen Anrufen, aber ich habe
 506 sie noch nie gelesen. Es besteht die Angst,
 507 dass man von Informationen ausgeschlossen
 508 wird oder dass man keine Interviews bekommt.
 509 Auch das ist nicht neu. Viktor Klima hat
 510 während seiner ganzen Amtszeit der Presse
 511 kein Interview gegeben. Das muss man
 512 aushalten. Den Viktor Klima gab's dann nicht
 513 mehr. Die Presse gibt es heute noch.“
 514
 515 *I: „Kann sich das die Politik auf Dauer leisten?“*
 516
 517 A.R.: „Nicht, wenn die Medien entsprechend
 518 reagieren. Aber vor lauter Konkurrenzangst ist
 519 das Rückgrat unterentwickelt.“
 520
 521 *I: „Durch soziale und die sogenannten*
 522 *„alternativen Medien“ sind viele Leute in ihren*
 523 *Bubbles unterwegs. Wie beurteilen Sie diese*
 524 *Problematik?“*
 525
 526 A.R.: „Ich denke das wird sich einspielen. Wir
 527 sind alle ein bisschen verwirrt aufgrund der
 528 rasanten Entwicklung und wie man damit
 529 umgeht. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass
 530 ein gewisses Spektrum der Gesellschaft das
 531 aggressiver nutzt als andere. Das wird sich aber
 532 einspielen und man wird sich darauf einstellen.
 533 Wie schwer sich die Medien im Umgang mit den
 534 Sozialen Medien tun, haben ja die letzten Jahre
 535 gezeigt. Das ist eine Entwicklung, die niemand
 536 hier gecheckt hat. Auch die Amerikaner haben
 537 lange gebraucht. Das ist auch ein
 538 Erziehungsprozess. Man muss in die Schulen
 539 gehen und den jungen Leuten sagen, wie man
 540 zum Beispiel Twitter und das, was dort passiert,
 541 einzuordnen hat. Und es wird – aber das ist
 542 gerade am Weg – gewisse Regeln geben
 543 müssen. Da hinkt die Politik der technischen
 544 Entwicklung dermaßen hinterher. Bei der
 545 Anhörung von Mark Zuckerberg im US-

546 Kongress saßen Leute, die überhaupt keine
 547 Ahnung hatten. Die wussten nicht einmal was
 548 sie ihn fragen sollen oder wovon er geredet
 549 hat.“
 550
 551 *I: „Die Politik selbst nutzt die Sozialen Medien ja*
 552 *sehr als Verbreitungs- und Informationskanäle.*
 553 *Entsteht hier gerade ein Ungleichgewicht, weil*
 554 *die Politik nicht mehr so auf die herkömmlichen*
 555 *Medien angewiesen ist?“*
 556
 557 A.R.: „Selbstverständlich. Der Meister dieser Art
 558 von Politik ist Donald Trump. Der hat seinen
 559 ganzen Wahlkampf über Twitter betrieben. Aber
 560 auch das ist eine Sache der klassischen
 561 Medien. Wären die klassischen Medien nicht
 562 auf jeden Rülpsen aufgesprungen – und sie
 563 machen es ja noch immer – wäre das ganz
 564 anders ausgefallen. Man kann Trump nicht
 565 vorwerfen, dass er das erkannt hat. Wie man es
 566 positiv nützt, hat Barack Obama gezeigt. Wer
 567 sich registriert hat, bekam in der Sekunde eine
 568 personalisierte E-Mail. Wir müssen uns endlich
 569 bewusst machen, was schon in allen früheren
 570 Entwicklungen der Fall war: Es gibt Vor- und
 571 Nachteile und es kommt darauf an, wie man es
 572 handhabt. Die technische Entwicklung ist
 573 neutral. Aber wenn etwas meiner Gesellschaft
 574 oder meiner Auffassung von Demokratie
 575 zuwiderläuft, dann muss ich Regeln aufstellen
 576 und diese dann politisch durchsetzen. Daran
 577 hängt es: am politischen Willen. Ich bin
 578 ungeduldig, wenn ich höre, alles gehe den Bach
 579 runter und demnächst werden überhaupt nur

580 mehr Algorithmen Berichte schreiben. Das sind
 581 mögliche Entwicklungen. In Amerika gibt es
 582 politische Sitzungen, über die direkt aus
 583 Bangladesch berichtet wird, weil man per
 584 Livestream zugeschaltet ist. Dazu braucht man
 585 nicht mehr in Sacramento sitzen. Das ist eine
 586 Entwicklung, die einem Angst macht. Aber
 587 irgendwann wird die Zeitung draufkommen,
 588 dass der Bericht für die Leute interessanter ist,
 589 wenn man doch vor Ort sitzt. Wir sind jetzt in
 590 einer Umbruchszeit.“
 591
 592 I: „Braucht es diese gerade, um ein
 593 Bewusstsein dafür zu erlangen?“
 594
 595 A.R.: „Ich glaube schon. Ich will es ja nicht
 596 herbeiwünschen, aber es wird wahrscheinlich
 597 irgendeinen Supergau von Fake News
 598 brauchen. Wahrscheinlich auf der
 599 Wirtschaftsseite. Eine Falschmeldung, die
 600 unglaubliche schädliche Auswirkungen hat –
 601 wirtschaftlich oder politisch. So etwas kann
 602 unglaubliche Entwicklungen auslösen. Früher
 603 war es ein Gerücht. Das hat dann eine Weile
 604 gedauert. Jetzt geht das innerhalb von 24
 605 Stunden. Ich hoffe, dass sich die Leute mit
 606 dieser Entwicklung beschäftigen, bevor so
 607 etwas passiert. Aber ganz sicher wird es
 608 passieren, falls es zu so einem Supergau an
 609 Fake News kommen sollte. Ich glaube dann
 610 werden sie aufwachen.“
 611
 612 *I: „Ich bedanke mich vielmals für das*
 613 *Gespräch.“*

I. III. Interview 3

Name	Corinna Milborn
Tätigkeit	Info-Chefin und Moderatorin bei Puls4
Alter zum Zeitpunkt des Interviews	46 Jahre
Kontaktaufnahme	Telefonisch
Interviewzeitpunkt	Das Interview wurde am 24. Juli geführt.
Dauer des Interviews	31 Minuten
Besonderheiten	Aus terminlichen Gründen seitens der Interviewten wurde das Interview telefonisch geführt.

- 1 I: „Im April ist das ‚Reporter-ohne-Grenzen-
2 Ranking‘ für das Jahr 2018 erschienen.
3 Österreich hat dabei fünf Plätze und seinen
4 Status als Land mit ‚guter‘ Pressesituation
5 verloren. Wie beurteilen Sie das Ergebnis und
6 wie sieht Ihre Einschätzung der Situation
7 aus?“
8
9 C.M.: „Also ich glaube, der Grund dafür war
10 unter anderem der Erlass im
11 Innenministerium, bestimmte Medien von der
12 Informationsarbeit auszuschließen. Dass
13 eben mit bestimmten Medien
14 zusammengearbeitet wird und mit kritischen
15 nicht zusammengearbeitet wird. Das ist
16 vonseiten eines Ministeriums eigentlich
17 einfach unzulässig. Das geht so nicht. Und
18 ich glaube, das war der Grund, warum wir
19 abgerutscht sind im Reporter-Ranking.“
20
21 I: „Und wie sehen Sie die Gesamtsituation?“
22
23 C.M.: „Die Gesamtsituation sehe ich, ehrlich
24 gesagt, sehr positiv im Vergleich zu den
25 meisten Ländern der Welt – aber mit Luft
26 nach oben.“
27
28 I: „Jetzt sind ja in den letzten Monaten und
29 Jahren zum einen direkte Angriffe auf
30 Journalistinnen und Journalisten dokumentiert
31 worden, aber wir reden auch viel über die
32 ‚Message Control‘. Dazu gibt es Diskussionen
33 über Inserate. Hat es all das immer schon
34 gegeben oder was hat sich genau verändert?“
35
36 C.M.: „Also die Angriffe auf JournalistInnen
37 sind vor allem von rechter Seite gekommen.
38 Das hat es auch immer schon so gegeben,
39 weil die rechten Parteien, also in Österreich
40 die FPÖ, traditionell kein enges Verhältnis zu
41 Massenmedien haben – im Gegensatz zu
42 anderen Parteien, die eine Gesprächsbasis
43 haben. Die FPÖ hat immer ein gespanntes
44 Verhältnis aus ihrer Sicht jetzt zur Presse
45 gehabt – war auch immer stark unter
46 Beobachtung – und hat deswegen zwei Dinge
47 gemacht: Das erste ist gleich von Beginn an,
48 sobald die Möglichkeiten da waren, selbst
49 Medien aufzubauen. Also FPÖ-TV ist so ein
50 Beispiel oder die FPÖ-Facebookseite,
51 ‚Unzensuriert‘, ‚Wochenblick‘ usw. Das sind
52 alles eigene Medien im Umfeld der Partei.
53 Das zweite war auch immer schon ein
54 gespanntes Verhältnis zu Journalisten und
55 Journalistinnen. Das ist nicht unbedingt neu.
56 Es hat nur eine neue Qualität bekommen
57 durch die Möglichkeit, die Facebook bietet.
58 Vor allem Facebook. Das heißt, dass man
59 gezielte Angriffskampagnen losstarten kann,
60 wo anonyme Angriffe kommen in einer hohen
61 Zahl, und das ist dazugekommen in den
62 letzten Jahren. Allerdings nicht in den letzten
63 zwei Jahren, sondern in den letzten fünf bis
64 sechs Jahren.“
65 I: „Was ist die konkrete Intention dahinter?“
66 C.M.: „Naja bei der FPÖ ist es sich zu
67 positionieren. Das ist eine
68 Positionierungsfrage. Das heißt, sich selbst
69 als Anti-Establishment-Partei zu zeigen und
70 die Medien zu framen, als Teil des

71 Establishments. Das ist der Versuch
 72 dahinter.“

73 *I: „Inwieweit ist das als Angriff auf die*
 74 *Demokratie zu werten?“*

75 C.M.: „Nein. Das sehe ich nicht. Also ich
 76 glaube es steht jeder Partei zu, Medien zu
 77 kritisieren. Was allerdings bedenklich ist, ist
 78 das Ausmaß von Online-Hass, der dann
 79 teilweise auch von Parteien geschürt wird,
 80 also von der FPÖ in dem Fall konkret oder
 81 auch jetzt gerade zum Beispiel von der Liste
 82 Pilz. Also das ist jetzt nicht eine reine FPÖ-
 83 Spezialität. Also so Kampagnen, Kommentar-
 84 Kampagnen loszutreten, die einzelne
 85 Personen in den Medien, einzelne
 86 Journalisten rausgreifen und versuchen, die
 87 persönlich anzugreifen und zu schwächen.
 88 Das, finde ich, hat eine bedenkliche
 89 Dimension. Da bin ich der Meinung, dass
 90 politische Parteien – egal welcher Richtung –
 91 die Verantwortung haben, für eine ordentliche
 92 Zusammenarbeit zu sorgen. Aber dass das
 93 gegenseitig kritisch ist, sehe ich nicht als
 94 Gefahr für die Demokratie. Ich finde jeder
 95 Politiker hat das Recht, Berichterstattung zu
 96 kritisieren.“

97 *I: „Sehen Sie ein Bestreben in der Politik, weil*
 98 *Sie eben gesagt haben, es wäre die Aufgabe*
 99 *der Politik – sehen Sie Ansätze, dass da*
 100 *etwas unternommen wird?“*

101 C.M.: „Naja, es hat einige Bestrebungen
 102 gegen Hass im Netz gegeben, wo auch
 103 Journalistinnen und Journalisten im Zentrum
 104 gestanden sind. Aber keine, die wirklich
 105 gefruchtet hätten.“

106 *I: „Diese Konstruktion des ‚Feindbildes*
 107 *Journalist‘ – welche kurz- und langfristigen*
 108 *Effekte sind da die Folge?“*

109 C.M.: „Naja, kurzfristig ist es anstrengend für
 110 die Betroffenen sozusagen. Aber das kann
 111 sich auch unterschiedlich äußern. Also je
 112 nachdem. Es gibt eine Form von Angriffen,
 113 die beiden Seiten die Möglichkeit bietet, sich
 114 selbst zu erhöhen in der Konfrontation. Das

115 heißt, die beiden Seiten Profilierung bietet
 116 sozusagen. Und es gibt eine Form von
 117 Diffamierung und Bedrohungen auf
 118 persönlicher Ebene, die auch vor allem gegen
 119 Frauen oft passiert, die einfach nur
 120 beeinträchtigend ist für die betroffenen
 121 Journalistinnen.

122 *I: „Mit welchen konkreten Themen sind Sie im*
 123 *Berufsalltag konfrontiert und konfrontiert*
 124 *worden?“*

125 C.M.: „Also ich bin selten konfrontiert damit.
 126 Wenn, dann geht’s um kritische Interviews
 127 hauptsächlich. Teilweise auch kritische
 128 Berichterstattung, aber hauptsächlich
 129 kritische Interviews. Also große
 130 Fernsehinterviews, die kritisch sind –
 131 während und nach denen dann so eine Welle
 132 an Hasskommentaren kommt. Ich muss aber
 133 auch sagen, dass das jetzt eher länger nicht
 134 war. Also bei mir was das das letzte Mal
 135 massiv 2016 im
 136 Bundespräsidentenwahlkampf. In den
 137 letzten zwei Jahren hat sich das sehr stark
 138 auf den ORF konzentriert.“

139 *I: „Wie ist das damals unter Schwarz-Blau I*
 140 *abgelaufen?“*

141 C.M.: „Naja, da war diese Facebook-
 142 Möglichkeit noch nicht so groß. Aber die
 143 Angriffe waren genauso groß – und auch
 144 dazwischen. Also da ist halt eher viel über
 145 OTS gekommen, also über Aussendungen.
 146 Das war damals eher das Mittel. (lacht) Aber
 147 Angriffe auf Journalisten hat es damals auch
 148 schon gegeben.“

149 *I: „Ist die kritische Berichterstattung in*
 150 *Österreich weniger geworden oder anders*
 151 *gefragt, wie ist es um die kritische*
 152 *Berichterstattung in Österreich bestellt?“*

153 C.M.: „Das ist nach Medium verschieden. Die
 154 Medien, die haben eigentlich ihre Linie alle
 155 recht beibehalten. Im Boulevard ist das stark
 156 geprägt von Anzeigenvolumina – habe ich
 157 manchmal den Eindruck bzw. berichten das
 158 Politiker auch so. Also jetzt insgesamt bei

159 Boulevardmedien. Und sonst finde ich haben
160 alle Medien ihre Linie beibehalten. Insgesamt
161 ist die Berichterstattung durchaus kritisch.
162 Also wir haben keinen Jubeljournalismus im
163 Land.“

164 *I: „Jetzt hat sich ja seit dem Ibiza-Video und*
165 *dessen Folgen einiges verändert. Vernehmen*
166 *Sie gerade so ein bisschen ein Aufbrechen –*
167 *auch der ‚Message Control‘ zum Beispiel?“*

168 C.M.: „Ich glaube, dass diese ‚Message
169 Control‘ überhöht wird. Also zum großen Teil
170 machen da Pressesprecher ihren Job, die
171 dafür zuständig sind, ihre Chefs und
172 Chefinnen, also deren Botschaft
173 rüberzubringen. Das ist ihre Aufgabe und das
174 machen sie eben auch. Also insofern ist das
175 ein bisschen überhöht. Das ist jetzt auch
176 nichts wahnsinnig Neues. Es gibt ein paar
177 andere Problem, die jetzt aber nicht mit
178 Schwarz-Blau angefangen haben. Das eine
179 ist ein grundlegendes Problem. Das ist die
180 Informationsfreiheit. Das, finde ich, ist
181 überhaupt das Hauptproblem, das wir in
182 Österreich zur Pressefreiheit haben. Das
183 weicht jetzt ein bisschen ab von Ihrer Frage,
184 aber ich muss es da einbringen. Das
185 Hauptproblem ist, dass wir keine Gesetze
186 haben, die uns Zugang zu Information
187 ermöglichen. Es gibt andere Länder da gibt
188 es zum Beispiel einen ‚Freedom of
189 Information Act‘. Das bedeutet, überall, wo
190 öffentliches Geld im Spiel ist oder wo
191 öffentliche Institutionen im Spiel sind, gibt es
192 eine Pflicht, diese Institutionen-Informationen
193 an die Presse zu geben. Also man kann
194 Anfragen machen und muss eine Antwort
195 bekommen. Das ist in Österreich nicht so,
196 weil das Amtsgeheimnis eine absurde Stärke
197 hat. Also es wird jede kritische Anfrage mit
198 dem Amtsgeheimnis abgeschmettert. Das
199 führt dazu, dass investigativer Journalismus
200 nicht möglich ist mit solchen Anfragen,
201 sondern darauf angewiesen ist, dass
202 Whistleblower Informationen rausspielen.
203 Was wiederum dazu führt, dass sich
204 Investigativjournalisten Kontakte aufbauen

205 müssen. Das ist aber natürlich immer ()
206 teilweise ist das interessensfrei. Also es sind
207 Leute, die einfach die Öffentlichkeit
208 informieren wollen. Teilweise ist es aber auch
209 interessensgeleitet, wenn jemand
210 Informationen rausgibt. Die gibt er ja auch in
211 dem Umfang raus, wie es ihm passt. Das
212 Grundlegende ist – bei der
213 Informationsbeschaffung haben wir ein
214 Problem. Und das Zweite, was auch damit
215 zusammenhängt, bei der
216 Informationsbeschaffung meine ich jetzt – das
217 ist hart, da müsste die Gesetzeslage geändert
218 werden, das Zweite ist eher im Softbereich.
219 Das ist die Frage wie offen Politik
220 kommuniziert. Da wäre das Ideal für
221 Pressefreiheit Pressekonferenzen mit der
222 Möglichkeit nachzufragen, zu denen jeder,
223 der akkreditiert ist und einen Presseausweis
224 hat, auch hinkommen kann und dieselbe
225 Möglichkeit hat, nachzufragen. Da hat sich in
226 den letzten Jahren, allerdings schon vor
227 Türkis-Blau, also auch schon unter SPÖ-
228 Kanzlern, schon so eine Tradition schon fast
229 von Hintergrundgesprächen entwickelt. Weil
230 bei Hintergrundgesprächen ist es so, dass
231 bestimmte Journalisten geladen werden. Ein
232 Hintergrundgespräch ist ein üblicher Vorgang
233 und nützlicher Vorgang. Aber es ist in den
234 letzten Jahren überspannt worden, statt
235 Pressekonferenzen, die eigentlich alle
236 angehen würde, Hintergrundgespräche
237 abzuhalten – über die dann durchaus
238 berichtet wird, aber wo eben nur hingehen
239 kann, wer eine persönliche Einladung
240 bekommen hat. Das heißt, das öffentliche
241 Pressestatement hat abgenommen und das
242 finde ich auch schlecht für Pressefreiheit.“

243 *I: „Trägt hier der Journalismus eine*
244 *Mitschuld? Wehrt man sich hier zu wenig?“*

245 C.M.: „Es ist schon thematisiert worden. Aber
246 Journalisten und Medien leben eben auch
247 davon, dass sie exklusiven Zugang zu
248 Informationen bekommen, zum Beispiel auch
249 Exklusivgeschichten oder Interviews, die nur
250 sie selbst haben. Und deswegen werden die

251 Termine natürlich nicht abgelehnt, sondern
252 man geht dann hin. Aber insgesamt ist das
253 keine gute Entwicklung. Eine offenere
254 Kommunikation wäre nützlicher für die
255 Pressefreiheit – die wirklich für alle, die den
256 Status von Journalisten haben, offen ist, und
257 wo es die Möglichkeit für Nachfragen gibt.
258 Aber es ist ja zum Beispiel bei dieser
259 Nachfrage-Sache, darunter das Ibiza-Video
260 mit zwei, drei Pressekonferenzen ohne
261 Frage-Möglichkeit. Und da haben sich
262 Journalisten dann sofort gewehrt und ein
263 gemeinsames Statement rausgegeben, um
264 zu sagen, das geht so nicht. Also es muss die
265 Möglichkeit geben, nachzufragen. Sonst
266 werden die Pressekonferenzen nicht mehr
267 übertragen. Und das war sofort wirkungsvoll.
268 Also es waren schon am nächsten Tag
269 wieder Fragen zugelassen.“

270 *I: „Das wollte ich gerade fragen, wie da die*
271 *Response war auf diese gemeinsame*
272 *Erklärung?“*

273 C.M.: „In den nächsten Pressekonferenzen
274 nach der Erklärung waren Fragen wieder
275 zugelassen.“

276 *I: „Zu der vorigen Thematik, die Sie auch*
277 *noch angesprochen haben mit diesen*
278 *Hintergrundgesprächen. Gibt es allgemein zu*
279 *wenig Distanz zwischen Journalisten und*
280 *Politikern?“*

281 C.M.: „Naja, insgesamt ist Österreich eben
282 ein kleines Land, wo Menschen einander
283 kennen. Das würde ich nicht an sich
284 problematisieren, weil es einfach gar nicht
285 vermeidbar ist. Das ist das Gleiche zwischen
286 Politik und Wirtschaft oder zwischen Society
287 und () also das ist einfach das ganze Land.
288 Wir sind einfach ein wirklich kleines Land.
289 Ganz Österreich ist da ungefähr so groß wie
290 Paris oder so. (lacht) Natürlich kennen sich
291 die Leute. Das Wichtige ist, dass man die
292 Rollen einhält. Ich glaube, dass das größtenteils
293 schon passiert. Ich sehe das nicht so
294 pessimistisch wie manche Kollegen.“

295 *I: „Weil Sie vorher die Hintergrundgespräche*
296 *angesprochen haben und dass es das unter*
297 *der SPÖ auch schon gegeben hat. Ist es*
298 *unter Schwarz-Blau jetzt schwieriger*
299 *geworden, an Infos zu kommen?“*

300 C.M.: „Das mit den Hintergrundgesprächen
301 war bei Faymann schon so und war bei Kern
302 auch schon so.“

303 *I: „Und im Zuge der Recherche, wenn man*
304 *jetzt Informationen einsammelt – passiert es,*
305 *dass einem Infos vorenthalten werden?“*

306 C.M.: „Ja genau. Aber das war davor auch
307 schon so. Das ist leider nichts Neues.
308 Deswegen meine ich ja, das Grundproblem
309 ist, dass die Gesetzesgrundlage fehlt. Also es
310 fehlt einfach ein Transparenzgesetz, wo man
311 als Presse das Recht hat, die Informationen
312 zu bekommen und nicht darauf angewiesen
313 ist, ob sie jemand herausgeben will oder so.
314 Aber das ist jetzt nicht schlimmer geworden.
315 Was sich ein bisschen geändert hat, ist die
316 Qualität. Das Parlament hatte dieses Recht.
317 Das kann Anfragen machen. Und
318 Anfragebeantwortungen sind dann eine
319 wichtige Quelle, weil da die Ministerien
320 verpflichtet sind, Auskunft zu geben. Die
321 Qualität der Anfragebeantwortungen hat sich
322 in den letzten eineinhalb Jahren eher
323 verschlechtert. Also die sind weniger
324 ausführlich geworden, mehr ausweichend
325 oder allgemein, ja.“

326 *I: „Was kann jetzt konkret der Journalismus*
327 *leisten, um die Situation zu verbessern?“*

328 C.M.: „Naja diese Zusammenschlüsse und
329 dieses Wehren gegen Missstände ist, glaube
330 ich, ein wichtiger Punkt. So wie es jetzt eben
331 rund um die Ibiza-Pressekonferenzen passiert
332 ist, dass man sich schnell zusammenschließt
333 und sagt ‚so geht’s nicht.‘ Und das Zweite ist
334 das Eintreten für so ein Gesetz. Das passiert
335 aber. Es gibt das ‚Forum Informationsfreiheit‘,
336 wo sehr viele Kollegen und Kolleginnen dabei
337 sind. Leider bisher ohne Erfolg, trotz immer
338 wiederkehrender Versprechungen (lacht),

339 dass es das Gesetz geben wird. Aber bisher
 340 gibt es das noch nicht. Und sonst muss man
 341 halt seine Arbeit machen ganz einfach. Aber
 342 ich finde diese Message-Control-Kritik, finde
 343 ich in großen Teilen dünn. Weil die bezieht
 344 sich darauf, dass die Pressesprecher und
 345 Pressesprecherinnen dieser Regierung
 346 nachfragen, die Botschaft erklären. Auch
 347 nach Erscheinen von Artikeln anrufen und
 348 sagen ‚das sehen wir anders‘ und solche
 349 Dinge. Das finde ich, das ist ganz simpel ihr
 350 Job. Das ist alles total legitim. Jeder kann
 351 sich über einen Artikel beschweren. Jeder
 352 kann seine Sicht noch einmal darlegen. Jeder
 353 hat das Recht in den Redaktionen anzurufen
 354 und zu sagen, ‚der Beitrag, der erschienen ist,
 355 entspricht nicht dem, wie wir die Sache
 356 sehen.‘ Das ist alles legitim. Wenn so etwas
 357 als Problem gesehen wird, vor dem dann
 358 Leute einknicken, dann ist das Problem eher
 359 in den Medien. Illegitim, also bedenklich wird
 360 es, wenn so etwas passiert wie im
 361 Innenministerium bei Kickl. Dass also
 362 tatsächlich Informationen nur selektiv an
 363 gewisse Medien herausgegeben werden, die
 364 kooperieren. Das geht nicht. Also da ist total
 365 die Grenze überschritten. Oder wenn es mit
 366 öffentlichen Aufträgen gekoppelt ist, wie es
 367 auch passiert ist im Innenministerium bzw.
 368 auch in mehreren. Also es haben mehrere
 369 Ministerien kritischen Medien die Aufträge
 370 entzogen und anderen gegeben. Das ist
 371 öffentliches Geld, mit dem da gearbeitet wird.
 372 So etwas danach auszurichten wie die
 373 Berichterstattung in einem Medium ist, finde
 374 ich auch illegitim. Das überschreitet die
 375 Grenze von dem, was geht. Aber sich zu
 376 beschweren oder zu versuchen, ihre eigene
 377 Sicht darzustellen und dafür auch anzurufen,
 378 ist legitim. Dann liegt es am Journalisten und
 379 an der Journalistin, sich davon nicht
 380 beeinflussen zu lassen. Ganz einfach.“

381 *I: „Haben Sie auch Erfahrungen gemacht mit*
 382 *Interventionen, wo dann auch Folgen*
 383 *angedroht wurden?“*

384 C.M.: „Habe ich nie erlebt, nein. Aber ich
 385 arbeite auch in einem, wo das sehr schwer
 386 möglich ist. Insofern (lacht). Das ist natürlich
 387 in anderen Unternehmen leichter, wo man
 388 den Eigentümer anrufen kann oder wo die
 389 Politik selbst in den Steuerungsgremien sitzt,
 390 so wie im ORF. Da sitzt die Politik selbst im
 391 Stiftungsrat. Da ist es natürlich bedenklicher.
 392 Oder wenn der Eigentümer unter Druck
 393 gesetzt wird, dass er die Redaktion unter
 394 Druck setzen soll. Da ist es auch
 395 bedenklicher. In meinem Unternehmen geht
 396 das einfach gar nicht. Wir sind ja die Tochter
 397 einer deutschen Aktiengesellschaft. Also gibt
 398 es niemanden, wo man intervenieren könnte.“

399 *I: „Also insofern eine gute Position?“*

400 C.M.: „Ja, das ist eine sehr gute Position für
 401 unabhängigen Journalismus. Aber jetzt,
 402 ehrlich gesagt, machen die anderen auch
 403 ihren Job. Ich habe nicht das Gefühl, dass ein
 404 Medium komplett die Linie geändert hätte mit
 405 der Regierung.“

406 *I: „Hat der Journalismus ein*
 407 *Vertrauensproblem?“*

408 C.M.: „In letzter Zeit wird das Vertrauen mehr.
 409 Es ist lange Zeit immer weniger geworden –
 410 parallel mit der Politik. In den letzten ein, zwei
 411 Jahren ist es – also nach Umfragen jetzt –
 412 steigt es eher. Ich glaube, dass viele einfach
 413 erkennen, dass in dieser Flut an ungeprüften
 414 Informationen, die über soziale Netzwerke
 415 daherkommen, Soziale Medien
 416 daherkommen, dass es einen Wert hat, dass
 417 es Profis gibt, die Information checken und
 418 zusammenfassen und erklären. Das ist der
 419 Grund warum es eher wieder steigt.“

420 *I: „Glauben Sie, dass die Situation in der*
 421 *öffentlichen Wahrnehmung auch eingeordnet*
 422 *werden kann?“*

423 C.M.: „Können schon. Denn es gibt schon viel
 424 Berichterstattung drüber und es gibt auch
 425 eigene – ‚Dossier‘ zum Beispiel, diese
 426 Rechercheplattform, beschäftigt sich zu
 427 einem großen Teil damit. Das heißt diese

428 Information gibt es. Inwieweit die die
429 Richtigen erreicht, hängt einfach vom
430 Interesse der einzelnen Personen ab, würde
431 ich sagen. Also wer daran interessiert ist, der
432 findet die Information. Wer sich nicht dafür
433 interessiert, dem würde sie wahrscheinlich
434 nicht unter die Nase gerieben werden.“

435 I: „Können Journalisten und Medien allgemein
436 dazu beitragen, Medienkompetenz zu
437 vermitteln?“

438 C.M.: „Ja klar. Das versuchen wird auch sehr
439 stark. Wir machen viel mehr als früher unsere
440 Recherchen transparent. Wir machen viel
441 mehr als früher zum Beispiel so Geschichten,
442 wo drinnen steht ‚was wissen wir, was wissen
443 wir nicht‘. Also um auch klar zu machen, wie
444 recherchiert wird und dass es Teile gibt, die
445 man noch nicht weiß. Das ist besonders bei
446 so Developing Storys oder bei Breaking News
447 wichtig zu sagen: ‚Das wissen wir. Aber das
448 wissen wir noch nicht. Da fragen wir noch
449 nach.‘ Wir versuchen, möglichst transparent
450 auch Faktenchecks zu machen. Auch Dinge,
451 die in Sozialen Medien auftauchen und falsch
452 sind, zu rekonstruieren und zu zeigen. ‚Das
453 ist falsch und das ist der Hintergrund und das
454 sind die Quellen.‘ Also das machen wir. Das
455 können Journalisten und sollen sie auch
456 machen. Und wir tun’s auch vermehrt.“

457 I: „Wie wird das angenommen?“

458 C.M.: „Das kommt sehr gut an.“

459 I: „Noch etwas zum Thema Social Media:
460 Welche Möglichkeit gibt es, Menschen aus
461 Bubbles zu holen oder diese zu erreichen?“

462 C.M.: „Ich glaube, dass das Problem eines –
463 also man kann natürlich appellieren an die
464 Leute, sich besser zu informieren, aber ich
465 weiß nicht wie wirkungsvoll das ist, wenn
466 jemand sich schon eingeschossen hat auf
467 solche Kanäle. Das Problem ist, dass extrem
468 viele Menschen mit diesen Kanälen
469 konfrontiert werden in ihren sozialen
470 Netzwerken, in denen sie teilweise aus
471 anderen Gründen sind und nicht unbedingt

472 jetzt um sich zu informieren. Und zwar
473 deshalb, weil diese Sozialen Medien, vor
474 allem Youtube und Facebook, massiv in
475 anderen Ländern – auch Whatsapp, aber das
476 ist bei uns weniger, aber massiv Youtube und
477 Facebook – belohnen algorithmisch Hass,
478 Lügen und Propaganda. Das heißt, sie
479 spielen Lügen, Hass und Propaganda und
480 Radikalisierung stärker aus als differenzierte
481 Information. Das führt dazu, dass Menschen
482 überhaupt erst damit in Kontakt kommen.
483 Dann ist es natürlich gut gemacht.
484 Besonders, wenn es Propagandamedien
485 sind. Viele dieser sogenannten alternativen
486 Medien sind ja auch Propagandamedien, wo
487 bestimmte Interessen dahinterstehen. Und
488 die sind dann auch gut gemacht, also
489 technisch und handwerklich gut gemacht,
490 sodass sie Aufmerksamkeit erregen und dass
491 sie Zweifel säen. Es ist natürlich immer viel
492 leichter, Zweifel zu säen, als zu informieren.
493 Und das Problem ist aber die massenhafte
494 Reichweite, die sie generieren über Youtube
495 und Facebook, weil die diese Vorgangsweise
496 so stark belohnen. Also man kann auf
497 Youtube ein beliebiges Thema eingeben, man
498 ist mit drei, vier Klicks in der
499 Verschwörungstheorie und kommt dort auch
500 dann nicht mehr raus, weil alle danach
501 vorgeschlagenen Videos und das Autoplay
502 einem immer weitere Verschwörungstheorien
503 servieren. Und das führt dazu, dass sehr,
504 sehr viele Menschen damit konfrontiert sind
505 und da drinnen landen überhaupt in diesen
506 Filter Bubbles. Das ist ein regulatorisches
507 Problem meiner Meinung nach.“

508 I: „Ist das ein Versäumnis der Politik?“

509 C.M.: Naja, einmal dieser Sozialen Medien
510 natürlich, weil die keine Herausgeber-
511 Verantwortung wahrnehmen. Weil sie
512 behaupten, keine Medien zu sein – was
513 natürlich Blödsinn ist. Sie spielen die
514 Information ja raus. Also man muss sie dort
515 nicht suchen, sondern man bekommt sie
516 serviert. Auf der Startseite, auf Facebook
517 über den News-Feed. Was da drinnen ist,

518 wählt Facebook aus. Insofern ist Facebook
 519 der Herausgeber des News-Feeds des
 520 jeweiligen. Bei Youtube ähnlich – also die
 521 Recommendations auf der Seite. Die
 522 Suchergebnisse, die Recommendations und
 523 das Autoplay wählt ja Youtube aus den
 524 Millionen, Millionen Videos, die da jeden Tag
 525 drauf landen. Und in dem Sinn sind sie
 526 Herausgeber von Medien, nehmen aber keine
 527 Herausgeber-Verantwortung wahr oder nur so
 528 weit es ihnen passt. Also zum Beispiel, dass
 529 weibliche Brüste komplett verboten sind und
 530 gar nicht gehen, Hakenkreuze aber jederzeit.
 531 Das ist eine redaktionelle Entscheidung von
 532 Facebook und von Youtube – ist bei beiden
 533 gleich. Und diese Entscheidung treffen sie,
 534 andere treffen sie eben nicht. Also sie treffen
 535 die redaktionelle Entscheidung ,viel Hass, viel
 536 Verschwörungstheorie, viel Propaganda,
 537 möglichst viel Lüge rauszuspielen, weil ihnen
 538 das am meisten Aufmerksamkeit bringt –
 539 Verweildauer bei den Usern. Einerseits ist es
 540 deren Verantwortung, dass sie ihre Medien so
 541 programmieren. Andererseits ist es eine
 542 politische Verantwortung, nämlich diese
 543 Medien in die Herausgeber-Verantwortung zu
 544 nehmen, damit sie sich an Medienrecht
 545 halten. Medienrecht ist ohnehin sehr weit
 546 gefasst. Also es ist sehr, sehr viel möglich
 547 unter Medienrecht, weil Meinungsfreiheit auch
 548 ein hohes Gut ist und man es abwägen muss.
 549 Aber es gibt bestimmte Grenzen dafür, was
 550 Medien dürfen, die massenhaft Information
 551 verbreiten. Das ist zum Beispiel
 552 Verleumdungen, Anschuldigungen ohne die
 553 Gegenseite einzuholen, Verhetzung usw. Das
 554 ist alles verboten im Medienrecht und
 555 Youtube und Facebook halten sich nicht
 556 daran. Und da ist eine politische
 557 Verantwortung, weil das müsste man
 558 anwenden.“

559 *I: „Welche Tendenz gibt es da für die nähere*
 560 *Zukunft?“*

561 C.M.: „Ich sehe schon eine Tendenz, dass die
 562 Politik da stärker eingreifen will. Allerdings
 563 zögerlich und langsam. Was glaube ich

564 verschiedene Gründe hat. Einerseits ist es
 565 simpel die Frage, wie gut man sich auskennt
 566 und wer einen berät. Und die Medien haben
 567 ein Vielfaches von Lobbyisten als alle
 568 anderen – sogar als demokratiepolitische
 569 Organisationen, die auf so was hinweisen,
 570 aber auch als europäische Medien. Das heißt
 571 also viele Informationen, mit denen Politikern
 572 arbeiten, wenn es um dieses Thema geht,
 573 kommt genau von diesen Konzernen. Das ist
 574 ein Problem, dass sich Leute zu wenig
 575 auskennen. Das Zweite ist, dass wir es mit
 576 globalen Medien zu tun haben und nationaler
 577 Politik – in der nationale Politik nur schwer
 578 was ausrichten kann. Das geht schon, also in
 579 Deutschland das Netzdurchsetzungsgesetz
 580 war so eine Sache, aber es müsste eigentlich
 581 auf europäischer Ebene passieren bzw. auf
 582 US-Ebene. Aber bei uns auf europäischer
 583 Ebene. Aber da mahlen die Mühlen eben
 584 langsam.“

585 *I: „Könnte man auch mit politischer Bildung in*
 586 *Schulen, Universitäten und überall*
 587 *gegenwirken, quasi von der anderen Seite?“*

588 C.M.: „Ja, das glaube ich schon. Ich glaube
 589 es wäre sehr wichtig, das im Pflichtschulalter
 590 unterzubringen. Also in der Volksschule und
 591 in den Unterstufen, Mittelschulen und
 592 Hauptschulen. Also von sechs bis 14 wäre es
 593 extrem wichtig, Medienkompetenz zu
 594 vermitteln und den Kindern und Jugendlichen
 595 ein Rüstzeug mitzugeben, wie sie sich in
 596 dieser Informationswelt bewegen können.
 597 Das passiert leider so gut wie nicht. Es geht
 598 nur immer auf Initiative von einzelnen
 599 Lehrern, die mit Vereinen wie ‚Safer Internet‘
 600 zum Beispiel zusammenarbeiten. Ist schlecht
 601 finanziert und ist nicht im Lehrplan drinnen,
 602 aber das wäre ein ganz, ganz wichtiges Ding.
 603 Wichtiger als viel anderes, was in der Schule
 604 unterrichtet wird meiner Meinung nach (lacht).
 605 Die Kinder und Jugendlichen brauchen ein
 606 Rüstzeug, um einordnen zu können, welche
 607 Information sie da bekommen, woher das
 608 kommt, um die Werkzeuge zu haben, zu
 609 hinterfragen.“

610 I: „Sehen Sie dahingehend ein Bestreben der
611 Politik?“

612 C.M.: „Das stärker zu machen? Nein, ehrlich
613 gesagt, nein. Es gibt schon Bestrebungen, die
614 Digitalisierung in die Schule zu bringen. Aber
615 das beschränkt sich dann meistens darauf,
616 dass die Kinder digitale Lehrmittel verwenden
617 oder vielleicht so Anfänge von
618 Programmieren lernen in manchen Schulen
619 oder dass sie die Geräte zur Verfügung
620 haben, also dass sie Zugang zu Computern

621 haben oder Laptops oder dass sie Tablette
622 bekommen. Also da gibt es schon relativ viele
623 Bestrebungen. Aber die Kompetenz, sich in
624 dieser Informationswelt zurechtzufinden, wird
625 nicht bis ganz wenig unterrichtet. Wenn dann
626 eben nur auf Eigeninitiative von einzelnen
627 Lehrern.“

628 I: „Vielen Dank für das Interview.“

I. IV. Interview 4

Name	Armin Wolf
Tätigkeit	Stellvertretender Chefredakteur der ORF-TV-Information, Moderator der ZIB 2
Alter zum Zeitpunkt des Interviews	52 Jahre
Kontaktaufnahme	E-Mail
Interviewzeitpunkt und -ort	Das Interview wurde am 1. August im ORF-Zentrum Wien geführt.
Dauer des Interviews	34 Minuten

1 I: „Im April ist das Reporter-Ohne-Grenzen-
2 Ranking herausgekommen, das der Situation
3 der Pressefreiheit in Österreich kein allzu
4 gutes Zeugnis ausgestellt hat. Österreich ist
5 von Platz elf auf Platz 16 abgerutscht, hat
6 auch den Status als Land mit guter
7 Pressefreiheit verloren. Mich würde
8 interessieren: Wie beurteilen Sie diese
9 Einschätzung und wie würden Sie jetzt zum
10 Beispiel einem Kollegen im Ausland die
11 Situation beschreiben, die in Österreich
12 vorherrscht?“

13
14 A.W.: „Naja, die Situation derzeit ist ein
15 bisschen anders, als sie im Frühling war.
16 Nachdem es momentan eine inaktive oder
17 eine Übergangsregierung gibt, ist das ein
18 bisschen anders, als es unter der vorherigen
19 Regierung war. Insofern ist jetzt gerade ein
20 Zeitfenster, wo man nicht sagen kann, wie das
21 ab Dezember, Jänner, weil es ja eine neue
22 Regierung gibt, weitergeht. Unter der

23 vorherigen Regierung war es tatsächlich
24 schwierig, jedenfalls für den ORF. Weil ganz
25 sicher keine Regierung vorher versucht hat,
26 den ORF so sehr (...) also nicht zu zerstören,
27 weil das wollte man ja offiziell nicht, aber den
28 ORF so sehr zu beschädigen. Diese
29 diskutierte Abschaffung der
30 Rundfunkgebühren und Budgetfinanzierung
31 wäre einfach de facto eine Verstaatlichung
32 des ORF gewesen – das Ende des öffentlich-
33 rechtlichen Rundfunks. Und diese Debatte
34 gabs noch nie. Es gab auch noch nie eine
35 Regierung, in der eine Regierungspartei so
36 offen gesagt hat, dass sie den ORF eigentlich
37 in der derzeitigen Form nicht will – und die
38 andere Regierungspartei zumindest nicht sehr
39 stark dagegengehalten hat. Das war für den
40 ORF eine wirklich existenzgefährdende
41 Situation, glaube ich. Und das war tatsächlich
42 neu.“
43

44 I: „Inwiefern sehen Sie dahinter auch einen
 45 Angriff auf die Demokratie?“
 46
 47 A.W.: „Eine Angriff auf die Demokratie – das
 48 ist immer ein bisschen schwer zu sagen. Es
 49 wird in Österreich auch eine Demokratie
 50 geben, wenn's den ORF nicht gibt. Aber das
 51 muss man Kollegen im Ausland schon immer
 52 wieder erklären. Der ORF spielt in Österreich
 53 eine ungewöhnlich große Rolle. Also noch
 54 mehr als es zum Beispiel die Öffentlich-
 55 Rechtlichen in Deutschland tun, obwohl es
 56 dort ein sehr starkes öffentlich-rechtliches
 57 System gibt. Aber in diesem kleinen Land ist
 58 der ORF ein so wichtiges und großes
 59 Medienunternehmen und vergleichsweise so
 60 viel größer als alle anderen, dass es schon für
 61 die öffentliche Meinungsbildung und für den
 62 Diskurs eine entscheidende Rolle spielt. Wenn
 63 es den ORF nicht mehr gäbe oder er agieren
 64 würde wie ein Staatsfunk, wäre das ein
 65 Problem. Würde er agieren wie ein
 66 Staatsfunk, wäre es sogar ein noch größeres
 67 Problem, als wenn man ihn abschaffen würde.
 68 Also ich glaube im Zweifel wäre es sogar
 69 besser, ihn abzuschaffen, als man würde
 70 daraus einen klassischen Regierungsfunk
 71 machen wie zum Beispiel in Ungarn, weil er
 72 eben so einflussreich ist. Er muss unabhängig
 73 berichten können oder man muss ihn ganz
 74 abschaffen. Also ein derartig mächtiges
 75 Medienunternehmen, das vollkommen unter
 76 Regierungseinfluss wäre, wäre ein wirkliches
 77 demokratiepolitisches Problem.“
 78
 79 I: „Inwieweit kann der ORF das jetzt – denn es
 80 gibt ja eben über Stiftungsrat usw.
 81 verschiedenste Formen der Einflussnahme –
 82 inwiefern kann der ORF jetzt tatsächlich
 83 unabhängig berichten?“
 84
 85 A.W.: „Der ORF kann im Alltag sehr
 86 unabhängig berichten, obwohl die
 87 Konstruktion, wie im ORF Führungspositionen
 88 vergeben werden und auch wie alle paar
 89 Jahre Gebührenerhöhungen funktionieren,
 90 schon problematisch ist. Also dass mit dem
 91 Regierungswechsel binnen relativ weniger

92 Monate auch ganz viele wichtige
 93 Führungsfunktionen in der aktuellen
 94 Berichterstattung ausgetauscht worden sind,
 95 ist an sich ein klassisches Kennzeichen von
 96 Staatsfunk-Anstalten und nicht von öffentlich-
 97 rechtlichem Rundfunk. Also das gibt es zum
 98 Beispiel in Deutschland so nicht. Das gibt es
 99 bei der BBC so nicht. Das ist schon
 100 problematisch. Was uns schützt, ist ein sehr
 101 starkes Redakteursstatut und dass wir schon
 102 sehr stark unter öffentlicher Beobachtung
 103 sind. Das heißt, auch Menschen, die neu in
 104 Führungsfunktionen kommen, wo man nicht
 105 immer ganz genau weiß warum sie in
 106 Führungsfunktionen kommen, können jetzt
 107 nicht wahllos die Berichterstattung neu
 108 ausrichten.“
 109

110 I: „Haben Sie persönlich bemerkt, dass
 111 trotzdem versucht wird, von außen gezielt zu
 112 beeinflussen?“
 113

114 A.W.: „Ja, aber das ist nicht neu. Das gabs
 115 immer. Also ich arbeite hier seit 24 Jahren,
 116 fast 25 Jahren im Fernsehen. Den Versuch
 117 der jeweiligen Regierung oder überhaupt von
 118 politischen Parteien und politischen Akteuren,
 119 die Berichterstattung zu beeinflussen, das
 120 gibt's immer und überall. Das ist nicht so sehr
 121 das Problem. Denn man kann ja immer nein
 122 sagen. Das Problem ist, wenn Leute das
 123 Gefühl kriegen, dass ihr berufliches
 124 Fortkommen davon abhängt, ob sie öfter ja
 125 oder nein sagen, dann kanns schwierig
 126 werden. Und dass nicht alle
 127 Personalentscheidungen, die im ORF in den
 128 letzten Jahren und auch Jahrzehnten gefallen
 129 sind, immer nur sachlich motiviert waren, ist
 130 glaube ich auch relativ offensichtlich.“
 131

132 I: „Jetzt haben Sie am Anfang gesagt, quasi
 133 so wie unter der letzten Regierung, also in der
 134 Form, gab's das nicht. Sie sind ja schon
 135 länger dabei, haben auch Erfahrungen mit
 136 Schwarz-Blau I damals gemacht, kann man
 137 da Parallelen ziehen?“
 138

139 A.W.: Man kann insofern – eigentlich ist es
 140 tatsächlich anders, weil die FPÖ zwar auch
 141 damals schon nicht gut auf den ORF zu
 142 sprechen war und massiv versucht hat, auch
 143 Einfluss zu nehmen, aber nicht die Institution
 144 ORF als solche infrage gestellt hat. Also zum
 145 Beispiel die Rundfunkgebühren nicht eine
 146 Sekunde in Frage gestellt hat. Und die ÖVP,
 147 ganz klassisch wie die ÖVP und die SPÖ
 148 jahrzehntelang funktioniert haben, versucht
 149 hat einfach den ORF möglichst zu lenken und
 150 möglichst durch Personal zu dominieren. Was
 151 neu ist, ist, dass in der ÖVP-Führung ein
 152 völliger Generationenwechsel stattgefunden
 153 hat. Und während Wolfgang Schüssel,
 154 Andreas Kohl, also Leute, die damals wirklich
 155 wichtig waren, Molterer, als Mediensprecher
 156 der ÖVP – die haben den ORF als Institution
 157 nie infrage gestellt, sondern immer klar
 158 gesagt, das ist eine ganz zentrale Institution in
 159 Österreich, die versucht man möglichst zu
 160 beeinflussen. Das, glaube ich, ist bei der
 161 jetzigen ÖVP-Führung nicht mehr so. Also
 162 Sebastian Kurz ist 32, der Medienminister ist
 163 36. Der Medienminister besitzt keinen
 164 Fernseher. Die wissen schon, dass der ORF
 165 wichtig ist, aber ich glaube das Verhältnis ist
 166 viel transaktionaler. Also wenn der ORF so
 167 agiert, wie wir uns das vorstellen, dann ist es
 168 gut und wenn er nicht so agiert, dann ist er
 169 vielleicht auch nicht so wichtig. Was braucht
 170 man unbedingt einen Öffentlich-Rechtlichen?
 171 Keine Ahnung. (...) Wäre jetzt mein Eindruck.
 172 Möglicherweise würden das Herr Blümel und
 173 Herr Kurz anders sagen. Aber ich glaube,
 174 dass sie emotional jedenfalls ein völlig
 175 anderes Verhältnis zum ORF haben, als es
 176 die doppelt so alte Generation von Schwarz-
 177 Blau I hatte. Und die FPÖ ist tatsächlich sehr
 178 viel aggressiver geworden. Also die hat früher
 179 den ORF kritisiert und versucht, einzelne
 180 Leute loszuwerden, einzelne Sendungen
 181 irgendwie abzusetzen, aber hat eben nicht die
 182 Institution als solche infrage gestellt.
 183
 184 I: „Jetzt einmal allgemein gesprochen: Es gibt
 185 ja nicht nur den Versuch der direkten
 186 Einflussnahme und die persönlichen Angriffe,

187 sondern auch indirekte Formen.
 188 Beispielsweise die Vergabe von Inseraten
 189 aber möglicherweise auch über
 190 Eigentümerverhältnisse. Wie beurteilen Sie
 191 das?
 192
 193 A.W.: „Das ist auch schwer zu sagen, weil
 194 sich die österreichische Presselandschaft in
 195 den letzten Jahrzehnten so verändert hat.
 196 Also es gibt keine Parteizeitungen mehr, die in
 197 den Siebzigerjahren noch sehr einflussreich
 198 waren zum Beispiel – Anfang der 80er-Jahre
 199 auch noch. Es gibt heute über Social Media
 200 die Möglichkeit für Parteien und politische
 201 Institutionen selber ganz massiv
 202 Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und es ist
 203 der Einfluss von Printmedien dramatisch
 204 zurückgegangen. Gleichzeitig gibt es in
 205 Österreich eine Dichte an Boulevard-Medien
 206 wie, glaube ich, in keinem anderen Land auf
 207 der Welt. Und ich glaube die Politik bzw. die
 208 Regierung interessiert sich primär für die drei
 209 großen Boulevard-Zeitungen und versucht die,
 210 mit einer Mischung aus Inseraten und
 211 Exklusiv-Informationen bei Laune zu halten.
 212 Also ich glaube zum Beispiel dem
 213 Bundeskanzler ist relativ wichtig, was in der
 214 ‚Kronen Zeitung‘ und in Österreich über ihn
 215 steht, es ist ihm glaube ich nicht dramatisch
 216 wichtig, was im ‚Standard‘ über ihn steht –
 217 oder im ‚Falter‘ oder im ‚Profil‘. Aber diese
 218 Versuche von Einflussnahme hat es natürlich
 219 immer gegeben. Siehe unter Werner Faymann
 220 hat es – das ist auch schon zehn Jahre her –
 221 die berühmte Inseraten-Geschichte mit der
 222 ‚Kronen Zeitung‘ über die ÖBB gegeben. Da
 223 darf man auch nicht naiv sein immer, wenn
 224 jetzt die SPÖ die Medienfreiheit groß
 225 verteidigt und die ORF-Freiheit groß verteidigt.
 226 Da muss man sich schon daran erinnern was
 227 die SPÖ da auch alles in den letzten
 228 Jahrzehnten probiert hat. Großer Unterschied
 229 nochmal: Die Institution ORF als solche wurde
 230 nicht infrage gestellt, sondern es ging immer
 231 darum, diese Institution möglichst zu lenken,
 232 zu beeinflussen, zu beherrschen.
 233

234 I: „Kann man das so zusammenfassen, dass
 235 sich nur die Qualität geändert hat?“
 236
 237 A.W.: „Es hat sich auf jeden Fall die Qualität
 238 geändert. Es hat sich teilweise die Intensität
 239 geändert. Aber das geht auch in Wellen. Peter
 240 Westenthaler als Klubchef war berühmt dafür, in
 241 Redaktionen anzurufen und Leute anzubrüllen.
 242 Der damalige Justizminister Böhmendorfer hat
 243 regelmäßig Journalisten niedergebrüllt. Aber
 244 das haben in 70er- oder 80er-Jahren auch SPÖ-
 245 Funktionäre gemacht. Und dann gibt es halt
 246 solche, die das irgendwie subtiler machen. Also
 247 die Pressesprecher von Herrn Kurz sind
 248 offenbar relativ offensiv beim Anrufen. Bei mir
 249 ruft niemand an. Also ich kriege das primär von
 250 Kollegen und auch vom Hören-Sagen mit.
 251 Personalpolitisch wurde früher noch mehr
 252 Einfluss genommen in Relation zu jetzt. Da war
 253 total klar, also in den 60er-, 70er-, 80er-Jahren
 254 war klar, dass bis zum Ressortleiter hinunter
 255 Leute politisch abgesprochen waren. Jetzt kann
 256 man auch Ressortleiter werden, ohne von einer
 257 Partei promoviert zu werden. Man kann nicht
 258 mehr Chefredakteur werden, also man kann
 259 nicht Chefredakteur werden, ohne von einer
 260 Partei promoviert zu werden. Was nicht gut ist.
 261 Und was, glaube ich, nicht so sein sollte.
 262
 263 I: „Weil Sie gerade gesagt haben, Sie kriegen
 264 das eher von Kollegen mit. Aber wie geht man
 265 damit um? Gibt es da auch eine
 266 Redaktionslinie, wie man mit solchen Fällen
 267 umgeht?“
 268
 269 A.W.: „Die Redaktionslinie ist an sich, dass wir
 270 in der Redaktionssitzung beurteilen worüber
 271 wir berichten und worüber wir nicht berichten.
 272 Aber das war immer so.“
 273
 274 I: „Ganz konkret auf Ihre persönliche Arbeit
 275 bezogen: Mit welchem Problem haben Sie
 276 oder hatten Sie unter der letzten Regierung zu
 277 kämpfen. Hat sich etwas geändert?“
 278
 279 A.W.: „Für mich hat sich nichts geändert. Das
 280 Problem, das wir haben, ist primär in der ZIB2,
 281 ob Studiogäste kommen oder nicht kommen.“

282 Und das war in der letzten Regierung nicht
 283 wesentlich anders als früher. Also Herr
 284 Faymann kam jahrelang nicht. Michael Häupl
 285 kam 20 Jahre lang nicht. Erwin Pröll kam 20
 286 Jahre lang nicht. Also das war jetzt nicht so
 287 wesentlich anders. Es gab ein paar direkte
 288 persönliche Angriffe in der Öffentlichkeit –
 289 hatte ich früher auch schon. Es gab unter der
 290 Großen Koalition massive Bemühungen, mich
 291 von diesem Job irgendwie wegzubringen. Die
 292 gab es unter Türkis-Blau genauso. Also was
 293 ein bisschen ungewöhnlich war, war diese
 294 Auseinandersetzung mit Herrn Strache und
 295 das mit Herrn Vilimsky. Aber das war
 296 eigentlich nur durch die Öffentlichkeit
 297 irgendwie ungewöhnlich und nicht einmal so
 298 sehr in der Intensität.“
 299
 300 I: „Jetzt ist hier ja irgendwie probiert worden,
 301 diese Konstruktion des Feindbildes Journalist
 302 zu schaffen.“
 303
 304 A.W.: „Mhm.“
 305
 306 I: „Welche kurz- und langfristigen Effekte
 307 sehen sie dadurch?“
 308
 309 A.W.: „Das find ich tatsächlich ganz, ganz
 310 problematisch, und das ist auch tatsächlich in
 311 der Qualität neu. Im Extrem zu beobachten in
 312 den USA mit Herrn Trump. Also wirklich
 313 unabhängige Medien zu delegitimieren und zu
 314 sagen: ‚Das ist die Opposition und der Feind.‘
 315 Und seinen Anhängern zu sagen: ‚Glaubt
 316 nichts, was in den Medien steht. Die sind
 317 unsere Feinde.‘ Und wirklich zu versuchen,
 318 nur mehr ein eigenes Medien- und
 319 Faktenuniversum herzustellen. Und das
 320 beginnt tatsächlich auch in Österreich und das
 321 ist extrem stark begünstigt durch Social
 322 Media. Also Herr Strache hatte oder hat noch
 323 immer – aber jetzt ist es weniger relevant –
 324 aber hatte 800.000 Fans auf Facebook. Er hat
 325 mit jedem Posting, das ein bisschen viral
 326 gegangen ist, ein bis zwei Millionen Leute
 327 erreicht. Dazu diese ganzen Blogs im FPÖ-
 328 Umfeld von ‚Unzensuriert.at‘, ‚Alles Roger‘,
 329 ‚Info Direkt‘, was immer es gibt – das ist so

330 viel einflussreicher als Parteizeitungen zuletzt
331 waren. Es erreicht so viel mehr Menschen und
332 es schafft ein solches Misstrauen bei den
333 Anhängern gerade der FPÖ gegenüber
334 etablierten Medien, weil man ihnen permanent
335 erklärt, da wird nur gelogen, gelogen und
336 gelogen. Das ist schwierig.“

337
338 *I: „Hat der Journalismus ein*
339 *Glaubwürdigkeitsproblem?“*

340
341 A.W.: „Der Journalismus hat ein
342 Glaubwürdigkeitsproblem, das ganz
343 wesentlich daraus besteht, dass manche
344 Parteien und politische Akteure versuchen, ihn
345 zu delegitimieren. Und das konnten sie früher
346 nicht, weil sie darauf angewiesen waren, auch
347 vorzukommen. Das heißt in den 1970er-,
348 80er- und 90er-Jahren hat sich die FPÖ auch
349 schlecht behandelt gefühlt von den meisten
350 traditionellen Medien, war aber darauf
351 angewiesen, dort vorzukommen. Das heißt sie
352 konnte sie nicht allzu sehr attackieren. Weil
353 wenn man den Anhängern erklärt, das ist
354 lauter Mist, dann wäre ja auch alles, wo man
355 selber vorgekommen wäre lauter Mist
356 gewesen. Jetzt kann man wirklich sagen ‚es
357 ist lauter Mist‘, weil es gibt ein eigenes
358 Medien-Imperium.“

359
360 *I: „Welche Ansätze gibt es, mit dieser*
361 *Situation umzugehen?“*

362
363 A.W.: „Wir können nur versuchen, unserem
364 Publikum immer wieder zu erklären, wie wir
365 unsere Arbeit machen, warum wir unsere
366 Arbeit so machen. Wenn es Vorwürfe gibt,
367 dass wir immer parteiisch gewesen wären
368 oder unkorrekt gewesen wären, es zu
369 erklären. Das ist wahnsinnig mühsam,
370 wahnsinnig zeitaufwendig und nur, keine
371 Ahnung, zu 20 Prozent erfolgreich oder so. Es
372 ist wirklich schwierig geworden. Es ist wirklich
373 schwierig geworden. Wenn eine große Partei
374 und nicht nur irgendeine Randgruppen-Partei
375 mit drei Prozent, sondern eine große Partei
376 permanent ihren Anhängern erklärt, dass das
377 alles Mist ist, glauben das viele von denen

378 gern. Denn wenn die nicht glauben würden,
379 was diese Partei sagt, wären sie ja keine
380 Anhänger. Es ist ein bisschen so, wie wenn
381 man Rapid-Ultras befragt, ob der
382 Schiedsrichter fair war beim Spiel. Dann wird
383 ihr Urteil nicht primär davon abhängen, ob der
384 Schiedsrichter jetzt fair war.“

385
386 *I: „Glauben Sie, dass das Bestreben generell*
387 *da ist? Sie haben gerade gesagt der ORF*
388 *versucht es und es ist nur zu 20 Prozent*
389 *wirksam. Aber ist das ein allgemeines*
390 *Anliegen?“*

391
392 A.W.: „Der professionellen Medien glaube ich
393 schon. Weil die alle ein ähnliches Problem
394 haben. Also wir natürlich am meisten, weil wir
395 ja auch noch auf diese Gesetzgebung
396 angewiesen sind, auf die Gebühren
397 angewiesen sind, auf die Legitimation bei
398 unseren Zusehern angewiesen sind – von
399 denen es auch so viele gibt. Also da tun sich
400 jetzt der ‚Falter‘ oder der ‚Standard‘, die ja
401 auch, sagen wir einmal, eher eine Fanbase
402 haben vergleichbar einer Partei, tut sich da
403 sehr viel leichter als der ORF, der wirklich die
404 ganze Bevölkerung erreichen muss. Wir
405 müssen nicht nur von Rot- und Grün-Wählern
406 ernst genommen werden, sondern wir müssen
407 wirklich von allen ernst genommen werden.
408 Deshalb ist es für uns besonders schmerzhaft,
409 wenn man uns unterstellt, dass wir parteiisch
410 sind. Wenn man dem ‚Falter‘ unterstellt, dass
411 er parteiisch ist, ist das für den ‚Falter‘ weniger
412 schmerzhaft. Sehr viele Hardcore-FPÖ-
413 Wähler werden ihn nicht lesen. Aber generell,
414 glaube ich, merken das alle und es versuchen
415 auch alle viel mehr als früher zu erklären, was
416 sie machen. Mit Blogs, auf Social Media, in
417 Artikeln, mit Leserdiskussionen, mit Aktionen
418 und eh auf der ganzen Welt.“

419
420 *I: „In den letzten Monaten war vor allem das*
421 *Thema ‚Message Control‘ ein sehr großes.*
422 *Wie hat sich das ausgewirkt? Und ist die*
423 *kritische Berichterstattung in Österreich*
424 *generell weniger geworden?“*

425

426 A.W.: „Nein, das glaube ich nicht irgendwie.
 427 Das glaube ich gar nicht. Im Gegenteil: Im
 428 Vergleich zu den 70er oder 80er-Jahren ist
 429 sie, glaube ich, sogar mehr geworden. Sie ist
 430 schwieriger geworden und zwar durch drei
 431 Phänomene: Das eine ist eine extreme
 432 Professionalisierung auf der Seite der Politik
 433 plus diese technische Veränderung, weil die
 434 die Sachen auch leichter machen plus, dass
 435 die Politik sehr viel mehr Ressourcen dort
 436 einsetzt. Also wenn das Innenministerium –
 437 ein einziges Ministerium – 50 Leute für
 438 Öffentlichkeitsarbeit hat – 50 Leute für
 439 Öffentlichkeitsarbeit, das ist um ein Vielfaches
 440 mehr, als jede innenpolitische Redaktion in
 441 Österreich Redakteure hat – dann ist das
 442 absurd. Also das Innenministerium hatte vor
 443 20 Jahren vielleicht drei oder vier Leute für
 444 Öffentlichkeitsarbeit. Heute 50. Und es ist nur
 445 ein Ministerium. Gleichzeitig die Redaktionen
 446 aber alle sparen müssen. Also die
 447 Redaktionen aber alle sparen müssen. Also
 448 die Redaktionen haben ja im Normalfall heute
 449 alle viel weniger Leute als vor 20 Jahren. Das
 450 heißt die Presseabteilungen der Politik haben
 451 dramatisch mehr, zum Teil ums Zehnfache
 452 mehr, Redaktionen haben vielleicht zum Teil
 453 um die Hälfte weniger. Das Profil hat heute
 454 halb so viele Leute als vor 20 Jahren. Ich weiß
 455 es nur als Beispiel zufällig, weil meine Frau
 456 das gemacht hat: Die war Ressortleiterin
 457 Chronik in News und hatte 14 Redakteure in
 458 ihrem Chronik-Ressort. Dort arbeiten heute,
 459 glaube ich, zwei. Also die Redaktionen
 460 schrumpfen. Dort wo sie nicht schrumpfen,
 461 müssen die Journalistinnen und Journalisten
 462 trotzdem sehr viel mehr andere Aufgaben
 463 machen – Online bespielen, Social Media
 464 bespielen – und haben viel, viel weniger Zeit
 465 zu recherchieren. Und dieses Missverhältnis
 466 macht es viel schwieriger. Es gibt einfach
 467 weniger Ressourcen um zu recherchieren und
 468 gleichzeitig steht auf der anderen Seite eine
 469 unendlich viel professionellere und größere
 470 PR-Maschine.“
 471
 472 I: „Das heißt es ist quasi ein strukturelles
 473 Problem?“

474
 475 A.W.: „Ein ökonomisches Problem zu einem
 476 wesentlichen Teil und ein strukturelles
 477 Problem. Was ich vergessen habe: Es gibt
 478 zum Beispiel heute viel mehr investigativ
 479 arbeitende Journalistinnen und Journalisten
 480 als vor 20 Jahren oder 30 Jahren. Die
 481 Ausbildung der Journalisten ist besser. Also
 482 es liegt nicht daran, dass die Journalisten
 483 schlechter geworden wären. Es liegt daran,
 484 dass es eine dramatische ökonomische
 485 Medienkrise gibt. Und das ist primär eine
 486 finanzielle Frage. Das könnte die Politik
 487 erleichtern, indem sie zum Beispiel die
 488 Presseförderung dramatisch erhöht, die
 489 Presseförderung an vernünftige Kriterien
 490 bindet, indem sie Inserate nicht primär an
 491 Boulevard-Zeitungen vergibt, sondern an
 492 Zeitungen, die vernünftig recherchieren, die
 493 Mitglied beim Presserat sind und ähnliche
 494 Dinge. Sie könnte es unterstützen, indem sie
 495 zum Beispiel den ORF nicht in seiner Existenz
 496 gefährdet und die ORF-Finanzierung auf eine
 497 langfristige vernünftige Basis stellt – ein
 498 vernünftiges ORF-Gesetz macht.“
 499
 500 I: „Fehlt es da auch am Aufruhr in der
 501 Öffentlichkeit bzw. dass das Problem in der
 502 öffentlichen Wahrnehmung nicht so
 503 wahrgenommen wird?“
 504
 505 A.W.: „Eh. Journalismus ist ein klassisches
 506 Vertrauensgut. Es ist schwer. Die Qualität ist
 507 für den durchschnittlichen Konsumenten im
 508 Normalfall schwer zu beurteilen, weil er ja,
 509 wenn er einen Bericht liest, nicht weiß, was er
 510 alles nicht bekommt in dem Bericht, weil er
 511 weiß es ja nicht. Woher denn, wenn es nicht
 512 drin steht. Die wenigsten Leute konsumieren
 513 viele Medien parallel. Also die wenigsten
 514 Leute lesen drei, vier Tageszeitungen
 515 gleichzeitig oder parallel. Das heißt es ist zum
 516 einen schwer zu beurteilen für
 517 Medienkonsumenten. Das war es schon
 518 immer. Und zum anderen werden eben
 519 Medien immer öfter attackiert, sodass es
 520 diese Vertrauensdebatte gibt, die es früher so
 521 nicht gab. Dementsprechend wenig

522 öffentlichen Aufruhr gibt es. Hätte man vor 30
523 Jahren versucht, den ORF abzuschaffen,
524 hätte es einen Volksaufstand gegeben, weil es
525 sonst nichts gab. Es hätte dann kein
526 Fernsehen mehr in Österreich gegeben.
527 Heute gibt es viele Leute, die einmal auf den
528 ersten Blick sagen ‚ich hab eh 120
529 Fernsehkanäle in meinem Fernseher. Ich
530 schaue relativ selten ORF, wozu brauch ich
531 das?‘ Würde es den ORF tatsächlich nicht
532 mehr geben, würden sie schon draufkommen,
533 wie viel sie ORF geschaut haben. Aber im
534 ersten Moment denken sie, es ist eh der
535 Fernseher voll mit so vielen Sendern.“

536
537 I: „Könnte man sich da mit mehr Transparenz
538 Abhilfe schaffen?“

539
540 A.W.: „Eh. Das ist das, was ich vorher gesagt
541 habe. Wir müssen viel, viel mehr erklären wie
542 wir unsere Arbeit machen, was wir machen,
543 warum wir es so machen. Wir müssen, wenn
544 wir Fehler machen, mit den Fehlern
545 transparent umgehen, erklären, wie sie
546 passiert sind. Wir müssen noch viel mehr
547 aufpassen als früher, dass wir keine Fehler
548 machen, um diese mühsame Debatte nicht
549 noch zu befeuern.“

550
551 I: „Heißt das, dass Journalismus einen Beitrag
552 leisten kann, Medienkompetenz zu
553 vermitteln?“

554
555 A.W.: „Ja, aber schwierig, weil wir uns in den
556 alltäglichen Formaten natürlich schwer tun.
557 Wir können nicht zu jedem Beitrag einen
558 Beipackzettel mitliefern und zu jeder Sendung
559 dann noch die Hintergrunddebatte und zu
560 jeder ZIB2, ich weiß nicht, eine
561 Rückkanaldiskussion auf irgendeiner Social-
562 Media-Plattform ‚Diskutieren Sie mit den
563 Beitragsgestaltern‘ oder sonst was. Wir
564 müssen unsere Arbeit auch irgendwie
565 machen. Und die Redakteurinnen und
566 Redakteure wollen irgendwann auch nach
567 Hause gehen. Aber das, glaube ich, ist schon
568 ganz wichtig künftig auch eine Aufgabe, viel
569 mehr noch als bisher, in Schulen. Es gibt ja

570 von Bernhard Pörksen diese Theorie oder
571 diese These der redaktionellen Gesellschaft,
572 in der quasi jeder der lesen und schreiben
573 kann, ein gewisses Mindestmaß an
574 journalistischer und redaktioneller Kompetenz
575 braucht, damit er noch beurteilen kann, ob die
576 Medien, die er konsumiert oder die Fakten, die
577 er oder sie präsentiert kriegt, irgendwie
578 plausibel sind. Und ich glaube, das ist nicht
579 ganz falsch. Das müssen zum Teil wir liefern.
580 Aber das muss ganz wesentlich das
581 Bildungssystem leisten.“

582
583 I: „Sehen Sie da Bestrebungen seitens der
584 Politik, das zu verbessern?“

585
586 A.W.: „Ich sehe keine dramatischen
587 Bemühungen, das zu verbessern. Es wäre ja
588 auch ein bisschen ambivalent und
589 widersprüchlich, wenn man auf der einen
590 Seite irgendwie riesige PR-Abteilungen
591 aufbaut, deren Zweck es ist, Propaganda zu
592 verbreiten und auf der anderen Seite schauen
593 würde, dass man möglichst viele möglichst gut
594 recherchierende Journalisten auf die andere
595 Seite stellt. Wäre demokratiepolitisch total
596 wichtig. Wäre langfristig total gescheit. Aber
597 ich fürchte Politik funktioniert kurzfristiger und
598 interessensgeleiteter im Normalfall.“

599
600 I: „Sie haben vorhin schon gesagt, dass Social
601 Media ein Problem ist und die sogenannten
602 ‚alternativen Medien‘. Sehen Sie eine
603 Möglichkeit, die Menschen in Filter Bubbles
604 wieder zu erreichen, oder was passieren
605 muss, um diese wieder anzusprechen?“

606
607 A.W.: „Ja wir müssen – ich habe einmal einen
608 Vortrag gehalten mit dem Titel ‚Wir müssen
609 Social Media mit Journalismus infiltrieren.‘
610 Also nachdem wir die Leute nicht dazu
611 zwingen können, um 19.30 Uhr die ZIB
612 einzuschalten oder um 22 Uhr die ZIB 2,
613 müssen wir mit dem was wir machen, also alle
614 seriösen Journalistinnen und Journalisten,
615 möglichst dorthin, wo die Leute sind. Wenn
616 die auf Social-Media-Plattformen sind,
617 müssen wir dorthin. Und wenn sie den ganzen

618 Tag im Netz verbringen, müssen wir möglichst
619 ins Netz. Wir müssen sie quasi mit seriösem
620 Journalismus verfolgen, sodass sie uns nicht
621 auskommen.“

622
623 *I: „Aber schafft man das nur gemeinsam mit*
624 *Facebook und Co, wo es ja nicht wirklich*
625 *Richtlinien gibt oder noch viel zu wenige?“*

626
627 A.W.: „Das ist natürlich eine total ambivalente
628 Geschichte. Natürlich gibt es auch diese
629 Debatte, dass Facebook als Unternehmen
630 einer der gefährlichsten ökonomischen
631 Konkurrenten von traditionellen Medien ist.
632 Gleichzeitig, wenn wir Zeit-im-Bild-Beiträge
633 draufstellen, füttern wir einen unfassbar
634 reichen, profitorientierten, amerikanischen
635 Konzern mit Gratis-Content. Und das stimmt
636 auch und ist problematisch. Gleichzeitig wäre
637 meine These: In Österreich verwenden 3,8
638 Millionen Leute Facebook oder 3,9 Millionen
639 und nicht einer wird davon Facebook nicht
640 mehr verwenden, wenn wir keinen ZIB-Beitrag
641 mehr draufstellen. Das heißt die sind sowieso
642 dort. Und wenn sie schon dort sind und viele
643 Stunden am Tag dort verbringen, dann hätte
644 ich gerne, dass die dort mit seriösem
645 Journalismus konfrontiert werden, von
646 seriösen Medien und nicht nur mit der
647 Propaganda von interessensgeleiteten
648 Akteuren.“

649
650 *I: „Nehmen Sie einen Diskurs unter*
651 *Kolleginnen und Kollegen darüber wahr?“*

652
653 A.W.: „Ja klar. Ganz intensiv von vielen.“

654
655 *I: „Findet der auch medial Gehör bzw. wird der*
656 *auch nach außen getragen?“*

657
658 A.W.: „Ich glaube es geht gar nicht so sehr
659 darum, dass der medial gehört wird. Es geht
660 darum, dass man was macht. Es haben,
661 glaube ich, die allermeisten vernünftigen und
662 seriösen Medien mittlerweile Social-Media-
663 Redaktionen, versuchen – auf die eine oder
664 andere Weise – ihre Arbeit auch dort unter die
665 Leute zu bringen. Wir haben eine Social-

666 Media-Redaktion. Die Zeit-im-Bild-Facebook-
667 Seite ist die größte Facebook-Seite in
668 Österreich, die es von einem anständigen
669 Medium gibt. Wir beginnen am 1. September
670 jetzt endlich, endlich mit einer Zeit-im-Bild-
671 Instagram-Seite. Eh viel zu spät. Also ich
672 glaube, das versuchen eh die meisten. Es ist
673 wieder ein Ressourcen-Problem. Die Zeit-im-
674 Bild-Facebook-Seite hat über eine halbe
675 Million Abonnenten und erreicht am Tag
676 ähnlich viele Leute wie die Zeit im Bild 1 und
677 besteht aber aus zweieinhalb Redakteuren.
678 Also da müssten in Wirklichkeit 15 sitzen.“

679
680 *I: „Was denken Sie – inwieweit werden diese*
681 *Bestrebungen seitens der Redaktionen, die*
682 *sie vorhin aufgezählt haben, Erfolg bringen?*
683 *Oder werden Sie Erfolg bringen?“*

684
685 A.W.: „Ich hoffe es. Wir werden nicht mehr
686 dorthin zurückkehren, wo wir den 80er- oder
687 90er-Jahren waren – weder ökonomisch noch
688 – die Zeit im Bild 1 hatte 1985 jeden Abend
689 2,6 Millionen Zuseher, weil es sonst kein
690 Fernsehen in Österreich gab und sie war
691 durchgeschaltet auf beiden Kanälen. In diese
692 Zeit werden wir nicht mehr zurückkommen.
693 Wir konnten senden was wir wollten und
694 hatten 2,6 Millionen Zuseher. Dahin geht es
695 nicht mehr zurück. Ich könnte mir schon
696 vorstellen, dass diese Vertrauensdebatte
697 wieder ein bisschen weniger kritisch wird, weil
698 möglicherweise in ein paar Jahren die Leute
699 schon das Gefühl kriegen, dass die ganze Zeit
700 nur Propaganda auch unlustig ist. Es hat
701 einen Grund warum Parteizeitungen
702 ausgestorben sind und unabhängige
703 Zeitungen erfolgreicher waren. Ich könnte mir
704 vorstellen, dass es einen ähnlichen Trend
705 auch im Netz gibt. Dass ihnen irgendwann
706 langweilig wird, nur permanent ihre eigene
707 Meinung wieder vorgesetzt zu kriegen. Aber
708 ich weiß es nicht. Ich glaube, es wird auch in
709 20, 30 Jahren noch seriösen, ordentlichen
710 Journalismus geben, weil wir das brauchen
711 als Gesellschaft und weil es einfach eine
712 Notwendigkeit nach dem gibt, was
713 Journalismus leistet. Deswegen werden wir es

714 in irgendeiner Form haben. Ich weiß noch
 715 nicht, wie es finanziert sein wird. Ich glaube
 716 tatsächlich, dass öffentlich-rechtliche
 717 Finanzierung wie sie jetzt im Rundfunk
 718 stattfindet, nicht unwichtiger, sondern eher
 719 wichtiger sein wird. Dass man vielleicht auch
 720 privaten kommerziellen Journalismus, wie er
 721 in Tageszeitungen passiert, mehr öffentlich
 722 unterstützen muss, weil es einfach
 723 privatwirtschaftlich nicht mehr geht. Ich kann
 724 mir nicht vorstellen, dass jemand, der heute
 725 23 ist, noch ein Tageszeitung-Abonnement
 726 um 50 Euro im Monat bestellen wird. Warum
 727 sollten sie das machen? Eine Generation, die
 728 damit aufwächst, dass sie alle Filme der Welt
 729 um 9,90 im Monat und alle Musik der Welt um
 730 9,90 im Monat kriegt – warum sollten die eine
 731 Tageszeitung oder eine Website um 35 oder
 732 50 Euro im Monat abonnieren? Das kann ich
 733 mir nicht vorstellen. Aber um 9,90 im Monat
 734 oder 5,90 im Monat wird man eine Redaktion
 735 wie ‚Die Presse‘ oder den ‚Standard‘ oder den
 736 ‚Kurier‘ nicht finanzieren können. Darum wird
 737 man sich da irgendwelche neuen
 738 Finanzierungsmodelle überlegen müssen. Ob
 739 das jetzt Mäzene sind, ob das irgendeine
 740 öffentliche Finanzierung ist, keine Ahnung.
 741 Irgendwas wird man finden. Weil ich glaube,
 742 wir werden nicht in 50 Jahren ausschließlich
 743 durch Partei-Websites und Propaganda-
 744 Websites informiert werden. Dazu gibt es eine
 745 zu große Notwendigkeit für das, was
 746 Journalistinnen und Journalisten machen.“

747
 748 *I: „Sehen Sie ein Problem – weil Sie jetzt den*
 749 *wirtschaftlichen Aspekt angesprochen haben*
 750 *– läuft der Journalismus Gefahr, dass er sich*
 751 *zu sehr einschränkt, wenn er zusehends von*
 752 *wirtschaftlichen Faktoren abhängig ist?“*

753
 754 A.W.: „Der Journalismus war immer von
 755 wirtschaftlichen Faktoren abhängig. Es war
 756 nur früher so ein gutes Geschäft, weil es so
 757 eine große Knappheit einfach gab. Leute
 758 wollten inserieren und es gab nur ein paar
 759 Zeitungen, wo sie inserieren konnten. Anders

760 konnten sie aber ihre Kunden aber nicht
 761 erreichen. Die Leute wollten Fernsehwerbung
 762 schalten. Das ging nur im ORF. Also waren
 763 die Werbezeiten in den 80er-Jahren um ein
 764 Vielfaches überbucht. Mittlerweile gibt es ja
 765 derart viele technische Möglichkeiten,
 766 Menschen mit Werbung zu erreichen, dass
 767 man dafür keine klassischen Medien mehr
 768 braucht. Aber Journalismus musste sich
 769 immer irgendwo finanzieren, hat sich immer
 770 querfinanziert. Also es gab – das einzig
 771 deutschsprachige Medium, das ich kenne, das
 772 werbefrei ist, privat, war ‚EMMA‘. Also ‚EMMA‘
 773 war immer werbefrei und hat sich
 774 ausschließlich über Abos irgendwie finanziert.
 775 Aber ansonsten haben sich Medien immer
 776 querfinanziert über Werbung und nicht nur,
 777 indem sie ihren Journalismus verkauft haben.“

778
 779 *I: „Ich habe kürzlich in einem Medium gelesen,*
 780 *wo es auch um das Rollenbild des*
 781 *Journalismus ging, da gab es die Aussage,*
 782 *dass der Journalismus eigentlich keine*
 783 *Kontrollfunktion mehr hat, sondern dass es*
 784 *um rein wirtschaftliche Interessen geht.“*

785
 786 A.W.: „Das glaube ich nicht, dass sich das
 787 wesentlich verändert hat. Also das gab es
 788 immer, dass es Medien gab, die besondere
 789 Rücksicht auf ihre Inserenten genommen
 790 haben oder sonstige Dinge. Da hätte ich sogar
 791 das Gefühl, dass das heute besser ist als
 792 früher. Dass, wenn zum Beispiel ein Konzern
 793 versucht, Einfluss zu nehmen auf
 794 Berichterstattung, dass das tendenziell eher
 795 thematisiert wird. Da habe ich jetzt nicht das
 796 Gefühl, dass das so viel schlechter wäre – im
 797 sozusagen wirklichen Journalismus. Im
 798 Unterhaltungsjournalismus ist das irgendwie
 799 etwas anderes. Nur ob in der ‚Bunten‘ oder
 800 keine Ahnung wo, wenn dort über irgendein
 801 Parfum berichtet wird, ob die dafür bezahlt
 802 haben oder nicht, das ist mir wirklich egal.
 803 Also das interessiert mich nicht.“

804
 805 *I: „Vielen Dank für das Gespräch.“*

I. V. Interview 5

Name	Katja Winkler
Tätigkeit	Journalisten beim ORF (TV-Information, davor Report)
Alter zum Zeitpunkt des Interviews	28 Jahre
Kontaktaufnahme	Telefonisch
Interviewzeitpunkt und -ort	Das Interview wurde am 9. August im ORF-Zentrum Wien geführt.
Dauer des Interviews	41 Minuten

- 1 I: „Im April ist das Reporter-Ohne-Grenzen-
2 Ranking erschienen. Österreich ist
3 abgerutscht, hat auch seinen Status als Land
4 mit ‚guter‘ Pressesituation verloren. Wie
5 beurteilen Sie die Einschätzung und wie
6 beurteilen Sie selbst die Situation?“
7
8 K.W.: „Also ich stimme dem schon irgendwie
9 ein bisschen zu, dass es nicht mehr so gut ist
10 wie früher das Ganze, was aber mit sehr
11 vielen Dingen zu tun hat, die im letzten Jahr
12 oder seit eben diese türkis-blaue Regierung
13 im Amt ist oder im Amt gewesen ist, da sind
14 eben gewisse Dinge passiert. Also zum einen
15 hat es Einschüchterungsversuche am
16 laufenden Band gegeben. Da muss man sich
17 ja quasi nur – ich rede jetzt nur vom ORF,
18 weil bei Zeitungen habe ich keine Insights.
19 Ich weiß nicht wie es da aussieht. Aber da
20 hat es ja doch einige Vorfälle gegeben. Am
21 Anfang, wie der Vizekanzler das Sujet vom
22 Armin Wolf gepostet hat: ‚Es gibt einen Ort,
23 an dem Lügen zu Nachrichten werden. Das
24 ist der ORF.‘ Das ist natürlich schon ziemlich
25 hart, wenn der Vizekanzler von einer
26 Republik so etwas sagt. Und er war halt nicht
27 der einzige, der da Journalisten diffamiert hat.
28 Da hat es noch die Patricia Pawlicki gegeben,
29 die ein Interview gemacht hat mit dem
30 Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka
31 und der Harald Vilimsky, der Generalsekretär
32 der FPÖ, hat dann gesagt, die ist untragbar
33 und so jemand hat im öffentlich-rechtlichen
34 Rundfunk nichts zu suchen. Also voll die
35 Einschüchterung. Dann hat es gegeben denn
36 Wolfgang Wagner, den Chef vom Report, der
37 ein Interview gemacht hat mit dem Alexander
38 Van der Bellen, wo sich dann wiederum der
39 Hans-Jörg Jenewein darüber beschwert hat
40 und ihm Gesinnungsjournalismus
41 vorgeworfen hat und seine Interviewtechnik
42 verglichen hat mit jener aus der Sendung ‚Die
43 aktuelle Stunde‘, die damals in der DDR
44 gelaufen ist. Der Wolfgang hat dann auf üble
45 Nachrede geklagt und hat mitunter dann
46 Recht bekommen. Und der Herr Jenewein
47 hat dann auch gefordert, dass er entlassen
48 wird. Also da hat es einfach einige
49 Journalisten gegeben, die angegriffen worden
50 sind, wo dann die Entlassung gefordert
51 worden ist. Das sind natürlich
52 Einschüchterungsversuche und das führt
53 dann dazu, dass du als Journalist dann
54 irgendwie Angst kriegst. Es ist jetzt nicht so,
55 dass es so ist. Aber es besteht die Gefahr,
56 dass du dann Angst kriegst, dass du nicht
57 mehr die Fragen stellen kannst, die du
58 eigentlich stellen willst. Die Aufgabe ist
59 eigentlich, kritische Fragen zu stellen und
60 nachzufragen und auch unbequem zu sein.
61 Aber wenn du dann hörst, du gehört
62 rausgeschmissen, dann kriegst du
63 irgendwann Angst um deinen Job. Dann ist
64 halt die Gefahr, dass du irgendwann nicht
65 mehr die Fragen stellst, die du eigentlich
66 stellen solltest. Gerade als öffentlich-
67 rechtliches Unternehmen, wo du doch
68 Abhängigkeits-Politik hast, die ist da, ist dann
69 die Sorge da, dass du vielleicht wirklich
70 rausgehaut wirst, wenn man es hart
71 ausdrückt. Da glaube ich schon, dass sich
72 das ziemlich verschlechtert hat und es hat
73 eigentlich in einer liberalen Demokratie nichts
74 zu suchen, dass man jemandem sagt, du

75 machst deinen Job so schlecht, du gehörst
76 eigentlich von diesem Posten weg. Das geht
77 eigentlich nicht.“
78
79 *I: „Aber diese Angriffe hatten nicht die*
80 *Wirkung, die vielleicht intendiert waren?“*
81
82 K.W.: „Nein, die Wirkung hatte es nicht. Also
83 bei mir hat das jetzt nichts ausgelöst. Ich
84 habe nicht Angst, dass ich jetzt meinen Job
85 verliere, nur weil ich eine kritische Frage
86 stelle. Ich sage nur, wenn das so weitergehen
87 würde oder wenn das von mehreren Seiten
88 so gemacht werden würde, dann wird
89 irgendwann die Angst umgehen. Da muss
90 man nur nach Ungarn schauen. Da hat das
91 wahrscheinlich genauso angefangen. Viktor
92 Orbán hat 70 Prozent der Medien dort unter
93 seiner Fuchtel. Da muss man einfach
94 aufpassen.“
95
96 *I: „Würden Sie sagen, dass es sich bei alldem*
97 *um einen Angriff auf die Demokratie handelt*
98 *oder was ist tatsächlich die Intention?“*
99
100 K.W.: „Nein, das glaube ich in dem Fall nicht.
101 Ich glaube in dem Fall ist es auch
102 Wahlkampfgetöse. Da geht es eher darum –
103 speziell jetzt im ORF, Printmedien werden
104 wahrscheinlich auch angegriffen – da hat der
105 Helmut Brandstätter, der ehemalige
106 Chefredakteur bzw. Herausgeber vom ‚Kurier‘
107 gerade ein Buch geschrieben, wo er darüber
108 schreibt, wie da die Kommunikation abrennt
109 und wie Journalisten da eingeschüchtert
110 werden. Er spricht auch von
111 Einschüchterungsversuchen. Im ORF ist es,
112 glaube ich, speziell. Gerade vonseiten der
113 FPÖ geht es eigentlich um diese ganze
114 Gebührendebatte. Zumindest entsteht da bei
115 mir der Eindruck, dass es eigentlich nur
116 darum geht, nach außen zu kommunizieren
117 ‚Journalisten sind nicht unabhängig‘ und
118 damit zu argumentieren, dass wir keine
119 Zwangsgebühren, wie die FPÖ das nennt,
120 mehr brauchen, weil ‚eigentlich musst du
121 unabhängig sein und bei diesen Fragen, bei
122 diesem Gesinnungsjournalismus bist du nicht

123 unabhängig und deswegen hast du da nichts
124 zu suchen‘ – A. Und B: ‚Deshalb brauchen
125 wir keine ORF-Gebühren.‘“
126
127 *I: „Das heißt es geht um die Delegitimierung*
128 *des ORF?“*
129
130 K.W.: „Es geht darum, dass man sagt die
131 Gebühren sind nicht legitim. Vielleicht ist es
132 das, ja.“
133
134 *I: „Wie war die Situation vor Türkis-Blau bzw.*
135 *was hat sich genau geändert?“*
136
137 K.W.: „Also diese Angriffe wären mir jetzt –
138 wahrscheinlich hat es schon immer wieder
139 Kritik gegeben. Die gibt es ja immer und das
140 ist ja auch total okay, Kritik zu äußern. Das
141 gehört ja dazu. Man soll auch für seine Arbeit
142 kritisiert werden, damit man es besser
143 machen kann. Nur halt nicht auf diesem
144 Niveau und ohne diese
145 Einschüchterungsversuche, dass wirklich
146 gesagt wird, jemand soll seinen Job verlieren
147 wie es dem Wolfgang Wagner nahegelegt
148 worden ist oder der Patricia Pawlicki. An das
149 kann ich mich nicht erinnern. Vielleicht bin ich
150 da auch nicht so lange dabei. Aber seit 2014
151 wäre mir das nicht untergekommen. Vor
152 allem, dass es aus einer Regierungspartei
153 herauskommt. Dass die Opposition scharf
154 schießt oder dass von da etwas kommt –
155 okay. Oder wie die FPÖ in der Opposition
156 war – natürlich haben sie sich da auch immer
157 negativ geäußert und sind immer dafür
158 eingetreten, dass wir die ORF-
159 Zwangsgebühren wie sie es nennen,
160 abschaffen. Aber eine Regierungspartei, das
161 geht halt eigentlich nicht in einer modernen
162 liberalen Demokratie.“
163
164 *I: „Neben diesen direkten Angriffen auf*
165 *Journalisten und Sendungsverantwortliche,*
166 *gibt es ja noch weitere Formen. Es wird viel*
167 *über die so genannte ‚Message Control‘*
168 *gesprochen: Inwieweit hat sich hierbei die*
169 *Qualität geändert?“*
170

171 K.W.: „Was aufgefallen ist in dieser kurzen
 172 Zeitspanne, in der diese Regierung im Amt
 173 war, ist einfach diese enorme ‚Message
 174 Control‘. Also du hast wirklich gemerkt sie
 175 haben einfach einen strikten Kalender
 176 angelegt, wo Woche für Woche ein Thema
 177 auf der Tagesordnung gestanden ist. Das ist
 178 mit Pauken und Trompeten angekündigt
 179 worden und da ist dann dieses Thema im
 180 Ministerrat behandelt worden – und es geht
 181 nur um dieses Thema. Das ist Tage davor
 182 schon in wohlwollenden Zeitungen gestreut
 183 worden, damit sich das ein bisschen aufbaut.
 184 Und dann war der Ministerrat und da ist es
 185 nur um dieses eine Thema gegangen. Da
 186 haben sich wirklich alle strikt daran gehalten,
 187 dass es nur um dieses eine Thema geht.
 188 Egal welche Minister, es ist immer nur drauf
 189 rausgelaufen, dass es um das eine Thema
 190 geht. Das haben auch nur die Minister, die
 191 wirklich damit zu tun haben, was gesagt. Von
 192 allen anderen hast du keinen Pieps mehr
 193 gehört. Das hat sich schon extrem verändert
 194 eigentlich. Früher war es doch so, dass du
 195 Interviews gekriegt hast mit anderen
 196 Ministern oder mit Personen, die irgendwie
 197 davon betroffen sind. Aber wenn ich jetzt an
 198 ein Beispiel zurückdenke: Wir haben einmal
 199 im Report eine Geschichte gemacht, da ist es
 200 gerade um das Nichtraucher-Volksbegehren
 201 gegangen. Wir wollten damals ein Interview
 202 haben mit einem ÖVP-Abgeordneten, der
 203 Arzt ist und von dem wir gewusst haben, der
 204 ist dafür, dass es in Lokalen ein Rauchverbot
 205 gibt. Der hat auch früher Interviews gegeben.
 206 Dann ist er Nationalratsabgeordneter
 207 geworden und der hat dann einfach kein
 208 Interview mehr gegeben. Der hat einfach
 209 einen Maulkorb umgehängt gekriegt. Das war
 210 nicht das einzige Beispiel. Kira Grünberg, die
 211 im Rollstuhl sitzt und Behindertensprecherin
 212 der ÖVP war. Wir haben monatelang
 213 versucht, ein Interview – nicht nur wir, auch
 214 ganz viele andere Zeitungen haben immer
 215 versucht, ein Interview mit Kira Grünberg zu
 216 kriegen, weil einfach alle interessiert waren,
 217 was die Positionen der
 218 Behindertensprecherin sind. Politisch hatte

219 man noch nie etwas von ihr gehört. Sie war ja
 220 Sportlerin. Deshalb wäre es interessant
 221 gewesen herauszufinden, wie sieht denn die
 222 die ganzen Agenden die da auf ihrem Tisch
 223 liegen. Aber ich weiß nicht, ob irgendwer es
 224 jemals geschafft hat, ein Interview mit ihr zu
 225 kriegen. Wir auf jeden Fall nicht und ich
 226 glaube, es ist auch sonst niemandem
 227 gelungen. Es ist einfach schwierig,
 228 Gesprächspartner zu finden.“
 229
 230 *I: „Ist es nicht nur schwieriger geworden, die*
 231 *Personen zu kriegen, sondern auch generell*
 232 *an Infos zu kommen?“*
 233
 234 K.W.: „Ja, es ist natürlich (...) also diese
 235 Regierung hat wahnsinnig viel in eine
 236 professionelle PR-Maschinerie investiert, die
 237 haben wahnsinnig viele Pressesprecher
 238 eingestellt. Das ist dann ein Missverhältnis.
 239 Die Redaktionen dünnen sich aus auf der
 240 einen Seite. Es wird immer weniger – weniger
 241 Journalisten. Auf der anderen Seite hast du
 242 einfach eine PR-Maschinerie, eine PR-Stab,
 243 der immer größer und immer umfangreicher
 244 wird. Da ist schon einmal ein totales
 245 Missverhältnis da. Ich frage mich warum ein
 246 Ministerium – ich habe jetzt keine genauen
 247 Zahlen, da müsste man nachrecherchieren –
 248 so viele Sprecher hat. Also da ist schon
 249 einmal ein Missverhältnis. Und es ist eben
 250 nur dieses eine Thema am Tisch gelegen.
 251 Wenn du versucht hast, ein anderes Thema
 252 zu recherchieren, ist da einfach abgeblockt
 253 worden. Es hat damit angefangen, dass du
 254 keine Interviewpartner kriegst zu dem Thema.
 255 Wenn du aber einen Report-Beitrag, der acht
 256 Minuten lang ist, wenn wir bei diesem Thema
 257 Rauchverbot bleiben, wenn du da deine
 258 Interviewpartner nicht kriegst, die etwas dazu
 259 sagen, dann ist das schwierig, dass der
 260 Beitrag interessant wird. Dir fehlen bestimmte
 261 Gesprächspartner, die du eigentlich brauchst
 262 und du kriegst sie dann nicht. Du kannst dann
 263 nur auf die Expertenebene zurückgehen oder
 264 versuchen, ehemalige Politiker zu finden, die
 265 darüber reden Es war aber teilweise schon
 266 schwierig, Leute zu finden, die etwas dazu

267 sagen, die man sich selbst ausgesucht hat.
 268 Also die hat man nicht gekriegt. Stattdessen
 269 ist dann teilweise vorgeschlagen worden ,na
 270 warum interviewt ihr nicht irgendeine andere
 271 Person?' Aber die hat überhaupt nicht
 272 reingepasst. Also da werden dann
 273 Vorschläge gemacht, ,warum kommt nicht der
 274 oder der ins Studio?' ,Nein, wir haben
 275 eigentlich den eingeladen.' Also da werden
 276 Alternativ-Vorschläge gemacht, mit denen du
 277 aber eigentlich nichts anfangen kannst. Es ist
 278 ja auch deine Geschichte eigentlich und du
 279 musst ja selber entscheiden, wen du
 280 interviewst. Nur es war halt schwierig, die
 281 Leute dann auch wirklich zu kriegen.“
 282
 283 *I: „Wie habt ihr da darauf reagiert? Ist das*
 284 *redaktionsintern thematisiert worden?“*
 285
 286 K.W.: „Ja, sicher. Da wird ständig drüber
 287 geredet: ,Der darf wieder kein Interview
 288 geben.' Du kannst nichts dagegen machen.
 289 Du kannst niemanden zwingen, ein Interview
 290 zu geben. Das einzige, was du machen
 291 kannst, ist nach alternativen
 292 Gesprächspartnern zu suchen. Den Zusehern
 293 fällt es natürlich nicht auf, weil der nicht weiß,
 294 wen du eigentlich geplant gehabt hättest. Es
 295 ist nur das Frustrationslevel dann hoch, weil
 296 du denkst, du würdest gerne mit diesem
 297 Abgeordneten reden oder mit diesem Minister
 298 ein Interview machen, aber der darf nicht
 299 kommen, weil ihm die Partei ein
 300 Sprechverbot erteilt. Zum Beispiel in der ZIB2
 301 haben wir vor kurzem den Günther Platter
 302 eingeladen. Eigentlich hätte ich eine
 303 Geschichte machen sollen. Da ist es um den
 304 Transitgipfel gegangen, weil Österreich mit
 305 Deutschland streitet über den Brenner und
 306 über die LKWs, die da durchrattern. Der
 307 Günther Platter, der Landeshauptmann von
 308 Tirol, ist eben eingeladen worden nach Berlin
 309 zum Transitgipfel, hätte sich dort treffen
 310 sollen mit dem Verkehrsminister von Bayern
 311 und dem Verkehrsminister von Deutschland
 312 und dann hätte es halt am Abend ein Live-
 313 Interview geben sollen mit dem Günther
 314 Platter. Das war eigentlich ausgemacht, dass

315 es das Interview geben wird und in der
 316 Zwischenzeit ist am Wochenende in der ÖVP
 317 ein bisschen was passiert, also in der
 318 Bundes-ÖVP. Dann hat am Tag, an dem der
 319 Beitrag und das Interview eben laufen hätten
 320 sollen, der Günther Platter wieder abgesagt.
 321 Es ist dann durch die Blume gesagt worden,
 322 eigentlich würde er nur etwas zum
 323 Transitgipfel sagen und es ist natürlich klar
 324 kommuniziert worden, dass es in dem
 325 Interview natürlich um den Transitgipfel geht.
 326 Aber es gibt auch noch andere aktuelle
 327 Fragen, die die ÖVP betreffen, die wir gerne
 328 besprechen würden mit ihm. Und dann hat er
 329 abgesagt. Da stirbt dann natürlich das
 330 Interview und dann ist in dem Fall auch die
 331 Geschichte umgefallen. Die ist dann ein paar
 332 Tage später gekommen.
 333
 334 *I: „Heißt das, es werden auch Bedingungen*
 335 *gestellt?“*
 336
 337 K.W.: „Nein, das nicht. Aber wenn sie halt
 338 dann mitkriegen, er wird noch zu etwas
 339 anderem gefragt, in dem Fall war es halt so,
 340 dass die Bundespartei wahrscheinlich gesagt
 341 hat – ich habe jetzt keinen Beleg dafür – aber
 342 die hat dann wahrscheinlich gesagt: ,Nein, du
 343 darfst nur etwas zum Transitgipfel sagen und
 344 zu anderen Themen wäre es gescheiter,
 345 wenn du nichts sagst!' Weil das ist auch
 346 etwas, was total auffällig war: Früher war es
 347 jetzt schon so, dass Minister und andere
 348 Abgeordnete, wenn du die angerufen hast,
 349 einfach Interviews gegeben haben. Also du
 350 hast ein Interview gekriegt normalerweise,
 351 außer sie wollten halt wirklich nicht. Aber das
 352 ist total umgestellt worden, dass wirklich alles
 353 über den Tisch – in der ÖVP jetzt – vom
 354 Gerald Fleischmann, dem Sprecher vom
 355 Kurz, der diese ganze ,Message Control' über
 356 hat, da rennen einfach Interviewanfragen von
 357 ganz anderen Ministerien über diese
 358 Schreibtische in der Zentrale und die
 359 entscheiden dann ja oder nein. Und das hat
 360 es einfach früher in dieser Form auch nicht
 361 gegeben, dass quasi der Oberste
 362 entschieden hat, wer jetzt ein Interview geben

363 darf. Das hängt halt auch viel damit
364 zusammen, dass sehr viele Quereinsteiger
365 damals neu waren im Parlament, in der
366 Regierung. Also Kira Grünberg hat natürlich
367 nie selbst entschieden, dass sie kein
368 Interview geben darf. Sondern die von der
369 Partei haben wahrscheinlich gesagt, sie darf
370 nicht.“
371
372 *I: „Gibt es noch andere Probleme, die im*
373 *Berufsalltag tragend werden?“*
374
375 K.W.: „Also was akut schlechter geworden ist
376 – nein. Das einzige Problem, aber das haben
377 wir seit Jahren, ist eben das Thema mit dem
378 Amtsgeheimnis. Das hat jetzt mit dieser
379 Regierung nichts zu tun. Das ist schon ein
380 Problem, das in unserer Bundesverfassung
381 drinnen ist. Seit 1920 gibt es zum einen einen
382 Artikel, in dem zwar die Auskunftspflicht
383 geregelt ist, ein Artikel weiter unten steht
384 dann das Amtsgeheimnis drinnen und diese
385 beiden Artikel – da beißt sich die Katze
386 einfach in den Schwanz. Das spießt sich, weil
387 ich kann nicht auf der einen Seite sagen, es
388 gibt eine Auskunftspflicht und auf der
389 anderen Seite gibt es zig Gründe, die diese
390 Auskunftspflicht wieder einschränken, indem
391 ich ein Amtsgeheimnis mache. Das gehört
392 eigentlich aus der Verfassung heraus. Das
393 Problem daran ist nur, dass es eine
394 Zweidrittel-Mehrheit braucht im Parlament,
395 um das zu beseitigen und die hat sich bisher
396 nicht gefunden. Es heißt zwar immer wieder
397 ‚das gehört raus und wir sind uns alle einig,
398 dass das rausgehört‘, aber irgendwie hat man
399 es dann doch bis jetzt nicht geschafft. Da ist
400 auch interessant: Sebastian Kurz hat sich
401 damals in seiner Zeit als er noch
402 Außenminister war und wie er ÖVP-Obmann
403 war, massiv dafür eingesetzt, dass das aus
404 der Verfassung raus kommt, dass es ein
405 moderne Informationsfreiheitsgesetz gibt. Er
406 hat immer gesagt: ‚Wir brauchen einen
407 gläsernen Staat und keinen gläsernen
408 Bürger.‘ Aber bis jetzt ist noch immer nichts
409 passiert. Und das würde einfach einmal raus
410 gehören. Denn da merkt man schon, dass du

411 einfach willkürlich Informationen nicht kriegst.
412 Ich hab das ausprobiert bei meiner
413 Masterarbeit. Ich habe versucht zu schauen,
414 wie entscheiden denn die Behörden? Ist das
415 wirklich willkürlich oder wie rennt das ab? Wie
416 lange lassen sie sich Zeit? Weil sie haben
417 laut Gesetz acht Wochen Zeit, die Antwort zu
418 übermitteln. Das ist halt auch ein Problem.
419 Weil welcher Journalist hat acht Wochen Zeit,
420 dass er eine Antwort kriegt? Da sind ja schon
421 wieder zwei Monate um, da ist dann die
422 Geschichte schon wieder tot eigentlich, weil
423 was interessiert mich die Antwort zwei
424 Monate später? Die brauche ich schnell. Und
425 da war es halt so: Ich hab einfach die Anfrage
426 gestellt damals noch ans Kanzleramt an
427 Werner Faymann, der damals noch
428 Bundeskanzler war und ans
429 Außenministerium Sebastian Kurz. Ich habe
430 einfach die Anfrage gestellt, ich hätte gerne
431 die Flugkostenabrechnungen in den ersten
432 fünf Monaten des Jahres 2015. Ich würde
433 gerne wissen, wo sie hingeflogen sind, in
434 welcher Klasse sie geflogen sind und was
435 das kostet. Es war dann so, dass aus dem
436 Bundeskanzleramt damals sowieso einmal
437 irgendwann eine Mail gekommen ist: ‚Ihre
438 Anfrage ist im Spam-Ordner gelandet.
439 Könnten Sie das bitte noch einmal schicken.‘
440 Dann habe ich das noch einmal geschickt. Es
441 gibt so eine Plattform. Die nennt sich
442 ‚FragDenStaat.at‘, die ist eben vom Forum
443 Informationsfreiheit. Über die kann man
444 Anfragen stellen. Da gibt es ein Formular, die
445 schreiben auch rechtlich rein, ‚nach
446 Paragraph so und so hätte ich gerne diese
447 Antwort und sie sind verpflichtet, mir das zu
448 geben und wenn nicht, dann hätte ich gerne
449 einen Bescheid darüber, dass mir die
450 Information verweigert wird.‘ Diese Anfrage
451 ist offenbar bei dieser Sektion im Spam-
452 Ordner gelandet. Und dann habe ich die eben
453 noch einmal geschickt und dann sind wieder
454 fünf Wochen oder vier Wochen vergangen
455 gewesen. Also da merkt man schon, jetzt hab
456 ich vier Wochen darauf gewartet, dann
457 schreibt mir der zurück, dass es im Spam-
458 Ordner gelandet ist und dann fängt wieder

459 alles von vorne an. Und beim
460 Außenministerium war es so, der hat sich,
461 glaube ich, fast die ganzen acht Wochen Zeit
462 gelassen und hat mir dann aber die ganze
463 Liste geschickt. Da habe ich dann gesehen
464 wo Sebastian Kurz hingeflogen ist, mit wie
465 vielen Personen, wie viel das gekostet hat.
466 Das war im Übrigen alles in der Economy
467 Class, weil auf das ist er ja ganz stolz, immer
468 zu sagen, er fliegt nur in der Economy Class.
469 Ich denke ja, ein Politiker muss so viel
470 arbeiten und irgendwie sollte er bei Terminen
471 frisch sein und er setzt sich da auf diesen
472 engen Sitz. Von mir aus müsste er nicht in
473 der Economy Class fliegen. Aber das ist auch
474 der PR-Gag zu sagen, ‚wir gehen sorgsam
475 mit Steuergeld um und deshalb fliegen wir
476 alle nur in der Economy Class. Jedenfalls
477 habe ich das von ihm dann gekriegt, vom
478 Sebastian Kurz und beim Kanzleramt habe
479 ich dann eben wieder ein paar Wochen
480 gewartet. Und es war aber in dieser Acht-
481 Wochen-Frist alles drinnen und dann habe
482 ich die Antwort bekommen: ‚Nein, das ist
483 Amtsgeheimnis.‘ Da hat sich dann halt die
484 Frage gestellt, warum sagt das Kanzleramt
485 das ist Amtsgeheimnis und das
486 Außenministerium sagt, es ist kein
487 Amtsgeheimnis und gibt die Informationen
488 weiter? Da merkt man halt einfach, dass es
489 total willkürlich ist. Die ganzen Behörden
490 können einfach sagen das ist Amtsgeheimnis
491 und die müssen nicht mal begründen warum,
492 sondern da heißt es einfach ‚Stempel drauf,
493 Amtsgeheimnis, die Info kriegst du nicht.‘ Das
494 einzige, was du dann machen kannst, du
495 kannst zum Gerichtshof gehen und es
496 einklagen. Da vergeht dann halt auch wieder
497 wahnsinnig viel Zeit. Die Zeit rinnt und rinnt
498 und du kommst mit deiner Geschichte nicht
499 weiter. Das behindert dich halt total als
500 Journalist. Was ein Kollege gemacht hat, was
501 eine total interessante Recherche war: Der
502 wollte wissen die Gegengeschäfte zum
503 Eurofighter-Vertrag. Der wollte da eine Liste
504 haben. Da hat es geheißen ‚das ist
505 Amtsgeheimnis, das kriegst du nicht.‘ Er ist
506 dann zum Gerichtshof gegangen, ich glaube

507 sogar bis zum Europäischen Gerichtshof, da
508 müsste man aber nachschauen, da bin ich
509 mir jetzt nicht sicher. Die haben ihm dann
510 Recht gegeben und gesagt, das
511 Wirtschaftsministerium muss das hergeben.
512 Dann ist Monate später, wenn nicht sogar
513 Jahre, diese Liste der ganzen
514 Gegengeschäfte veröffentlicht worden. Da
515 wird also völlig willkürlich entschieden.“
516
517 *I: „Wie steht es um das Bestreben der Politik,*
518 *hier etwas zu ändern?“*
519
520 K.W.: „Es scheint so, dass immer die
521 Parteien, die in der Opposition sind, dass die
522 wahnsinnig viel Interesse daran haben, dass
523 es jetzt endlich ein Informationsfreiheits-
524 Gesetz gibt. Die SPÖ setzt sich jetzt gerade
525 derzeit wieder dafür ein. Wobei die Experten
526 sagen, dass es völlig unzureichend ist, was
527 die fordern. Aber jetzt sind sie in der
528 Opposition, jetzt fordern sie das halt. Sobald
529 aber die Parteien in
530 Regierungsverantwortung sind, haut man
531 lieber das Deckmäntelchen des Schweigens
532 drüber, damit man nur ja nicht die
533 Informationen rausgeben muss.“
534
535 *I: „Eine allgemeine Frage, um am vorigen*
536 *Punkt anzuknüpfen: Wie ist es um den*
537 *kritischen Journalismus in Österreich*
538 *bestellt?“*
539
540 K.W.: „Ich glaube da hat sich nicht so
541 wahnsinnig viel verändert. Ich glaube es gibt
542 Medien, die sich nur auf das spezialisieren.
543 Es gibt den ‚Falter‘, es gibt das Profil, es gibt
544 bei uns die ZIB2-Redaktion, es gibt den
545 Report. Also die Medien, die gibt es ja noch.
546 Also die arbeiten, da ändert sich ja auch
547 nichts daran. Das Ding ist halt nur – oder
548 auch der ‚Standard‘, die Presse, die ganzen
549 Qualitätsmedien, die gibt es ja alle und die
550 sind kritisch und sind auch weiterhin kritisch.
551 Also da find ich nicht, dass wir großartig in
552 Gefahr sind, dass wir keinen kritischen
553 Journalismus mehr haben. Nur die geraten
554 halt alle unter Kostendruck. Das ist halt das

555 Problem. Das hat jetzt aber nichts mit
556 Pressefreiheit in dem Sinn zu tun, sondern
557 das sind wirtschaftliche Probleme, die die alle
558 haben. Die werden ausgehungert. Und da ist
559 – das hat jetzt doch ein bisschen etwas damit
560 zu tun – wenn es um Inserate geht: Ich habe
561 natürlich keinen Plan, wie viele Inserate jetzt
562 geschaltet werden. Ich habe nur einen
563 Kollegen, der beim ‚Standard‘ arbeitet und
564 auch bei der Presse eine Kollegin. Und die
565 sagen halt, im ‚Standard‘ vor allem, dass die
566 Regierungs-Inserate viel, viel weniger
567 geworden sind. Das heißt die Regierung
568 schaltet halt nicht mehr im ‚Standard‘, weil sie
569 unzufrieden sind mit dem was der ‚Standard‘
570 schreibt. Und andere Medien, die halt
571 Boulevard produzieren – ‚Kronen Zeitung‘,
572 Österreich – die kriegen ihre Inserate. Und
573 das ist natürlich schon ein Problem, weil nur
574 weil du kritisch bist, kriegst du keine () wird
575 nichts mehr geschaltet bei dir. Das ist halt
576 irgendwie schon ein Angriff auf die Presse.
577 Das schon, ja.“

578
579 *I: „Hat der Journalismus in Österreich ein*
580 *Vertrauensproblem?“*

581
582 K.W.: „Ich glaube das Ibiza-Video hat dazu
583 beigetragen, dass das Vertrauen wieder
584 gestärkt worden ist, vor allem was den ORF
585 angeht. Also da hat es glaube ich vorher
586 größere Probleme schon gegeben, weil doch
587 gerade von der FPÖ immer getrommelt
588 worden ist, dass der ORF ein
589 Unabhängigkeitsproblem hat und ein
590 Glaubwürdigkeitsproblem. Aber da sind wir
591 dann einfach mit der ZIB hergegangen und
592 haben durchgesendet tagelang und haben
593 halt echt gezeigt, was wir alles leisten
594 können, wozu wir in der Lage sind und haben
595 super Sendungen gemacht. Ich glaube das
596 hat uns in der Glaubwürdigkeit extrem
597 geholfen. Da hat es dann eine Umfrage
598 danach gegeben in der Bevölkerung und da
599 ist rausgekommen, dass das Publikum dem
600 ORF total vertraut hat während dieser Zeit
601 und das ist einfach super angekommen. Das

602 war einfach wirklich gut was wir da alle
603 geleistet haben.“

604
605 *I: „Jetzt haben vor allem HC Strache und*
606 *Sebastian Kurz eine riesen Facebook-Seite.*
607 *Die Politik hat ihre eigenen Kanäle und kann*
608 *ihre Informationen selbst raustragen und*
609 *vermitteln. Inwiefern beeinflusst das den*
610 *Journalismus bzw. wie geht man damit um?“*

611
612 K.W.: „Ich glaube umgehen tut man am
613 besten damit, indem man die Geschichten
614 faktenbasiert bringt. Also man kann gegen
615 diese Medienimperien, die sich die nebenbei
616 aufbauen nichts machen. Die haben natürlich
617 ihr Recht, dass sie ihre Facebook-Kanäle
618 machen. Die FPÖ mit ihrem FPÖ-TV,
619 ‚Unzensuriert.at‘ – das gibt es halt alles. Aber
620 du kannst dem Ganzen mit Fakten
621 entgegentreten und sagen ‚ja schön und gut,
622 aber die geprüften Zahlen sagen dann
623 eigentlich was anderes aus.‘ Ich glaube die
624 beste Möglichkeit mit falschen Informationen
625 oder mit Informationen, die halt total gefärbt
626 sind, umzugehen, ist einfach die Fakten
627 entgegenzuhalten. Und du musst halt
628 recherchieren und brauchst auch die
629 Möglichkeiten, dass du an diese Zahlen
630 kommst. Da sind wir dann wieder bei
631 unserem Amtsgeheimnis. Wenn ich keine
632 Info bekomme, tu ich mich halt schwer.“

633
634 *I: „Könnte der Journalismus dazu beitragen,*
635 *hier Medienkompetenz zu vermitteln und*
636 *vielleicht auch die Leute aus ihrer Bubble*
637 *holen?“*

638
639 K.W.: „Ich glaube wir versuche das alle.
640 Gerade die Infoschiene auf ORF 1 versucht
641 gezielt jüngerer Publikum anzusprechen und
642 zu schauen, dass die Leute wieder mehr oder
643 überhaupt den ORF schauen und ihre Infos
644 da beziehen. Sicher ist das eine Aufgabe, die
645 wir erledigen müssen. Ich finde schon, dass
646 Journalisten die Aufgabe haben, da einen
647 Beitrag zu leisten.“

648

649 I: „Bezüglich Medienkompetenz – haben Sie
650 den Eindruck, dass es auch an politischer
651 Bildung fehlt bzw. dass die Politik auch hier
652 die Weichen stellen müsste?“
653
654 K.W.: „Ich glaube die Bildung ist der
655 Schlüssel zu allem. In der Schule fängt es an,
656 dass du zu einem Menschen erzogen wirst,
657 der Wahlentscheidungen treffen kann. Ich
658 kann jetzt nur von meiner Schulzeit berichten
659 und da ist politische Bildung viel zu kurz
660 gekommen. Mir ist das erst im Nachhinein,
661 als ich auf der Uni war aufgefallen, dass ich
662 extreme Defizite habe. Ich habe wirklich nicht
663 gewusst wie jetzt ein Kabinett
664 zusammengesetzt ist in einer Regierung oder
665 wie das Parlament aufgebaut ist. Das sind
666 einfach alles Dinge, die habe ich nicht
667 gewusst. Ja klar, da finde ich schon, dass in
668 der Bildung viel mehr gemacht werden muss.
669 Was meine Kollegin Susanne Schnabl im
670 Report macht, die fährt jetzt öfter an Schulen
671 und diskutiert dann mit Schülerinnen und
672 Schülern über aktuelle Themen. Das kommt
673 irrsinnig gut an in den Schulen. Der Armin
674 Wolf hat das früher auch gemacht oder macht
675 es noch immer. Die fahren öfter, also Köpfe
676 vom ORF sind öfter in Schulen unterwegs
677 und diskutieren dann mit Schülerinnen und
678 Schülern über aktuelle Themen und erklären,
679 wie Medien funktionieren und so. Das ist ein
680 wichtiger Bestandteil und das könnte man
681 natürlich viel mehr ausbauen.“
682
683 I: „Also es gibt hier tatsächlich Initiativen vom
684 ORF?“
685
686 K.W.: „Ja. Die sind dann aber selbst auferlegt
687 und es schreibt dir niemand vor, dass du das
688 machen musst soweit ich weiß. Das müsste
689 man gegenprüfen. Aber ich glaube nicht,
690 dass das im ORF-Gesetz steht, dass man
691 das machen muss. Aber da gibt es manchmal
692 Anfragen von Schulen, ob nicht jemand
693 vorbeikommen mag und die fahren dann hin.
694 Ich glaube die ZIB2 hat das früher – ‚ZIB2
695 macht Schule‘ hat das glaube ich geheißsen –
696 da sind die öfter gefahren. Aber das ist

697 glaube ich wieder ein bisschen
698 eingeschlafen. Aber solche Sachen würde ich
699 super finden.“
700
701 I: „Gibt es noch irgendetwas, das Sie zum
702 Thema noch anführen möchten?“
703
704 K.W.: „Wenn ich noch einmal zurückkomme
705 zu unserem Amtsgeheimnis: Da gibt es
706 jährlich seit 2011 ein Rating, das heißt ‚Right
707 to Information Rating‘ das von ‚Access Info
708 Europe‘ und vom ‚Centre for Law and
709 Democracy‘ erstellt wird, also das von zwei
710 Non-Profit-Organisationen durchgeführt wird,
711 wo gemessen wird wie es um die
712 Informationsfreiheit in den jeweiligen Ländern
713 bestellt ist. Und da kommt einfach immer
714 jedes Jahr raus, dass Österreich immer das
715 Schlusslicht ist. Natürlich sind nicht alle
716 Länder dabei. Aber es werden immer mehr
717 Ländern, die untersucht werden. Ich hab
718 vorige Woche geschaut wie viele es jetzt
719 sind. Es sind 124 glaube ich. Vor drei Jahren,
720 als ich die Masterarbeit geschrieben habe,
721 waren es noch 104. Und wir sind einfach
722 immer am letzten Platz. Und wir haben
723 mittlerweile – vor drei Jahren haben wir noch
724 37 Punkte gehabt und mittlerweile haben wir
725 nur mehr 33 Punkte. Also es wird sogar
726 schlechter. Und die bewerten halt wie der
727 Zugang der Bürger zu Information ist. Und da
728 ist bei uns halt immer wieder das
729 Hauptproblem dieses Amtsgeheimnis. Also
730 das gehört einfach raus und da gehört ein
731 modernes Informationsfreiheitsgesetz hin.
732 Diese Acht-Wochen-Frist gehört beseitigt. Da
733 sollen sie zwei bis drei Wochen Zeit haben,
734 damit du die Info raus gibst. Weil es macht
735 keinen Sinn, dass wir da acht Wochen
736 warten.“
737
738 I: „Habt ihr das Amtsgeheimnis selbst schon
739 mal thematisiert in Berichten?“
740
741 K.W.: „Ja. Das Amtsgeheimnis kommt immer
742 wieder vor in Geschichten. Es ist halt nur so
743 wahnsinnig komplex, das zu erklären. Also in
744 der ZIB bringst du das fast nicht unter, weil

745 das brauchst ewig und im Report brauchst du
746 halt wirklich ein gescheites Beispiel dafür.
747 Das ist halt eine Geschichte, da brauchst du
748 ein halbes Jahr, dass du das vorbereitest,
749 weil du mit so vielen Hürden konfrontiert bist.
750 Nämlich mit Anfrage schreiben, dann landet
751 sie im Spam-Ordner, dann kommt doch die
752 Antwort, dann muss ich wieder warten und
753 so. Das ist einfach ein ewiger Kreislauf. Aber
754 es gibt eben das ‚Forum Informationsfreiheit‘.
755 Die machen da immer super Geschichten.
756 Die vergeben auch einmal im Jahr die ‚Mauer
757 des Schweigens‘. Das ist der Preis für die
758 besten Fälle der Informationsverweigerung.
759 Das ist immer recht lustig. Aber so ein
760 Informationsfreiheitsgesetz wäre gut. Da
761 gibt’s auch super Beispiele von Ländern. Da
762 muss man gar nicht weit schauen. Zum
763 Beispiel die Slowakei hat ein super Gesetz.
764 Die sind glaube ich auf Platz drei oder so.
765 Jetzt ist es gerade total absurd. Auf Platz eins
766 ist Afghanistan. Die messen quasi nur die
767 theoretische Möglichkeit. Wie es in der
768 praktischen Umsetzung wirklich aussieht ist
769 natürlich wieder eine andere Geschichte.
770 Aber da haben total absurde Länder eben
771 bessere Gesetze als Österreich, wo man sich
772 eigentlich die Haare ausreißen möchte, wenn
773 man das hört. Weil wie kann das eigentlich
774 sein? Da gehört einfach was gemacht. Heute
775 im ‚Kurier‘ ist eine interessante Geschichte
776 drinnen. Da geht es darum, das hat auch mit
777 Amtsgeheimnis zu tun, dass die Regierung
778 jedes Jahr Studien in Auftrag gibt im Volumen
779 von 70 Millionen Euro – logischerweise mit
780 Steuergeld finanziert. Nur bei der Hälfte der
781 Studien weiß niemand, zu welchem Thema
782 die sind, wer da die Auftragnehmer sind. Das
783 kriegt alles den Sigel Amtsgeheimnis drauf.
784 Das heißt, du hast keine Chance
785 herauszufinden, was das für Studien sind, die
786 da gemacht werden. Das wird aber mit
787 Steuergeld finanziert. Das wäre einfach so
788 wichtig zu wissen. Jeder Bürger hat das
789 Recht zu wissen ‚he, wofür wird mein
790 Steuergeld verwendet?‘ In der Slowakei zum
791 Beispiel haben sie da die Regel, sobald ein
792 Auftrag mehr als 3000 Euro kostet oder wert

793 ist, ist die jeweilige Behörde verpflichtet das
794 zu publizieren. Erst wenn das online steht
795 und wenn jeder Bürger darauf Zugriff hat,
796 dann wird dieser Auftrag erst vergeben. Da
797 haben sie ein nettes Beispiel gehabt. Die
798 Lehrgewerkschaft hat mehr Geld für Lehrer
799 gefordert und das Ministerium hat gesagt
800 ‚nein, wir haben nicht mehr Geld. Also es gibt
801 einfach kein Geld.‘ Und dann hat sich ein
802 Lehrer offenbar die Mühe gemacht zu
803 durchforsten, wofür das Bildungsministerium
804 die ganze Kohle ausgibt und ist
805 draufgekommen auf dieser Seite, dass
806 wahnsinnig viel Geld in die Miete von
807 Luxusimmobilien fließt. Dann hat halt dieser
808 Lehrer das den Medien übergeben und die
809 haben das dann veröffentlicht und ein
810 bisschen lauter da getrommelt. Und siehe da,
811 die Luxusimmobilien werden nicht mehr
812 gemietet und plötzlich ist Kohle da, um
813 Lehrern mehr Geld zu bezahlen – was halt
814 wahnsinnig wichtig ist. Lehrer erziehen halt
815 die nächsten Wähler und schauen, dass die
816 Kinder irgendwie gescheit werden. Und für
817 die war kein Geld da, weil halt das Geld für
818 die Miete da war. Dieses Beispiel zeigt eben,
819 wenn du den Zugang zu Info hast und wenn
820 Journalisten darüber schreiben, dann kannst
821 du da wirklich etwas verändern und die
822 Information kommt raus. Und das ist halt ein
823 Missstand. Das gleiche war 2009 in
824 Großbritannien. Eine Journalistin wollte die
825 Spesenabrechnung von den Abgeordneten
826 vom britischen Unterhaus haben und wollte
827 einfach wissen, was die machen mit dem
828 ganzen Geld und wofür die die Spesen
829 verwenden. Da ist dann rausgekommen,
830 dass teilweise die Abgeordneten ihre privaten
831 Tennisplätze mit diesem Steuergeld sanieren.
832 Das würdest du alles nicht wissen, wenn es
833 dort nicht diesen „Freedom of Information
834 Act“ geben würde. Der Florian Klenk hat dann
835 versucht, in Österreich herauszufinden was
836 machen die Abgeordneten bei uns mit diesen
837 ganzen Spesen, wie schauen da die
838 Spesenabrechnungen aus? Amtsgeheimnis.
839 Also man sieht da wär wahnsinnig viel Luft
840 noch nach oben.“

I. VI. Interview 6

Name	Claus Pándi
Tätigkeit	Chefredakteur der „Salzburg-Krone“, davor Innenpolitik-Leiter der „Kronen Zeitung“
Alter zum Zeitpunkt des Interviews	53 Jahre
Kontaktaufnahme	E-Mail
Interviewzeitpunkt und -ort	Das Interview wurde am 14. August im Büro der Interviewpartners in Salzburg geführt.
Dauer des Interviews	61 Minuten

1 I: „Im April ist das Reporter-Ohne-Grenzen-
2 Ranking für 2018 erschienen, wo Österreich
3 um fünf Plätze abgesackt ist und seinen
4 Status als Land mit ‚guter‘ Pressesituation
5 verloren hat. Wie sehen Sie diese Beurteilung
6 und wie würden Sie die Situation selbst
7 einschätzen?“
8
9 C.P.: „Sagen Sie mir nochmal von wie vielen
10 Plätzen wir sprechen?“
11
12 I: „Also Österreich war davor auf Platz elf und
13 ist jetzt auf Platz 16. Und was eben auch ein
14 Punkt war, Österreich hatte zuvor den Status
15 einer ‚guten‘ Pressesituation. Diese ist dann
16 auf ‚ausreichend‘ eingestuft worden. Als
17 Gründe wurden hier vor allem die
18 persönlichen Angriffe auf Journalisten und
19 Journalistinnen der letzten Monate genannt.“
20
21 C.P.: „Kann ich gar nicht nachvollziehen. Halte
22 ich fast für Quatsch, wirklich für Quatsch.
23 Wenn ich so Pressefreiheit glaube zu
24 definieren, wie die das definieren, würde das
25 hier insinuiert, dass es eine Art politischen
26 Druck gibt. Das ist falsch. Wenn es etwas gibt
27 – die Angriffe sind nicht einmal härter
28 geworden. Was sich verändert hat, sind zwei
29 Dinge: Das eine ist, dass wir – egal welche
30 Zeitung, welcher Sender etc. – durch das
31 Insinuieren und das Betreiben des Begriffs
32 ‚Fake News‘ natürlich alle zusammen in eine
33 Art unterstelltes oder auch faktisches

34 Glaubwürdigkeitsproblem kommen. Aber das
35 ist ja nicht eine Einschränkung der
36 Pressefreiheit. Es ändert nichts an den
37 Arbeitsbedingungen. Also ob mich jetzt
38 jemand beschimpft oder irgendetwas sagt,
39 das ändert nichts. Ich glaube, wie man zu
40 diesem Studienergebnis kommt – man geht
41 hier von einer Verwechslung von Sender- und
42 Empfängerproblem aus. Also wenn man sagt,
43 beim Empfänger haben wir Journalisten, egal
44 ob es jetzt ein sogenanntes Massenblatt oder
45 ein sogenanntes Qualitätsblatt ist, wir
46 kämpfen anders heute um unsere
47 Glaubwürdigkeit. Aber das ist noch nicht eine
48 Einschränkung der Pressefreiheit. Ich kann ja
49 weiterhin tun und lassen was ich will. Ich habe
50 nur ein größeres Problem damit, dem
51 Publikum zu vermitteln, dass es wahr ist. Aber
52 das ist keine Einschränkung der
53 Pressefreiheit. Ich glaube da hat das Institut
54 offenbar ein schweres semantisches Problem.
55 Das ist etwas ganz anderes. Hier wird etwas
56 verwechselt. Wenn es Probleme der
57 Pressefreiheit gibt, sind das insgesamt
58 hausgemachte Probleme unserer Branche
59 ökonomischer Natur. Aber das ist keine
60 Einschränkung der Pressefreiheit. Sie, ich –
61 wir können schreiben was wir wollen. Wir sind
62 durch nichts eingeschränkt. Und wenn mir
63 jemand auf Twitter oder sonst wo ein Mail
64 schreibt, dass er mich abmurksen möchte,
65 das gab es früher, das gibt es jetzt. Die Dichte
66 der Narren ist vielleicht höher geworden. Wir

67 haben eine höhere Narrendichte. Journalisten,
 68 die mit der Narrendichte extern nicht umgehen
 69 können, sollen einen anderen Beruf wählen.“
 70
 71 *I: „Zum Verständnis. Sie würden jetzt nicht*
 72 *sagen, dass es von außen große*
 73 *Interventionsversuche gibt?“*
 74
 75 C.P.: „Doch. Aber nicht mehr als früher. Sogar
 76 im Gegenteil. Also ich habe Erlebnisse früher
 77 durchaus härterer Art. Sie sind subtiler
 78 geworden. Gehen wir zu dem vielzitierten
 79 Begriff der vergangenen Regierung – der
 80 sogenannten ‚Message Control‘. Das kann
 81 man mögen oder nicht mögen. Aber
 82 Journalisten, die sich über ‚Message Control‘
 83 beklagen, haben ihren Beruf nicht verstanden.
 84 So lange es Journalisten gibt, die –
 85 vorzugsweise vom ORF – zu
 86 Pressekonferenzen gehen, dort ihr Mikrofon
 87 aufstellen, dann dort Menschen hineinlabern
 88 lassen und das dann eins zu eins senden,
 89 sind die Sender oder die, die das dann
 90 verbreiten, schuld. Aber nicht die, die das
 91 sagen, was sie sagen wollen. Dass Politiker
 92 versuchen, ihren Spin unterzubringen, das ist
 93 legitim. Unsere Aufgabe ist es aber nicht, das
 94 Mikro hinzuknallen, aufzuzeichnen und es am
 95 Abend um 19.30 Uhr abzunudeln, sondern zu
 96 versuchen oder den Versuch zu unternehmen,
 97 das dann zu hinterfragen. Aber dass die
 98 Politik versucht, dass sie ihre Botschaft – es
 99 zwingt einen niemand, ich bin nicht
 100 gezwungen, die Kollegen anderer Zeitungen,
 101 öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist nicht
 102 gezwungen, das zu bringen. Ich hab einmal
 103 etwas gemacht, das ist jetzt sieben, acht,
 104 neun Monate her – ich weiß nicht, müsste
 105 man raussuchen. Da hat mir das Büro des
 106 Bundeskanzlers eine quasi message-
 107 kontrollierte Nachricht zum Thema
 108 Steuerreform oder irgendetwas geschickt. Da
 109 hab ich dann einfach im Vorspann, im Lead,
 110 geschrieben: ‚Diese Nachricht aus dem Büro
 111 der ‚Message Control‘ des
 112 Bundeskanzleramtes ist am Donnerstag von
 113 Bundeskanzler Sebastian Kurz ‚Verbreitung
 114 an die Medien‘ verteilt und verschickt worden.

115 Bewerten Sie selbst was davon zu halten ist.“
 116 Und dann hab ich das abgedruckt, so wie es
 117 ist und hab am Ende gesagt: ‚Soweit die
 118 message-kontrollierte Aussage des
 119 Bundeskanzleramtes.‘ Ende.“
 120
 121 *I: „Und wie war die Reaktion darauf?“*
 122
 123 C.P.: „Na, das war bitterböse. Gut. Lesson
 124 learned. Journalisten, die sich darüber
 125 beklagen, dass es ‚Message Control‘ ist,
 126 haben ihren Beruf nicht verstanden.“
 127
 128 *I: „Jetzt war es ja gerade in der jüngeren*
 129 *Vergangenheit oft so, dass bei*
 130 *Presseterminen gar keine Fragen zugelassen*
 131 *waren. Wie beurteilen Sie das? Ist es*
 132 *schwieriger geworden – auch an Infos zu*
 133 *kommen?“*
 134
 135 C.P.: „Nein. Nein. Journalisten, die sich immer
 136 nur darum bemüht haben, Pressesprecher
 137 anzurufen oder Politiker zu fragen, sollen auch
 138 ihren Beruf wechseln.“
 139
 140 *I: „Wie war es damals unter Schwarz-Blau I?*
 141 *Lassen sich da Parallelen zur letzten*
 142 *Regierung ziehen?“*
 143
 144 C.P.: „Ja. Schwarz-Blau I hatte einen
 145 geringeren Professionalisierungsgrad in der
 146 ‚Message Control‘. Lag auch am
 147 Persönlichkeitstypus. Man kann es nicht
 148 losgelöst von den Personen halten. Wolfgang
 149 Schüssel hat sich selbst in der Rolle des
 150 harten Hundes gefallen und hat halt
 151 Journalisten abkanzelnd, besserwisserisch,
 152 mit einer maximal möglichen Unfreundlichkeit
 153 behandelt. Und das ist dann natürlich auch
 154 wieder zurückgekommen. Sebastian Kurz und
 155 sein Team machen es nicht anders, sie
 156 machen es nur charmanter. Dadurch sind die
 157 einen oder anderen eher gewillt, ihnen aus der
 158 Hand zu fressen.“
 159
 160 *I: „Jetzt ist ja im Mai das Ibiza-Video bekannt*
 161 *geworden. Inwieweit hat das die Situation*

162 beeinflusst und inwieweit hat das auch die
 163 ‚Kronen Zeitung‘ verändert?“
 164
 165 C.P.: „Ich weiß nicht, ob Sie jetzt genau den
 166 Falschen oder genau den Richtigen fragen.
 167 Ich hatte, vor allem was die FPÖ-Fraktion
 168 betrifft – also natürlich habe ich nicht gewusst,
 169 was man da sieht. Also wo hätte ich’s wissen
 170 sollen? Aber es hat mich nicht überrascht,
 171 wenn Sie verstehen, was ich meine. Ich
 172 wusste natürlich nicht was kommt, ich hatte
 173 keine Idee. Aber es hat mich eigentlich – ich
 174 gebe zu – das Wort Schadenfreude will ich
 175 jetzt vermeiden – ich fühlte mich bestätigt in
 176 dem, was ich von dieser Bande immer
 177 gehalten habe, was ich von ihr vorher
 178 gehalten habe, was ich von ihr jetzt halte. Also
 179 ich habe mein Bild nicht wesentlich ändern
 180 müssen. Die Zuspitzung für mich ist lediglich –
 181 also ich empfehle jedem das Video noch
 182 einmal ohne Ton anzusehen. Ich finde es wirkt
 183 ohne Ton noch besser, weil es so schön die
 184 ganze Verkommenheit dieser Bande zeigt. Ich
 185 habe das den ÖVP-Leuten, mit denen ich zu
 186 tun hatte, immer gesagt. Ich werde auch
 187 meine Meinung nicht ändern. Ich habe
 188 Wochen vor Auftauchen des Videos
 189 geschrieben, dass die FPÖ nicht
 190 regierungsfähig ist. Und ich kann mich an eine
 191 Diskussion erinnern, die ich im Fernsehen
 192 gesehen habe auf ORF III. Da saßen Hubert
 193 Patterer, Rainer Nowak und Christian Rainer
 194 und da wurde darüber diskutiert, dass ich das
 195 geschrieben hätte und da wurde dann auch
 196 gesagt, das dürfe man nicht schreiben, weil
 197 das entscheiden noch immer der Wähler. Und
 198 ich sage nein. Ich kann für mich schreiben,
 199 dass sie nicht regierungsfähig sind. Ich muss
 200 ja nicht noch abwarten, was der Wähler sagt,
 201 damit ich zum Entschluss kommen kann, ob
 202 die regierungsfähig sind. Ich meinte vorher,
 203 meinte währenddessen und meine jetzt, dass
 204 sie nicht regierungsfähig sind. Das ist eine
 205 verkommene Bande. Das Einzige, was sich
 206 verändert hat, das klingt jetzt so unglaublich
 207 nach Hybris und ich weiß jetzt nicht, wie ich es
 208 dezent formuliere, aber ich war schon
 209 zufrieden, dass ich jetzt nicht alleine bin mit

210 dieser Position. Und da geht es mir jetzt nicht
 211 um ideologische Ausrichtungen. Es soll
 212 jemand das gut finden. Was immer die wirklich
 213 machen, weiß ich ja nicht. Es soll das jemand
 214 gut finden oder auch schlecht finden. Darum
 215 geht es mir nicht. Diese Partei ist eine durch
 216 und durch verkommene Partei. Die haben
 217 auch noch keine ‚Message Control‘, die haben
 218 auch keinen Druck ausgeübt im Übrigen. Die
 219 Freiheitlichen sind ja eine Spezial-Bubble. Die
 220 bedienen sich ja kaum der herkömmlichen
 221 Medien. Die haben sich weitestgehend von
 222 den klassischen Medien entkoppelt. Man sieht
 223 das ja auch an den Datenlagen. Ich bin jetzt
 224 nicht ganz am letzten Stand. Aber wenn ich
 225 versuche, die Datenlage zu sagen, waren die,
 226 glaube ich, vor Ibiza bei so etwa 23 Prozent
 227 ungefähr – sind dann, glaube ich, nach Ibiza
 228 auf 18 oder 19 gesunken und stehen jetzt
 229 wieder so bei 20, 21 so ungefähr. Bitte diese
 230 Delle und ich bin fast wieder auf dem
 231 Ausgangsniveau. Und jetzt kommen wir
 232 zurück zu Ihrer Eingangsfrage zur
 233 Pressefreiheit. Warum sollen die auf uns
 234 Druck machen? Sie brauchen uns ja gar nicht.
 235 Warum soll man auf mich oder auf Kollegen
 236 anderer Zeitungen Druck machen, wo die, wie
 237 auch die Umfragen bestätigen, die
 238 klassischen Medien – weder die ‚Kronen
 239 Zeitung‘, noch den ORF, noch die Presse
 240 brauchen? Die bedienen ihre Kernklientel in
 241 Parallelmedien. Also warum soll man auf mich
 242 Druck ausüben?“
 243
 244 I: „Wobei ja die ‚Kronen Zeitung‘ auch im
 245 Ibiza-Video ein großes Thema war, wo gesagt
 246 wurde, wenn wir die ‚Kronen Zeitung‘ haben,
 247 kommen wir auf 34 Prozent. Wie beurteilen
 248 Sie diese Aussagen?“
 249
 250 C.P.: „Ich glaube das ist multifaktorell. Man
 251 muss auch bedenken, dass es der Herr
 252 Strache gesagt hat. Das hat nicht der Herr
 253 Lepuschitz und nicht der Herr Kickl gesagt,
 254 sondern das hat der Herr Strache gesagt. Und
 255 der Herr Strache ist ja jetzt alles Mögliche in
 256 der Partei, aber er ist sozusagen nicht der
 257 analytisch Intellektuelle dort. Die Fantasie, die

258 es sicherlich in der Freiheitlichen Partei gibt,
259 insbesondere bei Strache und im Strache-
260 Umfeld – also man darf zuerst nicht
261 vergessen, die Freiheitliche Partei, die ja die
262 Opferrolle bedient, ihre eigene Opferrolle –
263 irgendwann bedienst du eine Rolle ja so
264 lange, bis du selbst an deine Rolle glaubst
265 und – sie ist natürlich eine zutiefst paranoide
266 Partei. Allen Rechtsextremisten ist das
267 Paranoide – weil es ja auch nicht ganz falsch
268 ist. Natürlich haben die seit jeher, egal bei
269 welchen Prozentsätzen sie gestanden sind in
270 Umfragen, waren sie immer eine massiv
271 kritisierte Partei. Jetzt tun wir das mal alles
272 weg von der Berechtigung oder unberechtigter
273 Kritik. Klammer auf: Was wir jetzt gerade
274 erleben in Zusammenhang mit der
275 Beschlagnahmung des Mobiltelefons von
276 Strache – halte ich für eine ganz gefährliche
277 Geschichte. Stellen wir uns vor, die
278 Auswertung des Mobiltelefons und des
279 Notebooks ergibt nichts. Wunderbar für die
280 Legendenbildung der Freiheitlichen Partei.
281 Und ich halte es auch für gefährlich – das ist
282 ja erst gestern oder vorgestern ausgebrochen
283 die Geschichte – aber ich halte es tatsächlich
284 rechtlich für eine gewagte Sache auf Basis
285 einer anonymen Anzeige, so valide die
286 Vorwürfe auch sind oder nicht sind, das
287 Mobiltelefon zu beschlagnahmen. Stellen Sie
288 sich vor, ich zeige Sie – Sie sind die Chefin
289 eines Mädchenhändlerings. Ich schreibe eine
290 anonyme Anzeige. Am nächsten oder
291 übernächsten Tag tritt eine
292 Sonderkommission ihre Wohnungstür ein und
293 nimmt Ihnen Ihr Mobiltelefon weg mit allen
294 Ihren persönlichen Daten. Und es stellt sich
295 heraus, dass Sie keine Chefin eines
296 Mädchenhändlerings sind. Aber alle Ihre
297 Daten wurden nun auf Basis einer anonymen
298 Anzeige mitgenommen – halte ich für eine
299 riskante Sache. Und da kommen wir jetzt
300 wieder zurück. Das kann dann die
301 Basislegende sein für eine Geschichte, wo sie
302 dann das wieder unterstellen. Der Mann ist
303 schon sicher kein Opfer. Aber er kann seine
304 Legende bedienen. Ich bin immer bei so einer
305 Hysterisierung der Institutionen – die halte ich

306 für gefährlicher als alles, was sonst oft
307 passiert. Und genau auf dem surft die
308 Freiheitliche Partei. Aber das ist so wie wenn
309 Sie oder ich jetzt die Fantasie von der
310 Weltherrschaft hätten und ich zeichne hier die
311 Weltkugel auf und beginne, Teile der Welt zu
312 erobern. Ich meine, das ist natürlich zum Teil
313 auch eine pathologische Angelegenheit. Man
314 soll nicht jede Krankheit für Politik halten.“
315
316 *I: „Weil sie zuvor die eigenen Kanäle der*
317 *Parteien angesprochen haben – verliert der*
318 *Journalismus an Bedeutung?“*
319
320 C.P.: „Nein. Der Journalismus verliert
321 überhaupt nicht an Bedeutung. Was wir
322 verlieren, ist das Monopol der
323 Deutungshoheit. Journalismus verliert
324 überhaupt nicht an Bedeutung. Journalismus
325 ist diversifizierter. Er teilt sich auf mehr
326 Menschen auf. Er verlangt von den
327 Konsumenten höhere Bereitschaft oder
328 Fähigkeit zu unterscheiden, was ist plausibel,
329 was ist wahr, was ist unrichtig. Die
330 Gatekeeper-Funktion geht natürlich zurück.
331 Schauen Sie sich einmal dieses Beispiel an,
332 wo diese Geschichte verbreitet wurde – in
333 wessen Auftrag auch immer, das ist
334 vollkommen egal – Sebastian Kurz und diese
335 ‚Kinder-Sex-Porno-Geschichte‘. An der
336 Geschichte ist eine einzige Sache für mich
337 wirklich interessant, schauen Sie sich das
338 genau an: Das Tolle ist an dem, das ist
339 layoutiert und geschrieben wie ein Bericht, der
340 in jeder vernünftigen oder weniger
341 vernünftigen Zeitung sein kann. Was ich damit
342 meine: in ganzen Sätzen, ordentlich
343 geschrieben, ordentlich bebildert. Auf den
344 ersten Blick sieht das aus wie ein ganz
345 normaler Bericht. Und das halte ich für so
346 gefährlich. Weil der nicht geschulte
347 Medienkonsument liest das und denkt sich
348 ‚aha, Sebastian Kurz‘. Darin sehe ich eine
349 große Gefahr. Wir alle wissen doch, wie wir oft
350 selber Medien konsumieren. Gerade was ich
351 da in der Früh alles durchschaue, wo ich dann
352 oft auch nochmal hinschauen muss und
353 denke, ‚ist das jetzt valide oder ist das

354 Blödsinn, bin ich da jetzt irgendetwas
 355 aufgefressen?' Es ist mein Beruf mir jeden
 356 Tag alle Zeitungen anzuschauen. Aber ich
 357 weiß, was die Realität ist. Und jetzt hat aber
 358 der durchschnittliche Leser vielleicht eine,
 359 vielleicht zwei Zeitungen zuhause, vielleicht
 360 gar keine, aber vermutlich nur eine. Der hat
 361 gar nicht die Möglichkeit, zu vergleichen, ob
 362 das was in der Süddeutschen steht, das mit
 363 dem ‚Kurier‘ zu vergleichen und eventuell
 364 dann nochmal. Wenn etwas optisch so
 365 gemacht ist – früher haben ja die ganzen
 366 Narren dieser Welt, die irgendwelchen Müll
 367 geschrieben haben – da war ja oft schon von
 368 Sprachduktus, von Optik, von Layout sofort zu
 369 erkennen, dass das Quatsch ist. Die machen
 370 das heute aber in einer Optik oder Sprache,
 371 die hochprofessionell ist.“
 372
 373 I: „Das heißt es geht de facto um
 374 Medienkompetenz?“
 375
 376 C.P.: „Ja.“
 377
 378 I: „Kann Journalismus einen Beitrag leisten,
 379 Medienkompetenz zu vermitteln? Oder ist dies
 380 Aufgabe der Schulen und des
 381 Bildungssystems? Oder kann man es den
 382 Menschen zumuten, dass sie sich selbst die
 383 Kompetenzen aneignen?“
 384
 385 C.P.: „So lange es noch eine Generation gibt,
 386 die es eventuell an ihre Kinder weitergeben
 387 kann, möglicherweise. Ich bin aber total
 388 skeptisch. Ich glaube nein. Das ist eine
 389 illusorische Vorstellung von Journalisten und
 390 Moralisten. Man kann sich's nur selber
 391 beibringen. Die Schulen und Universitäten
 392 können einen Menschen nur zu einem
 393 intellektuellen, reflektierenden Menschen
 394 erziehen. Man kann aber nicht spezifisch auf
 395 Finanz, auf Wirtschaft, auf Ernährung, auf
 396 Medien Menschen eine Kompetenz zufügen.
 397 Man kann Menschen nur zu einer
 398 intellektuellen Generalkompetenz erziehen.
 399 Aber man kann nicht sagen ‚so lernst du
 400 Medienkompetenz oder so lernst du
 401 Finanzkompetenz.‘ Nein, kann man nicht.“

402
 403 I: „Kann Journalismus durch mehr
 404 Transparenz einen Beitrag leisten?“
 405
 406 C.P.: „Sie meinen mit noch mehr Text
 407 sozusagen in einer Legende oder einem
 408 Begleittext? Hier reden wir von drei bis fünf
 409 Prozent der lesenden Bevölkerung, die wir
 410 damit erreichen, die das aber ohnehin
 411 könnten. Eine derartige Rubrik richtet sich
 412 ohnehin dann nur an Menschen, die ohnehin
 413 schon Medienkompetenz haben.“
 414
 415 I: „Es gibt ja mittlerweile einige
 416 Rechercheplattformen und auch Medien, die
 417 Faktenchecks machen. Zeigt das Wirkung?“
 418
 419 C.P.: „Ja, bei denen, die es eh könnten. Aber
 420 es hat keine Massenwirkung. Völlig sinnlos.
 421 Es ist nett, es ist illusorisch und ist eine nette
 422 Philosophie, der man anhängen kann. Mit der
 423 kann man sich weiterhin in Sicherheit wiegen.
 424 Nein.“
 425
 426 I: „Wie ist es in Österreich um die kritische
 427 Berichterstattung bestellt?“
 428
 429 C.P.: „Kritische Berichterstattung – was jetzt
 430 genau?“
 431
 432 I: „Es gab ja zum Beispiel im letzten Jahr eine
 433 Mail vom Innenministerium, dass – in dem Fall
 434 waren es der ‚Falter‘, der ‚Standard‘ und der
 435 ‚Kurier‘ – dass die nur mit dem Nötigsten an
 436 Information bespielt werden sollen usw.“
 437
 438 C.P.: „Das Einzige, was an diesem Mail
 439 bemerkenswert ist, ist, dass es dieses Mail
 440 gibt. Hier wurde das, was es immer schon
 441 gab, wurde hier einfach nur durch einen
 442 Dummkopf auch noch verschriftlicht. Das war
 443 eigentlich einer der größten
 444 Transparenzbeiträge, den die Freiheitliche
 445 Partei zur politischen Geschichte der
 446 Gegenwart jemals beigetragen hat. Aber das
 447 war schon alles. Das gab es immer, dass
 448 Medien oder einzelne Journalisten, denen sich
 449 Parteien oder einzelne Politiker aus

450 irgendwelchen Gründen näher gefühlt haben
 451 oder näher fühlen, besser informiert wurden,
 452 wobei das Wort informieren schon schlecht ist
 453 – besser ihre Geschichten, ihre individuellen
 454 Wahrheiten verkaufen. Es geht keine einzige
 455 Information, die der Wahrheitsfindung dient,
 456 dadurch verloren. Was das Mail ja übersetzt
 457 bedeutet: ‚Diese Medien werden wir mit
 458 unseren gestreuten Message-Control-
 459 Informationen nicht mehr bedienen.‘ Also wer
 460 angewiesen ist darauf, zu erfahren, was
 461 einem das Innenministerium offiziell mitteilt,
 462 sollte sich eigentlich schon vorher überlegen,
 463 ob er im Beruf des Journalismus richtig
 464 aufgehoben ist. Das ist so wie wenn im Sport
 465 jemand glauben würde, was ein Funktionär
 466 sagt, dass man das eins zu eins reinbringt.
 467 Also was der Herr Schröcksnadel sagt,
 468 reinzuschreiben, kann man auch gleich
 469 wegwerfen oder man schreibt drüber: Das
 470 sagt Herr Schröcksnadel, das ist Blödsinn.
 471 Kritisch denken liegt an uns. Wir erwarten
 472 immer vom Leser, kritisch zu denken und
 473 dabei denkt der Journalist oft nicht kritisch.
 474 Das Wichtigste ist immer, selbst einmal
 475 kritisch zu denken: ‚Ist das so plausibel?‘
 476 Warum bringe ich das jetzt überhaupt?“
 477
 478 *I: „Wie ist Ihre diesbezügliche Wahrnehmung?*
 479 *Ist dieses kritische Denken in Österreich*
 480 *ausreichend vorhanden?“*
 481
 482 C.P.: „Nicht mehr und nicht weniger als früher.
 483 Es ist eine individuelle Sache. Es wäre doch
 484 gelogen, dass es doch sehr von unserer
 485 Tagesverfassung abhängt. Es ist nicht mehr
 486 und nicht weniger als früher. Was sich
 487 verändert hat: weniger Menschen, weniger
 488 Leute in den Redaktionen – aber das werden
 489 sie überall hören – weniger Mitarbeiter. Was
 490 ich Ihnen jetzt sage bitte nicht auf die
 491 Waagschale legen von der Genauigkeit der
 492 Zahlen, ich versuche es mehr gefühlt als jetzt
 493 faktisch. Aber vor 20 Jahren hatten wir in den
 494 Redaktionen fast doppelt so viele Mitarbeiter
 495 bei etwa einem Drittel weniger Seitenumfang.
 496 Wenn wir vor das Jahr 1989 zurückdenken, in
 497 die bipolare Welt des Kalten Krieges. Ach was

498 waren die Dinge simpel. Es gab eine gute
 499 Welt und es gab eine böse Welt. Die
 500 Währungspolitik Österreichs hat sich daran
 501 orientiert – wenn die D-Mark eine
 502 Kurskorrektur vornimmt, hat sich der Schilling
 503 an der D-Mark orientiert. Die D-Mark hat sich
 504 am Dollar orientiert. Aus. Es gab keine
 505 großkomplexen wirtschaftspolitischen schwer
 506 zu verstehenden Dinge. Die Dinge waren
 507 wunderbar schwarz-weiß. Es gab das böse
 508 Moskau und es gab das gute Washington. Es
 509 gab den gefährlichen Ostblock und es gab
 510 den guten Westen. Es gab ein noch nicht die
 511 Bedeutung von heute habendes China. Die
 512 Dinge waren relativ einfach zu erklären. Die
 513 Menschen haben auch noch ferngesehen im
 514 Sinne einer bewusst sich angesehen
 515 habenden ZIB1. Das heißt, es gab auch eine
 516 erzählte Geschichte. Heute hat ein komplexer
 517 Beitrag im Wirtschaftsbeitrag vielleicht 0,40.
 518 Wenn er ganz lang und breit ist, vielleicht
 519 1,20. Niemand hat verstanden was da
 520 eigentlich erklärt worden ist. Es hatte der
 521 einzelne auch einfach noch Zeit, sich etwas
 522 herzunehmen und durchzulesen. Wie soll ich
 523 alles, was hier liegt (zeigt auf einen Stoß
 524 Zeitungen) heute noch lesen? Ich werde es
 525 irgendwann nach vier durchblättern und
 526 vielleicht reiße ich mir dann die Dinge raus, die
 527 ich dann am Freitag wegheue, weil ich
 528 feststelle, es ist schon wieder ein neuer Stapel
 529 da. Wir sind nicht in der Lage, in der
 530 Frequenz, in der Dichte unsere Komplexität
 531 ausreichend zu erfassen.“
 532
 533 *I: „Sie haben vorher angesprochen, dass die*
 534 *Redaktionen immer dünner werden. Wie*
 535 *schaft man es mit immer weniger Leuten mit*
 536 *einer Fülle an vorgefertigter Information und*
 537 *einem großen PR-Stab auf der anderen Seite*
 538 *umzugehen? Ist das auf Dauer bewältigbar?“*
 539
 540 C.P.: „Nein, es ist nicht bewältigbar und wird
 541 auch nie wieder bewältigbar sein. Also, was
 542 heißt nie wieder? Also auf absehbare Zeit
 543 nicht bewältigbar. Was wir sicher wieder mehr
 544 machen könnten, ist das, was wir früher viel
 545 mehr gemacht haben im Journalismus: zu

546 entscheiden zwischen wichtig und unwichtig.
 547 Es wird viel zu wenig zwischen wichtig und
 548 unwichtig entschieden. Der in Indonesien an
 549 den Strand gespülte Wal wird gleich behandelt
 550 mit dem ertrunkenen Flüchtlingskind. Wir sind
 551 derartig getrieben auch durch die digitalen
 552 Nachrichten, weil wir halt auch alle nebenbei
 553 schauen, was haben wir an Traffic auf
 554 unseren Online-Seiten. Ich bin permanent
 555 getrieben, um die Meldung von vor vier
 556 Minuten durch irgendeine andere zu ersetzen.
 557 Es wäre früher undenkbar gewesen, dass
 558 angesehene Nachrichtenagenturen ihre
 559 Nachrichten ohne Doublecheck rausgeben.
 560 Das passiert heute. Weil sie nicht anders
 561 können. Ich wüsste jetzt auch ehrlich gesagt
 562 nicht, wodurch sich das ändern sollte. Ein sehr
 563 populärwissenschaftlicher Autor, der
 564 Schweizer Rolf Dobelli, hat jetzt ein Buch über
 565 die ‚News-Diät‘ geschrieben. Kann man so
 566 und so sehen. Aber was ich schon glaube, ist,
 567 dass sich immer mehr Menschen einfach
 568 völlig abwenden von der News World. Das ist
 569 ja alles nicht bewältigbar, was wir da jeden
 570 Tag in die Welt hinauströten. Es ist eine
 571 Überreizung und die Leute werden einfach
 572 wegbrechen. Und zwar nicht von den
 573 Zeitungen oder vom ORF, sondern sie werden
 574 sich über eine gewisse Zwischenphase,
 575 irgendwelche Kanäle, was auch immer nach
 576 Facebook kommt – momentan ist es
 577 Instagram und ich verfolge fasziniert TikTok,
 578 weil es ja auch zu meinem Job gehört, zu
 579 beobachten, was tut sich da. Vor allem in den
 580 USA und im asiatischen Raum – wie die
 581 Kurven bei den 14- bis 20-Jährigen bei TikTok
 582 – das ist eine Art semipornografischer
 583 Selbstentblößungswahnsinn. Es erschließt
 584 sich mir nicht zur Gänze. Aber warum verfolge
 585 ich es? Weil ich einfach nur die Bild- und
 586 Darstellungswelten sehen will. Weil eines
 587 weiß ich: Das sind Mitbewerber. Und was soll
 588 da irgendeine Art von Medien, seien es
 589 Massenmedien oder Boulevard – was sollen
 590 wir da tun? Ich weiß überhaupt keine Strategie
 591 dazu. Katzen erschießen auf der Terrasse?
 592 Nein, was soll ich tun? Aber die Leute
 593 schauen sich auch die 1000. erschossene

594 Katze an. Ich habe keine Antwort darauf. Ich
 595 weiß nur eines: In der Ökonomie der
 596 Aufmerksamkeit habe ich verloren.“
 597
 598 *I: „Ist es gerade deshalb wichtig, dass*
 599 *Journalismus auch auf ebendiesen*
 600 *Plattformen vertreten ist?“*
 601
 602 C.P.: „Na bitte, Ihr Vorschlag? Wir machen
 603 natürlich auf Instagram und überall unser
 604 Zeug. Aber in Wahrheit laufen wir
 605 Entwicklungen hinterher, schauen uns dann
 606 auf unseren Screens irgendwelche Dinge an,
 607 welche Kurven hinaufgehen. Aber womit
 608 könnte ich jetzt den größten Erfolg haben? Ich
 609 gehe vor den Dom in Salzburg, säge mir mit
 610 der Motorsäge das linke Bein ab und schreie
 611 ‚tötet den Papst‘ und ‚heil Hitler‘. Dann weiß
 612 ich, dass ich innerhalb von 90 Minuten mit der
 613 Kurve weit hinaufgehe. Das Problem ist, dass
 614 ich nachher das linke Bein nicht mehr habe
 615 und man mich für geisteskrank erklärt und
 616 zurecht in eine Klinik bringt, weil ich sagte
 617 ‚tötet den Papst‘ und ‚heil Hitler‘. Okay, so
 618 kann ich Traffic generieren. Das ist nach oben
 619 offen. Ich kann ja jeden Wahnsinn machen.
 620 Aber welche Information hat ausreichend –
 621 nennen Sie mir eine Sachinformation, die für
 622 den Zuseher in dieser Sekunde spannender
 623 ist, als mein abgesägtes Bein und zu rufen
 624 ‚heil Hitler‘ vor dem Dom? Nichts. Ich kann
 625 gegen diese Explosion an Trash zwischen
 626 semipornografischen Katzenbild-Dings – was
 627 soll ich denn da anbieten? Schauen Sie rein
 628 bei TikTok. Soll ich einen Bericht
 629 danebenstellen über die Aktienindizes von
 630 seltenen Erden, die mir in drei Jahren das
 631 iPhone 12 teurer machen? Da gewinne ich
 632 nicht. Die Konditionierung auf das Schnelle,
 633 jetzt sofort, cool, geil, toll, irgendwie ist immer
 634 stärker als etwas, das nur die geringste Form
 635 von Komplexität verlangt. Und es gibt kaum
 636 eine Nachricht, die nicht ein Mindestmaß an
 637 Komplexität hat. Aber TikTok verlangt keine
 638 Komplexität. Was ich nicht weiß und
 639 vermutlich weiß es niemand: Wann haben wir
 640 einen Punkt erreicht, wo das System
 641 implodiert und wir kehren wieder zu den

642 Büchern oder Zeitschriften oder Nachrichten
643 zurück? Womit ich selber im Kopf kämpfe, ist
644 meine eigene These. Ich hatte immer die
645 romantische Vorstellung, dass etwas immer
646 überleben wird, egal auf welchem Kanal, ob
647 das gedruckt ist oder digital. Ich hatte immer
648 die Fantasie, dass der Wunsch, Geschichten
649 zu erzählen, immer bleiben wird. Ich hadere
650 gerade damit, ob ich mich von diesem
651 Gedanken zu verabschieden habe, dass die
652 Geschichte, egal ob es Tratsch, Klatsch,
653 Politik oder Wirtschaft ist, dass das Bedürfnis
654 nach der Geschichte verschwindet. Das kann
655 ich intellektuell noch nicht ganz verstehen.
656 Das war meine Basis. Dass es egal ist, auf
657 welchem Kanal ich etwas verbreite, aber dass
658 es nie egal ist, ob ich eine Geschichte erzähle.
659 Da scheint irgendetwas passiert zu sein, was
660 meinen gesamten Thesenapparat zum
661 Einsturz bringt. Ich war nie der Meinung, dass
662 es immer das gedruckte Ding (nimmt eine
663 Zeitung in die Hand) geben wird. Aber ich war
664 immer der Meinung, dass die Geschichte
665 immer bleiben wird. Und da bin ich gerade am
666 Zweifeln, ob das stimmt.“
667
668 *I: „Das bringt mich zum Rollenbild des*
669 *Journalismus. Was würden Sie sagen, was ist*
670 *die Aufgabe von Journalismus?“*
671
672 C.P.: „Das ist so für mich nicht zu
673 beantworten. Das ist eine zutiefst individuelle
674 Geschichte. Es gibt Journalisten, die einfach
675 Geschichten erzählen wollen. Einfach, weil sie
676 etwas sehen und beobachten und das
677 beschreiben wollen. Es gibt Journalisten, die
678 haben einen gewissen missionarischen
679 Antrieb und wollen die Welt verbessern. Das
680 ist nicht so hämisch wie es klingt. Aber die
681 wollen die Welt zu einem besseren Ort
682 machen. Es gab einmal Parteizeitungen. Die
683 hatten Interesse, für ihre Partei, ihre
684 Bewegung, ihre Interessensgruppe Werbung
685 zu machen. Es gibt Journalisten, die sehen
686 sich in der Kontrollaufgabe und im Aufdecken
687 von Skandalen. Ich selbst bin nie mit der Idee
688 angetreten, ich will die Welt besser machen
689 oder ich will etwas kontrollieren, sondern ich

690 komme aus einer ganz banalen Schule. Ich
691 wollte immer nur Geschichten erzählen. Das
692 ist, glaube ich, aber nicht besser oder
693 schlechter als der, der sagt ‚ich will
694 kontrollieren‘ oder ‚ich will aufdecken‘. Ich
695 wollte immer nur Geschichten erzählen.“
696
697 *I: „Um nochmal konkret auf die ‚Krone‘*
698 *zurückzukommen: Jetzt sind ja die*
699 *Eigentümerverhältnisse der ‚Krone‘ ziemlich*
700 *speziell und zuletzt viel diskutiert. Was würden*
701 *Sie sagen – wie unabhängig kann die ‚Krone‘*
702 *tatsächlich berichten?“*
703
704 C.P.: „Ich – ich kann jetzt nur für mich in
705 Anspruch nehmen – ich glaube, dass ich die
706 größtmögliche Unabhängigkeit im Rahmen
707 der rechtlichen Möglichkeiten habe.
708 Unabhängigkeit ist aber auch etwas sehr
709 Individuelles. Manche legen es eher weiter
710 und breiter aus. Da zähle ich mich dazu.
711 Manche Menschen neigen dazu, ihre
712 persönliche Unabhängigkeit für sich selbst
713 anders zu definieren. Und man muss auch
714 immer verstehen, dass es im Publikum noch
715 immer das Missverständnis gibt, dass
716 Unabhängigkeit Neutralität oder sozusagen
717 Objektivität bedeutet. Ich sehe mich als völlig
718 nicht objektiven Journalisten.“
719
720 *I: „Sondern?“*
721
722 C.P.: „Ich sehe mich mit einer sehr persönlich
723 gefärbten Meinung. Und das ist meine
724 persönliche Objektivität. Ich lasse mir von
725 niemandem sagen was meine Objektivität ist.“
726
727 *I: „Weil wir gerade von Unabhängigkeit*
728 *sprechen und zu Beginn über*
729 *Interventionsversuche – Sie werden sich*
730 *wahrscheinlich nicht mehr so beeindrucken*
731 *lassen ...“*
732
733 C.P.: „Nein, das stimmt so gar nicht. Es gibt
734 schon manchmal Interventionsversuche, wo
735 man schon mal ganz kurz schluckt und das
736 Telefon weglegt und sich sagt: ‚Oha, darüber

737 denke ich jetzt mal ein halbes Stündchen
738 nach.“
739
740 I: „Haben Sie bemerkt, dass Sie das dann
741 beeinflusst?“
742
743 C.P.: „Ich versuche möglichst ehrlich zu
744 antworten: Manchmal muss man
745 verschiedene Dinge dann ein bisschen
746 berücksichtigen. Aber nicht jede Intervention
747 ist per se übel. Manchmal gibt es
748 Interventionen, wo das Argument des anderen
749 kein falsches ist und wo es sich lohnt, über
750 das Argument nachzudenken. Dann kann man
751 auch zu einer Meinungsänderung oder zu
752 einer Korrektur seiner Meinung kommen.
753 Manchmal ist die Intervention einfach ein
754 dreister Scheiß. Manchmal kommt man in eine
755 Drucksituation. Da halte ich es für mich gerne
756 so, dass ich dann etwas, das hätte erscheinen
757 sollen, ein, zwei, drei Tage aufschiebe – das
758 geht bei Tageszeitungen – und dann am
759 fünften erst richtig reinzudrücken. Man ist
760 dann kurz beeindruckt, dann denkt man nach,
761 dann bremst man sich ein und dann am dritten
762 Tag bekomme ich so eine Wut, dass ich sage
763 ‚so, jetzt erst recht.‘ Es hat mir erst gestern ein
764 Lobbyist ein Mail geschickt mit einer
765 Geschichte über den Bau eines Kraftwerks im
766 Pinzgau. Ich wusste das gar nicht. Erst durch
767 die Intervention dieser Mail ist es auf meinen
768 Radar gekommen, dass irgendwo ein
769 Kraftwerk gebaut werden soll. Dann habe ich
770 darüber nachgedacht, was der eigentlich von
771 mir verlangt oder will. Es kam so, dass mir
772 dieser Herr geschrieben hat, man wolle mir
773 mit einem Kraftwerksbetreiber die
774 Notwendigkeit eines Kraftwerks näherbringen.
775 Ich muss dazusagen, ich verstehe nichts von
776 Kraftwerken. (Öffnet eine Mail) Da schreibt mir
777 der, ob ich die Festspiele genießen kann, er
778 würde gerne einen Termin mit einem
779 Diplomingenieur, der vor Urzeiten – da waren
780 Sie noch nicht auf der Welt und ich war noch
781 ein kleines Kind – war der Bürgermeister in
782 Salzburg. Und ich schreibe dann zurück, was
783 der Herr von mir will. (Liest vor) ‚Wir würden
784 mit dir gerne über das geplante Kraftwerk in

785 Unken sprechen. Ganz unverbindlich. Wir
786 haben hier wirklich gut und umsichtig geplant
787 und halte alle Auflagen ein.‘ Ich habe dann
788 darüber nachgedacht und habe dann einen
789 Redakteur, den Herrn Reuter, gebeten: ‚Geh
790 bitte schauen Sie sich das an.‘ Und dann war
791 eine Geschichte drin, wo wir auch
792 reingeschrieben haben: ‚Irgendetwas muss an
793 diesem Kraftwerk faul sein, sonst würden sie
794 nicht jetzt schon Lobbyisten losschicken.‘ Bis
795 zu diesem Zeitpunkt hätte ich gar nicht
796 gewusst, dass es da ein Kraftwerk geben soll.
797 Und jetzt habe ich geschrieben, jetzt schicken
798 Sie Lobbyisten los, um für ein Kraftwerk zu
799 werben, von dem ich bis vor 24 Stunden
800 nichts gewusst hätte. Also man muss wissen,
801 wie man mit Interventionen umgeht. Und ich
802 stelle sie mir so ab, indem ich sie einfach
803 gleich reinschreibe. Wer sich's gefallen lässt –
804 selber schuld. Der wird mich sicher nicht mehr
805 anschreiben. Es ist eine Frage des
806 individuellen Umgangs. Ich glaube das größte
807 Problem im Journalismus ist – von uns allen,
808 da bin ich überhaupt keine Ausnahme –
809 Bequemlichkeit. Das ist nicht Mut und nicht
810 Feigheit, sondern es ist Bequemlichkeit. Wer
811 weiß, wenn ich das Mail an einen Tag
812 bekommen hätte, wo 1000 andere Dinge und
813 noch etwas Wichtigeres ist, hätte ich gesagt
814 ‚schauts euch das an‘. An dem Tag habe ich
815 mir gedacht: ‚So!‘ Es ist so schwierig. Denken
816 Sie zurück, fragen Sie in Ihrer Sportredaktion
817 ältere Kollegen von den Zuständen vor 10, 15
818 Jahren, wo sich in den Sportredaktionen – die
819 politischen Redaktionen sind da eher
820 unanfällig, weil was soll man mir einen
821 Bademantel schenken, oder Autoreifen, oder
822 Skier – ist ja Blödsinn – also schwierig zu
823 bestechen. Aber schauen Sie mal nach, was
824 in der Reisedredaktion, in der Sportredaktion, in
825 der Motorredaktion, wenn dann von Fischer
826 bis Head die Skier, die Skiausflüge, die
827 angehängten Tage in den Hotels von den
828 Reisen – in Gesundheitsredaktionen
829 besonders beliebt – wenn der Kongress dann
830 auf Mauritius über die Entwicklung eines
831 neuen Hypertonie-Medikaments fünf Tage
832 dauert.“

833
834 *I: „Wurde hier über viele Jahre ein zu großes*
835 *Naheverhältnis aufgebaut?“*
836
837 C.P.: „Ja. Richtig. Wir haben viel zu viel
838 zugelassen. Österreich ist ja noch einmal ein
839 Spezialfall durch die Kleinheit des Landes.
840 Natürlich kenne ich diese ganzen Menschen
841 ewig. Das ist in den Sportredaktionen nicht
842 anders. Die kennen sich eben. Natürlich ist es
843 ein Give and Take. Aber manchmal
844 verschwimmen die Grenzen im Give and Take
845 – quer durch die Redaktionen, wenn die
846 Herrschaften dann mit dicker Zigarre im
847 Do&Co oben gesessen sind wie ein Herr
848 Elmar Oberhauser. Ich sehe das Bild noch vor
849 mir. Und dann kritischer Journalist sein.“

850
851 *I: „Wie könnte man sich daraus befreien?“*
852
853 C.P.: „Die erste Befreiung liegt darin, bevor
854 man von anderen Moral abverlangt, erst
855 seinen eigenen aktuellen Moralstatus zu
856 prüfen. Niemand soll da sagen, er ist
857 unempfänglich. Oft reicht bloße Sympathie.
858 Und oft reicht es, dass man jemanden nicht
859 mag. Conditio humana – einfach immer
860 bedenken, dass man letztlich als Mensch vom
861 Menschlichen nichts weiß.“
862
863 *I: „Ein schönes Schlusswort. Vielen, vielen*
864 *Dank.“*

I. VII. Interview 7

Name	Thomas Götz
Tätigkeit	Stellvertretender Chefredakteur und Leiter des Ressorts Politik der „Kleine Zeitung“
Alter zum Zeitpunkt des Interviews	62 Jahre
Kontaktaufnahme	E-Mail
Interviewzeitpunkt und -ort	Das Interview wurde am 22. August im Büro der Interviewpartners in Graz geführt.
Dauer des Interviews	51 Minuten

- 1 I: „Im April ist das Reporter-Ohne-Grenzen-
2 Ranking erschienen. Österreich ist von Platz
3 elf auf Platz 16 abgerutscht und hat seinen
4 Status als Land mit ‚guter‘ Pressesituation
5 verloren. Wie beurteilen Sie dieses Ergebnis
6 und wie schätzen Sie die Situation ein bzw.
7 was hat sich seit dem Ibiza-Video verändert?“
8
9 T.G.: „Seit Ibiza hat sich vor allem einmal
10 geändert, dass es eigentlich keine Regierung
11 gibt. Also die provisorische Regierung
12 versteht sich ja nicht als solche im engeren
13 Sinn des Wortes. Sie wollen verwalten und
14 tun das auch und geben selten Interviews
15 und wenn, dann werden die Minister wieder
16 zurückgepfiffen. Am Beispiel des
17 Verteidigungsministers zum Beispiel. Weil die
18 Kanzlerin eben auf dem Standpunkt steht,
19 dass sie eigentlich kein politisches Mandat
20 haben und daher auch nicht im engeren Sinn
21 des Wortes politisch eingreifen wollen.
22 Darüber kann man streiten, ob das gut ist
23 oder schlecht. Aber einen Vorteil hat es
24 natürlich für uns. Dass durch
25 parlamentarische Anfragen an die
26 provisorischen Minister jetzt unter Umständen
27 mehr herauskommt, als zu Zeiten gefestigter
28 Regierungen, weil die vorsichtiger sein
29 werden mit der Herausgabe von
30 Informationen. Gerade was das
31 Innenministerium betrifft, sind schon sehr
32 interessante Details ans Licht gekommen, die
33 der neue provisorische Minister nicht
34 zurückhalten wollte. Das ist ein kleiner
35 Unterschied – dass wir uns dadurch
36 ausschließlich dem Wahlkampf widmen
37 können, weil von der Regierung keine
38 Vorgaben kommen oder keine, die uns nicht
39 beschäftigen sozusagen.“
40
41 I: „Teilen Sie diese Einschätzung, dass davor,
42 also unter Türkis-Blau, die Situation sich
43 verschlechtert hat? War die Pressefreiheit
44 eingeschränkt? Wie würden Sie die Situation
45 beschreiben?“
46
47 T.G.: „Also der Hauptvorwurf an die
48 Regierung war immer, sie betreibe ‚Message
49 Control‘. Das war das Wort. Ich kann mich
50 nicht mehr erinnern, wo es eigentlich
51 hergekommen ist. Ich habe dieses Wort
52 immer für ein Missverständnis gehalten.
53 ‚Message Control‘ war der Vorwurf an diese
54 Regierung deswegen, weil sie versucht
55 haben, ihre Message so wie sie es wollten,
56 an die Leute zu bringen. Das ist professionell,
57 würde ich einmal sagen, von jeder
58 Regierung, dass sie das probiert. Und der
59 Vorwurf an vorangegangene Regierungen
60 der rot-schwarzen Koalition oder was auch
61 immer, war, dass sie genau das nicht getan
62 haben, sondern dass man, wenn von einem
63 was gekommen ist, von der anderen Partei
64 jemanden anrufen konnte und der hat das
65 Gegenteil gesagt. Also das, was so dieses
66 Hintergrundrauschen war, dieses Unpräzise
67 was man mit diesen Regierungen verbunden
68 hat, kam daher, dass es keine ‚Message
69 Control‘ gab. Dass man sich nicht geeinigt
70 hat, wie das Wording ist zu bestimmten
71 Vorhaben der gemeinsamen Regierung. Und
72 wir haben das immer kritisiert. Es haben auch

73 die Regierungen selbst kritisiert. Ich kann
74 mich erinnern, wie Werner Faymann immer
75 wieder gesagt hat, dass man die
76 Kommunikation verbessern muss. Das ist
77 immer wieder gesagt worden. Es ist aber
78 nicht passiert. Schwarz-Rot hat immer in
79 einer Kakophonie durcheinandergeredet.
80 Jeder hat seine Version kommuniziert und
81 insgesamt entstand nicht der Eindruck, dass
82 hier eine Regierung kompakt etwas
83 gemeinsam will und das auch kommuniziert.
84 Das hat der Sebastian Kurz erkannt, dass
85 das ein Schwachpunkt ist und dass daher
86 dieses Gefühl der Leute kommt ‚Ja, die
87 streiten ja eh immer nur‘ und dass man das
88 nicht machen darf. Und er hat das – kann
89 man sagen vielleicht bis zum Exzess – aber
90 er hat das wirklich durchgehalten, obwohl ich
91 mir nicht vorstellen kann, dass bei dieser
92 Konstellation nicht auch viel Streit war. Aber
93 er war hinter verschlossenen Türen und
94 nachher hat man sich geeinigt, wie man
95 öffentlich das Ergebnis, das auch ein
96 erstrittener Kompromiss war, kommuniziert.
97 Das der Regierung zum Vorwurf zu halten,
98 halte ich für einerseits heuchlerisch, weil wir
99 es immer gefordert haben und zweitens für
100 falsch. Das Wort ‚Message Control‘ unterstellt
101 ja, dass wir kontrolliert würden als
102 Journalisten. Das ist aber nicht der Fall. Was
103 wir mit der Message, die wir bekommen dann
104 machen, ob wir die hinterfragen, ob wir sie
105 kritisieren und für falsch halten, ob wir andere
106 Expertenmeinungen dagegen einholen, das
107 ist ja unsere Sache. Unsere Arbeit ist
108 dadurch in keiner Weise beeinträchtigt
109 gewesen. Insofern halte ich es für eine sterile
110 Polemik, die da gegen die Regierung
111 vorgebracht worden ist.“
112
113 *I: „Abgesehen jetzt von der ‚Message*
114 *Control‘, es sind ja auch sehr direkte Angriffe*
115 *dokumentiert, beispielsweise Armin Wolf in*
116 *diversen Interviewsituationen. Wie beurteilen*
117 *Sie die Intensität und die Qualität dahinter?*
118 *Ist das häufiger geworden oder war das*
119 *immer so?“*
120

121 T.G.: „Also vonseiten der FPÖ war das immer
122 so. Es hat nur die FPÖ als Oppositionspartei
123 ein anderes Gewicht gehabt als später in der
124 Regierung. Und dadurch, dass sie in der
125 Regierung sich angreifbarer gemacht haben,
126 waren die Angriffe wahrscheinlich auch
127 heftiger. Also das mit Armin Wolf, an so
128 etwas kann ich mich davor nicht erinnern.
129 Das war schon eine Steigerung der
130 Aggression. Ich kann mich allerdings auch
131 erinnern, vorher noch, das war noch unter
132 Schwarz-Rot, wie etwa Erwin Pröll über
133 Armin Wolf hergefallen ist, wie der sein
134 Abschiedsinterview mit ihm geführt hat,
135 hauptsächlich über die Stiftung – was ihn
136 gekränkt hat, weil er eigentlich über seine
137 Verdienste hätte reden wollen. Das war auch
138 nicht von schlechten Eltern. Allerdings nicht
139 so tief wie die FPÖ-Angriffe, die wirklich übel
140 waren. Aber ich glaube die stärkere
141 Wahrnehmung kam eben daher, dass jetzt
142 Regierungsfunktionäre gesprochen haben
143 und nicht Oppositionspolitiker, von denen
144 man diesen Ton allerdings gewohnt war. Der
145 Ton hat sich nicht wirklich geändert.“
146
147 *I: „Jetzt war es auch so, dass gewisse*
148 *Medien mit Inseraten gefüttert wurden,*
149 *andere bekamen keine. Dazu sind die*
150 *Eigentümer-Verhältnisse der ‚Krone‘ viel*
151 *diskutiert worden mit René Benko. Ist das*
152 *problematisch?“*
153
154 T.G.: „Wie sich Benko auswirkt, das wissen
155 wir noch nicht. Er hat ja nicht die Mehrheit.
156 Das kann sich eigentlich noch nicht
157 auswirken, außer in gewisser Besorgnis im
158 Hause Dichand, die ich nachvollziehen kann,
159 weil man nicht weiß, was noch dazukommen
160 kann, wie sich andere Eigentümer verhalten
161 werden, ob er irgendwann mal die Mehrheit
162 bekommen kann. Derzeit kann sich’s nicht
163 unmittelbar auswirken. (...) Was war die erste
164 Frage?“
165
166 *I: „Eben zu den Inseraten.“*
167

168 T.G.: „Ja das mit den Inseraten finde ich auch
 169 lustig. Inserate, die Verteilung der Inserate,
 170 hat uns als Bundesländerzeitung, größte
 171 Bundesländerzeitung, ja immer schon
 172 geärgert. Die waren auch unter Rot-Schwarz
 173 – wenn ich mich erinnere, wie die Stadt Wien
 174 oder wie die SPÖ die Wiener
 175 Boulevardmedien gefüttert hat mit einem
 176 Verhältnis zu allen anderen – das war immer
 177 schon ein Ärgernis und ist jetzt nicht ein
 178 größeres Ärgernis geworden. Es hat sich
 179 auch nicht viel verändert, weil jetzt auch die
 180 ÖVP, dann auch die FPÖ Wiener
 181 Boulevardmedien exzessiv gefördert haben,
 182 wie sie in der Regierung waren. Es scheint
 183 damit zu tun zu haben, dass man einfach die
 184 Wiener Wählerschaft und das Potential in der
 185 Großstadt halt einfach höher veranschlagt,
 186 als die schwerer zu erreichenden
 187 Wählerklientel in den Bundesländern. Ist
 188 natürlich auch teurer dann, wenn man in allen
 189 Zeitungen Inserate streuen muss. Es ist
 190 irgendwie nachvollziehbar, dass man es so
 191 macht. Schön war es früher nicht und schön
 192 war es nachher auch nicht. Aber auch da
 193 sehe ich jetzt keine neue Qualität, was den
 194 Versuch betrifft zu gängeln, einzugreifen. Das
 195 ist immer schon passiert.“
 196
 197 I: „Weil Sie die Qualität angesprochen haben.
 198 Sehen Sie eine neue Qualität darin, dass
 199 diskutiert wurde und wird, die ORF-Gebühren
 200 abzuschaffen und quasi von der Regierung
 201 abhängig zu machen?“
 202
 203 T.G.: „Ja, das ist eine neue Qualität. Die Idee
 204 halte ich überhaupt nicht für gut. Es ist
 205 eindeutig eine Idee der FPÖ, weil das
 206 natürlich dazu führen würde, dass eine nicht
 207 unbeträchtliche Summe den Leuten bliebe.
 208 Was die Wählerschaft nicht sieht, ist, dass
 209 das Geld halt dann anderswoher, auch von
 210 ihnen kommend, zum ORF gehen müsste.
 211 Also es ist ein Nullsummenspiel für den
 212 Wähler. Aber es schaut gut aus. ‚Wir
 213 ersparen euch die Gebühren. Das ist uns als
 214 Partei zuzurechnen.‘ Und deswegen setzt
 215 man sich dafür ein. Für die Unabhängigkeit

216 des Staatsrundfunks, des staatlichen
 217 Rundfunks, ist das überhaupt nicht
 218 erstrebenswert. Natürlich ist eine fixe Gebühr,
 219 auch wenn der Staat die Höhe festsetzt, ist
 220 es trotzdem besser, diesen Betrag einfach
 221 direkt von den Nutzern zu bekommen und
 222 nicht durch Parlamentsbeschluss von
 223 politischen Mehrheiten mehr oder weniger
 224 zugewiesen zu bekommen. Das halte ich für
 225 problematisch, weil die Erpressbarkeit
 226 einfach dann größer ist.“
 227
 228 I: „Würden Sie diese Absicht als Angriff auf
 229 die Demokratie werten?“
 230
 231 T.G.: „Angriff auf die Demokratie ist ein zu
 232 großes Wort. Ein Angriff auf den ORF – das
 233 ist es schon. Ja, es ist ein Angriff auf den
 234 ORF, den man versuchen muss,
 235 abzuwehren. Bisher hat die ÖVP eher auch
 236 nicht – ist die ÖVP darauf nicht eingegangen,
 237 hat sich bedeckt gehalten. Aber ich hoffe,
 238 dass sie da nicht mitgehen wird, dass es
 239 dafür keine Mehrheit gibt, für eine
 240 Abschaffung.“
 241
 242 I: „Jetzt haben Sie vorhin gesagt, dass unter
 243 der neuen Regierung, also unter der
 244 Übergangsregierung gerade sozusagen eine
 245 Pause herrscht. Wie waren wirklich die
 246 konkreten Probleme im Berufsalltag. Ist es
 247 schwerer geworden, an Informationen zu
 248 kommen durch die ‚Message Control‘?“
 249
 250 T.G.: „Nein, das habe ich nicht gesagt. Es ist
 251 gezielt informiert worden im Sinne der
 252 Regierung. Die haben einfach eine sehr
 253 präzise und punktgenaue Information der
 254 Medien gemacht. Da war sehr viel Denkarbeit
 255 dahinter. Das war genau geplant. Im
 256 Wochenrhythmus sind die Geschichten
 257 einzelnen Medien zugeteilt worden. Die
 258 haben genau gewusst welche Geschichte
 259 wer kriegen soll und so. Das war sehr
 260 intelligent gemacht. Das muss man einfach
 261 sagen. Und was wir nicht mehr machen
 262 konnten, war, dass man sozusagen durch
 263 einen Anruf beim anderen Regierungspartner

264 eine abweichende Meinung bekommt. Also
 265 diese Geschichten, die wir generiert haben
 266 durch den Dissens innerhalb einer
 267 Regierungskoalition, die hat es nicht mehr
 268 gegeben. Man konnte bei der FPÖ anrufen,
 269 es war wurscht. Die sind nicht abgewichen
 270 von der gemeinsamen Meinung. Ich halte das
 271 nicht unbedingt für einen Nachteil. Das waren
 272 ja auch keine besonders nachhaltigen
 273 Geschichten. Wir haben einfach nur durch
 274 unsere Berichterstattung noch einmal den
 275 Eindruck verstärkt, die sind sich nicht einig.
 276 Das hat die Regierung damit verhindert. Ich
 277 glaube nicht, dass SPÖ und ÖVP uns vorher
 278 weniger verheimlicht hat. Das hat sich,
 279 glaube ich, nicht geändert. Die innere
 280 Abstimmung war anders und besser.“
 281
 282 *I: „Haben Sie auch Erfahrungen gemacht mit*
 283 *Interventionen – auch generell, nicht nur*
 284 *unter Türkis-Blau?“*
 285
 286 T.G.: „Also ich bin ja in der politischen
 287 Redaktion in Wien und ich kann mich
 288 erinnern, dass das vor der Wahl, als die ÖVP
 289 der kleinere Partner in der Koalition war,
 290 stärker war. Da war der Gerald Fleischmann
 291 für direkten Kontakt mit den Journalisten
 292 zuständig. Und der hat schon sehr oft sehr
 293 direkt reagiert. Der war allerdings auch gut im
 294 Nehmen. Also man konnte sich auch zur
 295 Wehr setzen da. Aber das war anders als bei
 296 anderen Parteien ein sehr intensiver
 297 Austausch. Und das ist anders geworden
 298 nach der Regierungsbildung – irgendwie
 299 konzilianter. Das hat vielleicht mit dem
 300 Wechsel zu tun zwischen Fleischmann und
 301 Frischmann. Der Kollege Frischmann ist
 302 einfach ein sehr konzilianter, höflicher
 303 Mensch. Nicht, dass der Fleischmann das
 304 nicht auch wäre. Der Fleischmann ist mehr
 305 ein zupackender, sehr impulsiver
 306 Pressemann gewesen. Frischmann ist wie
 307 gesagt konzilianter und war mehr auf die
 308 positive Vermittlung von Geschichten (). Also
 309 von dem habe ich eigentlich nie irgendeine,
 310 einen rüden Rüffel bekommen. Das war
 311 vorher stärker. Aber da war einfach eine

312 angriffige Truppe, die einfach was werden
 313 wollte oder was erreichen wollte, was sie
 314 nicht hatten. Dann waren sie an der Macht
 315 sozusagen und haben wirklich den Ton
 316 geändert. Ich weiß nicht, wie der Kollege
 317 Jungwirth, unser Innenpolitik-Chef, der da
 318 noch näher dran ist, wie der das beschreiben
 319 würde, ob der das auch so empfindet. Die
 320 haben vielleicht mehr mit ihm kommuniziert.
 321 Aber dass sie über die Chefredaktion direkt
 322 versucht hätten zu intervenieren, könnte ich
 323 jetzt nicht sagen. Man müsste den Hubert
 324 Patterer fragen, ob es über Graz da aus
 325 versucht worden ist. Aber dann müsste ich es
 326 indirekt wieder zu hören bekommen haben.
 327 Ich glaube, dass die da zu intelligent sind. Ich
 328 rede jetzt nur von der ÖVP, weil die FPÖ
 329 überhaupt schweigt. Die FPÖ hat nicht
 330 kommuniziert mit Medien. Ich weiß nicht, wie
 331 das andere beschreiben. Aber das
 332 Desinteresse an direktem Kontakt mit Medien
 333 ist sehr ausgeprägt bei der FPÖ. Die sind
 334 auch schwer erreichbar gewesen, die
 335 Pressesprecher, haben alle Kollegen
 336 eigentlich erzählt von unserer Zeitung. Dass
 337 es nicht so einfach ist, da wen zu einer
 338 Auskunft zu kriegen. Höflich und so, alles
 339 das, aber nicht offensiv. Weil sich die FPÖ
 340 sehr stark auf ihre eigenen Medien gesetzt
 341 hat – von Anfang an. Die haben ihr
 342 Fernsehen aufgebaut und sie haben auf
 343 Facebook gebaut und auf direkte
 344 Kommunikationskanäle gesetzt und waren
 345 daher auch eher zögerlich bei Interviews. Das
 346 schaut natürlich auch schlecht aus
 347 gegenüber den Lesern, wenn man dann
 348 einfach mehr Interviews mit anderen hat, als
 349 mit der FPÖ. Aber zum Beispiel die
 350 Sozialministerin zum Interview zu bringen,
 351 das hat Monate gedauert. Das war einfach
 352 ganz schwierig, weil sie es eigentlich nicht
 353 wollte.“
 354
 355 *I: „Wird das auch thematisiert, dass man sich*
 356 *darum bemüht, aber ...?“*
 357
 358 T.G.: „Nein, das haben wir nicht
 359 kommuniziert. Das ist dann schon ein

360 feindseliger Akt, wenn man das tut. Also
361 wenn man dann irgendwann einmal schreibt:
362 „Sie werden sich vielleicht gewundert haben,
363 dass wir schon lange kein Interview mehr
364 hatten. Aber es geht nicht.“ Das haben wir
365 nicht getan. Aber immer in der Hoffnung,
366 dass es halt doch zustande kommt.“

367
368 I: „Grundsätzlich, weil wir vorher schon von
369 der ‚Message Control‘ gesprochen haben, es
370 waren ja unzählige PR-Mitarbeiter in den
371 Ministerien, alleine um die 50 im
372 Innenministerium – ebenso im
373 Bundeskanzleramt. Ist das Ungleichgewicht
374 im Verhältnis zu den Redaktionen größer
375 geworden?“

376
377 T.G.: „Ich habe diese Zahl gelesen. Mir wäre
378 es jetzt in der Arbeit nicht aufgefallen, weil die
379 Ansprechpartner immer die gleichen waren.
380 Und das war eine überschaubare Anzahl von
381 Leuten, die jetzt nicht aufgebläht worden ist
382 mit der Regierungsübernahme. Die müssen
383 im Hintergrund tätig geworden sein. Was das
384 gebracht haben soll, das wäre einmal eine
385 eigene Evaluierung. Ich habe keine Ahnung,
386 ob das wirklich sinnvoll war, die alle zu
387 haben. Vielleicht war das stark auf Social
388 Media ausgerichtet. Das kann sein. Ich weiß
389 es nicht.“

390
391 I: „Weil Sie angesprochen haben, dass die
392 FPÖ mit FPÖ TV und ihren Facebook-
393 Kanälen nicht mehr so abhängig sind von
394 Medien – ist der Stellenwert des
395 Journalismus in Österreich generell
396 gesunken?“

397
398 T.G.: „Sagen wir, wir haben Konkurrenz
399 bekommen, die es nicht gab vorher und
400 deren Auswirkungen wir zu spüren
401 bekommen und die nach wie vor im Wachsen
402 ist. Diese Konkurrenz ist einfach sozusagen
403 erstens die direkte Vernetzung der Menschen
404 untereinander, die sich sozusagen ihre
405 Informationen auch sonst wo suchen können.
406 Die zum Teil durch Algorithmen gesteuert
407 dann in sogenannten Blasen dann sich

408 gegenseitig selbst bestärken. Das reduziert
409 natürlich den Einfluss von gedruckten
410 Medien, aber auch Fernsehen, weil wir nicht
411 mehr sozusagen die Deutungshoheit haben.
412 Ich finde das an und für sich gut, weil es uns
413 zwingt, uns selbst infrage zu stellen – stärker
414 als bisher – und uns auch mehr Kritik
415 entgegenkommt, die wiederum uns zwingt,
416 über unsere Arbeit nachzudenken, ein
417 bisschen vom hohen Ross herunterzusteigen,
418 weil wir ja auch die Wahrheit nicht gepachtet
419 haben. Zugleich aber kriegen wir eine neue
420 Funktion, die wir vorher zwar hatten, die aber
421 nicht so im Mittelpunkt gestanden ist: Dass
422 wir aus den gleichwertig daherkommenden
423 Informationspartikeln dann irgendwie eine
424 Auswahl treffen. Ich habe das Gefühl, dass
425 die Leute immer mehr das Bedürfnis haben
426 nach einer Vorsortierung sozusagen. Wenn
427 sie das Gefühl kriegen, wir tun das parteilich,
428 dann werden sie uns zum Teufel schicken.
429 Wenn wir das Gefühl vermitteln können, dass
430 wir versuchen, das nach bestem Wissen und
431 Gewissen zu gewichten, dann kann das eine
432 echt hilfreiche Funktion sein. Je dichter das
433 Gestöber wird, umso größer wird das
434 Bedürfnis werden, dass das jemand
435 reduziert. Und wer soll das machen als Leute
436 wie wir, die halt berufsmäßig sich das alles
437 anschauen und versuchen, sich einen Reim
438 darauf zu machen. Aber nur: Wenn man
439 ältere Zeitung anschaut, dieses wie von der
440 Kanzel gepredigte, Leitartikel und so, das
441 geht einfach nicht mehr. Dafür sind die Leute
442 viel zu sehr informiert noch bevor sie
443 überhaupt ein Medium in der Hand gehabt
444 haben. Also man muss einfach alles, was
445 man sagt und zu Papier bringt, zweimal auf
446 die Waage legen.“

447
448 I: „Was würden Sie sagen, wie ist es ganz
449 allgemein um die kritische Berichterstattung
450 in Österreich bestellt? Weil wir über die
451 ‚Message Control‘ gesprochen haben, da
452 geht es ja darum, was man daraus macht.“

453
454 T.G.: „Ich sehe die Hauptgefährdung nicht in
455 der ‚Message Control‘ oder in irgendetwas,

456 was die Regierung tut. Die Hauptgefährdung
457 ist, dass die Zeit knapp wird. Und das hat
458 damit zu tun, dass wir zwar viele Leute sind,
459 aber dass der Aufwand, den wir treiben
460 müssen, um alle Kanäle zu bespielen, die
461 heutzutage ein Medium zu bespielen hat,
462 wahnsinnig personalintensiv ist und wir
463 dadurch das was eigentlich notwendig wäre,
464 dass man sich wirklich intensiv und auch
465 mehrere Tage lang vergraben kann in eine
466 Geschichte mit Datenjournalismus oder mit
467 Hintergrundrecherche, dass das schwieriger
468 geworden ist. Ich glaube, es ist eher
469 schwieriger geworden, als es früher war. Weil
470 eben so vieles an Arbeit dazugekommen ist.
471 Es sind schon Leute dazugekommen. Ich
472 glaube, dass in jedem Medienhaus mehr
473 Leute arbeiten heute als noch vor 20 Jahren
474 oder so. Aber die Arbeit ist in einem
475 Unverhältnis mehr geworden. Das macht's
476 ein bisschen kurzatmiger, unseren Umgang
477 mit den Fragen, mit den Geschichten.“

478
479 *I: „Es gibt also ein Ressourcenproblem?“*
480

481 T.G.: „Letzten Endes ist es ein
482 Ressourcenproblem, ja. Mehr als die Frage
483 der ‚Message Control‘ oder der Aufblähung
484 des Apparats in einer Regierung. Das ist
485 keine Ausrede. Wir müssen schon selber
486 schauen.“

487
488 *I: „Hat der Journalismus in Österreich ein*
489 *Vertrauensproblem?“*
490

491 T.G.: „So allgemein – der Journalismus hatte
492 ein Vertrauensproblem 2015. Das war ja ein
493 Riesenthema. Das haben wir auch offensiv
494 thematisiert. Weil viele Leute das Gefühl
495 gehabt haben in dieser Flüchtlingswelle, dass
496 wir die Themen, die sie interessiert haben,
497 die sie gesehen haben, Gefährdungen,
498 Kontrollverlust an der Grenze und wie soll
499 das weitergehen an der Grenze,
500 Veränderungen und so, dass das nicht in der
501 Zeitung zu lesen war und auch nicht im
502 Fernsehen zu sehen war. Zum Beispiel
503 waren das diese Geschichten, die erzählen

504 uns immer: die kleinen Kinder und die Frauen
505 und in Wirklichkeit kommen hauptsächlich
506 junge Männer und so. Damals haben wir ein
507 riesiges Vertrauensproblem bekommen. Wir
508 mussten dann reagieren, indem wir auch
509 zugestehen mussten, dass es richtig war,
510 dass der Einwand richtig war. Er kam
511 manchmal schrill und übertrieben und scharf
512 daher, aber ganz falsch war er nicht. Es
513 haben eigentlich alle ihre Konsequenzen
514 daraus gezogen bis hin zu den Parteien.
515 Noch viel später hat es dann die
516 Parteienlandschaft auch erreicht. Die
517 Verschiebungen innerhalb der
518 Mehrheitsverhältnisse in dem Land haben ja
519 auch damit zu tun und darauf beruhend der
520 politische Vertrauensverlust. Aber uns hat es
521 zuerst getroffen, weil wir ja sofort unmittelbar
522 reagieren mussten und mit diesen Themen
523 umgehen mussten. Ich hoffe wir haben die
524 Botschaft gehört und darauf reagiert. Darüber
525 hinausgehenden Vertrauensverlust, das
526 könnte ich jetzt nicht sagen – in dieser Frage
527 kann man es jedenfalls festmachen. Da war
528 es eine echte Krise.“

529
530 *I: „Würden Sie sagen, dass das noch*
531 *nachwirkt?“*
532

533 T.G.: „Ja es wirkt nach. Insofern als wir – ich
534 kann es jetzt nur für mich sagen – mich das
535 schon nachdenklich gemacht hat, wie sehr
536 man (...) darauf achten muss, nicht zu sehr in
537 seinem Redaktionszimmer zu übersehen,
538 was sich verändert im Land. Also wir sind
539 natürlich stärker als früher noch an unseren
540 Geräten und weniger draußen. Und solche
541 Stimmungsumschwünge oder auch Kritik an
542 uns als Meinungsmacher früher und
543 schneller, wacher wahrzunehmen und damit
544 umzugehen. Das habe ich damals gelernt. Es
545 war inzwischen kein ähnlich gravierender
546 Vorfall mehr, aber die Gefährdung, in der wir
547 stehen als Gruppe oder Kaste, die ist damals
548 schon sehr sichtbar geworden und zwar
549 durchgehend. Da war überhaupt keine
550 Ausnahme. Alle Zeitungen waren davon
551 betroffen und auch das Fernsehen.“

552
553 *I: „Das heißt es hat eine Selbstreflexion*
554 *eingesetzt?“*
555
556 T.G.: „Unbedingt. Ist auch thematisiert
557 worden in Beiträgen und Leitartikeln und so.“
558
559 *I: „Würde es helfen, hier transparenter zu*
560 *agieren bzw. hat das auch eingesetzt?“*
561
562 T.G.: „Ja. Eingesetzt weiß ich nicht. Das
563 möchte ich bezweifeln, ob wir da hinreichend
564 reagiert haben. Aber Transparenz – was
565 könnte Transparenz heißen? Dass wir (...)
566 darüber auch schreiben, warum wir was
567 machen zum Beispiel. Etwa in Leitartikeln
568 auch erklärend oder in Hauspost. Wir haben
569 so ein Element, Hauspost, wo wir einfach
570 über die Linie der Zeitung oder über
571 redaktionelle Entscheidungen sprechen. Wir
572 haben auch eine Morgenpost, nennt sich das.
573 Ein E-Mail-Dienst, den die Chefredaktion
574 jeden Tag verschickt. Wir sind so ein Rad von
575 sechs Leuten aus der Chefredaktion, die
576 jeden Tag in der Früh so ein E-Mail schreibt
577 und wir bemühen uns, immer wieder auch zu
578 thematisieren, warum wir was in der Zeitung
579 gemacht haben. Wir haben 10.000
580 Abonnenten. Das ist jetzt nur ein Bruchteil
581 der Abonnenten, die die Zeitung hat. Aber
582 das sind ja auch nicht wenige. Und hat ein
583 gutes Feedback. Ich glaube vielleicht auch
584 deswegen, weil es ein Bedürfnis gibt danach,
585 zu erfahren was hinter den Kulissen passiert.
586 Dann haben wir noch so eine Art Presserat.
587 Es ist das falsche Wort. Aber es ist aus
588 unserem Leserparlament. Also wir haben
589 Leser eingeladen, zu uns zu kommen und mit
590 ihnen zu diskutieren – auch über die Zeitung.
591 Sie konnten ihre Einwände machen und wir
592 konnten reagieren auf das, was von ihnen an
593 Fundamentalkritik kommt. In wiederholten
594 Begegnungen. Das hat sich über ein Jahr
595 hingezogen und es war sehr fruchtbar.“
596
597 *I: „Was war der größte Kritikpunkt?“*
598

599 T.G.: „Ich war leider nicht eingebunden. Da
600 bin ich die falsche Person.“
601
602 *I: „Ganz grundsätzlich: Wie ist es in*
603 *Österreich um die Medienkompetenz*
604 *bestellt?“*
605
606 T.G.: „Bei den Nutzern oder bei den
607 Machern?“
608
609 *I: „Bei den Nutzern.“*
610
611 T.G.: „Was wäre Medienkompetenz? In der
612 Schule gibt es nichts dergleichen. Gab es nie.
613 Gab auch nur ganz bruchstückhafte politische
614 Bildung. Ich glaube, dass man ein
615 Gymnasium verlassen kann, ohne zu wissen,
616 wie das Parlament ein Gesetz erstellt oder
617 nach welchem System in Österreich gewählt
618 wird. Das ist jetzt eine Unterstellung. Aber ich
619 fürchte, dass das nicht mal in einer allgemein
620 höher bildenden Schule vermittelt wird. Da
621 fängt es schon an. Medienkompetenz war nie
622 ein Thema. Es war vielleicht auch nicht so
623 wichtig früher. Jetzt mit den ganzen Social
624 Medias wäre es äußerst wichtig, da eine
625 Unterscheidung zu treffen oder in der Schule
626 zu thematisieren, wie sind Quellen zu
627 beurteilen. Das hat es ja nicht gegeben
628 vorher. Die Quelle war die ‚Kleine Zeitung‘
629 und entweder hat man das Gefühl, denen
630 kann man vertrauen über die Jahrzehnte, weil
631 es die Zeitung halt schon immer zuhause
632 gegeben hat – das war jetzt nicht so eine
633 Momentercheinung wie jetzt, wo man
634 ununterbrochen mit Informationen konfrontiert
635 ist, deren Quelle man nicht kennt und auch
636 nicht nachvollziehen kann, nicht überprüfen
637 kann. Das ist viel, viel schwieriger geworden
638 für den Einzelnen, sich da zurechtzufinden.
639 Und da zu helfen Schülern oder Schüler
640 aufzuklären, warum das überhaupt zustande
641 kommt, warum sie diese Nachricht auf ihrem
642 Feed kriegt und warum andere nicht und wie
643 ein Algorithmus funktioniert und was das für
644 Folge hat. Das sind so wichtige Sachen, die
645 erst jetzt Fragestellungen geworden sind.
646 Und wenn man ein bewusstes und kritisches

647 Denken von jungen Leuten fördern und
 648 ermöglichen möchte, dann muss das in der
 649 Schule passieren. Wo denn sonst? Die Eltern
 650 können es ja selber nicht. Also ich könnte
 651 niemandem erklären, warum daraus wie
 652 etwas zustande kommt. Wir hatten jetzt das
 653 Beispiel ‚Strache – kann nicht mehr auf
 654 seinen Account zugreifen‘. Da habe ich auch
 655 wieder viel gelernt. Dass man da Facebook
 656 bezahlen kann, damit die User generieren
 657 und Likes und so. Das muss man alles
 658 wissen. Wenn man es nicht weiß, glaubt
 659 man, ‚wow, der hat 800.000 und die Hälfte
 660 davon in Deutschland‘. Dass das aber
 661 künstlich generiert ist auch und dass man
 662 auch Traffic simulieren kann, das relativiert
 663 alles so. Also den äußeren Schein, von dem
 664 lässt man sich leicht blenden, wenn man
 665 nicht weiß, wie die Abläufe dahinter sind. Die
 666 sind so komplex, den kennt man auch nicht,
 667 den Algorithmus. Das ist ja auch ein
 668 Geheimnis der Firma. Aber wenigstens
 669 wissen, dass es ihn gibt und dass er
 670 manipulativ ist, wenn die Kinder erfahren in
 671 der Schule, wäre das extrem wichtig. Ich
 672 finde das ist ein Riesenthema.“

673
 674 I: „Kann der Journalismus da einen Beitrag
 675 leisten oder ist da ausschließlich die Politik
 676 gefordert im Bildungswesen?“

677
 678 T.G.: „Nein, kann der Journalismus auch.
 679 Also wir haben heute eine Doppelseite
 680 gemacht über diese Strache-Geschichte und
 681 dass er den direkten Zugriff nicht mehr hat.
 682 Und da haben wir eben das auch erklärt mit
 683 der Kaufbarkeit, dass man gegen Geld da
 684 auch eingreifen kann. Natürlich ist das auch
 685 unsere Aufgabe. Das Problem ist aber das
 686 Gleiche, dass auch bei uns die Zahl derer,
 687 die wirklich kompetent sind in diesen Fragen,
 688 auch relativ überschaubar ist.“

689
 690 I: „Jetzt ist ja gerade Facebook auch ein Ort
 691 für sogenannte ‚alternative Medien‘, auch für
 692 Desinformation. Wenn man beispielsweise
 693 auch an den amerikanischen Wahlkampf
 694 denkt, was da teilweise auch durch gezielte

695 *Manipulation möglich ist – welche*
 696 *Verantwortung kommt hier Facebook zu?“*
 697

698 T.G.: „Also anzuerkennen, dass Facebook
 699 ein Medium ist und nicht nur eine Träger-
 700 Plattform, die für nichts verantwortlich ist. Das
 701 ist eine Ungleichbehandlung, die durch nichts
 702 zu rechtfertigen ist. Wir sind auch dafür
 703 verantwortlich. Wir sind für die Postings
 704 unserer Nutzer verantwortlich und wir können
 705 dafür zur Rechenschaft gezogen werden,
 706 wenn da wer irgendein neonazistisches oder
 707 sonst wie strafbares Ding, beleidigende
 708 Dinge, postet. Das müssen wir eliminieren
 709 und wenn wir es nicht tun, sind wir strafbar.
 710 Facebook lernt das jetzt langsam. Aber das
 711 ist natürlich extrem schwierig, wenn man
 712 denkt, dass das ein weltweiter Konzern ist in
 713 vielen Sprachen. Also die Aufgabe ist um ein
 714 Vielfaches komplexer als das für eine Zeitung
 715 zu machen oder für ein Newsportal. Aber
 716 rauslassen kann man diese Firma nicht. Das
 717 geht nicht. Das ungleich zu behandeln, ist
 718 durch nichts zu rechtfertigen.“

719
 720 I: „Inwieweit ist es daher wichtig, dass man
 721 dennoch präsent ist auf solchen Orten?“

722
 723 T.G.: „Also wir sind auf Facebook und
 724 versuchen, unsere Geschichten auch dort zu
 725 lancieren. Das funktioniert auch ganz gut.
 726 Natürlich kommt immer wieder der Vorwurf,
 727 dass wir uns selbst kannibalisieren, weil wir
 728 es sozusagen dem Fremden anbietet, da
 729 unsere Inhalte präsentieren. Es ist nur jetzt
 730 schon so, dass wir auch die Dinge, die auf
 731 Facebook gepostet sind, hinter die Paywall
 732 geben können. Das war ursprünglich nicht
 733 möglich. Das ist jetzt möglich. Und insofern
 734 ist der Kannibalisierungsvorwurf jetzt nicht
 735 mehr gegeben. Aber ich glaube auch, dass
 736 man es nützen muss. Es ist
 737 selbstschädigend, wenn man es nicht täte.“

738
 739 I: „Kleiner Themensprung, weil ich es vorher
 740 ausgelassen habe aber auf das
 741 Medienpublikum bezogen: Im Ibiza-Video war
 742 ja auch das Thema, wie man sich der ‚Kronen

743 *Zeitung' bedienen könnte. Tage später ist es*
744 *eigentlich nicht mehr darum gegangen,*
745 *sondern wer das Video in Auftrag gegeben*
746 *hat. Ist die Bevölkerung desensibilisiert oder*
747 *gleichgültig was den Umgang mit Medien*
748 *betrifft?"*
749
750 T.G.: „Hat es keinen Aufschrei gegeben? Wie
751 hätte man den wahrnehmen sollen? Ich
752 glaube, dass die Empörung ziemlich groß
753 war. Dass Heinz-Christian Strache sofort
754 gemerkt hat, er muss jetzt zurücktreten, das
755 glaube ich nicht. Der Rücktritt war nur
756 möglich, weil er gemerkt hat, dass das
757 Entsetzen – auch beim eigenen Klientel – so
758 groß war, dass das nicht mehr
759 durchzudrucken ist. Er hat auch lange
760 gebraucht letzten Endes bis er es dann
761 wirklich gemacht hat. Also Einsicht war es
762 nicht. Er ist eher der Gewalt gewichen
763 dessen, was er ausgelöst hat. Also ich glaube
764 nicht, dass es keinen Aufschrei gegeben hat.
765 Also wie hätte er sich artikulieren sollen?
766 Wie? Außer dass die Leute am Stammtisch
767 oder zuhause sagen ‚ist ja ein Wahnsinn.‘
768 Das merkt man nicht. Ich glaube schon, dass
769 das ziemlich irritierend war für die meisten
770 Leute, auch Freiheitliche.“
771
772 I: „Die Frage deshalb, weil mittlerweile fast
773 nur noch darüber geredet wird, wer das Video
774 in Auftrag gegeben hat.“
775
776 T.G.: „Das stimmt ja. Das hätten sie gerne.
777 Das ist die übliche freiheitliche Strategie,
778 dass man angreift, wenn man angegriffen
779 wird. Das haben sie mit großem Geschick
780 und auch mit Erfolg gemacht. Es ist dann –
781 zumindest am Anfang waren beide Fragen
782 da. Einerseits war das Video und zugleich
783 war die Frage, wer es gemacht hat und dass
784 das auch kriminell ist. Es hat sicher einen Teil
785 der Leute überzeugt. Sonst hätten sie ja nicht
786 so abgestimmt wie sie abgestimmt haben bei
787 der Europawahl. Und wenn jetzt in Umfragen
788 die FPÖ 20 Prozent hat, deutet das
789 daraufhin, dass diese Abwehrstrategie
790 gewissen Erfolg hat. Aber die ist jetzt nicht

791 neu. Das haben sie immer gemacht. Das ist
792 eine alte Taktik. Und: In dem Fall kommt
793 ihnen zugute, dass das natürlich eine
794 relevante Frage ist. Wer hat das gemacht?
795 Warum hat er es gemacht? Was stehen da
796 für Interessen dahinter? Das interessiert mich
797 auch sehr. Ich glaube nur, dass es überhaupt
798 nichts an der Brisanz dessen ändern würde,
799 was er gesagt hat dort. Diese Verquickung
800 war nicht legitim, zu sagen: ‚Wenn ihr erst
801 einmal die sieben Stunden gesehen habt und
802 wenn ihr erst mal wissen werdet, wer das
803 gemacht hat und warum‘ – dann wird sich gar
804 nichts ändern. Dann bleibt trotzdem das, was
805 er gesagt hat, als solches stehen. Also es ist
806 eine zweite Geschichte, die vielleicht andere
807 in ein schlechtes Licht rückt. Aber er bleibt im
808 schlechten Licht stehen.“
809
810 I: „Da er auch gesagt hat, ein ‚Mediensystem
811 wie beim Orban‘ wäre erstrebenswert. Hat
812 Sie das in der Deutlichkeit überrascht?“
813
814 T.G.: „Das ist überhaupt was mich am
815 meisten überrascht hat – die Deutlichkeit.
816 Das Besondere an dem Video ist ja die
817 Deutlichkeit. Dass jemand sich das wünscht,
818 die ‚Kronen Zeitung‘ zu besitzen, das kann
819 ich mir schon vorstellen. Aber dass es
820 jemand so sagt, in dieser vollkommen
821 ungeschützten, derben Übergriffigkeit, das
822 hat mich schon überrascht, ja. Noch dazu
823 nachdem er gewusst hat oder geahnt hat,
824 dass da irgendwas faul ist an der Geschichte,
825 verstehe ich es nicht.“
826
827 I: „Hat Sie die Tatsache überrascht, dass
828 man sich hier ‚ein Mediensystem wie beim
829 Orban‘ wünscht oder alleine die Deutlichkeit
830 der Aussagen?“
831
832 T.G.: „Naja, die FPÖ hat eigentlich nie einen
833 Hehl daraus gemacht, dass sie den Orban
834 fantastisch finden. Putin auch. Also es hat
835 uns ja immer irritiert an der FPÖ die Nähe zu
836 Leuten, die ein eher problematisches
837 Verhältnis haben zu unabhängigen Medien
838 und zu einem Pluralismus, einem

839 Parteienpluralismus. Das ist bei Putin extrem,
840 bei Orban ist es eingeschränkt, weil
841 Parteienpluralismus dort noch stärker ist.
842 Dass das das Ziel ist, so ganz verborgen
843 haben sie es ja nicht, die Freiheitlichen.“
844
845 *I: „Glauben Sie, dass das Ibiza-Video und die*
846 *Folgen nachhaltig etwas verändert haben?*
847 *Zum Beispiel hat die ‚Kronen Zeitung‘ am Tag*
848 *darauf die ORF-Gebühren verteidigt. Aber hat*
849 *sich das auch nachhaltig verändert?“*
850
851 T.G.: „Das hat viel verändert. Wenn man die
852 ‚Kronen Zeitung‘ heute liest und damals, hat
853 sich einiges nachhaltig verändert. Nicht nur
854 die ORF-Gebühren, auch die Haltung
855 gegenüber der FPÖ ist zumindest einmal
856 abgekühlt. (...) Zuletzt Jeannée über Hofer.
857 Der hat jetzt mit Ibiza gar nichts zu tun
858 gehabt und trotzdem hat er einen äußerst
859 kühlen Kommentar über ihn geschrieben und
860 so. Also da hat sich was verändert. Es hat
861 sich wahnsinnig viel verändert. Es ist eine
862 Regierung gestürzt worden. Das ist ja ein
863 unglaubliches Ereignis, dass eine
864 Veröffentlichung in einem ausländischen
865 Medium eine solche Folge hat. Das finde ich
866 schon sehr beachtlich. Und wie es jetzt
867 weitergeht, ist vollkommen offen. Das wird
868 ziemlich starke Veränderungen in der
869 Zusammensetzung des Parlaments geben.
870 Was will man noch mehr an Veränderungen?
871 Es gibt eine hohe Aufmerksamkeit für die
872 Frage der Eigentümerstruktur bei der ‚Kronen
873 Zeitung‘. Das war vorher eher für
874 Medieninsider interessant. Jetzt – die ganze
875 Benko-Geschichte erscheint nach dem Ibiza-
876 Video auch ein bisschen in einem anderen
877 Licht. Man weiß ja nicht, woher da die Mittel
878 gekommen sind. (...) Ich glaube, dass das bis
879 jetzt schon dramatische Veränderungen nach
880 sich gezogen hat. Alles, was wir jetzt erleben,
881 hätten wir nicht erlebt sonst. Es wäre einfach
882 so weitergegangen wie bisher. Was ich noch
883 vorher noch sagen wollte, weil wir immer von
884 Fake News reden. Wieder ein anderes
885 Thema. Ich weiß nicht, ob das das größte
886 Problem ist mit Fake News. Ich glaube, das

887 größte Problem ist die selektive
888 Wahrnehmung. Vieles ist ja nicht falsch, es
889 ist nur einseitig. Es verweigert, die Kanäle
890 oder die Nachrichten, die wir als
891 problematisch empfinden, verweigern radikal
892 die Sicht des anderen einzubeziehen. Das ist
893 rein der eigene Blickwinkel. Und das ist das,
894 was unangenehm daran ist und was
895 gefährlich daran ist. Und was eigentlich die
896 Aufgabe von Medien ist, das aufzubrechen
897 und mehr Perspektiven hineinzubringen als
898 die eigene. Und das müssen noch nicht Fake
899 News sein. Es kann nur einfach durch die
900 Selektion der immergleichen Perspektive
901 oder des gleichen Typs von Nachrichten
902 insgesamt eine Verzerrung entstehen, die
903 dann fake ist im Vergleich zur Wirklichkeit,
904 zur komplexeren Wirklichkeit, aber nicht
905 falsch im Detail. Das halte ich für viel
906 gefährlicher. Und natürlich ist jedes Medium
907 in Gefahr, der Eintrübung eines Blicks. Aber
908 dadurch, dass es so viele sind, die
909 gemeinsam an einem Produkt arbeiten, ist
910 die Selbstkorrektur noch größer, als wenn
911 sozusagen eine eingeschworene Gruppe von
912 Leuten, die eh schon immer das Gleiche
913 denken, immer wieder sozusagen noch
914 draufdoppeln auf das eh schon Einseitige.
915 Das halte ich für die eigentliche Gefahr.“
916
917 *I: „Ist das dann auch, weil sie vorher von*
918 *2015 gesprochen haben, dass das dem*
919 *Journalismus das Vertrauen entzogen hat –*
920 *ist es dann gerade in dem Zusammenhang*
921 *umso schwieriger für seriöse Medien, darauf*
922 *hinzuweisen, dass hier eine einseitige Sicht*
923 *vorliegt?“*
924
925 T.G.: „Alles, was mitreflektiert, auch eigene
926 blinde Flecken oder die Tatsache, dass jeder
927 Mensch blinde Flecke hat und dass man
928 auch die eigenen mitbedenkt und auch
929 einmal zugibt, dass man was übersehen hat,
930 dass das äußerst vertrauensstiftend ist. Weil
931 eh jeder weiß, dass es so ist. Wenn das dann
932 einer, der den Nimbus hat, dass er eh alles
933 besser weiß, ein Journalist halt, wenn der
934 dann sagt ‚ich weiß, dass ich nicht alles weiß

935 und ich weiß, dass ich blinde Flecken habe',
 936 dann erhöht das die Vertrauenswürdigkeit.
 937 Mehr kann er ja nicht behaupten zu tun, als
 938 dass er sich bemüht, die komplexe
 939 Gesamtsituation zu sehen. Er kann sie ja
 940 nicht sehen. Niemand kann das. Ich habe die
 941 Erfahrung, wir haben so eine Rubrik des
 942 Chefredakteurs, also Fragen an den
 943 Chefredakteur und der Chefredakteur
 944 antwortet. Und wenn man da einen Fehler
 945 zugibt oder einfach nur sagt, das war
 946 unverzeihlich oder falsch und soll nicht
 947 wieder vorkommen, dass das gut ankommt,
 948 weil die Leute das Gefühl haben, dort sind
 949 auch Menschen unterwegs, die sich
 950 bemühen und halt einmal scheitern. Aber die
 951 halten sich nicht für was Besseres oder für
 952 unfehlbar. Das ist das Letzte. Also wenn wir
 953 so daherkommen mit dieser Attitüde ‚ich
 954 erklär euch die Welt‘, das geht nicht mehr.
 955 Das ist vorbei. Gott sei Dank.“
 956
 957 I: „Fällt dann das Feedback
 958 dementsprechend positiv aus?“

959
 960 T.G.: „Ja, immer. Es ist dann sofort die
 961 Aggression auch aus der Gegenüberstellung
 962 draußen. Weil wenn Leute uns kritisieren, ist
 963 das oft sehr scharf. Wenn man dann anruft
 964 oder zurückschreibt, ist schon die nächste
 965 Antwort in einem ganz anderen Ton, weil sie
 966 es nicht erwarten, dass man antwortet und
 967 schon gar nicht, dass man eingeht auf das,
 968 was sie sagen. Das ist ja, offenbar haben sie
 969 erstens das Gefühl, dass wir uns sowieso für
 970 das Nonplusultra halten und das unserer
 971 nicht würdig ist, auf so etwas einzugehen.
 972 Also wir haben ein schlechtes Image offenbar
 973 als Journalisten, so als Gruppe, in dieser
 974 Hinsicht. Und wenn wir das dann nicht
 975 erfüllen, wenn wir dann anders drauf
 976 reagieren, nämlich normal darauf eingehen,
 977 das kommt irrsinnig gut an.“
 978
 979 I: „Sehr gut. Dann bedanke ich mich vielmals
 980 für das Gespräch.“

I. VIII. Interview 8

Name	Florian Klenk
Tätigkeit	Chefredakteur des „Falter“
Alter zum Zeitpunkt des Interviews	46
Kontaktaufnahme	E-Mail
Interviewzeitpunkt	Das Interview wurde 13. September geführt
Dauer des Interviews	16 Minuten
Besonderheiten	Das Interview wurde aus terminlichen Gründen seitens des Interviewpartners telefonisch und in einem zeitlich eng begrenzten Zeitfenster geführt. Der Interviewte musste das Interview schließlich aufgrund einer Folgetermin beenden.

1 I: „Im April ist das Reporter-Ohne-Grenzen-
 2 Ranking für das Jahr 2018 erschienen, in dem
 3 Österreich abgesackt ist und seinen Status als
 4 Land mit ‚guter‘ Pressesituation verloren hat.
 5 Wie beurteilen Sie diese Einschätzung?“
 6
 7 F.K.: „Man muss hier unterscheiden. Wir
 8 erleben in Österreich derzeit keinen Angriff auf
 9 die Pressefreiheit, wie man ihn in der Türkei
 10 erlebt oder wie man ihn vielleicht in autoritären
 11 Staaten erlebt. Das wäre eine Übertreibung.
 12 Wir haben in Österreich eine freie
 13 Presselandschaft. Jeder kann schreiben was
 14 er will, solange er sich an die Kautelen des
 15 Mediengesetzes hält. Da sehe ich kein
 16 Problem. Das, was wir erleben, ist zweierlei:
 17 Auf der einen Seite bauen die politischen
 18 Parteien sehr stark Medienkanäle auf – wenn

19 Sie so wollen Parteimedien – auf Facebook,
 20 auf Instagram, auf Youtube bzw. auf
 21 Plattformen wie ‚Unzensuriert‘ und bespielen
 22 über diese Medien die Bevölkerung. Und über
 23 diese Medien werden natürlich auch sauber
 24 recherchierte journalistische Produkte
 25 angegriffen, diskreditiert und sehr oft auch
 26 Journalisten ins Sperrfeuer genommen. Es
 27 kommt sehr oft vor, dass Journalisten
 28 persönlich attackiert werden, dass sie als
 29 Krieger dargestellt werden, die gegen eine
 30 Partei kämpfen, als würde sich die Presse im
 31 Kampf gegen eine Partei befinden. Die
 32 Diskreditierung des Journalismus findet auf
 33 eine viel subtilere und geschicktere Art statt.
 34 Das ist das eine. Das zweite ist Frage der
 35 finanziellen Gängelung. Medien, die kritisch
 36 berichten – ich spreche jetzt von unserem
 37 Medium, dem ‚Falter‘. Wir haben von der
 38 Regierung einfach keine Inserate mehr
 39 bekommen. Es sind einfach große Etats
 40 zusammengestrichen worden und zu
 41 Boulevardmedien oder auch zu Parteimedien
 42 oder parteinahen Medien, zum Teil auch zu
 43 rechtsextremen Medien verlagert worden. Das
 44 heißt, man versucht hier auch, finanzielle
 45 Hebel anzusetzen. Und die dritte Ebene ist auf
 46 der Ebene der Pressesprecher. Also auf der
 47 direkten Kommunikation mit Journalistinnen
 48 und Journalisten, wo – ich erinnere an den
 49 sogenannten Kickl-Erlass – deutlich
 50 ausgesprochen wird, dass man Journalisten,
 51 die kritisch sind, die Information zum spätest
 52 möglichen Zeitpunkt geben kann, während
 53 man anderen Medien Zuckerln gibt. Also
 54 dieser sogenannte Zuckerl-Journalismus, in
 55 dem Medien gefüttert werden, wenn sie sich
 56 brav verhalten. So wie ein Hündchen, dem
 57 man ein Leckerli gibt, wenn er brav apportiert.
 58 Das zusammen führt dazu, dass sich in
 59 Österreich kein besonders kritischer – der
 60 Regierung kritischer – Journalismus
 61 herausbildet, sondern im Gegenteil: dass
 62 eigentlich sogar in der journalistischen
 63 Branche jene Medien, die harte, investigative
 64 Arbeit machen, verspottet werden als
 65 ‚Opposition des Landes‘ oder es heißt wir
 66 würden als eigene Partei kandidieren. Also es

67 gibt immer wieder Häme und Spott. Das ist
 68 insgesamt keine gute Entwicklung.“
 69
 70 *I: „Jetzt heißt es, dass es schon immer*
 71 *Angriffe und Interventionsversuche gegeben*
 72 *hat. Ist der Professionalisierungsgrad heute*
 73 *einfach ein höherer?“*
 74
 75 F.K.: „Natürlich ist es schneller geworden. Es
 76 ist undurchsichtiger geworden, weil jede Partei
 77 über einen Partei-Account sehr schnell etwas
 78 rausschießen kann. Man kann sehr schnell
 79 verwirren. Es entstehen Troll-Armeen und
 80 Twitter-Battles. Es gibt immer wieder
 81 Accounts von Leuten, wo man nicht weiß, wer
 82 die eigentlich sind, die Stimmung machen. Ich
 83 würde sagen die Methoden sind einfach viel
 84 schneller und härter geworden und in
 85 gewisser Weise auch brutaler. Das ist
 86 natürlich besorgniserregend, weil die Wähler
 87 da nicht mehr wirklich durchblicken. Es
 88 werden Facts berichtet und als Fake titulierte
 89 und umgekehrt werden Fakes zu Facts.“
 90
 91 *I: „Die Parteien haben heute ihre eigenen*
 92 *Kanäle auf Facebook und Co, dazu eigene*
 93 *Medien wie FPÖ-TV oder ‚Unzensuriert‘. Auf*
 94 *der anderen Seite steht da aber auch ein*
 95 *großer PR-Stab. Wie kann der Journalismus*
 96 *mit dieser Situation umgehen?“*
 97
 98 F.K.: „Er muss versuchen, seine eigenen
 99 Inhalte auf eine moderne Art und Weise über
 100 die Rampe zu bringen. Es wird nicht reichen,
 101 recherchiertes Material nur auf Papier zu
 102 drucken. Man wird natürlich auch jene Kanäle
 103 und jene Foren suchen müssen, in denen sich
 104 die Menschen ihre Meinung bilden. Das ist
 105 natürlich sehr leicht gesagt, weil dort eine
 106 Gratiskultur herrscht und es sehr schwierig ist,
 107 dieser Gratiskultur Einhalt zu gebieten, weil
 108 natürlich recherchierter Journalismus Geld
 109 kostet. Aber ich glaube, Journalisten müssen
 110 einfach beginnen, ihre Produkte besser zu
 111 transportieren, auch schnell zu sein, auch
 112 überzeugend zu argumentieren, transparent
 113 zu sein, dem Publikum zu sagen, woher man

114 Information hat, unter welchen Bedingungen
 115 die Information zur Verfügung gestellt wurde.“
 116
 117 I: „Jetzt steht all dem gegenüber, dass die
 118 Redaktionen immer mehr ausgedünnt werden.
 119 Hat der Journalismus ein
 120 Ressourcenproblem?“
 121
 122 F.K.: „Selbstverständlich. Dazu kommt, wie
 123 wenig die Leute bereits sind, für Information
 124 zu bezahlen. Auf der anderen Seite sehen wir,
 125 dass Qualitätsmedien durchaus wieder hohe
 126 Abonnentenzahlen verzeichnen. Ich kann
 127 wieder nur über meine Zeitung reden, aber wir
 128 haben enorme Zuwächse. Wenn Sie die New
 129 York Times nehmen und die Washington Post
 130 – es gibt da schon eine Gegenbewegung zum
 131 sogenannten Trump-Effekt. Ich glaube unterm
 132 Strich, dass die Menschen immer ein
 133 Bedürfnis haben werden, oder ein Teil der
 134 Menschheit immer ein Bedürfnis haben wird,
 135 sich akribisch zu informieren. Ich würde da
 136 jetzt nicht nur das Klagelied schwingen. Aber
 137 die Medien müssen lernen, ihre Informationen
 138 ordentlich zu verpacken.“
 139
 140 I: „Jetzt ist das Thema Pressefreiheit gerade
 141 wieder sehr aktuell. Fehlt es aber innerhalb
 142 der Branche an Solidarität?“
 143
 144 F.K.: „Solidarität nicht. Ich würde sagen, die
 145 Journalisten müssen sich nicht gegenseitig
 146 das Händchen halten. Wichtig ist, dass man
 147 gemeinsam für Pressefreiheit eintritt. Ich
 148 erwarte nicht, dass Kollegen von mir meine
 149 Artikel gut finden. Aber ich würde sagen, dass
 150 doch die Presse für ihre Freiheit kämpfen soll,
 151 so wie die Anwälte für das Recht auf
 152 Verteidigung kämpfen müssen oder wie die
 153 Ärzte für das Ärztegeheimnis kämpfen
 154 müssen. Da muss man verflucht aufpassen,
 155 dass man sich nicht von der Politik
 156 auseinanderdividieren lässt und am Ende die
 157 Pressefreiheit vor die Hunde geht oder
 158 Journalisten, die ihre Arbeit eigentlich nur
 159 ordentlich machen, diskreditiert werden. Da
 160 muss man sich wehren und da muss man
 161 auch hin und wieder Klartext sprechen.“

162
 163 I: „Die Konstruktion des Feindbildes Journalist
 164 – welche Effekte ergeben sich daraus?“
 165
 166 F.K.: „Das weiß ich nicht. Ich glaube, dass die
 167 Journalisten einerseits sehr viel genauer
 168 arbeiten werden. Es werden manche feiger
 169 sein und sich nicht trauen, aber genau kann
 170 ich das nicht sagen. Das wäre reine
 171 Spekulation.“
 172
 173 I: „Wenn Sie von Ihrer persönlichen Arbeit
 174 ausgehen, hatten Sie da schon mal die
 175 Schere im Kopf oder Ähnliches?“
 176
 177 F.K.: „Nein. Ich kann mir vorstellen, dass das
 178 bei manchen Medien so sein kann, die wirklich
 179 angewiesen sind auf das tägliche Business.
 180 Aber bei uns ist eigentlich das Gegenteil der
 181 Fall: Wir werden dann noch genauer und noch
 182 akribischer. Bei uns hat das keinen negativen
 183 Effekt.“
 184
 185 I: „Ist in Österreich die Distanz zwischen
 186 Politikern und Journalisten eine zu geringe?“
 187
 188 F.K.: „Das ist eine sehr schwierige Frage. Das
 189 kommt auf die Partei an, das kommt auf die
 190 Kollegen an. Generell würde ich sagen, es ist
 191 sicher anders als in Deutschland. Das hängt
 192 damit zusammen, dass wir nur eine große
 193 Stadt haben, in der Medien residieren,
 194 eventuell noch Graz. Aber in Deutschland
 195 haben Sie Berlin, München, Hamburg, Köln.
 196 Da gibt es große Medienstädte. Da gibt es
 197 eine sehr viel breitere Sphäre. Bei uns ist das
 198 alles viel dörflicher und natürlich kennen sich
 199 die Leute auch lange. Dadurch hat das auch
 200 manchmal etwas Unernstes fast schon. Das
 201 heißt nicht, dass man schmähebefreit sein soll,
 202 aber dass man doch wichtige politische
 203 Fragen oft schon mit etwas Schmä
 204 wegdrückt anstatt sie ordentlich zu
 205 untersuchen.“
 206
 207 I: „Hat der Journalismus in Österreich ein
 208 Glaubwürdigkeitsproblem?“
 209

210 F.K.: „Das ist eine sehr pauschale Frage. Das
211 kommt darauf an, was man mit Journalismus
212 meint. Wenn ich den Herrn Fellner nehme,
213 würde ich ihn nicht vergleichen mit einem
214 Leitartikel des ‚Standard‘-Chefredakteurs.
215 Aber es ist beides Journalismus. Das
216 Mittagsjournal in Ö1 hat sicher kein
217 Glaubwürdigkeitsproblem. Der OE24-
218 Quatschtalk hat ein Glaubwürdigkeitsproblem.
219 Das ist zu pauschal.“

220

221 I: „Wenn wir jetzt von seriösem Journalismus
222 sprechen, der recherchiert, Meinungen
223 einholt, mit Checks und Re-Checks arbeitet –
224 hier wurde wie Sie schon angesprochen
225 haben, der Versuch unternommen, diesen zu
226 diskreditieren. Hat das Wirkung gezeigt?“

227

228 F.K.: „Das glaube ich schon. Ich glaube, dass
229 das ständige Wiederholen der ‚Lügenpresse‘
230 oder ‚die Mainstream-Medien‘, dass man ‚die
231 Wahrheit nicht mehr sagen darf‘ oder ‚das
232 wird man wohl noch sagen dürfen‘ und ‚die
233 Medien verschweigen etwas‘ – also diese
234 ständige Walze. der Journalismus hatte ein
235 Vertrauensproblem 2015. Das war ja ein
236 Riesenthema. Das haben wir auch
237 offensiv thematisiert. Weil viele Leute das
238 Gefühl gehabt haben in dieser
239 Flüchtlingswelle, dass wir die Themen, die
240 sie interessiert haben, die sie gesehen
241 haben, Gefährdungen, Kontrollverlust an
242 der Grenze und wie soll das weitergehen
243 an der Grenze, Veränderungen und so,
244 dass das nicht in der Zeitung zu lesen war
245 und auch nicht im Fernsehen zu sehen
246 war. Zum Beispiel waren das diese
247 Geschichten, die erzählen uns immer: die
248 kleinen Kinder und die Frauen und in
249 Wirklichkeit kommen hauptsächlich junge
250 Männer und so. Damals haben wir ein
251 riesiges Vertrauensproblem bekommen.
252 Wir mussten dann reagieren, indem wir
253 auch zugestehen mussten, dass es richtig
254 war, dass der Einwand richtig war. Er kam
255 manchmal schrill und übertrieben und

256 scharf daher, aber ganz falsch war er
257 nicht. Es haben eigentlich alle ihre
258 Konsequenzen daraus gezogen bis hin zu
259 den Parteien. Noch viel später hat es dann
260 die Parteienlandschaft auch erreicht. Die
261 Verschiebungen innerhalb der
262 Mehrheitsverhältnisse in dem Land haben
263 ja auch damit zu tun und darauf beruhend
264 der politische Vertrauensverlust. Aber uns
265 hat es zuerst getroffen, weil wir ja sofort
266 unmittelbar reagieren mussten und mit
267 diesen Themen umgehen mussten. Ich
268 hoffe wir haben die Botschaft gehört und
269 darauf reagiert. Das ist natürlich den
270 Politikern lieber, dass wir das lesen und nicht
271 die sorgfältig recherchierten Berichte in der
272 Tageszeitung oder im Fernsehen oder im
273 Radio.“

274

275 I: „Fehlt es diesbezüglich auf der
276 Rezipientenseite an Medienkompetenz?“

277

278 F.K.: „Das weiß ich nicht. Ich glaube, es gibt
279 einen Prozentsatz an politisch interessierten
280 Menschen. Die sich kritisch informieren,
281 würde ich bei zehn Prozent ansetzen. Es gibt
282 eine große Masse von Menschen, denen
283 Politik völlig egal ist, die auch keine Medien
284 konsumieren – zumindest nicht bewusst,
285 sondern sich einfach berieseln lassen. Ich
286 glaube, dass die Älteren momentan eher ein
287 Problem haben mit dieser rasanten
288 Digitalisierung des Nachrichtengeschäftes.
289 Die nicht zurechtkommen, mit all den sozialen
290 Plattformen. Ich glaube, dass die Jüngeren oft
291 besser orientiert sind.“

292

293 I: „Glauben Sie, dass Journalismus einen
294 Beitrag leisten kann, Medienkompetenz zu
295 vermitteln oder ist das Aufgabe der Politik und
296 der politischen Bildung?“

297

298 F.K.: „Beides. Natürlich muss es in den
299 Schulen anfangen, dass Kinder lernen zu
300 unterscheiden, was ist eine glaubwürdige
301 Quelle, was ist ein journalistischer Bericht und

302 was ist Propaganda. Das kann man lernen,
 303 indem man schaut, ob es da offene Quellen
 304 gibt, wer da eigentlich zu mir spricht und in
 305 welcher Absicht. Aber es ist natürlich auch die
 306 Aufgabe der Medien, dem Publikum zu
 307 erklären, wie es zu einem Bericht gekommen
 308 ist. Warum man den Bericht so geschrieben
 309 hat. Wie haben wir das überprüft. Haben wir
 310 das überhaupt überprüft. Natürlich ist das
 311 auch eine Aufgabe der Medien, das zu
 312 machen. Es ist beiderseitig.“

313
 314 I: „Das heißt man könnte mit Transparenz
 315 Abhilfe schaffen?“
 316

317 F.K.: „Natürlich. Warum ist Wikipedia so
 318 erfolgreich? Weil man nachlesen kann, wie die
 319 Fakten gecheckt wurden, die da drinstehen.
 320 Ich kann jedes Faktum, das umstritten ist, auf
 321 einer Hinterbühne, wenn ich umschalte in den
 322 Diskursraum von Wikipedia, sehen – was
 323 umstritten ist und was nicht. Dadurch kommt
 324 the best obtainable version of the truth
 325 zustande. Also das Gegenteil von Facebook.
 326 Ich muss jetzt leider aufhören wegen eines
 327 Termins.“

328
 329 I: „Alles klar. Ich bedanke mich vielmals für
 330 das Gespräch. Danke.“

I. IX. Codierung

Textstelle – Interview 1	Kategorie
Angesichts der Aussagen im Ibiza-Video muss man die Pressefreiheit tatsächlich als bedroht betrachten.	K. 1.1 K. 1.3
Andererseits gab es immer schon Interventionen sowie Versuche, Medien unter Kontrolle zu bringen. Gott sei Dank ist die Sensibilität dafür gestiegen.	K. 1.1
I: Welche politischen Ereignisse waren maßgebend? M.S.: Kein Einzelereignis, eher die Summe des Misstrauens zwischen FPÖ und Medien. Und ein neuer Stil der Regierung Kurz, die sich an internationale Maßstäbe anlehnte. Stichwort ‚Message Control‘. Das war man in Österreich bisher nicht gewohnt, ist anderswo aber längst üblich.	K. 1.3
Ich würde das gar nicht auf die Politik beschränken. Die meisten Interventionsversuche in meiner langen Karriere habe ich seitens der Wirtschaft erlebt, die gern auch gleich beim Anzeigenchef mit dem Einstellen von Inseraten drohen, wenn eine Geschichte erscheint. Manager, Wissenschaft, Künstler und Sportler sind meist auch heikler bei Interviews und wollen oft sogar vorab wissen, was gefragt wird, als Politiker.	K. 1.4 K. 1.5
Siehe oben. Aber nicht jede Intervention sehe ich als Angriff. Manchmal haben wir auch übers Ziel geschossen.	K. 1.1
Man will halt in den Medien möglichst gut wegkommen und kritische Geschichten unterdrücken.	K. 1.6
I: Welche Entwicklungstendenzen sehen Sie? M.S.: Dass sich die Parteien ihre eigenen Kanäle sichern und unabhängige Medien weniger werden, weil immer weniger Konsumenten bereit sind, für Journalismus zu bezahlen.	K. 1.7 K. 2.1 K. 2.5
Aber ja, Interventionen gabs immer schon. Früher waren Journalisten und Politiker häufiger befreundet als heute. Es gab auch viel weniger Medien.	K. 1.8
Die kritische Distanz ist heute größer, und das ist gut so.	K. 2.2
I: Inwieweit decken sich diese Erfahrungen Ihrer Meinung nach mit Erfahrungen Ihrer Kolleg_innen? M.S.: Das müssen Sie meine Kollegen fragen. Je nach Ressort ist das durchaus unterschiedlich. Würde ein Politiker so einen „Tanz“ aufführen bei einem Interview wie etwa die Frau Netrebko oder ein prominenter Fußballer, wären alle Politikjournalisten empört.	K. 1.9

I: Wie ist es um die kritische Berichterstattung in Österreich bestellt? M.S.: Besser denn je. Noch vor einigen Jahrzehnten haben wir alle Verlautbarungsjournalismus gemacht. Heute will jeder seine eigene recherchierte Geschichte haben. Und die Politik wird so kritisch betrachtet wie noch nie.	K. 2.2
I: Die Konstruktion des "Feindbildes Journalist" - welche kurz- und langfristigen Effekte sind die Folge? M.S.: Verheerend. Unsere Glaubwürdigkeit ist wie der Politiker im Keller. Und das Schlimme daran: Wir sind auch selbst daran mitschuld, weil wir uns vom Leser entfernt haben.	K. 2.3 K. 2.4
Ich wurde in den Sozialen Medien von der SPÖ-Langenzersdorf als am Rücken liegende Hündin mit gespreizten Beinen dargestellt – und als „Laufmasche von Basti“ bezeichnet.	K. 3.1
Zu Beginn meiner Chefredaktionszeit gab es viele Bösarbeiten, möglicherweise werden Frauen an der Spitze noch respektloser behandelt.	K. 3.1
Ich habe das auf Facebook offengelegt und bin in die Gegenoffensive gegangen, habe in drei Fällen erfolgreich geklagt, seither ist es deutlich ruhiger.	K. 4.6
I: Hat der österreichische Journalismus ein Vertrauensproblem und falls ja, wie äußert sich dieses? M.S.: Ja natürlich, weltweit. Leser sitzen immer häufiger in ihrer eigenen Echokammer, wollen keine gegenteiligen Meinungen mehr hören.	K. 2.4 K. 2.5
I: Wie kann die Situation der Pressefreiheit in Österreich verbessert werden? Etwas weniger Hysterie auf beiden Seiten.	K. 4.2 K. 4.3
Es findet sehr viel Diskurs darüber statt, wir haben zum Beispiel als Verein der Chefredakteure auch einen Aufruf für die Pressefreiheit veröffentlicht.	K. 4.4
Wir laden alle Schulen ein, uns zu besuchen und mit uns zu diskutieren. Aber Lehrer und Journalisten haben auch nicht die Weisheit mit dem Löffel gefressen.	K. 4.4
Oft wissen die Jungen viel mehr über neue technische Möglichkeiten als wir und sind nicht prinzipiell dümmer als wir. Das Medienverhalten ändert sich eben momentan komplett.	K. 2.5 K. 2.6

Textstelle – Interview 2	Kategorie
Ich denke, das Abrutschen ist der Aktualität geschuldet. Dafür wurden die Entwicklungen im letzten Jahr herangezogen.	K. 1.3
Denken wir zum Beispiel an die ‚Message Control‘. Das hat sich tatsächlich verändert. Jedenfalls in der Form.	K. 1.1 K. 1.3
Dass Regierungsleute in den Redaktionen anrufen, ist nicht neu. Es wurde nur weniger thematisiert. Journalisten wurden auch früher schon unter Druck gesetzt.	K. 1.8
Als Ernst Strasser Parteisekretär in Niederösterreich war, hat er mir einmal angedroht, ich werde meinen Job verlieren. Das ist nicht neu.	K. 3.3
Neu ist – und das ist gut – dass es transparenter ist.	K. 4.4
I: Hat sich die Qualität hinter den Drohungen geändert? A.R.: „Nein, das glaube ich nicht. Die Schlagzahl hat sich geändert.“	K. 1.3
Am besten sprechen Sie darüber mit jungen Leuten. Ich bin davon jetzt nicht mehr so betroffen. Aber gegeben hat es das immer.	K. 3.6
Wenn es transparenter geworden ist, ist es positiv.	K. 4.4
I: Kann man die letzte Regierung diesbezüglich mit der ersten schwarz-blauen Regierung vergleichen? A.R.: Nein, das hat jetzt eine andere Qualität. Es ist professionalisierter geworden.	K. 1.3
Das merkt man auch daran, dass man als Journalist seine Arbeit gar nicht machen kann, weil man nur Sprechblasen zurückbekommt. Die Politiker arbeiten einfach ihre Speaking Notes ab. Man muss sich nur die Interviews in der Zeit im Bild anhören. Egal was gefragt wird, man hört immer das gleiche. Die Politiker arbeiten ihre Textstellen ab.	K. 3.4
Das hat es so früher nicht gegeben. Da war es spontaner.	K. 1.8
Ich verstehe nicht, warum man sich das gefallen lässt. Oder warum Journalisten	K. 3.5

akzeptieren, wenn es nach den Regierungssitzungen plötzlich heißt, das sei jetzt die letzte Frage.	
Früher waren diese Presseauftritte erst vorbei, wenn es keine Fragen mehr gab.	K. 1.8
Ich verstehe nicht, dass sich Journalisten da nicht wehren.	K. 3.5
I: Wie sollten Journalistinnen und Journalisten da vorgehen? A.R.: Indem man sagt, dass man noch nicht fertig ist.	K. 4.2
Ich glaube, dass es auch weniger Solidarität gibt unter Journalisten.	K. 3.5
Man müsste sich abstimmen und klar sagen ‚das lassen wir uns nicht gefallen‘.	K. 4.2
I: Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass es sogar Termine gibt, wo überhaupt keine Fragen zugelassen sind? A.R.: Das kommt noch dazu. Das hat es so überhaupt nicht gegeben: auftreten und dann Journalisten den Rücken kehren.	K. 1.3 K. 1.5
Aber man spürt keinen merkbaren Widerstand.	K. 3.5
Es hat sich so eingebürgert und es funktioniert, weil sich die Journalisten nicht wehren.	K. 1.3
Eine Verbindung von Inseraten und Berichterstattung hat es in Einzelfällen früher auch gegeben. Der frühere niederösterreichischen Landeshauptmann Erwin Pröll hat nach einem Kommentar in der Presse einmal gesagt: ‚So, ich streich euch jetzt die Inserate für den Landtagswahlkampf.‘ Damals ging es um 1,2 Millionen Schilling. Die Antwort des damaligen Chefredakteurs war: ‚Ja gut. Machen Sie das.‘	K. 1.8 K. 3.3
Es kommt natürlich auch auf die Persönlichkeit an.	K. 3.6
Die mediale Landschaft ist mittlerweile konzentrierter geworden. Da verläuft der Weg eher umgekehrt und es heißt: ‚Wenn du nicht zahlst, dann schreibe ich so und so.‘ Das hat sich drastisch verändert.	K. 2.6
I: Fehlt es dem Journalismus in Österreich an Professionalität? A.R.: Nein, das glaube ich nicht. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Verlage haben sich geändert. Redaktionen sollen immer billiger werden. Es werden immer jüngere Journalisten eingestellt, die keine Chance und auch keine Gelegenheit haben, sich wirklich schlau zu machen. Die werden losgeschickt und wissen oft gar nicht, was sie fragen sollen. Dazu kommt der wirtschaftliche Aspekt, besonders wenn diese jungen Leute auf Zeile arbeiten. Dann sind sie oft gar nicht interessiert, sondern nehmen eine APA-Meldung her und schreiben sie um. Wenn man also sagt, das Niveau gehe runter, dann ist das dieser wirtschaftlichen Situation geschuldet. Früher war es eigentlich undenkbar, dass man die Jüngsten zu einer Ministerratssitzung geschickt hätte.	K. 2.1
Das hat sich unter der ersten schwarz-blauen Regierung entschieden verändert. Damals hat Bundeskanzler Wolfgang Schüssel angefangen, Journalisten persönlich niederzumachen. Das hat es vorher in der Form nicht gegeben. Mit Sätzen wie: ‚Sie können mir intellektuell nicht folgen.‘ Das hatte den Effekt, dass Ressortchefs nicht mehr hingegangen sind und die Jungen geschickt haben. Die wussten nicht, was sie fragen sollten. Außerdem waren sie leichter einzuschüchtern. Wenn ich am Anfang meiner Karriere stehe und der Bundeskanzler sagt zu mir: ‚Sie können mir intellektuell nicht folgen‘, dann sage ich das nächste Mal gar nichts mehr.	K. 1.8
Aber die Entwicklung hat mit der wirtschaftlichen Situation zu tun. Die Verleger haben sich ihr eigenes Geschäft abgegraben. Journalismus lebt von Kontrolle, Kenntnis und Kompetenz. Wenn ich diese Positionen mit Leuten bestücke, die eigentlich noch Zeit brauchen, sich diese Kompetenz anzueignen, dann bekomme ich das: In fast allen Zeitungen steht dasselbe. Die Leute gehen oft nicht mehr zu den Presseterminen oder schicken ihre jungen Kollegen, die dann sowieso die APA-Meldung abschreiben oder umformulieren.	K. 2.1
Wenn die Pressefreiheit in Österreich eingeschränkt ist, dann haben die Medien, die Verlage und die Journalisten selbst einen Anteil daran.	K. 1.3
I: Sehen Sie in den Vorkommnissen rund um die Pressefreiheit einen Angriff auf die Demokratie? A.R.: Einen bewussten Angriff auf die Demokratie sehe ich nicht. Demokratie hat in Österreich generell einen geringen Stellenwert. Das Demokratie-Volksbegehren vor ein	K. 1.9

paar Jahren war das schlechteste aller Zeiten. Es kamen nicht einmal 100.000 Unterschriften zusammen. Es ist nicht in uns drin. Daher rührt auch dieser völlig sorglose und vernachlässigende Umgang mit Demokratie. Die Politik weiß, mit Demokratie gewinnt du keinen Blumentopf in Österreich. Daher ist dieser Hang zur direkten Demokratie auch wieder demokratieschädigend. Man darf nicht vergessen, auch in den 30er-Jahren wurde mit Volksabstimmungen gearbeitet. Man kann mit dem Forcieren der direkten Demokratie – wenn es nicht etwa wie in der Schweiz gemacht wird – in einer demokratiefernen Gesellschaft wie der österreichischen, einen unglaublichen Schaden anrichten.	
<i>I: Welche Tendenz sehen Sie für die nächste Zeit?</i> A.R.: Eben diese. Generell sind wir in einer sehr beunruhigenden Entwicklung. Die Pressefreiheit, unter tatkräftiger Mithilfe in der Medienszene selbst, ist nur ein Teil davon. Wenn Sie sich Umfragen anschauen, werden Sie sehen, dass ungefähr 25 Prozent der Österreicher nichts gegen ein autoritäres Regime hätten. Das ist das große Versäumnis der Politik seit dem Zweiten Weltkrieg.	K. 1.1 K. 1.7
Die Liebe zur Demokratie oder der Wert der Demokratie haben sich in Österreich nicht verfestigt. Wäre es anders, hätte man nie eine Partei in die Regierung holen dürfen, die offen bekennt, sie wolle eigentlich ein System wie Viktor Orbán. Das ist die illiberale Demokratie – welche aber ein Widerspruch in sich ist	K. 1.9
<i>I: Könnten die Medien dazu beitragen, die Situation zu verbessern?</i> A.R.: Natürlich. Man müsste nur Ressourcen einsetzen. Ein Florian Klenk genügt nicht. Man sieht das aktuell bei Herrn Mateschitz. Er hat versucht, mit dem ‚Factum‘ ein investigatives Medium aufzuziehen. Bereits nach zwei Monaten war Schluss.	K. 4.2
Es gibt in Wahrheit keine gesellschaftliche Gruppe und auch keine politische Partei, die wirklich an einem unabhängigen, kontrollierenden Journalismus interessiert ist. Vielleicht die Neos oder die Grünen. Aber ich bin mir nicht so sicher, wenn es hart auf hart kommt. <i>I: Wird das möglicherweise auch zu wenig thematisiert?</i> A.R.: Es hat zu wenig Resonanz. Man muss sich nur anschauen, was jetzt mit Ibiza passiert ist. Innerhalb weniger Tage war der Inhalt weg. Alle haben sich auf die Frage gestürzt, wer das Video gemacht hat. Es wurde nicht darüber diskutiert, was das bedeutet.	K. 1.3
<i>I: Sind Sie selbst mit persönlichen Äußerungen oder Angriffen konfrontiert worden?“</i> A.R.: Ja, seinerzeit. Das hat aber nichts mit der heutigen Situation zu tun. Es kommt auch auf die Chefredakteure an. Noch bevor Wolfgang Schüssel Bundeskanzler war, hat er einmal angerufen und schließlich gemeint: ‚Nagut, dann werden wir uns das mit der Presseförderung überlegen. Daraufhin habe ich gesagt: ‚Wissen Sie was, ich verbinde Sie jetzt in die Chefredaktion.‘ Damals war ich aber schon jahrelang Ressortleiterin.	K. 3.1 K. 3.3
Man muss sich vorstellen was das bedeutet, wenn das einem jüngeren Kollegen passiert oder jemandem, der nur auf Pauschalvertrag und der mit einer SMS auf die Straße gesetzt werden kann. Das sind alles Faktoren. Nicht alleine die Bösartigkeit der Politik.	K. 3.4
<i>I: Wie ist es um die kritische Berichterstattung in Österreich bestellt? Ist sie weniger geworden?“</i> A.R.: Nein. Insgesamt ist sie besser geworden. Das muss man auch sagen. In Österreich hat investigativer Journalismus bis auf Einzelfälle – AKH-Skandal, Noricum, Lucona – keine wirklich verankerte Tradition. Aber es ist besser geworden. Und nicht nur mit dem ‚Falter‘.	K. 2.2
Aber dennoch: Thomas Drozda hat einmal zu mir gesagt: ‚Wir haben für die Auseinandersetzung Kern/Fellner im Jahr 2017 bitter bezahlt.‘ Nämlich politisch. Weil sie gesagt haben, dass sie keine Inserate mehr schalten. Sie haben es dann in einer negativen Kampagne der Zeitung gebüßt.	K. 1.9
Und es gibt leider Gottes keine Solidarisierung. Ich weiß nicht was passieren müsste, dass sich daran etwas ändert.	K. 3.5
Aber das hat es auch früher schon gegeben. Unter der ersten schwarz-blauen Regierung wollten wir uns zusammenschließen und überlegen, wie wir dem Widerstand leisten. Mehr als drei Sitzungen gab es nicht.	K. 1.8 K. 3.5
Noch etwas hat sich verändert, das ganz schlimm ist: Die Verhaberung gab es schon	K. 1.1

früher, keine Frage. Aber jetzt beobachte und höre ich, dass jungen Kollegen, die zum ersten Mal zu einem Interview mit einem Politiker gehen, sofort das ‚Du‘ angetragen wird. Ein junger Mensch fühlt sich da natürlich geehrt. Er hat nicht das Standing und man kann von ihm auch nicht verlangen, zu sagen, dass das nicht in Frage kommt. Es sind alle per Du.	K. 1.3
Hier wird eine Nähe konstruiert, die natürlich bewusst oder unbewusst sofort die Schere im Kopf etabliert. Das ist unglaublich perfide.	K. 3.4
<i>I: Sie haben die fehlende Solidarisierung angesprochen. Haben Sie bemerkt, dass nach dem Ibiza-Video eine Art Solidarisierung innerhalb der Medien eingetreten ist?</i> A.R.: Sie haben sich solidarisiert, indem sie sich alle auf die Nebenfront treiben ließen. Ich wüsste nicht, dass ein Medium durchgehend auf dem Inhalt geblieben wäre. Sie haben sich alle solidarisch in die falsche Richtung ablenken lassen.	K. 3.5
<i>I: Am Tag nach Bekanntwerden des Ibiza-Videos hat die ‚Krone‘ plötzlich die ORF-Gebühren verteidigt. Denken Sie, dass nach dem Ibiza-Video der Versuch unternommen wurde, den Stellenwert von unabhängigem Journalismus zu forcieren?</i> A.R.: Nein. Das hat damit nichts zu tun. Vielleicht gibt es jemanden, der das glaubt. Ich glaube es nicht.	K. 3.6
Nein, es gibt nicht genügend Diskurs. Und zwar aus dem Grund, dass es keine Gruppe, auch nicht in der Zivilgesellschaft, gibt, die ein Interesse an wirklich unabhängigem Journalismus hat – ob jetzt investigativ oder nicht.	K. 1.3
In Amerika gibt es jede Menge Stiftungen, die Schweiz hat mit „Republik“ ein Online-Magazin (für Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Kultur, Anm.) aufgezogen. Dafür wurden in kürzester Zeit über eine Million Franken aufgetrieben. Das gibt es in Österreich nicht. Nicht einmal ein Herr Haselsteiner hat daran wirkliches Interesse.“	K. 1.9
<i>I: Sie haben gerade gesagt, es fehlt ein zivilgesellschaftliches Bestreben. Kann die Bevölkerung überhaupt einschätzen, wie es um die Pressefreiheit in Österreich bestellt ist?</i> A.R: Der Bevölkerung ist das völlig egal. Die Leute greifen zu diesen Zeitungen (deutet auf ein Exemplar der Zeitung Österreich). Also nicht alle, aber mehrheitlich.	K. 1.3
<i>I: Denken Sie, dass das Vertrauen in die Medien weniger geworden ist?</i> A.R: Ja, natürlich ist es weniger geworden. Aber eigentlich zu Unrecht und durch eigene Schuld. Da spielen verschiedene falsche Entwicklungen eine Rolle. Politiker und Medien schneiden in Umfragen nicht gut ab. Aber die Medien sind auch selbst schuld. Es gibt keine Branche, die sich dermaßen selbst in den Niedergang diskutiert. Sie macht sich geschlossen auf in das Jammertal. Und das ist in einer Demokratie tödlich.	K. 2.4
Ich denke, dass die wirtschaftlichen Umbrüche den Verlagen wirklich zugesetzt haben. Österreich ist zu klein, um diese Mediendichte normal über Werbung zu finanzieren. Diese ist ja eingebrochen, auch in Amerika. Da ist Österreich kein Einzelfall. Aber es wurde nie darüber diskutiert, wie man das ausgleichen könnte. Die staatliche Presseförderung ist zwar ein Kuriosum. Aber sie hat funktioniert, so lange sie ausreichend war, weil sie flächendeckend war. Wenn alle von einer staatlichen Presseförderung abhängig sind, dann ergibt sich daraus wiederum eine gewisse Unabhängigkeit – weil es eben alle betrifft. Franz Vranitzky hat immer gemeint, er könne das im Ausland niemandem erklären. Die Leute dachten, die Medien seien nur Regierungsorgane, weil es diese staatliche Presseförderung gibt. Dem war nicht so. Aber die Reform der staatlichen Presseförderung wird schon jahrelang diskutiert und es passiert nichts. Es fehlt der Wille.	K. 2.1 K. 4.5
<i>I: Das wäre also ein Ansatz von politischer Seite. Müssten die Medien auch von sich heraus aktiver werden?</i> A.R.: Ja. Sie müssten sagen was sie wollen und was sie leisten und dass sie das wirtschaftlich nicht alleine tragen können, weil der Markt zu klein ist. Die Schweiz beispielsweise hat mit ihrer Finanzindustrie und mit ihrer Wirtschaftsstruktur einen ganz anderen Hintergrund.	K. 4.2
Es hat noch niemand ein Geschäftsmodell erfunden, wie sich Medien im digitalen Zeitalter wirklich finanzieren können.	K. 2.1
Dazu muss man sagen, dass der Vorstoß der Regierung, die ORF-Gebühren	K. 1.1

abzuschaffen, schon von der Absicht getragen ist, den ORF zu schwächen. Sonst hätte sie ja ein Modell wie das englische auf den Tisch legen können.	
Grundsätzlich muss ein steuerlich finanzierter ORF nicht unbedingt mehr Abhängigkeit von der Regierung bedeuten. Aber man muss ein Modell finden, das die Unabhängigkeit sicherstellt. Bei uns heißt es: ‚Steuern, das bedeutet Gängelband. Gebühren, das bedeutet Freiheit.‘	K. 2.1
In Österreich greifen solche Diskussionen immer zu kurz. Man weiß, die Bevölkerung interessiert sich in Wahrheit nicht dafür	K. 1.3
<i>I: Schaffen es Medien, einen Beitrag zu leisten, um Medienkompetenz zu vermitteln?</i> A.R.: Nein, das ist eine Sache der Bildung und des Schulsystems. Wir hatten an der FH Maturanten, die nicht den blassesten Schimmer vom Funktionieren der Republik hatten. <i>I: Greift die politische Bildung in den Schulen zu kurz?</i> A.R.: Es gibt Lehrer, die mit ihren Schülern die Gratiszeitungen durchgehen, weil Junge angeblich nur diese lesen. Wie will man da zu einer politisch mündigen, medienpolitisch erkenntnisreichen Bevölkerung kommen? Es ist ein Skandal, mit welchem Mangel an Kenntnissen im politischen Geschehen, das ja jeden betrifft, Leute aus der Schule kommen.	K. 4.3 K. 1.3
<i>I: Sind die Medien da in einer aussichtslosen Position?</i> A.R.: Nichts ist aussichtslos. Überhaupt nichts. Zuerst müsste man aufhören zu jammern. Als zweites müsste man auf eine bessere Bildung beharren.	K. 4.2
Wir brauchen mündige Bürger. Aber die bekommen wir nicht, wenn Maturanten nicht wissen, welche Aufgaben das Parlament oder der Bundespräsident haben oder wie viele Bundesländer es gibt. Da kann man natürlich sagen, das liegt im Interesse der Politik. <i>I: Denken Sie, dass es so ist?</i> A.R.: Ganz bewusst ist das nicht. Noch nicht, sagen wir so.	K. 1.3
<i>I: Sehen Sie da für die nähere Zukunft einen Ausweg?</i> A.R.: Natürlich. Man kann alles ändern. Es braucht nur den politischen Willen und es braucht eine gewisse Bewusstmachung.	K. 4.3
Das ORF-Volksbegehren aus dem Jahr 1967 war ein großes Ereignis in Österreich. Das war eine Sache der Zeitungen und es war eine Sache des Hugo Portisch. So etwas ist heute nicht mehr denkbar.	K. 4.4
Ein Herr Fellner besorgt sich – politisch organisiert – die Lizenzen, die er braucht. Und der Herr Blümel wird sich anschauen, wenn man ihm das nicht liefert.	K. 1.9
<i>I: Wie werten Sie das gemeinsame Statement der Chefredakteurinnen und Chefredakteure, das vor geraumer Zeit veröffentlicht wurde?</i> A.R.: Das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein. Es ist besser, als es hätte es nicht gegeben. Aber hat das eine wirklich tiefgehende Diskussion ausgelöst? Nein. Alle haben es veröffentlicht und damit hatte sich die Sache. Genau das ist der Punkt: Es ist gut, dass es das gegeben hat. Aber das alleine reicht nicht aus.	K. 4.4
Man muss bei der Bildung beginnen. Es gibt sehr viel zu tun, aber irgendwann muss man anfangen. Bei der Bildung und bei der Absicherung des Sozialen. Die soziale Absicherung der Leute, die in der Medienbranche tätig sind, ist wichtig.	K. 4.3
Wenn es möglich ist, Journalisten per SMS rauszuwerfen, was soll man von ihnen verlangen? Sie schreiben jeden Artikel so wie der Verlag ihn will. Ob es stimmt oder nicht. Aber was soll ein junger Mensch machen?	K. 2.1
Ich habe unlängst von einer jungen, wirklich ambitionierten Journalistin gehört, die zum Chefredakteur gesagt hat, sie macht das nicht. Und er meinte, sie muss es machen. Auf Nachfrage hieß es, es sei eine Dienstanweisung. ‚Und wenn Sie die Dienstanweisung nicht befolgen, dann sitzen Sie auf der Straße.‘ Dabei hatte die Journalistin einen Vertrag. Jetzt kann man sich vorstellen, wie viel Rückgrat jemand entwickelt, der auf Pauschale oder auf Zeile arbeitet.	K. 2.6
Aber wir dürfen nicht ins Jammertal gehen. Man sieht in Amerika an der Entwicklung der New York Times, dass guter Journalismus geschätzt wird und dass es möglich ist, mit einer gewissen Art von kontrollierendem, aufklärerischem Journalismus sehr wohl zu	K. 4.2

reüssieren. <i>I: Wäre der Journalismus gut beraten, solche Vorgänge oder Interventionen transparenter zu machen?</i> A.R.: Natürlich wäre das ein Mittel. Aber nicht einmal ein Herr Brandstätter schreibt, was er genau erlebt hat. Ich höre alle möglichen Geschichten von diesen Anrufen, aber ich habe sie noch nie gelesen.	
Es besteht die Angst, dass man von Informationen ausgeschlossen wird oder dass man keine Interviews bekommt.	K. 3.4
Auch das ist nicht neu. Viktor Klima hat während seiner ganzen Amtszeit der Presse kein Interview gegeben. Das muss man aushalten. Den Viktor Klima gab's dann nicht mehr. Die Presse gibt es heute noch.	K. 1.8
<i>I: Kann sich das die Politik auf Dauer leisten?</i> A.R.: Nicht, wenn die Medien entsprechend reagieren.	K. 4.2
Aber vor lauter Konkurrenzangst ist das Rückgrat unterentwickelt.	K. 3.4
<i>I: Durch soziale und die sogenannten 'alternativen Medien' sind viele Leute in ihren Bubbles unterwegs. Wie beurteilen Sie diese Problematik?</i> A.R.: Ich denke das wird sich einspielen. Wir sind alle ein bisschen verwirrt aufgrund der rasanten Entwicklung und wie man damit umgeht. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass ein gewisses Spektrum der Gesellschaft das aggressiver nutzt als andere. Das wird sich aber einspielen und man wird sich darauf einstellen. Wie schwer sich die Medien im Umgang mit den Sozialen Medien tun, haben ja die letzten Jahre gezeigt. Das ist eine Entwicklung, die niemand hier gecheckt hat. Auch die Amerikaner haben lange gebraucht. Das ist auch ein Erziehungsprozess.	K. 2.5
Man muss in die Schulen gehen und den jungen Leuten sagen, wie man zum Beispiel Twitter und das, was dort passiert, einzuordnen hat.	K. 4.1 K. 4.3
Und es wird – aber das ist gerade am Weg – gewisse Regeln geben müssen. Da hinkt die Politik der technischen Entwicklung dermaßen hinterher. Bei der Anhörung von Mark Zuckerberg im US-Kongress saßen Leute, die überhaupt keine Ahnung hatten. Die wussten nicht einmal was sie ihn fragen sollen oder wovon er geredet hat.	K. 4.3 K. 4.5
<i>I: Die Politik selbst nutzt die Sozialen Medien ja sehr als Verbreitungs- und Informationskanäle. Entsteht hier gerade ein Ungleichgewicht, weil die Politik nicht mehr so auf die herkömmlichen Medien angewiesen ist?</i> A.R.: „Selbstverständlich. Der Meister dieser Art von Politik ist Donald Trump. Der hat seinen ganzen Wahlkampf über Twitter betrieben. Aber auch das ist eine Sache der klassischen Medien. Wären die klassischen Medien nicht auf jeden Rülpsen aufgesprungen – und sie machen es ja noch immer – wäre das ganz anders ausgegangen. Man kann Trump nicht vorwerfen, dass er das erkannt hat.	K. 2.5
Wie man es positiv nützt, hat Barack Obama gezeigt. Wer sich registriert hat, bekam in der Sekunde eine personalisierte E-Mail. Wir müssen uns endlich bewusst machen, was schon in allen früheren Entwicklungen der Fall war: Es gibt Vor- und Nachteile und es kommt darauf an, wie man es handhabt.	K. 2.6
Die technische Entwicklung ist neutral. Aber wenn etwas meiner Gesellschaft oder meiner Auffassung von Demokratie zuwiderläuft, dann muss ich Regeln aufstellen und diese dann politisch durchsetzen. Daran hängt es: am politischen Willen.	K. 4.3 K. 4.5
Ich bin ungeduldig, wenn ich höre, alles gehe den Bach runter und demnächst werden überhaupt nur mehr Algorithmen Berichte schreiben. Das sind mögliche Entwicklungen. In Amerika gibt es politische Sitzungen, über die direkt aus Bangladesch berichtet wird, weil man per Livestream zugeschaltet ist. Dazu braucht man nicht mehr in Sacramento sitzen. Das ist eine Entwicklung, die einem Angst macht.	K. 2.5
Aber irgendwann wird die Zeitung draufkommen, dass der Bericht für die Leute interessanter ist, wenn man doch vor Ort sitzt. Wir sind jetzt in einer Umbruchszeit.	K. 1.7
<i>I: Braucht es diese gerade, um ein Bewusstsein dafür zu erlangen?</i> A.R.: Ich glaube schon. Ich will es ja nicht herbeiwünschen, aber es wird wahrscheinlich irgendeinen Supergau von Fake News brauchen. Wahrscheinlich auf der Wirtschaftsseite.	K. 2.6.

Eine Falschmeldung, die unglaubliche schädliche Auswirkungen hat – wirtschaftlich oder politisch. So etwas kann unglaubliche Entwicklungen auslösen. Früher war es ein Gerücht. Das hat dann eine Weile gedauert. Jetzt geht das innerhalb von 24 Stunden. Ich hoffe, dass sich die Leute mit dieser Entwicklung beschäftigen, bevor so etwas passiert. Aber ganz sicher wird es passieren, falls es zu so einem Supergau an Fake News kommen sollte. Ich glaube dann werden sie aufwachen.	
---	--

Textstelle – Interview 3	Kategorie
Also ich glaube, der Grund dafür war unter anderem der Erlass im Innenministerium, bestimmte Medien von der Informationsarbeit auszuschließen. Dass eben mit bestimmten Medien zusammengearbeitet wird und mit kritischen <u>nicht</u> zusammengearbeitet wird. Das ist vonseiten eines Ministeriums eigentlich einfach unzulässig. Das geht so nicht. Und ich glaube, das war der Grund, warum wir abgerutscht sind im Reporter-Ranking.	K. 1.3 K. 1.5
Die Gesamtsituation sehe ich, ehrlich gesagt, sehr positiv im Vergleich zu den meisten Ländern der Welt – aber mit Luft nach oben.“	K. 1.1
Also die Angriffe auf JournalistInnen sind vor allem von rechter Seite gekommen. Das hat es auch immer schon so gegeben, weil die rechten Parteien, also in Österreich die FPÖ, traditionell kein enges Verhältnis zu Massenmedien haben – im Gegensatz zu anderen Parteien, die eine Gesprächsbasis haben. Die FPÖ hat immer ein gespanntes Verhältnis aus ihrer Sicht jetzt zur Presse gehabt – war auch immer stark unter Beobachtung – und hat deswegen zwei Dinge gemacht:	K. 1.1 K. 1.3 K. 1.5
Das erste ist gleich von Beginn an, sobald die Möglichkeiten da waren, selbst Medien aufzubauen. Also FPÖ-TV ist so ein Beispiel oder die FPÖ-Facebookseite, ‚Unzensuriert‘, ‚Wochenblick‘ usw. Das sind alles eigene Medien im Umfeld der Partei. Das zweite war auch immer schon ein gespanntes Verhältnis zu Journalisten und Journalistinnen. Das ist nicht unbedingt neu. Es hat nur eine neue Qualität bekommen durch die Möglichkeit, die Facebook bietet. Vor allem Facebook. Das heißt, dass man gezielte Angriffskampagnen losstarten kann, wo anonyme Angriffe kommen in einer hohen Zahl, und das ist dazugekommen in den letzten Jahren. Allerdings nicht in den letzten zwei Jahren, sondern in den letzten fünf bis sechs Jahren.	K. 1.3 K. 2.5
Naja bei der FPÖ ist es sich zu positionieren. Das ist eine Positionierungsfrage. Das heißt, sich selbst als Anti-Establishment-Partei zu zeigen und die Medien zu framen, als Teil des Establishments. Das ist der Versuch dahinter.“	K. 1.6 K. 2.5
<i>I: Inwieweit ist das als Angriff auf die Demokratie zu werten?</i> C.M.: Nein. Das sehe ich nicht. Also ich glaube es steht jeder Partei zu, Medien zu kritisieren.	K. 1.9
Was allerdings bedenklich ist, ist das Ausmaß von Online-Hass, der dann teilweise auch von Parteien geschürt wird, also von der FPÖ in dem Fall konkret oder auch jetzt gerade zum Beispiel von der Liste Pilz. Also das ist jetzt nicht eine reine FPÖ-Spezialität. Also so Kampagnen, Kommentar-Kampagnen loszutreten, die einzelne Personen in den Medien, einzelne Journalisten rausgreifen und versuchen, die persönlich anzugreifen und zu schwächen. Das, finde ich, hat eine bedenkliche Dimension.	K. 1.5 K. 2.5
Da bin ich der Meinung, dass politische Parteien – egal welcher Richtung – die Verantwortung haben, für eine ordentliche Zusammenarbeit zu sorgen.	K. 4.3
Aber dass das gegenseitig kritisch ist, sehe ich nicht als Gefahr für die Demokratie. Ich finde jeder Politiker hat das Recht, Berichterstattung zu kritisieren.“	K. 1.9
<i>I: Sehen Sie ein Bestreben in der Politik, weil Sie eben gesagt haben, es wäre die Aufgabe der Politik – sehen Sie Ansätze, dass da etwas unternommen wird?</i> C.M.: Naja, es hat einige Bestrebungen gegen Hass im Netz gegeben, wo auch Journalistinnen und Journalisten im Zentrum gestanden sind. Aber keine, die wirklich gefruchtet hätten.	K. 4.5
<i>I: Diese Konstruktion des ‚Feindbildes Journalist‘ – welche kurz- und langfristigen Effekte sind da die Folge?</i>	K. 3.4

C.M.: Naja, kurzfristig ist es anstrengend für die Betroffenen sozusagen. Aber das kann sich auch unterschiedlich äußern. Also je nachdem. Es gibt eine Form von Angriffen, die beiden Seiten die Möglichkeit bietet, sich selbst zu erhöhen in der Konfrontation. Das heißt, die beiden Seiten Profilierung bietet sozusagen. Und es gibt eine Form von Diffamierung und Bedrohungen auf persönlicher Ebene, die auch vor allem gegen Frauen oft passiert, die einfach nur beeinträchtigend ist für die betroffenen Journalistinnen.	
Also ich bin selten konfrontiert damit. Wenn, dann geht's um kritische Interviews hauptsächlich. Teilweise auch kritische Berichterstattung, aber hauptsächlich kritische Interviews. Also große Fernsehinterviews, die kritisch sind – während und nach denen dann so eine Welle an Hasskommentaren kommt. Ich muss aber auch sagen, dass das jetzt eher länger nicht war. Also bei mir was das das letzte Mal massiv 2016 im Bundespräsidentenwahlkampf.	K. 2.5 K. 3.1
In den letzten zwei Jahren hat sich das sehr stark auf den ORF konzentriert.	K. 1.1
<i>I: Wie ist das damals unter Schwarz-Blau I abgelaufen?</i> C.M.: Naja, da war diese Facebook-Möglichkeit noch nicht so groß. Aber die Angriffe waren genauso groß – und auch dazwischen. Also da ist halt eher viel über OTS gekommen, also über Aussendungen. Das war damals eher das Mittel. (lacht) Aber Angriffe auf Journalisten hat es damals auch schon gegeben.	K. 1.8
<i>I: Ist die kritische Berichterstattung in Österreich weniger geworden oder anders gefragt, wie ist es um die kritische Berichterstattung in Österreich bestellt?</i> C.M.: Das ist nach Medium verschieden. Die Medien, die haben eigentlich ihre Linie alle recht beibehalten. Im Boulevard ist das stark geprägt von Anzeigenvolumina – habe ich manchmal den Eindruck bzw. berichten das Politiker auch so. Also jetzt insgesamt bei Boulevardmedien. Und sonst finde ich haben alle Medien ihre Linie beibehalten. Insgesamt ist die Berichterstattung durchaus kritisch. Also wir haben keinen Jubeljournalismus im Land.	K. 2.2
Ich glaube, dass diese ‚Message Control‘ überhöht wird. Also zum großen Teil machen da Pressesprecher ihren Job, die dafür zuständig sind, ihre Chefs und Chefinnen, also deren Botschaft rüberzubringen. Das ist ihre Aufgabe und das machen sie eben auch. Also insofern ist das ein bisschen überhöht. Das ist jetzt auch nichts wahnsinnig Neues. Es gibt ein paar andere Problem, die jetzt aber nicht mit Schwarz-Blau angefangen haben. Das eine ist ein grundlegendes Problem. Das ist die Informationsfreiheit. Das, finde ich, ist überhaupt das <u>Hauptproblem</u> , das wir in Österreich zur Pressefreiheit haben. Das weicht jetzt ein bisschen ab von Ihrer Frage, aber ich muss es da einbringen. Das Hauptproblem ist, dass wir keine Gesetze haben, die uns Zugang zu Information ermöglichen. Es gibt andere Länder da gibt es zum Beispiel einen ‚Freedom of Information Act‘. Das bedeutet, überall, wo öffentliches Geld im Spiel ist oder wo öffentliche Institutionen im Spiel sind, gibt es eine Pflicht, diese Institutionen-Informationen an die Presse zu geben. Also man kann Anfragen machen und muss eine Antwort bekommen. Das ist in Österreich nicht so, weil das Amtsgeheimnis eine <u>absurde</u> Stärke hat. Also es wird jede kritische Anfrage mit dem Amtsgeheimnis abgeschmettert.	K. 1.1 K. 1.3
Das führt dazu, dass investigativer Journalismus nicht möglich ist mit solchen Anfragen, sondern darauf angewiesen ist, dass Whistleblower Informationen rausspielen. Was wiederum dazu führt, dass sich Investigativjournalisten Kontakte aufbauen müssen. Das ist aber natürlich immer () teilweise ist das interessensfrei. Also es sind Leute, die einfach die Öffentlichkeit informieren wollen. Teilweise ist es aber auch interessensgeleitet, wenn jemand Informationen rausgibt. Die gibt er ja auch in dem Umfang raus, wie es ihm passt. Das Grundlegende ist – bei der Informationsbeschaffung haben wir ein Problem.	K. 1.1. K. 2.6
Und das Zweite, was auch damit zusammenhängt, bei der Informationsbeschaffung meine ich jetzt – das ist hart, da müsste die Gesetzeslage geändert werden, das Zweite ist eher im Softbereich. Das ist die Frage wie offen Politik kommuniziert. Da wäre das Ideal für Pressefreiheit Pressekonferenzen mit der Möglichkeit nachzufragen, zu denen jeder, der akkreditiert ist und einen Presseausweis hat, auch hinkommen kann und dieselbe Möglichkeit hat, nachzufragen.	K. 1.1 K. 4.5

Da hat sich in den letzten Jahren, allerdings schon vor Türkis-Blau, also auch schon unter SPÖ-Kanzlern, schon so eine Tradition schon fast von Hintergrundgesprächen entwickelt. Weil bei Hintergrundgesprächen ist es so, dass bestimmte Journalisten geladen werden. Ein Hintergrundgespräch ist ein üblicher Vorgang und nützlicher Vorgang. Aber es ist in den letzten Jahren überspannt worden, statt Pressekonferenzen, die eigentlich alle angehen würde, Hintergrundgespräche abzuhalten – über die dann durchaus berichtet wird, aber wo eben nur hingehen kann, wer eine persönliche Einladung bekommen hat. Das heißt, das öffentliche Pressestatement hat abgenommen und das finde ich auch schlecht für Pressefreiheit.	K. 1.1 K. 1.3
<i>I: Trägt hier der Journalismus eine Mitschuld? Wehrt man sich hier zu wenig?</i> C.M.: Es ist schon thematisiert worden. Aber Journalisten und Medien leben eben auch davon, dass sie exklusiven Zugang zu Informationen bekommen, zum Beispiel auch Exklusivgeschichten oder Interviews, die nur sie selbst haben. Und deswegen werden die Termine natürlich nicht abgelehnt, sondern man geht dann hin.	K. 1.3
Aber insgesamt ist das keine gute Entwicklung. Eine offenere Kommunikation wäre nützlicher für die Pressefreiheit – die wirklich für alle, die den Status von Journalisten haben, offen ist, und wo es die Möglichkeit für Nachfragen gibt.	K. 4.3
Aber es ist ja zum Beispiel bei dieser Nachfrage-Sache, darunter das Ibiza-Video mit zwei, drei Pressekonferenzen ohne Frage-Möglichkeit. Und da haben sich Journalisten dann sofort gewehrt und ein gemeinsames Statement rausgegeben, um zu sagen, das geht so nicht. Also es muss die Möglichkeit geben, nachzufragen. Sonst werden die Pressekonferenzen nicht mehr übertragen. Und das war sofort wirkungsvoll. Also es waren schon am nächsten Tag wieder Fragen zugelassen. <i>I: Das wollte ich gerade fragen, wie da die Response war auf diese gemeinsame Erklärung?</i> C.M.: In den nächsten Pressekonferenzen nach der Erklärung waren Fragen wieder zugelassen.	K. 4.4
Naja, insgesamt ist Österreich eben ein kleines Land, wo Menschen einander kennen. Das würde ich nicht an sich problematisieren, weil es einfach gar nicht vermeidbar ist. Das ist das Gleiche zwischen Politik und Wirtschaft oder zwischen Society und () also das ist einfach das ganze Land. Wir sind einfach ein wirklich kleines Land. Ganz Österreich ist da ungefähr so groß wie Paris oder so. (lacht) Natürlich kennen sich die Leute.	K. 2.6
Das Wichtige ist, dass man die Rollen einhält. Ich glaube, dass das größtenteils schon passiert. Ich sehe das nicht so pessimistisch wie manche Kollegen.“	K. 4.2 K. 4.3
Das mit den Hintergrundgesprächen war bei Faymann schon so und war bei Kern auch schon so.	K. 1.8
<i>I: Und im Zuge der Recherche, wenn man jetzt Informationen einsammelt – passiert es, dass einem Infos vorenthalten werden?</i> C.M.: Ja genau. Aber das war davor auch schon so. Das ist leider nichts Neues. Deswegen meine ich ja, das Grundproblem ist, dass die Gesetzesgrundlage fehlt. Also es fehlt einfach ein Transparenzgesetz, wo man als Presse das Recht hat, die Informationen zu bekommen und nicht darauf angewiesen ist, ob sie jemand herausgeben will oder so. Aber das ist jetzt nicht schlimmer geworden.	K. 1.3
Was sich ein bisschen geändert hat, ist die Qualität. Das Parlament hatte dieses Recht. Das kann Anfragen machen. Und Anfragebeantwortungen sind dann eine wichtige Quelle, weil da die Ministerien verpflichtet sind, Auskunft zu geben. Die Qualität der Anfragebeantwortungen hat sich in den letzten eineinhalb Jahren eher verschlechtert. Also die sind weniger ausführlich geworden, mehr ausweichend oder allgemein, ja.	K. 1.1 K. 1.3
Naja diese Zusammenschlüsse und dieses Wehren gegen Missstände ist, glaube ich, ein wichtiger Punkt. So wie es jetzt eben rund um die Ibiza-Pressekonferenzen passiert ist, dass man sich schnell zusammenschließt und sagt ‚so geht’s nicht.‘ Und das Zweite ist das Eintreten für so ein Gesetz. Das passiert aber. Es gibt das ‚Forum Informationsfreiheit‘, wo sehr viele Kollegen und Kolleginnen dabei sind.	K. 4.2
Leider bisher ohne Erfolg, trotz immer wiederkehrender Versprechungen (lacht), dass es	K. 1.1

das Gesetz geben wird. Aber bisher gibt es das noch nicht.	
Und sonst muss man halt seine Arbeit machen ganz einfach. Aber ich finde diese Message-Control-Kritik, finde ich in großen Teilen dünn. Weil die bezieht sich darauf, dass die Pressesprecher und Pressesprecherinnen dieser Regierung nachfragen, die Botschaft erklären. Auch nach Erscheinen von Artikeln anrufen und sagen ‚das sehen wir anders‘ und solche Dinge. Das finde ich, das ist ganz simpel ihr Job. Das ist alles total legitim. Jeder kann sich über einen Artikel beschweren. Jeder kann seine Sicht noch einmal darlegen. Jeder hat das Recht in den Redaktionen anzurufen und zu sagen, ‚der Beitrag, der erschienen ist, entspricht nicht dem, wie wir die Sache sehen.‘ Das ist alles legitim. Wenn so etwas als Problem gesehen wird, vor dem dann Leute einknicken, dann ist das Problem eher in den Medien.	K. 1.3
Illegitim, also bedenklich wird es, wenn so etwas passiert wie im Innenministerium bei Kickl. Dass also tatsächlich Informationen nur selektiv an gewisse Medien herausgegeben werden, die kooperieren. Das geht nicht. Also da ist total die Grenze überschritten. Oder wenn es mit öffentlichen Aufträgen gekoppelt ist, wie es auch passiert ist im Innenministerium bzw. auch in mehreren. Also es haben mehrere Ministerien kritischen Medien die Aufträge entzogen und anderen gegeben. Das ist öffentliches Geld, mit dem da gearbeitet wird. So etwas danach auszurichten wie die Berichterstattung in einem Medium ist, finde ich auch illegitim. Das überschreitet die Grenze von dem, was geht. Aber sich zu beschweren oder zu versuchen, ihre eigene Sicht darzustellen und dafür auch anzurufen, ist legitim. Dann liegt es am Journalisten und an der Journalistin, sich davon nicht beeinflussen zu lassen. Ganz einfach.	K. 1.1 K. 1.3 K. 1.5
<i>I: Haben Sie auch Erfahrungen gemacht mit Interventionen, wo dann auch Folgen angedroht wurden?</i> C.M.: Habe ich nie erlebt, nein. Aber ich arbeite auch in einem, wo das sehr schwer möglich ist. Insofern (lacht).	K. 3.1
Das ist natürlich in anderen Unternehmen leichter, wo man den Eigentümer anrufen kann oder wo die Politik selbst in den Steuerungsgremien sitzt, so wie im ORF. Da sitzt die Politik selbst im Stiftungsrat. Da ist es natürlich bedenklicher. Oder wenn der Eigentümer unter Druck gesetzt wird, dass er die Redaktion unter Druck setzen soll. Da ist es auch bedenklicher.	K. 1.1 K. 1.5
In meinem Unternehmen geht das einfach gar nicht. Wir sind ja die Tochter einer deutschen Aktiengesellschaft. Also gibt es niemanden, wo man intervenieren könnte. <i>I: Also insofern eine gute Position?</i> C.M.: Ja, das ist eine sehr gute Position für unabhängigen Journalismus.	K. 1.2
Aber jetzt, ehrlich gesagt, machen die anderen auch ihren Job. Ich habe nicht das Gefühl, dass ein Medium komplett die Linie geändert hätte mit der Regierung.	K. 1.1
In letzter Zeit wird das Vertrauen mehr. Es ist lange Zeit immer weniger geworden – parallel mit der Politik. In den letzten ein, zwei Jahren ist es – also nach Umfragen jetzt – steigt es eher.	K. 2.4
Ich glaube, dass viele einfach erkennen, dass in dieser Flut an ungeprüften Informationen, die über soziale Netzwerke daherkommen, Soziale Medien daherkommen, dass es einen Wert hat, dass es Profis gibt, die Information checken und zusammenfassen und erklären. Das ist der Grund warum es eher wieder steigt.	K. 2.4 K. 2.5
<i>I: Glauben Sie, dass die Situation in der öffentlichen Wahrnehmung auch eingeordnet werden kann?</i> C.M.: Können schon. Denn es gibt schon viel Berichterstattung drüber und es gibt auch eigene – ‚Dossier‘ zum Beispiel, diese Rechercheplattform, beschäftigt sich zu einem großen Teil damit. Das heißt diese Information gibt es. Inwieweit die die Richtigen erreicht, hängt einfach vom Interesse der einzelnen Personen ab, würde ich sagen. Also wer daran interessiert ist, der findet die Information. Wer sich nicht dafür interessiert, dem würde sie wahrscheinlich nicht unter die Nase gerieben werden.	K. 4.6
<i>I: Können Journalisten und Medien allgemein dazu beitragen, Medienkompetenz zu vermitteln?</i>	K. 4.1 K. 4.2

C.M.: Ja klar. Das versuchen wird auch sehr stark. Wir machen viel mehr als früher unsere Recherchen transparent. Wir machen viel mehr als früher zum Beispiel so Geschichten, wo drinnen steht ‚was wissen wir, was wissen wir nicht‘. Also um auch klar zu machen, wie recherchiert wird und dass es Teile gibt, die man noch nicht weiß. Das ist besonders bei so Developing Storys oder bei Breaking News wichtig zu sagen: ‚Das wissen wir. Aber das wissen wir noch nicht. Da fragen wir noch nach.‘ Wir versuchen, möglichst transparent auch Faktenchecks zu machen. Auch Dinge, die in sozialen Medien auftauchen und falsch sind, zu rekonstruieren und zu zeigen. ‚Das ist falsch und das ist der Hintergrund und das sind die Quellen.‘ Also das machen wir. Das können Journalisten und sollen sie auch machen. Und wir tun’s auch vermehrt. I: Wie wird das angenommen? C.M.: Das kommt sehr gut an.	K. 4.4
I: Noch etwas zum Thema Social Media: Welche Möglichkeit gibt es, Menschen aus Bubbles zu holen oder diese zu erreichen? C.M.: „Ich glaube, dass das Problem eines – also man kann natürlich appellieren an die Leute, sich besser zu informieren, aber ich weiß nicht wie wirkungsvoll das ist, wenn jemand sich schon eingeschossen hat auf solche Kanäle. Das Problem ist, dass extrem viele Menschen mit diesen Kanälen konfrontiert werden in ihren sozialen Netzwerken, in denen sie teilweise aus anderen Gründen sind und nicht unbedingt jetzt um sich zu informieren. Und zwar deshalb, weil diese Sozialen Medien, vor allem Youtube und Facebook, massiv in anderen Ländern – auch Whatsapp, aber das ist bei uns weniger, aber massiv Youtube und Facebook – belohnen algorithmisch Hass, Lügen und Propaganda. Das heißt, sie spielen Lügen, Hass und Propaganda und Radikalisierung stärker aus als differenzierte Information. Das führt dazu, dass Menschen überhaupt erst damit in Kontakt kommen. Dann ist es natürlich gut gemacht. Besonders, wenn es Propagandamedien sind. Viele dieser sogenannten alternativen Medien sind ja auch Propagandamedien, wo bestimmte Interessen dahinterstehen. Und die sind dann auch gut gemacht, also technisch und handwerklich gut gemacht, sodass sie Aufmerksamkeit erregen und dass sie Zweifel säen. Es ist natürlich immer viel leichter, Zweifel zu säen, als zu informieren. Und das Problem ist aber die massenhafte Reichweite, die sie generieren über Youtube und Facebook, weil die diese Vorgangsweise so stark belohnen. Also man kann auf Youtube ein beliebiges Thema eingeben, man ist mit drei, vier Klicks in der Verschwörungstheorie und kommt dort auch dann nicht mehr raus, weil alle danach vorgeschlagenen Videos und das Autoplay einem immer weitere Verschwörungstheorien servieren. Und das führt dazu, dass sehr, sehr viele Menschen damit konfrontiert sind und da drinnen landen überhaupt in diesen Filter Bubbles. Das ist ein regulatorisches Problem meiner Meinung nach. I: Ist das ein Versäumnis der Politik? C.M.: Naja, einmal dieser Sozialen Medien natürlich, weil die keine Herausgeber-Verantwortung wahrnehmen. Weil sie behaupten, keine Medien zu sein – was natürlich Blödsinn ist. Sie spielen die Information ja raus. Also man muss sie dort nicht suchen, sondern man bekommt sie serviert. Auf der Startseite, auf Facebook über den News-Feed. Was da drinnen ist, wählt Facebook aus. Insofern ist Facebook der Herausgeber des News-Feeds des jeweiligen. Bei Youtube ähnlich – also die Recommendations auf der Seite. Die Suchergebnisse, die Recommendations und das Autoplay wählt ja Youtube aus den Millionen, Millionen Videos, die da jeden Tag drauf landen. Und in dem Sinn sind sie Herausgeber von Medien, nehmen aber keine Herausgeber-Verantwortung wahr oder nur so weit es ihnen passt. Also zum Beispiel, dass weibliche Brüste komplett verboten sind und gar nicht gehen, Hakenkreuze aber jederzeit. Das ist eine redaktionelle Entscheidung von Facebook und von Youtube – ist bei beiden gleich. Und diese Entscheidung treffen sie, andere treffen sie eben nicht. Also sie treffen die redaktionelle Entscheidung ‚viel Hass, viel Verschwörungstheorie, viel Propaganda, möglichst viel Lüge rauszuspielen, weil ihnen das am meisten Aufmerksamkeit bringt – Verweildauer bei den Usern. Einerseits ist es deren Verantwortung, dass sie ihre Medien so programmieren.	K. 2.5
Andererseits ist es eine politische Verantwortung, nämlich diese Medien in die	K. 4.3

Herausgeber-Verantwortung zu nehmen, damit sie sich an Medienrecht halten. Medienrecht ist ohnehin sehr weit gefasst. Also es ist sehr, sehr viel möglich unter Medienrecht, weil Meinungsfreiheit auch ein hohes Gut ist und man es abwägen muss. Aber es gibt bestimmte Grenzen dafür, was Medien dürfen, die massenhaft Information verbreiten. Das ist zum Beispiel Verleumdungen, Anschuldigungen ohne die Gegenseite einzuholen, Verhetzung usw. Das ist alles verboten im Medienrecht und Youtube und Facebook halten sich nicht daran. Und da ist eine politische Verantwortung, weil das müsste man anwenden.	K. 4.5
Ich sehe schon eine Tendenz, dass die Politik da stärker eingreifen will. Allerdings zögerlich und langsam. Was glaube ich verschiedene Gründe hat. Einerseits ist es simpel die Frage, wie gut man sich auskennt und wer einen berät. Und die Medien haben ein Vielfaches von Lobbyisten als alle anderen – sogar als demokratiepolitische Organisationen, die auf so was hinweisen, aber auch als europäische Medien. Das heißt also viele Informationen, mit denen Politikern arbeiten, wenn es um dieses Thema geht, kommt genau von diesen Konzernen. Das ist ein Problem, dass sich Leute zu wenig auskennen. Das Zweite ist, dass wir es mit globalen Medien zu tun haben und nationaler Politik – in der nationale Politik nur schwer was ausrichten kann. Das geht schon, also in Deutschland das Netzdurchsetzungsgesetz war so eine Sache, aber es müsste eigentlich auf europäischer Ebene passieren bzw. auf US-Ebene. Aber bei uns auf europäischer Ebene. Aber da mahlen die Mühlen eben langsam.	K. 2.5 K. 4.3 K. 4.6
<i>I: Könnte man auch mit politischer Bildung in Schulen, Universitäten und überall gegenwirken, quasi von der anderen Seite?</i> C.M.: Ja, das glaube ich schon. Ich glaube es wäre sehr wichtig, das im Pflichtschulalter unterzubringen. Also in der Volksschule und in den Unterstufen, Mittelschulen und Hauptschulen. Also von sechs bis 14 wäre es <u>extrem</u> wichtig, Medienkompetenz zu vermitteln und den Kindern und Jugendlichen ein Rüstzeug mitzugeben, wie sie sich in dieser Informationswelt bewegen können.	K. 4.3
Das passiert leider so gut wie nicht. Es geht nur immer auf Initiative von einzelnen Lehrern, die mit Vereinen wie ‚Safer Internet‘ zum Beispiel zusammenarbeiten. Ist schlecht finanziert und ist nicht im Lehrplan drinnen, aber das wäre ein ganz, ganz wichtiges Ding. Wichtiger als viel anderes, was in der Schule unterrichtet wird meiner Meinung nach (lacht).	K. 4.4 K. 4.5
Die Kinder und Jugendlichen brauchen ein Rüstzeug, um einordnen zu können, welche Information sie da bekommen, woher das kommt, um die Werkzeuge zu haben, zu hinterfragen	K. 4.3
<i>I: Sehen Sie dahingehend ein Bestreben der Politik?</i> C.M.: Das stärker zu machen? Nein, ehrlich gesagt, nein. Es gibt schon Bestrebungen, die Digitalisierung in die Schule zu bringen. Aber das beschränkt sich dann meistens darauf, dass die Kinder digitale Lehrmittel verwenden oder vielleicht so Anfänge von Programmieren lernen in manchen Schulen oder dass sie die Geräte zur Verfügung haben, also dass sie Zugang zu Computern haben oder Laptops oder dass sie Tablets bekommen. Also da gibt es schon relativ viele Bestrebungen. Aber die Kompetenz, sich in dieser Informationswelt zurechtzufinden, wird nicht bis ganz wenig unterrichtet. Wenn dann eben nur auf Eigeninitiative von einzelnen Lehrern.	K. 4.5

Textstelle – Interview 4	Kategorie
Naja, die Situation derzeit ist ein bisschen anders, als sie im Frühling war. Nachdem es momentan eine inaktive oder eine Übergangsregierung gibt, ist das ein bisschen anders, als es unter der vorherigen Regierung war. Insofern ist jetzt gerade ein Zeitfenster, wo man nicht sagen kann, wie das ab Dezember, Jänner, weil es ja eine neue Regierung gibt, weitergeht.	K. 1.1
Unter der vorherigen Regierung war es tatsächlich schwierig, jedenfalls für den ORF. Weil ganz sicher keine Regierung vorher versucht hat, den ORF so sehr (...) also nicht zu	K. 1.1 K. 1.2

zerstören, weil das wollte man ja offiziell nicht, aber den ORF so sehr zu beschädigen. Diese diskutierte Abschaffung der Rundfunkgebühren und Budgetfinanzierung wäre einfach de facto eine Verstaatlichung des ORF gewesen – das Ende des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Und diese Debatte gabs noch nie. Es gab auch noch nie eine Regierung, in der eine Regierungspartei so <u>offen</u> gesagt hat, dass sie den ORF eigentlich in der derzeitigen Form nicht will – und die andere Regierungspartei zumindest nicht sehr stark dageengehalten hat. Das war für den ORF eine wirklich existenzgefährdende Situation, glaube ich. Und das war tatsächlich neu.	K. 1.3 K. 3.2
<i>I: Inwiefern sehen Sie dahinter auch einen Angriff auf die Demokratie?</i> A.W.: Eine Angriff auf die Demokratie – das ist immer ein bisschen schwer zu sagen. Es wird in Österreich auch eine Demokratie geben, wenn's den ORF nicht gibt. Aber das muss man Kollegen im Ausland schon immer wieder erklären. Der ORF spielt in Österreich eine <u>ungewöhnlich</u> große Rolle. Also noch mehr als es zum Beispiel die Öffentlich-Rechtlichen in Deutschland tun, obwohl es dort ein sehr starkes öffentlich-rechtliches System gibt. Aber in diesem kleinen Land ist der ORF ein so wichtiges und großes Medienunternehmen und vergleichsweise so viel größer als alle anderen, dass es schon für die öffentliche Meinungsbildung und für den Diskurs eine entscheidende Rolle spielt.	K. 1.1 K. 1.2
Wenn es den ORF nicht mehr gäbe oder er agieren würde wie ein Staatsfunk, wäre das ein Problem. Würde er agieren wie ein Staatsfunk, wäre es sogar ein noch größeres Problem, als wenn man ihn abschaffen würde. Also ich glaube im Zweifel wäre es sogar besser, ihn abzuschaffen, als man würde daraus einen klassischen Regierungsfunk machen wie zum Beispiel in Ungarn, weil er eben so einflussreich ist. Er <u>muss</u> unabhängig berichten können oder man muss ihn ganz abschaffen. Also ein derartig mächtiges Medienunternehmen, das vollkommen unter Regierungseinfluss wäre, wäre ein wirkliches demokratiepolitisches Problem.“ <i>I: Inwieweit kann der ORF das jetzt – denn es gibt ja eben über Stiftungsrat usw. verschiedenste Formen der Einflussnahme – inwiefern kann der ORF jetzt tatsächlich unabhängig berichten?</i> A.W.: Der ORF kann im Alltag sehr unabhängig berichten, obwohl die Konstruktion, wie im ORF Führungspositionen vergeben werden und auch wie alle paar Jahre Gebührenerhöhungen funktionieren, schon problematisch ist. Also dass mit dem Regierungswechsel binnen relativ weniger Monate auch ganz viele wichtige Führungsfunktionen in der aktuellen Berichterstattung ausgetauscht worden sind, ist an sich ein klassisches Kennzeichen von Staatsfunk-Anstalten und nicht von öffentlich-rechtlichem Rundfunk. Also das gibt es zum Beispiel in Deutschland so nicht. Das gibt es bei der BBC so nicht. Das ist schon problematisch. Was uns schützt, ist ein sehr starkes Redakteursstatut und dass wir schon sehr stark unter öffentlicher Beobachtung sind. Das heißt, auch Menschen, die neu in Führungsfunktionen kommen, wo man nicht immer ganz genau weiß warum sie in Führungsfunktionen kommen, können jetzt nicht wahllos die Berichterstattung neu ausrichten	K. 1.2
<i>I: Haben Sie persönlich bemerkt, dass trotzdem versucht wird von außen gezielt zu beeinflussen?</i> A.W.: Ja, aber das ist nicht neu. Das gabs immer. Also ich arbeite hier seit 24 Jahren, fast 25 Jahren im Fernsehen. Den Versuch der jeweiligen Regierung oder überhaupt von politischen Parteien und politischen Akteuren, die Berichterstattung zu beeinflussen, das gibt's immer und überall. Das ist nicht so sehr das Problem. Denn man kann ja immer nein sagen.	K. 1.1 K. 1.8
Das Problem ist, wenn Leute das Gefühl kriegen, dass ihr berufliches Fortkommen davon abhängt, ob sie öfter ja oder nein sagen, dann kanns schwierig werden. Und dass nicht alle Personalentscheidungen, die im ORF in den letzten Jahren und auch Jahrzehnten gefallen sind, immer nur sachlich motiviert waren, ist glaube ich auch relativ offensichtlich.	K. 1.9
<i>I: Jetzt haben Sie am Anfang gesagt, quasi so wie unter der letzten Regierung, also in der Form, gab's das nicht. Sie sind ja schon länger dabei, haben auch Erfahrungen mit Schwarz-Blau I damals gemacht, kann man da Parallelen ziehen?</i> A.W.: Man kann insofern – eigentlich ist es tatsächlich anders, weil die FPÖ zwar auch	K. 1.8

damals schon nicht gut auf den ORF zu sprechen war und massiv versucht hat, auch Einfluss zu nehmen, aber nicht die Institution ORF als solche infrage gestellt hat. Also zum Beispiel die Rundfunkgebühren nicht eine Sekunde in Frage gestellt hat. Und die <u>ÖVP</u> , ganz klassisch wie die ÖVP und die SPÖ jahrzehntelang funktioniert haben, versucht hat einfach den ORF möglichst zu lenken und möglichst durch Personal zu dominieren. Was neu ist, ist, dass in der ÖVP-Führung ein völliger Generationenwechsel stattgefunden hat. Und während Wolfgang Schüssel, Andreas Kohl, also Leute, die damals wirklich wichtig waren, Molterer, als Mediensprecher der ÖVP – die haben den ORF als Institution nie infrage gestellt, sondern immer klar gesagt, das ist eine ganz zentrale Institution in Österreich, die versucht man möglichst zu beeinflussen.	
Das, glaube ich, ist bei der jetzigen ÖVP-Führung nicht mehr so. Also Sebastian Kurz ist 32, der Medienminister ist 36. Der Medienminister besitzt keinen Fernseher. Die wissen schon, dass der ORF wichtig ist, aber ich glaube das Verhältnis ist viel transaktionaler. Also wenn der ORF so agiert, wie wir uns das vorstellen, dann ist es gut und wenn er nicht so agiert, dann ist er vielleicht auch nicht so wichtig. Was braucht man unbedingt einen Öffentlich-Rechtlichen? Keine Ahnung. (...) Wäre jetzt mein Eindruck. Möglicherweise würden das Herr Blümel und Herr Kurz anders sagen. Aber ich glaube, dass sie emotional jedenfalls ein völlig anderes Verhältnis zum ORF haben, als es die doppelt so alte Generation von Schwarz-Blau I hatte.	K. 1.2. K. 1.4.
Und die FPÖ ist tatsächlich sehr viel aggressiver geworden.	K. 1.3 K. 1.4
Also die hat früher den ORF kritisiert und versucht, einzelne Leute loszuwerden, einzelne Sendungen irgendwie abzusetzen, aber hat eben nicht die Institution als solche infrage gestellt.	K. 1.8
<i>I: Jetzt einmal allgemein gesprochen: Es gibt ja nicht nur den Versuch der direkten Einflussnahme und die persönlichen Angriffe, sondern auch indirekte Formen. Beispielsweise die Vergabe von Inseraten aber möglicherweise auch über Eigentümerverhältnisse. Wie beurteilen Sie das?</i> A.W.: Das ist auch schwer zu sagen, weil sich die österreichische Presselandschaft in den letzten Jahrzehnten so verändert hat. Also es gibt keine Parteizeitungen mehr, die in den Siebzigerjahren noch sehr einflussreich waren zum Beispiel – Anfang der 80er-Jahre auch noch.	K. 1.1 K. 1.8
Es gibt heute über Social Media die Möglichkeit für Parteien und politische Institutionen <u>selber</u> ganz massiv Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und es ist der Einfluss von Printmedien dramatisch zurückgegangen.	K. 1.1 K. 2.5
Gleichzeitig gibt es in Österreich eine Dichte an Boulevard-Medien wie, glaube ich, in keinem anderen Land auf der Welt. Und ich glaube die Politik bzw. die Regierung interessiert sich primär für die drei großen Boulevard-Zeitungen und versucht die, mit einer Mischung aus Inseraten und Exklusiv-Informationen bei Laune zu halten.	K. 1.3
Also ich glaube zum Beispiel dem Bundeskanzler ist relativ wichtig, was in der ‚Kronen Zeitung‘ und in Österreich über ihn steht, es ist ihm glaube ich nicht dramatisch wichtig, was im ‚Standard‘ über ihn steht – oder im ‚Falter‘ oder im ‚Profil‘.	K. 1.6
Aber diese Versuche von Einflussnahme hat es natürlich immer gegeben. Siehe unter Werner Faymann hat es – das ist auch schon zehn Jahre her – die berühmte Inseraten-Geschichte mit der ‚Kronen Zeitung‘ über die ÖBB gegeben. Da darf man auch nicht naiv sein immer, wenn jetzt die SPÖ die Medienfreiheit groß verteidigt und die ORF-Freiheit groß verteidigt. Da muss man sich schon daran erinnern was die SPÖ da auch alles in den letzten Jahrzehnten probiert hat.	K. 1.8
Großer Unterschied nochmal: Die Institution ORF als solche wurde nicht infrage gestellt, sondern es ging immer darum, diese Institution möglichst zu lenken, zu beeinflussen, zu beherrschen.	K. 1.2 K. 1.6 K. 1.8
Es hat sich auf jeden Fall die Qualität geändert. Es hat sich teilweise die Intensität geändert. Aber das geht auch in Wellen.	K. 1.1
Peter Westenthaler als Klubchef war berühmt dafür, in Redaktionen anzurufen und Leute	K. 1.8

anzubrüllen. Der damalige Justizminister Böhmendorfer hat regelmäßig Journalisten niedergebrüllt. Aber das haben in 70er- oder 80er-Jahren auch SPÖ-Funktionäre gemacht.	
Und dann gibt es halt solche, die das irgendwie subtiler machen. Also die Pressesprecher von Herrn Kurz sind offenbar relativ offensiv beim Anrufen. Bei mir ruft niemand an. Also ich kriege das primär von Kollegen und auch vom Hören-Sagen mit.	K. 1.5
Personalpolitisch wurde früher noch mehr Einfluss genommen in Relation zu jetzt. Da war total klar, also in den 60er-, 70er-, 80er-Jahren war klar, dass bis zum Ressortleiter hinunter Leute politisch abgesprochen waren.	K. 1.8
Jetzt kann man auch Ressortleiter werden, ohne von einer Partei promoviert zu werden. Man kann nicht mehr Chefredakteur werden, also man kann nicht Chefredakteur werden, ohne von einer Partei promoviert zu werden. Was nicht gut ist. Und was, glaube ich, nicht so sein sollte. <i>I: Weil Sie gerade gesagt haben, Sie kriegen das eher von Kollegen mit. Aber wie geht man damit um? Gibt es da auch eine Redaktionslinie, wie man mit solchen Fällen umgeht?</i> A.W.: Die Redaktionslinie ist an sich, dass wir in der Redaktionssitzung beurteilen worüber wir berichten und worüber wir nicht berichten. Aber das war immer so.	K. 1.9
<i>I: Mit welchem Problem haben Sie oder hatten Sie unter der letzten Regierung zu kämpfen. Hat sich etwas geändert?</i> A.W.: Für mich hat sich nichts geändert.	K. 3.1
Das Problem, das wir haben, ist primär in der ZIB2, ob Studiogäste kommen oder nicht kommen. Und das war in der letzten Regierung nicht wesentlich anders als früher.	K. 3.2 K. 3.3
Es gab ein paar direkte persönliche Angriffe in der Öffentlichkeit – hatte ich früher auch schon. Es gab unter der Großen Koalition massive Bemühungen, mich von diesem Job irgendwie wegzubringen. Die gab es unter Türkis-Blau genauso. Also was ein bisschen ungewöhnlich war, war diese Auseinandersetzung mit Herrn Strache und das mit Herrn Vilimsky. Aber das war eigentlich nur durch die Öffentlichkeit irgendwie ungewöhnlich und nicht einmal so sehr in der Intensität.	K. 1.8 K. 3.1
<i>I: Jetzt ist hier ja irgendwie probiert worden, diese Konstruktion des Feindbildes Journalist zu schaffen.</i> A.W.: Mhm. <i>I: Welche kurz- und langfristigen Effekte sehen sie dadurch?</i> A.W: Das find ich tatsächlich ganz, ganz problematisch, und das ist auch tatsächlich in der Qualität neu. Im Extrem zu beobachten in den USA mit Herrn Trump. Also wirklich unabhängige Medien zu delegitimieren und zu sagen: ‚Das ist die Opposition und der Feind.‘ Und seinen Anhängern zu sagen: ‚Glaubt nichts, was in den Medien steht. Die sind unsere Feinde.‘ Und wirklich zu versuchen, nur mehr ein eigenes Medien- und Faktenuniversum herzustellen. Und das beginnt tatsächlich auch in Österreich und das ist extrem stark begünstigt durch Social Media. Also Herr Strache hatte oder hat noch immer – aber jetzt ist es weniger relevant – aber hatte 800.000 Fans auf Facebook. Er hat mit jedem Posting, das ein bisschen viral gegangen ist, ein bis zwei Millionen Leute erreicht. Dazu diese ganzen Blogs im FPÖ-Umfeld von ‚Unzensuriert.at‘, ‚Alles Roger‘, ‚Info Direkt‘, was immer es gibt – das ist so viel einflussreicher als Parteizeitungen zuletzt waren. Es erreicht so viel mehr Menschen und es schafft ein solches Misstrauen bei den Anhängern gerade der FPÖ gegenüber etablierten Medien, weil man ihnen permanent erklärt, da wird nur gelogen, gelogen und gelogen. Das ist schwierig.	K. 2.3 K. 2.5
Der Journalismus hat ein Glaubwürdigkeitsproblem, das ganz wesentlich daraus besteht, dass manche Parteien und politische Akteure versuchen, ihn zu delegitimieren. Und das konnten sie früher nicht, weil sie darauf angewiesen waren, auch vorzukommen.	K. 1.5 K. 2.4
Das heißt in den 1970er-, 80er- und 90er-Jahren hat sich die FPÖ auch schlecht behandelt gefühlt von den meisten traditionellen Medien, war aber darauf angewiesen, dort vorzukommen. Das heißt sie konnte sie nicht allzu sehr attackieren. Weil wenn man den Anhängern erklärt, das ist lauter Mist, dann wäre ja auch alles, wo man selber vorgekommen wäre lauter Mist gewesen.	K. 1.8
Jetzt kann man wirklich sagen ‚es ist lauter Mist‘, weil es gibt ein eigenes Medien-	K. 2.4

Imperium.“	K. 2.5
Wir können nur versuchen, unserem Publikum immer wieder zu erklären, wie wir unsere Arbeit machen, warum wir unsere Arbeit so machen. Wenn es Vorwürfe gibt, dass wir immer parteiisch gewesen wären oder unkorrekt gewesen wären, es zu erklären. Das ist <u>wahnsinnig</u> mühsam, <u>wahnsinnig</u> zeitaufwendig und nur, keine Ahnung, zu 20 Prozent erfolgreich oder so. Es ist <u>wirklich</u> schwierig geworden. Es ist wirklich schwierig geworden.	K. 4.2
Wenn eine große Partei und nicht nur irgendeine Randgruppen-Partei mit drei Prozent, sondern eine große Partei permanent ihren Anhängern erklärt, dass das alles Mist ist, glauben das viele von denen gern. Denn wenn die nicht glauben würden, was diese Partei sagt, wären sie ja keine Anhänger. Es ist ein bisschen so, wie wenn man Rapid-Ultras befragt, ob der Schiedsrichter fair war beim Spiel. Dann wird ihr Urteil nicht primär davon abhängen, ob der Schiedsrichter jetzt fair war.“	K. 1.3 K. 2.4
<i>I: Glauben Sie, dass das Bestreben generell da ist? Sie haben gerade gesagt der ORF versucht es und es ist nur zu 20 Prozent wirksam. Aber ist das ein allgemeines Anliegen?</i> A.W.: Der professionellen Medien glaube ich schon. Weil die alle ein ähnliches Problem haben. Also wir natürlich am meisten, weil wir ja auch noch auf diese Gesetzgebung angewiesen sind, auf die Gebühren angewiesen sind, auf die Legitimation bei unseren Zusehern angewiesen sind – von denen es auch so viele gibt. Also da tun sich jetzt der ‚Falter‘ oder der ‚Standard‘, die ja auch, sagen wir einmal, eher eine Fanbase haben vergleichbar einer Partei, tut sich da sehr viel leichter als der ORF, der wirklich die ganze Bevölkerung erreichen muss. Wir müssen nicht nur von Rot- und Grün-Wählern ernst genommen werden, sondern wir müssen wirklich von allen ernst genommen werden. Deshalb ist es für uns besonders schmerzhaft, wenn man uns unterstellt, dass wir parteiisch sind. Wenn man dem ‚Falter‘ unterstellt, dass er parteiisch ist, ist das für den ‚Falter‘ weniger schmerzhaft. Sehr viele Hardcore-FPÖ-Wähler werden ihn nicht lesen. Aber generell, glaube ich, merken das alle und es versuchen auch alle viel mehr als früher zu erklären, was sie machen. Mit Blogs, auf Social Media, in Artikeln, mit Leserdiskussionen, mit Aktionen und eh auf der ganzen Welt.	K. 4.2
<i>I: In den letzten Monaten war vor allem das Thema ‚Message Control‘ ein sehr großes. Wie hat sich das ausgewirkt? Und ist die kritische Berichterstattung in Österreich generell weniger geworden?</i> A.W.: „Nein, das glaube ich nicht irgendwie. Das glaube ich <u>gar</u> nicht. Im Gegenteil: Im Vergleich zu den 70er oder 80er-Jahren ist sie, glaube ich, sogar mehr geworden. Sie ist schwieriger geworden	K. 1.8 K. 2.2
und zwar durch drei Phänomene: Das eine ist eine extreme Professionalisierung auf der Seite der Politik plus diese technische Veränderung, weil die die Sachen auch leichter machen plus, dass die Politik sehr viel mehr Ressourcen dort einsetzt. Also wenn das Innenministerium – ein einziges Ministerium – <u>50</u> Leute für Öffentlichkeitsarbeit hat – <u>50</u> Leute für Öffentlichkeitsarbeit, das ist um ein Vielfaches mehr, als <u>jede</u> innenpolitische Redaktion in Österreich Redakteure hat – dann ist das <u>absurd</u> . Also das Innenministerium hatte vor 20 Jahren vielleicht drei oder vier Leute für Öffentlichkeitsarbeit. Heute <u>50</u> . Und es ist nur ein Ministerium. Gleichzeitig die Redaktionen aber alle sparen müssen. Also die Redaktionen aber alle sparen müssen. Also die Redaktionen haben ja im Normalfall heute alle viel <u>weniger</u> Leute als vor 20 Jahren. Das heißt die Presseabteilungen der Politik haben dramatisch mehr, zum Teil ums Zehnfache mehr, Redaktionen haben vielleicht zum Teil um die Hälfte weniger. Das Profil hat heute halb so viele Leute als vor 20 Jahren. Ich weiß es nur als Beispiel zufällig, weil meine Frau das gemacht hat: Die war Ressortleiterin Chronik in News und hatte 14 Redakteure in ihrem Chronik-Ressort. Dort arbeiten heute, glaube ich, zwei. Also die Redaktionen schrumpfen. Dort wo sie nicht schrumpfen, müssen die Journalistinnen und Journalisten trotzdem sehr viel mehr andere Aufgaben machen – Online bespielen, Social Media bespielen – und haben viel, viel weniger Zeit zu recherchieren. Und dieses Missverhältnis macht es viel schwieriger. Es gibt einfach weniger Ressourcen um zu recherchieren und gleichzeitig steht auf der anderen Seite eine unendlich viel professionellere und größere PR-Maschine. <i>I: Das heißt es ist quasi ein strukturelles Problem?</i>	K. 2.1

A.W.: Ein ökonomisches Problem zu einem wesentlichen Teil und ein strukturelles Problem. Was ich vergessen habe: Es gibt zum Beispiel heute viel mehr investigativ arbeitende Journalistinnen und Journalisten als vor 20 Jahren oder 30 Jahren. Die Ausbildung der Journalisten ist besser. Also es liegt nicht daran, dass die Journalisten schlechter geworden wären. Es liegt daran, dass es eine dramatische ökonomische Medienkrise gibt. Und das ist primär eine finanzielle Frage.	
Das könnte die Politik erleichtern, indem sie zum Beispiel die Presseförderung dramatisch erhöht, die Presseförderung an vernünftige Kriterien bindet, indem sie Inserate nicht primär an Boulevard-Zeitungen vergibt, sondern an Zeitungen, die vernünftig recherchieren, die Mitglied beim Presserat sind und ähnliche Dinge. Sie könnte es unterstützen, indem sie zum Beispiel den ORF nicht in seiner Existenz gefährdet und die ORF-Finanzierung auf eine langfristige vernünftige Basis stellt – ein vernünftiges ORF-Gesetz macht.	K. 4.3
<i>I: Fehlt es da auch am Aufruhr in der Öffentlichkeit bzw. dass das Problem in der öffentlichen Wahrnehmung nicht so wahrgenommen wird?</i> A.W.: Eh. Journalismus ist ein klassisches Vertrauensgut. Es ist schwer. Die Qualität ist für den durchschnittlichen Konsumenten im Normalfall schwer zu beurteilen, weil er ja, wenn er einen Bericht liest, nicht weiß, was er alles nicht bekommt in dem Bericht, weil er weiß es ja nicht. Woher denn, wenn es nicht drin steht. Die wenigsten Leute konsumieren viele Medien parallel. Also die wenigsten Leute lesen drei, vier Tageszeitungen gleichzeitig oder parallel. Das heißt es ist zum einen schwer zu beurteilen für Medienkonsumenten. Das war es schon immer.	K. 2.4
Und zum anderen werden eben Medien immer öfter attackiert, sodass es diese Vertrauensdebatte gibt, die es früher so nicht gab. Dementsprechend wenig öffentlichen Aufruhr gibt es.	K. 1.1 K. 2.4
Hätte man vor 30 Jahren versucht, den ORF abzuschaffen, hätte es einen Volksaufstand gegeben, weil es sonst nichts gab. Es hätte dann kein Fernsehen mehr in Österreich gegeben.	K. 1.8
Heute gibt es viele Leute, die einmal auf den ersten Blick sagen ‚ich hab eh 120 Fernsehkanäle in meinem Fernseher. Ich schaue relativ selten ORF, wozu brauch ich das?‘ Würde es den ORF tatsächlich nicht mehr geben, würden sie schon draufkommen, wie viel sie ORF geschaut haben. Aber im ersten Moment denken sie, es ist eh der Fernseher voll mit so vielen Sendern.	K. 2.6
<i>I: Könnte man sich da mit mehr Transparenz Abhilfe schaffen?</i> A.W.: „Eh. Das ist das, was ich vorher gesagt habe. Wir müssen viel, viel mehr erklären wie wir unsere Arbeit machen, was wir machen, warum wir es so machen. Wir müssen, wenn wir Fehler machen, mit den Fehlern transparent umgehen, erklären, wie sie passiert sind. Wir müssen noch viel mehr aufpassen als früher, dass wir keine Fehler machen, um diese mühsame Debatte nicht noch zu befeuern.“	K. 4.2
<i>I: Heißt das, dass Journalismus einen Beitrag leisten kann, Medienkompetenz zu vermitteln?</i> A.W.: Ja, aber schwierig, weil wir uns in den alltäglichen Formaten natürlich schwer tun. Wir können nicht zu jedem Beitrag einen Beipackzettel mitliefern und zu jeder Sendung dann noch die Hintergrunddebatte und zu jeder ZIB2, ich weiß nicht, eine Rückkanaldiskussion auf irgendeiner Social-Media-Plattform ‚Diskutieren Sie mit den Beitragsgestaltern‘ oder sonst was. Wir müssen unsere Arbeit auch irgendwie machen. Und die Redakteurinnen und Redakteure wollen irgendwann auch nach Hause gehen.	K. 4.1 K. 4.2
Aber das, glaube ich, ist schon ganz wichtig künftig auch eine Aufgabe, viel mehr noch als bisher, in Schulen.	K. 4.3
Es gibt ja von Bernhard Pörksen diese Theorie oder diese These der redaktionellen Gesellschaft, in der quasi jeder der lesen und schreiben kann, ein gewisses Mindestmaß an journalistischer und redaktioneller Kompetenz braucht, damit er noch beurteilen kann, ob die Medien, die er konsumiert oder die Fakten, die er oder sie präsentiert kriegt, irgendwie plausibel sind. Und ich glaube, das ist nicht ganz falsch. Das müssen zum Teil wir liefern. Aber das muss ganz wesentlich das Bildungssystem leisten.	K. 4.1 K. 4.2 K. 4.3

<i>I: Sehen Sie da Bestrebungen seitens der Politik, das zu verbessern?</i> A.W.: Ich sehe keine dramatischen Bemühungen, das zu verbessern. Es wäre ja auch ein bisschen ambivalent und widersprüchlich, wenn man auf der einen Seite irgendwie riesige PR-Abteilungen aufbaut, deren Zweck es ist, Propaganda zu verbreiten und auf der anderen Seite schauen würde, dass man möglichst viele möglichst gut recherchierende Journalisten auf die andere Seite stellt. Wäre demokratiepolitisch <u>total</u> wichtig. Wäre langfristig total gescheit. Aber ich fürchte Politik funktioniert kurzfristiger und interessensgeleiteter im Normalfall.	K. 4.5
Ja wir müssen – ich habe einmal einen Vortrag gehalten mit dem Titel ‚Wir müssen Social Media mit Journalismus infiltrieren.‘ Also nachdem wir die Leute nicht dazu zwingen können, um 19.30 Uhr die ZIB einzuschalten oder um 22 Uhr die ZIB 2, müssen wir mit dem was wir machen, also alle seriösen Journalistinnen und Journalisten, möglichst dorthin, wo die Leute sind. Wenn die auf Social-Media-Plattformen sind, müssen wir dorthin. Und wenn sie den ganzen Tag im Netz verbringen, müssen wir möglichst ins Netz. Wir müssen sie quasi mit seriösem Journalismus verfolgen, sodass sie uns nicht auskommen.	K. 4.2
<i>I: Aber schafft man das nur gemeinsam mit Facebook und Co, wo es ja nicht wirklich Richtlinien gibt oder noch viel zu wenige?</i> A.W.: Das ist natürlich eine total ambivalente Geschichte. Natürlich gibt es auch diese Debatte, dass Facebook als Unternehmen einer der gefährlichsten ökonomischen Konkurrenten von traditionellen Medien ist. Gleichzeitig, wenn wir Zeit-im-Bild-Beiträge draufstellen, füttern wir einen <u>unfassbar</u> reichen, profitorientierten, amerikanischen Konzern mit Gratis-Content. Und das stimmt auch und ist problematisch.	K. 2.5
Gleichzeitig wäre meine These: In Österreich verwenden 3,8 Millionen Leute Facebook oder 3,9 Millionen und nicht einer wird davon Facebook nicht mehr verwenden, wenn wir keinen ZIB-Beitrag mehr draufstellen. Das heißt die sind sowieso dort. Und wenn sie schon dort sind und viele Stunden am Tag dort verbringen, dann hätte ich gerne, dass die dort mit seriösem Journalismus konfrontiert werden, von seriösen Medien und nicht nur mit der Propaganda von interessensgeleiteten Akteuren.	K. 4.2
<i>I: Nehmen Sie einen Diskurs unter Kolleginnen und Kollegen darüber wahr?</i> A.W.: Ja klar. Ganz intensiv von vielen. <i>I: Findet der auch medial Gehör bzw. wird der auch nach außen getragen?</i> A.W.: Ich glaube es geht gar nicht so sehr darum, dass der medial gehört wird. Es geht darum, dass man was macht. Es haben, glaube ich, die allermeisten vernünftigen und seriösen Medien mittlerweile Social-Media-Redaktionen, versuchen – auf die eine oder andere Weise – ihre Arbeit auch dort unter die Leute zu bringen. Wir haben eine Social-Media-Redaktion. Die Zeit-im-Bild-Facebook-Seite ist die größte Facebook-Seite in Österreich, die es von einem anständigen Medium gibt. Wir beginnen am 1. September jetzt <u>endlich</u>, endlich mit einer Zeit-im-Bild-Instagram-Seite. Eh viel zu spät. Also ich glaube, das versuchen eh die meisten.	K. 4.4
Es ist wieder ein Ressourcen-Problem. Die Zeit-im-Bild-Facebook-Seite hat über eine halbe Million Abonnenten und erreicht am Tag ähnlich viele Leute wie die Zeit im Bild 1 und besteht aber aus zweieinhalb Redakteuren. Also da müssten in Wirklichkeit 15 sitzen.“	K. 2.1
<i>I: Was denken Sie – inwieweit werden diese Bestrebungen seitens der Redaktionen, die sie vorhin aufgezählt haben, Erfolg bringen? Oder werden Sie Erfolg bringen?</i> A.W.: Ich hoffe es. Wir werden nicht mehr dorthin zurückkehren, wo wir den 80er- oder 90er-Jahren waren – weder ökonomisch noch – die Zeit im Bild 1 hatte 1985 jeden Abend 2,6 Millionen Zuseher, weil es sonst kein Fernsehen in Österreich gab und sie war durchgeschaltet auf beiden Kanälen. In diese Zeit werden wir nicht mehr zurückkommen. Wir konnten senden was wir wollten und hatten 2,6 Millionen Zuseher. Dahin geht es nicht mehr zurück. Ich könnte mir schon vorstellen, dass diese Vertrauensdebatte wieder ein bisschen weniger kritisch wird, weil möglicherweise in ein paar Jahren die Leute schon das Gefühl kriegen, dass die ganze Zeit nur Propaganda auch unlustig ist. Es hat einen Grund warum Parteizeitungen ausgestorben sind und unabhängige Zeitungen erfolgreicher	K. 1.7

waren. Ich könnte mir vorstellen, dass es einen ähnlichen Trend auch im Netz gibt. Dass ihnen irgendwann langweilig wird, nur permanent ihre eigene Meinung wieder vorgesetzt zu kriegen. Aber ich <u>weiß</u> es nicht. Ich glaube, es wird auch in 20, 30 Jahren noch seriösen, ordentlichen Journalismus geben, weil wir das brauchen als Gesellschaft und weil es einfach eine Notwendigkeit nach dem gibt, was Journalismus leistet. Deswegen werden wir es in irgendeiner Form haben. Ich weiß noch nicht, wie es finanziert sein wird. Ich glaube tatsächlich, dass öffentlich-rechtliche Finanzierung wie sie jetzt im Rundfunk stattfindet, nicht unwichtiger, sondern eher wichtiger sein wird. Dass man vielleicht auch privaten kommerziellen Journalismus, wie er in Tageszeitungen passiert, mehr öffentlich unterstützen muss, weil es einfach privatwirtschaftlich nicht mehr geht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand, der heute 23 ist, noch ein Tageszeitung-Abonnement um 50 Euro im Monat bestellen wird. Warum sollten sie das machen? Eine Generation, die damit aufwächst, dass sie alle Filme der Welt um 9,90 im Monat und alle Musik der Welt um 9,90 im Monat kriegt – warum sollten die <u>eine</u> Tageszeitung oder <u>eine</u> Website um 35 oder 50 Euro im Monat abonnieren? Das kann ich mir nicht vorstellen. Aber um 9,90 im Monat oder 5,90 im Monat wird man eine Redaktion wie ‚Die Presse‘ oder den ‚Standard‘ oder den ‚Kurier‘ nicht finanzieren können. Darum wird man sich da irgendwelche neuen Finanzierungsmodelle überlegen müssen. Ob das jetzt Mäzene sind, ob das irgendeine öffentliche Finanzierung ist, keine Ahnung. Irgendwas wird man finden. Weil ich glaube, wir werden nicht in 50 Jahren ausschließlich durch Partei-Websites und Propaganda-Websites informiert werden. Dazu gibt es eine zu große Notwendigkeit für das, was Journalistinnen und Journalisten machen.	
Der Journalismus war immer von wirtschaftlichen Faktoren abhängig. Es war nur früher so ein gutes Geschäft, weil es so eine große Knappheit einfach gab. Leute wollten inserieren und es gab nur ein paar Zeitungen, wo sie inserieren konnten. Anders konnten sie aber ihre Kunden aber nicht erreichen. Die Leute wollten Fernsehwerbung schalten. Das ging nur im ORF. Also waren die Werbezeiten in den 80er-Jahren um ein Vielfaches überbucht.	K. 1.8
Mittlerweile gibt es ja derart viele technische Möglichkeiten, Menschen mit Werbung zu erreichen, dass man dafür keine klassischen Medien mehr braucht. Aber Journalismus musste sich immer irgendwo finanzieren, hat sich immer querfinanziert. Also es gab – das einzig deutschsprachige Medium, das ich kenne, das werbefrei ist, privat, war ‚EMMA‘. Also ‚EMMA‘ war immer werbefrei und hat sich ausschließlich über Abos irgendwie finanziert. Aber ansonsten haben sich Medien immer querfinanziert über Werbung und nicht nur, indem sie ihren Journalismus verkauft haben.“	K. 2.1
<i>I: Ich habe kürzlich in einem Medium gelesen, wo es auch um das Rollenbild des Journalismus ging, da gab es die Aussage, dass der Journalismus eigentlich keine Kontrollfunktion mehr hat, sondern dass es um rein wirtschaftliche Interessen geht.</i> A.W.: Das glaube ich nicht, dass sich das wesentlich verändert hat. Also das gab es immer, dass es Medien gab, die besondere Rücksicht auf ihre Inserenten genommen haben oder sonstige Dinge. Da hätte ich sogar das Gefühl, dass das heute besser ist als früher. Dass, wenn zum Beispiel ein Konzern versucht, Einfluss zu nehmen auf Berichterstattung, dass das tendenziell eher thematisiert wird. Da habe ich jetzt nicht das Gefühl, dass das so viel schlechter wäre – im sozusagen wirklichen Journalismus. Im Unterhaltungsjournalismus ist das irgendwie etwas anderes.	K. 1.1
Nur ob in der ‚Bunten‘ oder keine Ahnung wo, wenn dort über irgendein Parfum berichtet wird, ob die dafür bezahlt haben oder nicht, das ist mir wirklich egal. Also das interessiert mich nicht.	K. 1.9

Textstelle – Interview 5	Kategorie
Also ich stimme dem schon irgendwie ein bisschen zu, dass es nicht mehr so gut ist wie früher das Ganze, was aber mit sehr vielen Dingen zu tun hat, die im letzten Jahr oder seit eben diese türkis-blaue Regierung im Amt ist oder im Amt gewesen ist, da sind eben gewisse Dinge passiert. Also zum einen hat es Einschüchterungsversuche am laufenden	K. 1.1 K. 1.2 K. 1.3

Band gegeben. Da muss man sich ja quasi nur – ich rede jetzt nur vom ORF, weil bei Zeitungen habe ich keine Insights. Ich weiß nicht wie es da aussieht.	
Aber da hat es ja doch einige Vorfälle gegeben. Am Anfang, wie der Vizekanzler das Sujet vom Armin Wolf gepostet hat: ‚Es gibt einen Ort, an dem Lügen zu Nachrichten werden. Das ist der ORF.‘ Das ist natürlich schon ziemlich hart, wenn der Vizekanzler von einer Republik so etwas sagt. Und er war halt nicht der einzige, der da Journalisten diffamiert hat. Da hat es noch die Patricia Pawlicki gegeben, die ein Interview gemacht hat mit dem Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka und der Harald Vilimsky, der Generalsekretär der FPÖ, hat dann gesagt, die ist untragbar und so jemand hat im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nichts zu suchen. Also voll die Einschüchterung. Dann hat es gegeben denn Wolfgang Wagner, den Chef vom Report, der ein Interview gemacht hat mit dem Alexander Van der Bellen, wo sich dann wiederum der Hans-Jörg Jenewein darüber beschwert hat und ihm Gesinnungsjournalismus vorgeworfen hat und seine Interviewtechnik verglichen hat mit jener aus der Sendung ‚Die aktuelle Stunde‘, die damals in der DDR gelaufen ist.	K. 1.3 K. 1.4 K. 1.5
Der Wolfgang hat dann auf üble Nachrede geklagt und hat mitunter dann Recht bekommen.	K. 4.6
Und der Herr Jenewein hat dann auch gefordert, dass er entlassen wird. Also da hat es einfach einige Journalisten gegeben, die angegriffen worden sind, wo dann die Entlassung gefordert worden ist.	K. 1.4 K. 1.5
Das sind natürlich Einschüchterungsversuche und das führt dann dazu, dass du als Journalist dann irgendwie Angst kriegst. Es ist jetzt nicht so, dass es so ist. Aber es besteht die Gefahr, dass du dann Angst kriegst, dass du nicht mehr die Fragen stellen kannst, die du eigentlich stellen willst.	K. 1.3 K. 3.4
Die Aufgabe ist eigentlich, kritische Fragen zu stellen und nachzufragen und auch unbequem zu sein. Aber wenn du dann hörst, du gehst rausgeschmissen, dann kriegst du irgendwann Angst um deinen Job. Dann ist halt die Gefahr, dass du irgendwann nicht mehr die Fragen stellst, die du eigentlich stellen solltest. Gerade als öffentlich-rechtliches Unternehmen, wo du doch Abhängigkeits-Politik hast, die ist da, ist dann die Sorge da, dass du vielleicht wirklich rausgehaut wirst, wenn man es hart ausdrückt. Da glaube ich schon, dass sich das ziemlich verschlechtert hat und es hat eigentlich in einer liberalen Demokratie nichts zu suchen, dass man jemandem sagt, du machst deinen Job so schlecht, du gehst eigentlich von diesem Posten weg. Das geht eigentlich nicht.	K. 1.1 K. 1.3
<i>I: Aber diese Angriffe hatten nicht die Wirkung, die vielleicht intendiert waren?“</i> K.W.: „Nein, die Wirkung hatte es nicht. Also bei mir hat das jetzt nichts ausgelöst. Ich habe nicht Angst, dass ich jetzt meinen Job verliere, nur weil ich eine kritische Frage stelle.	K. 3.1
Ich sage nur, wenn das so weitergehen würde oder wenn das von mehreren Seiten so gemacht werden würde, dann wird irgendwann die Angst umgehen.	K. 3.4
Da muss man nur nach Ungarn schauen. Da hat das wahrscheinlich genauso angefangen. Viktor Orbán hat 70 Prozent der Medien dort unter seiner Fuchtel. Da muss man einfach aufpassen.	K. 1.9
<i>I: „Würden Sie sagen, dass es sich bei alledem um einen Angriff auf die Demokratie handelt oder was ist tatsächlich die Intention?“</i> K.W.: „Nein, das glaube ich in dem Fall nicht. Ich glaube in dem Fall ist es auch Wahlkampfgetöse. Da geht es eher darum – speziell jetzt im ORF, Printmedien werden wahrscheinlich auch angegriffen – da hat der Helmut Brandstätter, der ehemalige Chefredakteur bzw. Herausgeber vom ‚Kurier‘ gerade ein Buch geschrieben, wo er darüber schreibt, wie da die Kommunikation abrennt und wie Journalisten da eingeschüchtert werden. Er spricht auch von Einschüchterungsversuchen.	K. 1.1
Im ORF ist es, glaube ich, speziell. Gerade vonseiten der FPÖ geht es eigentlich um diese ganze Gebührendebatte. Zumindest entsteht da bei mir der Eindruck, dass es eigentlich nur darum geht, nach außen zu kommunizieren ‚Journalisten sind nicht unabhängig‘ und damit zu argumentieren, dass wir keine Zwangsgebühren, wie die FPÖ das nennt, mehr brauchen, weil ‚eigentlich musst du unabhängig sein und bei diesen Fragen, bei diesem Gesinnungsjournalismus bist du nicht unabhängig und deswegen hast du da nichts zu	K. 1.2 K. 1.5 K. 1.6

suchen' – A. Und B: „Deshalb brauchen wir keine ORF-Gebühren.	
<i>I: Das heißt es geht um die Delegitimierung des ORF?</i> K.W.: „Es geht darum, dass man sagt die Gebühren sind nicht legitim. Vielleicht ist es das, ja.	K. 1.6
<i>I: Wie war die Situation vor Türkis-Blau bzw. was hat sich genau geändert?</i> K.W.: Also diese Angriffe wären mir jetzt – wahrscheinlich hat es schon immer wieder Kritik gegeben. Die gibt es ja immer und das ist ja auch total okay, Kritik zu äußern. Das gehört ja dazu. Man soll auch für seine Arbeit kritisiert werden, damit man es besser machen kann.	K. 1.9
Nur halt nicht auf diesem Niveau und ohne diese Einschüchterungsversuche, dass wirklich gesagt wird, jemand soll seinen Job verlieren wie es dem Wolfgang Wagner nahegelegt worden ist oder der Patricia Pawlicki. An das kann ich mich nicht erinnern. Vielleicht bin ich da auch nicht so lange dabei. Aber seit 2014 wäre mir das nicht untergekommen. Vor allem, dass es aus einer Regierungspartei herauskommt. Dass die Opposition scharf schießt oder dass von da etwas kommt – okay. Oder wie die FPÖ in der Opposition war – natürlich haben sie sich da auch immer negativ geäußert und sind immer dafür eingetreten, dass wir die ORF-Zwangsgebühren wie sie es nennen, abschaffen. Aber eine Regierungspartei, das geht halt eigentlich nicht in einer modernen liberalen Demokratie.	K. 1.1 K. 1.3 K. 1.5
Was aufgefallen ist in dieser kurzen Zeitspanne, in der diese Regierung im Amt war, ist einfach diese enorme ‚Message Control‘. Also du hast wirklich gemerkt, sie haben einfach einen strikten Kalender angelegt, wo Woche für Woche ein Thema auf der Tagesordnung gestanden ist. Das ist mit Pauken und Trompeten angekündigt worden und da ist dann dieses Thema im Ministerrat behandelt worden – und es geht nur um dieses Thema. Das ist Tage davor schon in wohlwollenden Zeitungen gestreut worden, damit sich das ein bisschen aufbaut. Und dann war der Ministerrat und da ist es nur um dieses eine Thema gegangen. Da haben sich wirklich alle strikt daran gehalten, dass es nur um dieses eine Thema geht. Egal welche Minister, es ist immer nur drauf rausgelaufen, dass es um das <u>eine</u> Thema geht. Da haben auch nur die Minister, die wirklich damit zu <u>tun</u> haben, was gesagt. Von allen anderen hast du keinen Pieps mehr gehört. Das hat sich schon extrem verändert eigentlich. Früher war es doch so, dass du Interviews gekriegt hast mit anderen Ministern oder mit Personen, die irgendwie davon betroffen sind.	K. 1.3
Aber wenn ich jetzt an ein Beispiel zurückdenke: Wir haben einmal im Report eine Geschichte gemacht, da ist es gerade um das Nichtraucher-Volksbegehren gegangen. Wir wollten damals ein Interview haben mit einem ÖVP-Abgeordneten, der Arzt ist und von dem wir gewusst haben, der ist dafür, dass es in Lokalen ein Rauchverbot <u>gibt</u> . Der hat auch früher Interviews gegeben. Dann ist er Nationalratsabgeordneter geworden und der hat dann einfach kein Interview mehr gegeben. Der hat einfach einen Maulkorb umgehängt gekriegt. Das war nicht das einzige Beispiel. Kira Grünberg, die im Rollstuhl sitzt und Behindertensprecherin der ÖVP war. Wir haben monatelang versucht, ein Interview – nicht nur wir, auch ganz viele andere Zeitungen haben immer versucht, ein Interview mit Kira Grünberg zu kriegen, weil einfach alle interessiert waren, was die Positionen der Behindertensprecherin sind. Politisch hatte man noch nie etwas von ihr gehört. Sie war ja Sportlerin. Deshalb wäre es interessant gewesen herauszufinden, wie sieht denn die die ganzen Agenden die da auf ihrem Tisch liegen. Aber ich weiß nicht, ob irgendwer es jemals geschafft hat, ein Interview mit ihr zu kriegen. Wir auf jeden Fall nicht und ich glaube, es ist auch sonst niemandem gelungen. Es ist einfach schwierig, Gesprächspartner zu finden.	K. 1.3 K. 3.2
<i>I: Ist es nicht nur schwieriger geworden, die Personen zu kriegen, sondern auch generell an Infos zu kommen?</i> K.W.: Ja, es ist natürlich (...) also diese Regierung hat wahnsinnig viel in eine professionelle PR-Maschinerie investiert, die haben wahnsinnig viele Pressesprecher eingestellt. Das ist dann ein Missverhältnis. Die Redaktionen dünnen sich aus auf der einen Seite. Es wird immer weniger – weniger Journalisten. Auf der anderen Seite hast du einfach eine PR-Maschinerie, eine PR-Stab, der immer größer und immer umfangreicher	K. 2.1

wird. Da ist schon einmal ein totales Missverhältnis da. Ich frage mich warum ein Ministerium – ich habe jetzt keine genauen Zahlen, da müsste man nachrecherchieren – so viele Sprecher hat. Also da ist schon einmal ein Missverhältnis.	
Und es ist eben nur dieses eine Thema am Tisch gelegen. Wenn du versucht hast, ein anderes Thema zu recherchieren, ist da einfach abgeblockt worden. Es hat damit angefangen, dass du keine Interviewpartner kriegst zu dem Thema. Wenn du aber einen Report-Beitrag, der acht Minuten lang ist, wenn wir bei diesem Thema Rauchverbot bleiben, wenn du da deine Interviewpartner nicht kriegst, die etwas dazu sagen, dann ist das schwierig, dass der Beitrag interessant wird. Dir fehlen bestimmte Gesprächspartner, die du eigentlich brauchst und du kriegst sie dann nicht. Du kannst dann nur auf die Expertenebene zurückgehen oder versuchen, ehemalige Politiker zu finden, die darüber reden. Es war aber teilweise schon schwierig, Leute zu finden, die etwas dazu sagen, die man sich selbst ausgesucht hat. Also die hat man nicht gekriegt. Stattdessen ist dann teilweise vorgeschlagen worden, „na warum interviewt ihr nicht irgendeine andere Person?“ Aber die hat überhaupt nicht reingepasst. Also da werden dann Vorschläge gemacht, „warum kommt nicht der oder der ins Studio?“ „Nein, wir haben eigentlich den eingeladen.“ Also da werden Alternativ-Vorschläge gemacht, mit denen du aber eigentlich nichts anfangen kannst. Es ist ja auch deine Geschichte eigentlich und du musst ja selber entscheiden, wen du interviewst. Nur es war halt schwierig, die Leute dann auch wirklich zu kriegen.	K. 1.2 K. 3.2
<i>I: Wie habt ihr da darauf reagiert? Ist das redaktionsintern thematisiert worden?</i> K.W.: Ja, sicher. Da wird ständig drüber geredet: „Der darf wieder kein Interview geben.“ Du kannst nichts dagegen machen. Du kannst niemanden zwingen, ein Interview zu geben.	K. 3.6
Das einzige, was du machen kannst, ist nach alternativen Gesprächspartnern zu suchen. Den Zusehern fällt es natürlich nicht auf, weil der nicht weiß, wen du eigentlich geplant gehabt hättest. Es ist nur das Frustrationslevel dann hoch, weil du denkst, du würdest gerne mit diesem Abgeordneten reden oder mit diesem Minister ein Interview machen, aber der darf nicht kommen, weil ihm die Partei ein Sprechverbot erteilt.	K. 2.6
Zum Beispiel in der ZIB2 haben wir vor kurzem den Günther Platter eingeladen. Eigentlich hätte ich eine Geschichte machen sollen. Da ist es um den Transitgipfel gegangen, weil Österreich mit Deutschland streitet über den Brenner und über die LKWs, die da durchrattern. Der Günther Platter, der Landeshauptmann von Tirol, ist eben eingeladen worden nach Berlin zum Transitgipfel, hätte sich dort treffen sollen mit dem Verkehrsminister von Bayern und dem Verkehrsminister von Deutschland und dann hätte es halt am Abend ein Live-Interview geben sollen mit dem Günther Platter. Das war eigentlich ausgemacht, dass es das Interview geben wird und in der Zwischenzeit ist am Wochenende in der ÖVP ein bisschen was passiert, also in der Bundes-ÖVP. Dann hat am Tag, an dem der Beitrag und das Interview eben laufen hätten sollen, der Günther Platter wieder abgesagt. Es ist dann durch die Blume gesagt worden, eigentlich würde er nur etwas zum Transitgipfel sagen und es ist natürlich klar kommuniziert worden, dass es in dem Interview natürlich um den Transitgipfel geht. Aber es gibt auch noch andere aktuelle Fragen, die die ÖVP betreffen, die wir gerne besprechen würden mit ihm. Und dann hat er abgesagt. Da stirbt dann natürlich das Interview und dann ist in dem Fall auch die Geschichte umgefallen. Die ist dann ein paar Tage später gekommen.	1.3 3.6
<i>I: Heißt das, es werden auch Bedingungen gestellt?</i> K.W.: Nein, das nicht. Aber wenn sie halt dann mitkriegen, er wird noch zu etwas anderem gefragt, in dem Fall war es halt so, dass die Bundespartei wahrscheinlich gesagt hat – ich habe jetzt keinen Beleg dafür – aber die hat dann wahrscheinlich gesagt: „Nein, du darfst nur etwas zum Transitgipfel sagen und zu anderen Themen wäre es gescheitert, wenn du nichts sagst!“ Weil das ist auch etwas, was total auffällig war: Früher war es jetzt schon so, dass Minister und andere Abgeordnete, wenn du die angerufen hast, einfach Interviews gegeben haben. Also du hast ein Interview gekriegt normalerweise, außer sie wollten halt wirklich nicht.	K. 1.1 K. 3.6

Aber das ist total umgestellt worden, dass wirklich alles über den Tisch – in der ÖVP jetzt – vom Gerald Fleischmann, dem Sprecher vom Kurz, der diese ganze ‚Message Control‘ über hat, da rennen einfach Interviewanfragen von ganz anderen Ministerien über diese Schreibtische in der Zentrale und die entscheiden dann ja oder nein. Und das hat es einfach früher in dieser Form auch nicht gegeben, dass quasi der Oberste entschieden hat, wer jetzt ein Interview geben darf. Das hängt halt auch viel damit zusammen, dass sehr viele Quereinsteiger damals neu waren im Parlament, in der Regierung. Also Kira Grünberg hat natürlich nie selbst entschieden, dass sie kein Interview geben darf. Sondern die von der Partei haben wahrscheinlich gesagt, sie darf nicht.	K. 1.1 K. 1.3
<i>I: Gibt es noch andere Probleme, die im Berufsalltag tragend werden?</i> K.W.: Also was akut schlechter geworden ist – nein. Das einzige Problem, aber das haben wir seit Jahren, ist eben das Thema mit dem Amtsgeheimnis. Das hat jetzt mit dieser Regierung nichts zu tun. Das ist schon ein Problem, das in unserer Bundesverfassung drinnen ist. Seit 1920 gibt es zum einen einen Artikel, in dem zwar die Auskunftspflicht geregelt ist, ein Artikel weiter unten steht dann das Amtsgeheimnis drinnen und diese beiden Artikel – da beißt sich die Katze einfach in den Schwanz. Das spießt sich, weil ich kann nicht auf der einen Seite sagen, es gibt eine Auskunftspflicht und auf der anderen Seite gibt es zig Gründe, die diese Auskunftspflicht wieder einschränken, indem ich ein Amtsgeheimnis mache. Das gehört eigentlich aus der Verfassung heraus. Das Problem daran ist nur, dass es eine Zweidrittel-Mehrheit braucht im Parlament, um das zu beseitigen und die hat sich bisher nicht gefunden.	K. 1.3
Es heißt zwar immer wieder ‚das gehört raus und wir sind uns alle einig, dass das rausgehört‘, aber irgendwie hat man es dann doch bis jetzt nicht geschafft. Da ist auch interessant: Sebastian <u>Kurz</u> hat sich damals in seiner Zeit als er noch Außenminister war und wie er ÖVP-Obmann war, massiv dafür eingesetzt, dass das aus der Verfassung raus kommt, dass es ein moderne Informationsfreiheitsgesetz gibt. Er hat immer gesagt: ‚Wir brauchen einen gläsernen Staat und keinen gläsernen Bürger.‘ Aber bis jetzt ist noch immer nichts passiert.	K. 4.5
Und das würde einfach einmal raus gehören. Denn da merkt man schon, dass du einfach willkürlich Informationen nicht kriegst.	K. 1.3
Ich hab das ausprobiert bei meiner Masterarbeit. Ich habe versucht zu schauen, wie entscheiden denn die Behörden? Ist das wirklich willkürlich oder wie rennt das ab? Wie lange lassen sie sich Zeit? Weil sie haben laut Gesetz acht Wochen Zeit, die Antwort zu übermitteln. Das ist halt auch ein Problem. Weil welcher Journalist hat acht Wochen Zeit, dass er eine Antwort kriegt? Da sind ja schon wieder zwei Monate um, da ist dann die Geschichte schon wieder tot eigentlich, weil was interessiert mich die Antwort zwei Monate später? Die brauche ich schnell. Und da war es halt so: Ich hab einfach die Anfrage gestellt damals noch ans Kanzleramt an Werner Faymann, der damals noch Bundeskanzler war und ans Außenministerium Sebastian Kurz. Ich habe einfach die Anfrage gestellt, ich hätte gerne die Flugkostenabrechnungen in den ersten fünf Monaten des Jahres 2015. Ich würde gerne wissen, wo sie hingeflogen sind, in welcher Klasse sie geflogen sind und was das kostet. Es war dann so, dass aus dem Bundeskanzleramt damals sowieso einmal irgendwann eine Mail gekommen ist: ‚Ihre Anfrage ist im Spam-Ordner gelandet. Könnten Sie das bitte noch einmal schicken.‘ Dann habe ich das noch einmal geschickt. Es gibt so eine Plattform. Die nennt sich ‚FragDenStaat.at‘, die ist eben vom Forum Informationsfreiheit. Über die kann man Anfragen stellen. Da gibt es ein Formular, die schreiben auch rechtlich rein, ‚nach Paragraph so und so hätte ich gerne diese Antwort und sie sind verpflichtet, mir das zu geben und wenn nicht, dann hätte ich gerne einen Bescheid darüber, dass mir die Information verweigert wird.‘ Diese Anfrage ist offenbar bei dieser Sektion im Spam-Ordner gelandet. Und dann habe ich die eben noch einmal geschickt und dann sind wieder fünf Wochen oder vier Wochen vergangen gewesen. Also da merkt man schon, jetzt hab ich vier Wochen darauf gewartet, dann schreibt mir der zurück, dass es im Spam-Ordner gelandet ist und dann fängt wieder alles von vorne an. Und beim Außenministerium war es so, der hat sich, glaube ich, fast die ganzen acht Wochen Zeit gelassen und hat mir dann aber die ganze Liste geschickt. Da	K. 1.9

habe ich dann gesehen wo Sebastian Kurz hingeflogen ist, mit wie vielen Personen, wie viel das gekostet hat. Das war im Übrigen alles in der Economy Class, weil auf das ist er ja ganz stolz, immer zu sagen, er fliegt nur in der Economy Class. Ich denke ja, ein Politiker muss so viel arbeiten und irgendwie sollte er bei Terminen frisch sein und er setzt sich da auf diesen engen Sitz. Von mir aus müsste er nicht in der Economy Class fliegen. Aber das ist auch der PR-Gag zu sagen, ‚wir gehen sorgsam mit Steuergeld um und deshalb fliegen wir alle nur in der Economy Class. Jedenfalls habe ich das von ihm dann gekriegt, vom Sebastian Kurz und beim Kanzleramt habe ich dann eben wieder ein paar Wochen gewartet. Und es war aber in dieser Acht-Wochen-Frist alles drinnen und dann habe ich die Antwort bekommen: ‚Nein, das ist Amtsgeheimnis.‘ Da hat sich dann halt die Frage gestellt, warum sagt das Kanzleramt das ist Amtsgeheimnis und das Außenministerium sagt, es ist kein Amtsgeheimnis und gibt die Informationen weiter? Da merkt man halt einfach, dass es total willkürlich ist. Die ganzen Behörden können einfach sagen das ist Amtsgeheimnis und die müssen nicht mal begründen warum, sondern da heißt es einfach ‚Stempel drauf, Amtsgeheimnis, die Info kriegst du nicht.‘ Das einzige, was du dann machen kannst, du kannst zum Gerichtshof gehen und es einklagen. Da vergeht dann halt auch wieder wahnsinnig viel Zeit. Die Zeit rinnt und rinnt und du kommst mit deiner Geschichte nicht weiter. Das behindert dich halt total als Journalist. Was ein Kollege gemacht hat, was eine total interessante Recherche war: Der wollte wissen die Gegengeschäfte zum Eurofighter-Vertrag. Der wollte da eine Liste haben. Da hat es geheißen ‚das ist Amtsgeheimnis, das kriegst du nicht.‘ Er ist dann zum Gerichtshof gegangen, ich glaube sogar bis zum Europäischen Gerichtshof, da müsste man aber nachschauen, da bin ich mir jetzt nicht sicher. Die haben ihm dann Recht gegeben und gesagt, das Wirtschaftsministerium <u>muss</u> das hergeben. Dann ist Monate später, wenn nicht sogar Jahre, diese Liste der ganzen Gegengeschäfte veröffentlicht worden. Da wird also völlig willkürlich entschieden.	
Es scheint so, dass immer die Parteien, die in der Opposition sind, dass die wahnsinnig viel Interesse daran haben, dass es jetzt endlich ein Informationsfreiheits-Gesetz gibt. Die SPÖ setzt sich jetzt gerade derzeit wieder dafür ein. Wobei die Experten sagen, dass es völlig unzureichend ist, was die fordern. Aber jetzt sind sie in der Opposition, jetzt fordern sie das halt. Sobald aber die Parteien in Regierungsverantwortung sind, haut man lieber das Deckmäntelchen des Schweigens drüber, damit man nur ja nicht die Informationen rausgeben muss.	K. 1.9 K. 4.5
<i>I: Eine allgemeine Frage, um am vorigen Punkt anzuknüpfen: Wie ist es um den kritischen Journalismus in Österreich bestellt?</i> K.W.: Ich glaube da hat sich nicht so wahnsinnig viel verändert. Ich glaube es gibt Medien, die sich nur auf das spezialisieren. Es gibt den ‚Falter‘, es gibt das ‚Profil‘, es gibt bei uns die ZIB2-Redaktion, es gibt den ‚Report‘. Also die Medien, die gibt es ja noch. Also die arbeiten, da ändert sich ja auch nichts daran. Das Ding ist halt nur – oder auch der ‚Standard‘, die ‚Presse‘, die ganzen Qualitätsmedien, die gibt es ja alle und die sind kritisch und sind auch weiterhin kritisch. Also da find ich nicht, dass wir großartig in Gefahr sind, dass wir keinen kritischen Journalismus mehr haben.	K. 2.2
Nur die geraten halt alle unter Kostendruck. Das ist halt das Problem. Das hat jetzt aber nichts mit Pressefreiheit in dem Sinn zu tun, sondern das sind wirtschaftliche Probleme, die die alle haben. Die werden ausgehungert.	K. 2.1
Und da ist – das hat jetzt doch ein bisschen etwas damit zu tun – wenn es um Inserate geht: Ich habe natürlich keinen Plan, wie viele Inserate jetzt geschaltet werden. Ich habe nur einen Kollegen, der beim ‚Standard‘ arbeitet und auch bei der Presse eine Kollegin. Und die sagen halt, im ‚Standard‘ vor allem, dass die Regierungs-Inserate viel, viel weniger geworden sind. Das heißt die Regierung schaltet halt nicht mehr im ‚Standard‘, weil sie unzufrieden sind mit dem was der ‚Standard‘ schreibt. Und andere Medien, die halt Boulevard produzieren – ‚Kronen Zeitung‘, ‚Österreich‘ – die kriegen ihre Inserate. Und das ist natürlich schon ein Problem, weil nur weil du kritisch bist, kriegst du keine () wird nichts mehr geschaltet bei dir. Das ist halt irgendwie schon ein Angriff auf die Presse. Das schon, ja.	K. 1.3 K. 1.5

<i>I: Hat der Journalismus in Österreich ein Vertrauensproblem?</i> K.W.: Ich glaube das Ibiza-Video hat dazu beigetragen, dass das Vertrauen wieder gestärkt worden ist, vor allem was den ORF anbelangt. Also da hat es glaube ich vorher größere Probleme schon gegeben, weil doch gerade von der FPÖ immer getrommelt worden ist, dass der ORF ein Unabhängigkeitsproblem hat und ein Glaubwürdigkeitsproblem.	K. 1.2 K. 2.4
Aber da sind wir dann einfach mit der ZIB hergegangen und haben durchgesendet tagelang und haben halt echt gezeigt, was wir alles leisten können, wozu wir in der Lage sind und haben super Sendungen gemacht. Ich glaube das hat uns in der Glaubwürdigkeit extrem geholfen. Da hat es dann eine Umfrage danach gegeben in der Bevölkerung und da ist rausgekommen, dass das Publikum dem ORF total vertraut hat während dieser Zeit und das ist einfach super angekommen. Das war einfach wirklich gut was wir da alle geleistet haben.	K. 2.2 K. 4.4
<i>I: Jetzt haben vor allem HC Strache und Sebastian Kurz eine riesen Facebook-Seite. Die Politik hat ihre eigenen Kanäle und kann ihre Informationen selbst raustragen und vermitteln. Inwiefern beeinflusst das den Journalismus bzw. wie geht man damit um?</i> K.W.: Ich glaube umgehen tut man am besten damit, indem man die Geschichten faktenbasiert bringt. Also man kann gegen diese Medienimperien, die sich die nebenbei aufbauen nichts machen. Die haben natürlich ihr Recht, dass sie ihre Facebook-Kanäle machen. Die FPÖ mit ihrem FPÖ-TV, 'Unzensuriert.at' – das gibt es halt alles. Aber du kannst dem Ganzen mit Fakten entgegentreten und sagen 'ja schön und gut, aber die geprüften Zahlen sagen dann eigentlich was anderes aus.' Ich glaube die beste Möglichkeit mit falschen Informationen oder mit Informationen, die halt total gefärbt sind, umzugehen, ist einfach die Fakten entgegenzuhalten. Und du musst halt recherchieren und brauchst auch die Möglichkeiten, dass du an diese Zahlen kommst.	K. 2.5 K. 4.2
Da sind wir dann wieder bei unserem Amtsgeheimnis. Wenn ich keine Info bekomme, tu ich mich halt schwer.	K. 1.3
<i>I: Könnte der Journalismus dazu beitragen, hier Medienkompetenz zu vermitteln und vielleicht auch die Leute aus ihrer Bubble holen?</i> K.W.: Ich glaube wir versuche das alle. Gerade die Infoschiene auf ORF 1 versucht gezielt jüngeres Publikum anzusprechen und zu schauen, dass die Leute wieder mehr oder überhaupt den ORF schauen und ihre Infos da beziehen. Sicher ist das eine Aufgabe, die wir erledigen müssen. Ich finde schon, dass Journalisten die Aufgabe haben, da einen Beitrag zu leisten.	K. 4.1 K. 4.2
Ich glaube die Bildung ist der Schlüssel zu allem. In der Schule fängt es an, dass du zu einem Menschen erzogen wirst, der Wahlentscheidungen treffen kann. Ich kann jetzt nur von meiner Schulzeit berichten und da ist politische Bildung viel zu kurz gekommen. Mir ist das erst im Nachhinein, als ich auf der Uni war aufgefallen, dass ich extreme Defizite habe. Ich habe wirklich nicht gewusst wie jetzt ein Kabinett zusammengesetzt ist in einer Regierung oder wie das Parlament aufgebaut ist. Das sind einfach alles Dinge, die habe ich nicht gewusst. Ja klar, da finde ich schon, dass in der Bildung viel mehr gemacht werden muss.	K. 4.3 K. 4.5
Was meine Kollegin Susanne Schnabl im Report macht, die fährt jetzt öfter an Schulen und diskutiert dann mit Schülerinnen und Schülern über aktuelle Themen. Das kommt irrsinnig gut an in den Schulen. Der Armin Wolf hat das früher auch gemacht oder macht es noch immer. Die fahren öfter, also Köpfe vom ORF sind öfter in Schulen unterwegs und diskutieren dann mit Schülerinnen und Schülern über aktuelle Themen und erklären, wie Medien funktionieren und so. Das ist ein wichtiger Bestandteil und das könnte man natürlich viel mehr ausbauen. <i>I: : Also es gibt hier tatsächlich Initiativen vom ORF?</i> K.W.: Ja. Die sind dann aber selbst auferlegt und es schreibt dir niemand vor, dass du das machen musst soweit ich weiß. Das müsste man gegenprüfen. Aber ich glaube nicht, dass das im ORF-Gesetz steht, dass man das machen muss. Aber da gibt es manchmal Anfragen von Schulen, ob nicht jemand vorbeikommen mag und die fahren dann hin. Ich	K. 4.4

glaube die ZIB2 hat das früher – ‚ZIB2 macht Schule‘ hat das glaube ich geheißen – da sind die öfter gefahren. Aber das ist glaube ich wieder ein bisschen eingeschlafen. Aber solche Sachen würde ich super finden.	
Wenn ich noch einmal zurückkomme zu unserem Amtsgeheimnis: Da gibt es jährlich seit 2011 ein Rating, das heißt ‚Right to Information Rating‘ das von „Access Info Europe“ und vom ‚Centre for Law and Democracy‘ erstellt wird, also das von zwei Non-Profit-Organisationen durchgeführt wird, wo gemessen wird wie es um die Informationsfreiheit in den jeweiligen Ländern bestellt ist. Und da kommt einfach immer jedes Jahr raus, dass Österreich immer das Schlusslicht ist. Natürlich sind nicht alle Länder dabei. Aber es werden immer mehr Ländern, die untersucht werden.	K. 1.3
Ich hab vorige Woche geschaut wie viele es jetzt sind. Es sind 124 glaube ich. Vor drei Jahren, als ich die Masterarbeit geschrieben habe, waren es noch 104. Und wir sind einfach immer am letzten Platz. Und wir haben mittlerweile – vor drei Jahren haben wir noch 37 Punkte gehabt und mittlerweile haben wir nur mehr 33 Punkte. Also es wird sogar schlechter. Und die bewerten halt wie der Zugang der Bürger zu Information ist. Und da ist bei uns halt immer wieder das Hauptproblem dieses Amtsgeheimnis. Also das gehört einfach raus und da gehört ein modernes Informationsfreiheitsgesetz hin. Diese Acht-Wochen-Frist gehört beseitigt. Da sollen sie zwei bis drei Wochen Zeit haben, damit du die Info raus gibst. Weil es macht keinen Sinn, dass wir da acht Wochen warten. <i>I: Habt ihr das Amtsgeheimnis selbst schon mal thematisiert in Berichten?</i> K.W.: Ja. Das Amtsgeheimnis kommt immer wieder vor in Geschichten. Es ist halt nur so wahnsinnig komplex, das zu erklären. Also in der ZIB bringst du das fast nicht unter, weil das brauchst ewig und im Report brauchst du halt wirklich ein gescheites Beispiel dafür. Das ist halt eine Geschichte, da brauchst du ein halbes Jahr, dass du das vorbereitest, weil du mit so vielen Hürden konfrontiert bist. Nämlich mit Anfrage schreiben, dann landet sie im Spam-Ordner, dann kommt doch die Antwort, dann muss ich wieder warten und so. Das ist einfach ein ewiger Kreislauf. Aber es gibt eben das ‚Forum Informationsfreiheit‘. Die machen da immer super Geschichten. Die vergeben auch einmal im Jahr die ‚Mauer des Schweigens‘. Das ist der Preis für die besten Fälle der Informationsverweigerung. Das ist immer recht lustig. Aber so ein Informationsfreiheitsgesetz wäre gut. Da gibt’s auch super Beispiele von Ländern. Da muss man gar nicht weit schauen. Zum Beispiel die Slowakei hat ein super Gesetz. Die sind glaube ich auf Platz drei oder so. Jetzt ist es gerade total absurd. Auf Platz eins ist Afghanistan. Die messen quasi nur die theoretische Möglichkeit. Wie es in der praktischen Umsetzung wirklich aussieht ist natürlich wieder eine andere Geschichte. Aber da haben total absurde Länder eben bessere Gesetze als Österreich, wo man sich eigentlich die Haare ausreißen möchte, wenn man das hört. Weil wie kann das eigentlich sein? Da gehört einfach was gemacht. Heute im ‚Kurier‘ ist eine interessante Geschichte drinnen. Da geht es darum, das hat auch mit Amtsgeheimnis zu tun, dass die Regierung jedes Jahr Studien in Auftrag gibt im Volumen von 70 Millionen Euro – logischerweise mit Steuergeld finanziert. Nur bei der Hälfte der Studien weiß niemand, zu welchem Thema die sind, wer da die Auftragnehmer sind. Das kriegt alles den Sigel Amtsgeheimnis drauf. Das heißt, du hast keine Chance herauszufinden, was das für Studien sind, die da gemacht werden. Das wird aber mit Steuergeld finanziert. Das wäre einfach so wichtig zu wissen. Jeder Bürger hat das Recht zu wissen ‚he, wofür wird mein Steuergeld verwendet?‘ In der Slowakei zum Beispiel haben sie da die Regel, sobald ein Auftrag mehr als 3000 Euro kostet oder wert ist, ist die jeweilige Behörde verpflichtet das zu publizieren. Erst wenn das online steht und wenn jeder Bürger darauf Zugriff hat, dann wird dieser Auftrag erst vergeben. Da haben sie ein nettes Beispiel gehabt. Die Lehrergewerkschaft hat mehr Geld für Lehrer gefordert und das Ministerium hat gesagt ‚nein, wir haben nicht mehr Geld. Also es gibt einfach kein Geld.‘ Und dann hat sich ein Lehrer offenbar die Mühe gemacht zu durchforsten, wofür das Bildungsministerium die ganze Kohle ausgibt und ist draufgekommen auf dieser Seite, dass wahnsinnig viel Geld in die Miete von Luxusimmobilien fließt. Dann hat halt dieser Lehrer das den Medien übergeben und die haben das dann veröffentlicht und ein bisschen lauter da getrommelt. Und siehe da, die Luxusimmobilien werden nicht mehr gemietet und plötzlich ist Kohle da,	K. 1.9

um Lehrern mehr Geld zu bezahlen – was halt wahnsinnig wichtig ist. Lehrer erziehen halt die nächsten Wähler und schauen, dass die Kinder irgendwie gescheit werden. Und für die war kein Geld da, weil halt das Geld für die Miete da war. Dieses Beispiel zeigt eben, wenn du den Zugang zu Info hast und wenn Journalisten darüber schreiben, dann kannst du da wirklich etwas verändern und die Information kommt raus. Und das ist halt ein Missstand. Das gleiche war 2009 in Großbritannien. Eine Journalistin wollte die Spesenabrechnung von den Abgeordneten vom britischen Unterhaus haben und wollte einfach wissen, was die machen mit dem ganzen Geld und wofür die die Spesen verwenden. Da ist dann rausgekommen, dass teilweise die Abgeordneten ihre privaten Tennisplätze mit diesem Steuergeld sanieren. Das würdest du alles nicht wissen, wenn es dort nicht diesen „Freedom of Information Act“ geben würde. Der Florian Klenk hat dann versucht, in Österreich herauszufinden was machen die Abgeordneten bei uns mit diesen ganzen Spesen, wie schauen da die Spesenabrechnungen aus? Amtsgeheimnis. Also man sieht da wär wahnsinnig viel Luft noch nach oben.	
--	--

Textstelle – Interview 6	Kategorie
Kann ich gar nicht nachvollziehen. Halte ich fast für Quatsch, wirklich für Quatsch. Wenn ich so Pressefreiheit glaube zu definieren, wie die das definieren, würde das hier insinuierten, dass es eine Art politischen Druck gibt. Das ist <u>falsch</u> . Wenn es etwas gibt – die Angriffe sind nicht einmal härter geworden.	K. 1.1
Was sich verändert hat, sind zwei Dinge: Das eine ist, dass wir – egal welche Zeitung, welcher Sender etc. – durch das Insinuierten und das Betreiben des Begriffs ‚Fake News‘ natürlich alle zusammen in eine Art unterstelltes oder auch faktisches Glaubwürdigkeitsproblem kommen. Aber das ist ja nicht eine Einschränkung der Pressefreiheit. Es ändert nichts an den Arbeitsbedingungen. Also ob mich jetzt jemand beschimpft oder irgendetwas sagt, das ändert nichts. Ich glaube, wie man zu diesem Studienergebnis kommt – man geht hier von einer Verwechslung von Sender- und Empfängerproblem aus. Also wenn man sagt, beim Empfänger haben wir Journalisten, egal ob es jetzt ein sogenanntes Massenblatt oder ein sogenanntes Qualitätsblatt ist, wir kämpfen anders heute um unsere Glaubwürdigkeit. Aber das ist noch <u>nicht</u> eine Einschränkung der Pressefreiheit. Ich kann ja weiterhin tun und lassen was ich will. Ich habe nur ein größeres Problem damit, dem Publikum zu vermitteln, dass es wahr ist. Aber das ist keine Einschränkung der Pressefreiheit.	K. 1.1 K. 2.4
Ich glaube da hat das Institut offenbar ein schweres semantisches Problem. Das ist etwas ganz anderes. Hier wird etwas verwechselt. Wenn es Probleme der Pressefreiheit gibt, sind das insgesamt hausgemachte Probleme unserer Branche ökonomischer Natur. Aber das ist keine Einschränkung der Pressefreiheit.	K. 1.1 K. 2.1
Sie, ich – wir können schreiben was wir wollen. Wir sind durch nichts eingeschränkt.	K. 1.1
Und wenn mir jemand auf Twitter oder sonst wo ein Mail schreibt, dass er mich abmurksen möchte, das gab es früher, das gibt es jetzt. Die Dichte der Narren ist vielleicht höher geworden. Wir haben eine höhere Narrendichte. Journalisten, die mit der Narrendichte extern nicht umgehen können, sollen einen anderen Beruf wählen.	K. 3.1
<i>I: Zum Verständnis. Sie würden jetzt nicht sagen, dass es von außen große Interventionsversuche gibt?</i> C.P.: Doch. Aber nicht mehr als früher. Sogar im Gegenteil. Also ich habe Erlebnisse früher durchaus härterer Art. Sie sind <u>subtiler</u> geworden. Gehen wir zu dem vielzitierten Begriff der vergangenen Regierung – der sogenannten ‚Message Control‘. Das kann man mögen oder nicht mögen. Aber Journalisten, die sich über ‚Message Control‘ beklagen, haben ihren Beruf nicht verstanden. So lange es Journalisten gibt, die – vorzugsweise vom ORF – zu Pressekonferenzen gehen, dort ihr Mikrofon aufstellen, dann dort Menschen hineinlabern lassen und das dann eins zu eins senden, sind die Sender oder die, die das dann verbreiten, schuld. Aber nicht die, die das sagen, was sie sagen wollen. Dass Politiker versuchen, ihren Spin unterzubringen, das ist legitim. Unsere Aufgabe ist es aber	K. 1.1 K. 1.3

nicht, das Mikro hinzuknallen, aufzuzeichnen und es am Abend um 19.30 Uhr abzunudeln, sondern zu versuchen oder den Versuch zu unternehmen, das dann zu hinterfragen. Aber dass die Politik versucht, dass sie ihre Botschaft – es zwingt einen niemand, ich bin nicht gezwungen, die Kollegen anderer Zeitungen, öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist nicht gezwungen, das zu bringen.	
Ich hab einmal etwas gemacht, das ist jetzt sieben, acht, neun Monate her – ich weiß nicht, müsste man raussuchen. Da hat mir das Büro des Bundeskanzlers eine quasi message-kontrollierte Nachricht zum Thema Steuerreform oder irgendetwas geschickt. Da hab ich dann einfach im Vorspann, im Lead, geschrieben: ‚Diese Nachricht aus dem Büro der ‚Message Control‘ des Bundeskanzleramtes ist am Donnerstag von Bundeskanzler Sebastian Kurz ‚Verbreitung an die Medien‘ verteilt und verschickt worden. Bewerten Sie selbst was davon zu halten ist.‘ Und dann hab ich das abgedruckt, so wie es ist und hab am Ende gesagt: ‚Soweit die message-kontrollierte Aussage des Bundeskanzleramtes.‘ Ende.	K. 4.2
<i>I: Und wie war die Reaktion darauf?</i> C.P.: Na, das war bitterböse. Gut. Lesson learned. Journalisten, die sich darüber beklagen, dass es ‚Message Control‘ ist, haben ihren Beruf nicht verstanden.“ <i>I: Jetzt war es ja gerade in der jüngeren Vergangenheit oft so, dass bei Presseterminen gar keine Fragen zugelassen waren. Wie beurteilen Sie das? Ist es schwieriger geworden – auch an Infos zu kommen?</i> C.P.: Nein. Nein. Journalisten, die sich immer nur darum bemüht haben, Pressesprecher anzurufen oder Politiker zu fragen, sollen auch ihren Beruf wechseln.	K. 1.3
<i>I: Wie war es damals unter Schwarz-Blau I? Lassen sich da Parallelen zur letzten Regierung ziehen?</i> C.P.: Ja. Schwarz-Blau I hatte einen geringeren Professionalisierungsgrad in der ‚Message Control‘. Lag auch am Persönlichkeitstypus. Man kann es nicht losgelöst von den Personen halten. Wolfgang Schüssel hat sich selbst in der Rolle des harten Hundes gefallen und hat halt Journalisten abkanzeln, besserwisserisch, mit einer maximal möglichen Unfreundlichkeit behandelt. Und das ist dann natürlich auch wieder zurückgekommen.	K. 1.8
Sebastian Kurz und sein Team machen es nicht anders, sie machen es nur charmanter. Dadurch sind die einen oder anderen eher gewillt, ihnen aus der Hand zu fressen.	K. 1.3
<i>I: Jetzt ist ja im Mai das Ibiza-Video bekannt geworden. Inwieweit hat das die Situation beeinflusst und inwieweit hat das auch die ‚Kronen Zeitung‘ verändert?</i> C.P.: Ich weiß nicht, ob Sie jetzt genau den Falschen oder genau den Richtigen fragen. Ich hatte, vor allem was die FPÖ-Fraktion betrifft – also natürlich habe ich nicht gewusst, was man da sieht. Also wo hätte ich’s wissen sollen? Aber es hat mich nicht überrascht, wenn Sie verstehen, was ich meine. Ich wusste natürlich nicht was kommt, ich hatte keine Idee. Aber es hat mich eigentlich – ich gebe zu – das Wort Schadenfreude will ich jetzt vermeiden – ich fühlte mich bestätigt in dem, was ich von dieser Bande immer gehalten habe, was ich von ihr vorher gehalten habe, was ich von ihr jetzt halte. Also ich habe mein Bild nicht wesentlich ändern müssen. Die Zuspitzung für mich ist lediglich – also ich empfehle jedem das Video noch einmal ohne Ton anzusehen. Ich finde es wirkt ohne Ton noch besser, weil es so schön die ganze Verkommenheit dieser Bande zeigt. Ich habe das den ÖVP-Leuten, mit denen ich zu tun hatte, immer gesagt. Ich werde auch meine Meinung nicht ändern. Ich habe Wochen vor Auftauchen des Videos geschrieben, dass die FPÖ nicht regierungsfähig ist. Und ich kann mich an eine Diskussion erinnern, die ich im Fernsehen gesehen habe auf ORF III. Da saßen Hubert Patterer, Rainer Nowak und Christian Rainer und da wurde darüber diskutiert, dass ich das geschrieben hätte und da wurde dann auch gesagt, das dürfe man nicht schreiben, weil das entscheiden noch immer der Wähler. Und ich sage nein. Ich kann für mich schreiben, dass sie nicht regierungsfähig sind. Ich muss ja nicht noch abwarten, was der Wähler sagt, damit ich zum Entschluss kommen kann, ob die regierungsfähig sind. Ich meinte vorher, meinte währenddessen und meine jetzt, dass sie nicht regierungsfähig sind. Das ist eine verkommene Bande.	K. 1.9

Das Einzige, was sich verändert hat, das klingt jetzt so unglaublich nach Hybris und ich weiß jetzt nicht, wie ich es dezent formuliere, aber ich war schon zufrieden, dass ich jetzt nicht alleine bin mit dieser Position. Und da geht es mir jetzt nicht um ideologische Ausrichtungen.	K. 1.2
Es soll jemand das gut finden. Was immer die wirklich machen, weiß ich ja nicht. Es soll das jemand gut finden oder auch schlecht finden. Darum geht es mir nicht. Diese Partei ist eine durch und durch verkommene Partei. Die haben auch noch keine ‚Message Control‘, die haben auch keinen Druck ausgeübt im Übrigen. Die Freiheitlichen sind ja eine Spezial-Bubble. Die bedienen sich ja kaum der herkömmlichen Medien. Die haben sich weitestgehend von den klassischen Medien entkoppelt. Man sieht das ja auch an den Datenlagen. Ich bin jetzt nicht ganz am letzten Stand. Aber wenn ich versuche, die Datenlage zu sagen, waren die, glaube ich, vor Ibiza bei so etwa 23 Prozent ungefähr – sind dann, glaube ich, nach Ibiza auf 18 oder 19 gesunken und stehen jetzt wieder so bei 20, 21 so ungefähr.	K 1.1 K. 2.5
Bitte diese Delle und ich bin fast wieder auf dem Ausgangsniveau. Und jetzt kommen wir zurück zu Ihrer Eingangsfrage zur Pressefreiheit. Warum sollen die auf uns Druck machen? <u>Sie brauchen uns ja gar nicht.</u> Warum soll man auf mich oder auf Kollegen anderer Zeitungen Druck machen, wo die, wie auch die Umfragen bestätigen, die klassischen Medien – weder die ‚Kronen Zeitung‘, noch den ORF, noch die Presse brauchen? Die bedienen ihre Kernklientel in Parallelmedien. Also warum soll man auf mich Druck ausüben?“	K. 1.1 K. 2.5
<i>I: Wobei ja die ‚Kronen Zeitung‘ auch im Ibiza-Video ein großes Thema war, wo gesagt wurde, wenn wir die ‚Kronen Zeitung‘ haben, kommen wir auf 34 Prozent. Wie beurteilen Sie diese Aussagen?</i> C.P.: Ich glaube das ist multifaktorell. Man muss auch bedenken, dass es der Herr Strache gesagt hat. Das hat nicht der Herr Lepuschitz und nicht der Herr Kickl gesagt, sondern das hat der Herr Strache gesagt. Und der Herr Strache ist ja jetzt alles Mögliche in der Partei, aber er ist sozusagen nicht der analytisch Intellektuelle dort. Die Fantasie, die es sicherlich in der Freiheitlichen Partei gibt, insbesondere bei Strache und im Strache-Umfeld – also man darf zuerst nicht vergessen, die Freiheitliche Partei, die ja die Opferrolle bedient, ihre eigene Opferrolle – irgendwann bedienst du eine Rolle ja so lange, bis du selbst an deine Rolle glaubst und – sie ist natürlich eine zutiefst paranoide Partei. Allen Rechtsextremisten ist das Paranoide – weil es ja auch nicht ganz falsch ist. Natürlich haben die seit jeher, egal bei welchen Prozentsätzen sie gestanden sind in Umfragen, waren sie immer eine massiv kritisierte Partei. Jetzt tun wir das mal alles weg von der Berechtigung oder unberechtigter Kritik. Klammer auf: Was wir jetzt gerade erleben in Zusammenhang mit der Beschlagnahmung des Mobiltelefons von Strache – halte ich für eine ganz gefährliche Geschichte. Stellen wir uns vor, die Auswertung des Mobiltelefons und des Notebooks ergibt nichts. Wunderbar für die Legendenbildung der Freiheitlichen Partei. Und ich halte es auch für gefährlich – das ist ja erst gestern oder vorgestern ausgebrochen die Geschichte – aber ich halte es tatsächlich rechtlich für eine gewagte Sache auf Basis einer anonymen Anzeige, so valide die Vorwürfe auch sind oder nicht sind, das Mobiltelefon zu beschlagnahmen. Stellen Sie sich vor, ich zeige Sie – Sie sind die Chefin eines Mädchenhändlerrings. Ich schreibe eine anonyme Anzeige. Am nächsten oder übernächsten Tag tritt eine Sonderkommission ihre Wohnungstür ein und nimmt Ihnen Ihr Mobiltelefon weg mit allen Ihren persönlichen Daten. Und es stellt sich heraus, dass Sie keine Chefin eines Mädchenhändlerrings sind. Aber alle Ihre Daten wurden nun auf Basis einer anonymen Anzeige mitgenommen – halte ich für eine riskante Sache. Und da kommen wir jetzt wieder zurück. Das kann dann die Basislegende sein für eine Geschichte, wo sie dann das wieder unterstellen. Der Mann ist schon sicher kein Opfer. Aber er kann seine Legende bedienen. Ich bin immer bei so einer Hysterisierung der Institutionen – die halte ich für gefährlicher als alles, was sonst oft passiert. Und genau auf dem surft die Freiheitliche Partei. Was natürlich dem Herrn Strache wahnsinnig gefällt – nur das ist ein anderes System – ist das System, das der Herr Orban hergestellt hat. Wir wissen, dass sie sich mit diesen Leuten treffen. Es gefällt ihm auch das System, das das	K. 1.9

Regime von Wladimir Putin hergestellt hat. Nur ist das System von Wladimir Putin ein ausgeklügeltes, intelligentes, über viele Jahre mit sehr viel Geld und mit sehr viel Know-How entwickeltes System. Die Voraussetzungen des Know-Hows, der Intelligenz und der Subtilität gehen der Freiheitlichen Partei völlig ab. Es gefällt ihnen, wie sich Viktor Orbán über ein, zwei befreundete Oligarchen die Medien unter den Nagel gerissen hat. Aber das ist so wie wenn Sie oder ich jetzt die Fantasie von der Weltherrschaft hätten und ich zeichne hier die Weltkugel auf und beginne, Teile der Welt zu erobern. Ich meine, das ist natürlich zum Teil auch eine pathologische Angelegenheit. Man soll nicht jede Krankheit für Politik halten.	
<i>I: Weil sie zuvor die eigenen Kanäle der Parteien angesprochen haben – verliert der Journalismus an Bedeutung?</i> C.P.: Nein. Der Journalismus verliert überhaupt nicht an Bedeutung. Was wir verlieren, ist das Monopol der Deutungshoheit. Journalismus verliert überhaupt nicht an Bedeutung. Journalismus ist diversifizierter. Er teilt sich auf mehr Menschen auf. Er verlangt von den Konsumenten höhere Bereitschaft oder Fähigkeit zu unterscheiden, was ist plausibel, was ist wahr, was ist unrichtig. Die Gatekeeper-Funktion geht natürlich zurück. Schauen Sie sich einmal dieses Beispiel an, wo diese Geschichte verbreitet wurde – in wessen Auftrag auch immer, das ist vollkommen egal – Sebastian Kurz und diese ‚Kinder-Sex-Porno-Geschichte‘. An der Geschichte ist eine einzige Sache für mich wirklich interessant, schauen Sie sich das genau an: Das Tolle ist an dem, das ist layoutiert und geschrieben wie ein Bericht, der in jeder vernünftigen oder weniger vernünftigen Zeitung sein kann. Was ich damit meine: in ganzen Sätzen, ordentlich geschrieben, ordentlich bebildert. Auf den ersten Blick sieht das aus wie ein ganz normaler Bericht. Und das halte ich für so gefährlich. Weil der nicht geschulte Medienkonsument liest das und denkt sich ‚aha, Sebastian Kurz‘. Darin sehe ich eine große Gefahr. Wir alle wissen doch, wie wir oft selber Medien konsumieren. Gerade was ich da in der Früh alles durchschaue, wo ich dann oft auch nochmal hinschauen muss und denke, ‚ist das jetzt valide oder ist das Blödsinn, bin ich da jetzt irgendetwas aufgefressen?‘ Es ist mein Beruf mir jeden Tag alle Zeitungen anzuschauen. Aber ich weiß, was die Realität ist.	K. 2.5
Und jetzt hat aber der durchschnittliche Leser vielleicht eine, vielleicht zwei Zeitungen zuhause, vielleicht gar keine, aber vermutlich nur eine. Der hat gar nicht die Möglichkeit, zu vergleichen, ob das was in der Süddeutschen steht, das mit dem ‚Kurier‘ zu vergleichen und eventuell dann nochmal. Wenn etwas optisch so gemacht ist – früher haben ja die ganzen Narren dieser Welt, die irgendwelchen Müll geschrieben haben – da war ja oft schon von Sprachduktus, von Optik, von Layout sofort zu erkennen, dass das Quatsch ist. Die machen das heute aber in einer Optik oder Sprache, die hochprofessionell ist.“ <i>I: Das heißt es geht de facto um Medienkompetenz?</i> C.P.: Ja.	K. 2.5 K. 4.1
<i>I: Kann Journalismus einen Beitrag leisten, Medienkompetenz zu vermitteln? Oder ist dies Aufgabe der Schulen und des Bildungssystems? Oder kann man es den Menschen zumuten, dass sie sich selbst die Kompetenzen aneignen?</i> C.P.: So lange es noch eine Generation gibt, die es eventuell an ihre Kinder weitergeben kann, möglicherweise. Ich bin aber total skeptisch. Ich glaube nein. Das ist eine illusorische Vorstellung von Journalisten und Moralisten. Man kann sich's nur selber beibringen. Die Schulen und Universitäten können einen Menschen nur zu einem intellektuellen, reflektierenden Menschen erziehen. Man kann aber nicht spezifisch auf Finanz, auf Wirtschaft, auf Ernährung, auf Medien Menschen eine Kompetenz zufügen. Man kann Menschen nur zu einer intellektuellen Generalkompetenz erziehen. Aber man kann nicht sagen ‚so lernst du Medienkompetenz oder so lernst du Finanzkompetenz.‘ Nein, kann man nicht.	K. 4.1
<i>I: Kann Journalismus durch mehr Transparenz einen Beitrag leisten?</i> C.P.: Sie meinen mit noch mehr Text sozusagen in einer Legende oder einem Begleittext? Hier reden wir von drei bis fünf Prozent der lesenden Bevölkerung, die wir damit erreichen, die das aber ohnehin könnten. Eine derartige Rubrik richtet sich ohnehin dann nur an Menschen, die ohnehin schon Medienkompetenz haben.	K. 4.1 K. 4.2

<i>I: Es gibt ja mittlerweile einige Rechercheplattformen und auch Medien, die Faktenchecks machen. Zeigt das Wirkung?</i> C.P.: Ja, bei denen, die es eh könnten. Aber es hat keine Massenwirkung. Völlig sinnlos. Es ist nett, es ist illusorisch und ist eine nette Philosophie, der man anhängen kann. Mit der kann man sich weiterhin in Sicherheit wiegen. Nein.	
<i>I: Wie ist es in Österreich um die kritische Berichterstattung bestellt?</i> C.P.: „Kritische Berichterstattung – was jetzt genau? <i>I: Es gab ja zum Beispiel im letzten Jahr eine Mail vom Innenministerium, dass – in dem Fall waren es der ‚Falter‘, der ‚Standard‘ und der ‚Kurier‘ – dass die nur mit dem Nötigsten an Information bespielt werden sollen usw.</i> C.P.: Das Einzige, was an diesem Mail bemerkenswert ist, ist, dass es dieses Mail gibt. Hier wurde das, was es <u>immer</u> schon gab, wurde hier einfach nur durch einen Dummkopf auch noch verschriftlicht. Das war eigentlich einer der größten Transparenzbeiträge, den die Freiheitliche Partei zur politischen Geschichte der Gegenwart jemals beigetragen hat. Aber das war schon alles. Das gab es immer, dass Medien oder einzelne Journalisten, denen sich Parteien oder einzelne Politiker aus irgendwelchen Gründen näher gefühlt haben oder näher fühlen, besser informiert wurden, wobei das Wort informieren schon schlecht ist – besser ihre Geschichten, <u>ihre</u> individuellen Wahrheiten verkaufen. Es geht keine einzige Information, die der Wahrheitsfindung dient, dadurch verloren. Was das Mail ja übersetzt bedeutet: ‚Diese Medien werden wir mit unseren gestreuten Message-Control-Informationen nicht mehr bedienen.‘ Also wer angewiesen ist darauf, zu erfahren, was einem das Innenministerium offiziell mitteilt, sollte sich eigentlich schon vorher überlegen, ob er im Beruf des Journalismus richtig aufgehoben ist. Das ist so wie wenn im Sport jemand glauben würde, was ein Funktionär sagt, dass man das eins zu eins reinbringt. Also was der Herr Schröcksnadel sagt, reinzuschreiben, kann man auch gleich wegwerfen oder man schreibt drüber: Das sagt Herr Schröcksnadel, das ist Blödsinn.	K. 1.1 K. 1.3
Kritisch denken liegt an uns. Wir erwarten immer vom Leser, kritisch zu denken und dabei denkt der Journalist oft nicht kritisch. Das Wichtigste ist immer, selbst einmal kritisch zu denken: ‚Ist das so plausibel? Warum bringe ich das jetzt überhaupt?‘	K. 2.2 K. 4.2
<i>I: Wie ist Ihre diesbezügliche Wahrnehmung? Ist dieses kritische Denken in Österreich ausreichend vorhanden?</i> C.P.: Nicht mehr und nicht weniger als früher. Es ist eine individuelle Sache. Es wäre doch gelogen, dass es doch sehr von unserer Tagesverfassung abhängt. Es ist nicht mehr und nicht weniger als früher.	K. 2.2
Was sich verändert hat: weniger Menschen, weniger Leute in den Redaktionen – aber das werden sie überall hören – weniger Mitarbeiter.	K. 2.1
Was sich verändert hat: weniger Menschen, weniger Leute in den Redaktionen – aber das werden sie überall hören – weniger Mitarbeiter. Was ich Ihnen jetzt sage bitte nicht auf die Waagschale legen von der Genauigkeit der Zahlen, ich versuche es mehr gefühlt als jetzt faktisch. Aber vor 20 Jahren hatten wir in den Redaktionen fast doppelt so viele Mitarbeiter bei etwa einem Drittel weniger Seitenumfang. Wenn wir vor das Jahr 1989 zurückdenken, in die bipolare Welt des Kalten Krieges. Ach was waren die Dinge simpel. Es gab eine gute Welt und es gab eine böse Welt. Die Währungspolitik Österreichs hat sich daran orientiert – wenn die D-Mark eine Kurskorrektur vornimmt, hat sich der Schilling an der D-Mark orientiert. Die D-Mark hat sich am Dollar orientiert. Aus. Es gab keine großkomplexen wirtschaftspolitischen schwer zu verstehenden Dinge. Die Dinge waren wunderbar schwarz-weiß. Es gab das böse Moskau und es gab das gute Washington. Es gab den gefährlichen Ostblock und es gab den guten Westen. Es gab ein noch nicht die Bedeutung von heute habendes China. Die Dinge waren relativ einfach zu erklären. Die Menschen haben auch noch ferngesehen im Sinne einer bewusst sich angesehen habenden ZIB1. Das heißt, es gab auch eine erzählte Geschichte. Heute hat ein komplexer Beitrag im Wirtschaftsbeitrag vielleicht 0,40. Wenn er ganz lang und breit ist, vielleicht 1,20. Niemand hat verstanden was da eigentlich erklärt worden ist. Es hatte der einzelne auch einfach noch Zeit, sich etwas herzunehmen und durchzulesen.	K. 1.8 K. 2.1

Wie soll ich alles, was hier liegt (zeigt auf einen Stoß Zeitungen) heute noch lesen? Ich werde es irgendwann nach vier durchblättern und vielleicht rei ich mir dann die Dinge raus, die ich dann am Freitag weghaue, weil ich feststelle, es ist schon wieder ein neuer Stapel da. Wir sind nicht in der Lage, in der Frequenz, in der Dichte unsere Komplexität ausreichend zu erfassen.	K. 2.6
<i>I: Sie haben vorher angesprochen, dass die Redaktionen immer dünner werden. Wie schafft man es mit immer weniger Leuten mit einer Fülle an vorgefertigter Information und einem großen PR-Stab auf der anderen Seite umzugehen? Ist das auf Dauer bewältigbar?</i> C.P.: Nein, es ist nicht bewältigbar und wird auch nie wieder bewältigbar sein. Also, was heißt nie wieder? Also auf absehbare Zeit nicht bewältigbar. Was wir sicher wieder mehr machen könnten, ist das, was wir früher viel mehr gemacht haben im Journalismus: zu entscheiden zwischen wichtig und unwichtig. Es wird viel zu wenig zwischen wichtig und unwichtig entschieden.	K. 1.7 K. 2.6
Der in Indonesien an den Strand gespülte Wal wird gleich behandelt mit dem ertrunkenen Flüchtlingskind. Wir sind derartig getrieben auch durch die digitalen Nachrichten, weil wir halt auch alle nebenbei schauen, was haben wir an Traffic auf unseren Online-Seiten. Ich bin permanent getrieben, um die Meldung von vor vier Minuten durch irgendeine andere zu ersetzen. Es wäre früher undenkbar gewesen, dass angesehene Nachrichtenagenturen ihre Nachrichten ohne Doublecheck rausgeben. Das passiert heute. Weil sie nicht anders können. Ich wüsste jetzt auch ehrlich gesagt nicht, wodurch sich das ändern sollte.	K. 2.1
Ein sehr populärwissenschaftlicher Autor, der Schweizer Rolf Dobelli, hat jetzt ein Buch über die ‚News-Diät‘ geschrieben. Kann man so und so sehen. Aber was ich schon glaube, ist, dass sich immer mehr Menschen einfach völlig abwenden von der News World. Das ist ja alles nicht bewältigbar, was wir da jeden Tag in die Welt hinaustrten. Es ist eine Überreizung und die Leute werden einfach wegbrechen. Und zwar nicht von <u>den</u> Zeitungen oder <u>vom</u> ORF, sondern sie werden sich über eine gewisse Zwischenphase, irgendwelche Kanäle, was auch immer nach Facebook kommt – momentan ist es Instagram und ich verfolge fasziniert TikTok, weil es ja auch zu meinem Job gehört, zu beobachten, was tut sich da. Vor allem in den USA und im asiatischen Raum – wie die Kurven bei den 14- bis 20-Jährigen bei TikTok – das ist eine Art semipornografischer Selbstentblsungswahnsinn. Es erschließt sich mir nicht zur Gänze. Aber warum verfolge ich es? Weil ich einfach nur die Bild- und Darstellungswelten sehen will. Weil eines weiß ich: Das sind Mitbewerber. Und was soll da irgendeine Art von Medien, seien es Massenmedien oder Boulevard – was sollen wir da tun? Ich weiß überhaupt keine Strategie dazu. Katzen erschießen auf der Terrasse? Nein, was soll ich tun? Aber die Leute schauen sich auch die 1000. erschossene Katze an. Ich habe keine Antwort darauf. Ich weiß nur eines: In der Ökonomie der Aufmerksamkeit habe ich verloren.	K. 1.7 K. 2.5
<i>I: Ist es gerade deshalb wichtig, dass Journalismus auch auf ebendiesen Plattformen vertreten ist?</i> C.P.: Na bitte, Ihr Vorschlag? Wir machen natürlich auf Instagram und überall unser Zeug. Aber in Wahrheit laufen wir Entwicklungen hinterher, schauen uns dann auf unseren Screens irgendwelche Dinge an, welche Kurven hinaufgehen. Aber womit könnte ich jetzt den größten Erfolg haben? Ich gehe vor den Dom in Salzburg, säge mir mit der Motorsäge das linke Bein ab und schreie ‚tötet den Papst‘ und ‚heil Hitler‘. Dann weiß ich, dass ich innerhalb von 90 Minuten mit der Kurve weit hinaufgehe. Das Problem ist, dass ich nachher das linke Bein nicht mehr habe und man mich für geisteskrank erklärt und zurecht in eine Klinik bringt, weil ich sagte ‚tötet den Papst‘ und ‚heil Hitler‘. Okay, so kann ich Traffic generieren. Das ist nach oben offen. Ich kann ja jeden Wahnsinn machen. Aber welche Information hat ausreichend – nennen Sie mir eine Sachinformation, die für den Zuseher in dieser Sekunde spannender ist, als mein abgesgtes Bein und zu rufen ‚heil Hitler‘ vor dem Dom? Nichts. Ich kann gegen diese Explosion an Trash zwischen semipornografischen Katzenbild-Dings – was soll ich denn da anbieten? Schauen Sie rein bei TikTok. Soll ich einen Bericht danebenstellen über die Aktienindizes von seltenen Erden, die mir in drei Jahren das iPhone 12 teurer machen? Da gewinne ich nicht. Die Konditionierung auf das Schnelle, jetzt sofort, cool, geil, toll, irgendwie ist immer stärker als	K. 2.5

etwas, das nur die geringste Form von Komplexität verlangt. Und es gibt kaum eine Nachricht, die nicht ein Mindestmaß an Komplexität hat. Aber TikTok verlangt keine Komplexität.	
Was ich nicht weiß und vermutlich weiß es niemand: Wann haben wir einen Punkt erreicht, wo das System implodiert und wir kehren wieder zu den Büchern oder Zeitschriften oder Nachrichten zurück? Womit ich selber im Kopf kämpfe, ist meine eigene These. Ich hatte immer die romantische Vorstellung, dass etwas immer überleben wird, egal auf welchem Kanal, ob das gedruckt ist oder digital. Ich hatte immer die Fantasie, dass der Wunsch, Geschichten zu erzählen, immer bleiben wird. Ich hadere gerade damit, ob ich mich von diesem Gedanken zu verabschieden habe, dass die <u>Geschichte</u> , egal ob es Tratsch, Klatsch, Politik oder Wirtschaft ist, dass das Bedürfnis nach der Geschichte verschwindet. Das kann ich intellektuell noch nicht ganz verstehen. Das war meine Basis. Dass es egal ist, auf welchem Kanal ich etwas verbreite, aber dass es nie egal ist, ob ich eine Geschichte erzähle. Da scheint irgendetwas passiert zu sein, was meinen gesamten Thesenapparat zum Einsturz bringt. Ich war nie der Meinung, dass es immer das gedruckte Ding (nimmt eine Zeitung in die Hand) geben wird. Aber ich war immer der Meinung, dass die Geschichte immer bleiben wird. Und da bin ich gerade am Zweifeln, ob das stimmt.	K. 1.7
<i>I: Das bringt mich zum Rollenbild des Journalismus. Was würden Sie sagen, was ist die Aufgabe von Journalismus?</i> Das ist so für mich nicht zu beantworten. Das ist eine zutiefst individuelle Geschichte. Es gibt Journalisten, die einfach Geschichten erzählen wollen. Einfach, weil sie etwas sehen und beobachten und das beschreiben wollen. Es gibt Journalisten, die haben einen gewissen missionarischen Antrieb und wollen die Welt verbessern. Das ist nicht so hämisch wie es klingt. Aber die wollen die Welt zu einem besseren Ort machen. Es gab einmal Parteizeitungen. Die hatten Interesse, für ihre Partei, ihre Bewegung, ihre Interessensgruppe Werbung zu machen. Es gibt Journalisten, die sehen sich in der Kontrollaufgabe und im Aufdecken von Skandalen. Ich selbst bin nie mit der Idee angetreten, ich will die Welt besser machen oder ich will etwas kontrollieren, sondern ich komme aus einer ganz banalen Schule. Ich wollte immer nur Geschichten erzählen. Das ist, glaube ich, aber nicht besser oder schlechter als der, der sagt ‚ich will kontrollieren‘ oder ‚ich will aufdecken‘. Ich wollte immer nur Geschichten erzählen.	K. 1.9
<i>I: Um nochmal konkret auf die ‚Krone‘ zurückzukommen: Jetzt sind ja die Eigentümerverhältnisse der ‚Krone‘ ziemlich speziell und zuletzt viel diskutiert. Was würden Sie sagen – wie unabhängig kann die ‚Krone‘ tatsächlich berichten?</i> C.P.: <u>Ich</u> – ich kann jetzt nur für mich in Anspruch nehmen – ich glaube, dass ich die größtmögliche Unabhängigkeit im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten habe. Unabhängigkeit ist aber auch etwas sehr Individuelles. Manche legen es eher weiter und breiter aus. Da zähle ich mich dazu. Manche Menschen neigen dazu, ihre persönliche Unabhängigkeit für sich selbst anders zu definieren. Und man muss auch immer verstehen, dass es im Publikum noch immer das Missverständnis gibt, dass Unabhängigkeit Neutralität oder sozusagen Objektivität bedeutet. Ich sehe mich als völlig nicht objektiven Journalisten. <i>I: Sondern?</i> C.P.: Ich sehe mich mit einer sehr persönlich gefärbten Meinung. Und das ist meine persönliche Objektivität. Ich lasse mir von niemandem sagen was meine Objektivität ist.	K. 1.2 K. 3.6
<i>I: Weil wir gerade von Unabhängigkeit sprechen und zu Beginn über Interventionsversuche – Sie werden sich wahrscheinlich nicht mehr so beeindrucken lassen ...</i> C.P.: Nein, das stimmt so gar nicht. Es gibt schon manchmal Interventionsversuche, wo man schon mal ganz kurz schluckt und das Telefon weglegt und sich sagt: ‚Oha, darüber denke ich jetzt mal ein halbes Stündchen nach.‘	K. 3.1
<i>I: Haben Sie bemerkt, dass Sie das dann beeinflusst.</i> C.P.: Ich versuche möglichst ehrlich zu antworten: Manchmal muss man verschiedene Dinge dann ein bisschen berücksichtigen. Aber nicht jede Intervention ist per se übel. Manchmal gibt es Interventionen, wo das Argument des anderen kein falsches ist und wo	K. 3.4

es sich lohnt, über das Argument nachzudenken. Dann kann man auch zu einer Meinungsänderung oder zu einer Korrektur seiner Meinung kommen. Manchmal ist die Intervention einfach ein dreister Scheiß. Manchmal kommt man in eine Drucksituation.	
Da halte ich es für mich gerne so, dass ich dann etwas, das hätte erscheinen sollen, ein, zwei, drei Tage aufschiebe – das geht bei Tageszeitungen – und dann am fünften erst richtig reinzudrücken. Man ist dann kurz beeindruckt, dann denkt man nach, dann bremst man sich ein und dann am dritten Tag bekomme ich so eine Wut, dass ich sage ‚so, jetzt erst recht.‘ Es hat mir erst gestern ein Lobbyist ein Mail geschickt mit einer Geschichte über den Bau eines Kraftwerks im Pinzgau. Ich wusste das gar nicht. Erst durch die Intervention dieser Mail ist es auf meinen Radar gekommen, dass irgendwo ein Kraftwerk gebaut werden soll. Dann habe ich darüber nachgedacht, was der eigentlich von mir verlangt oder will. Es kam so, dass mir dieser Herr geschrieben hat, man wolle mir mit einem Kraftwerksbetreiber die Notwendigkeit eines Kraftwerks näherbringen. Ich muss dazusagen, ich verstehe nichts von Kraftwerken. (Öffnet eine Mail) Da schreibt mir der, ob ich die Festspiele genießen kann, er würde gerne einen Termin mit einem Diplomingenieur, der vor Urzeiten – da waren Sie noch nicht auf der Welt und ich war noch ein kleines Kind – war der Bürgermeister in Salzburg. Und ich schreibe dann zurück, was der Herr von mir will. (Liest vor) ‚Wir würden mit dir gerne über das geplante Kraftwerk in Unken sprechen. Ganz unverbindlich. Wir haben hier wirklich gut und umsichtig geplant und halte alle Auflagen ein.‘ Ich habe dann darüber nachgedacht und habe dann einen Redakteur, den Herrn Reuter, gebeten: ‚Geh bitte schauen Sie sich das an.‘ Und dann war eine Geschichte drin, wo wir auch reingeschrieben haben: ‚Irgendetwas muss an diesem Kraftwerk faul sein, sonst würden sie nicht jetzt schon Lobbyisten losschicken.‘ Bis zu diesem Zeitpunkt hätte ich gar nicht gewusst, dass es da ein Kraftwerk geben soll. Und jetzt habe ich geschrieben, jetzt schicken Sie Lobbyisten los, um für ein Kraftwerk zu werben, von dem ich bis vor 24 Stunden nichts gewusst hätte.	K. 3.6
Also man muss wissen, wie man mit Interventionen umgeht. Und ich stelle sie mir so ab, indem ich sie einfach gleich reinschreibe.	K. 4.2
Wer sich's gefallen lässt – selber schuld. Der wird mich sicher nicht mehr anschreiben. Es ist eine Frage des individuellen Umgangs.	K. 3.6
Ich glaube das größte Problem im Journalismus ist – von uns allen, da bin ich überhaupt keine Ausnahme – Bequemlichkeit. Das ist nicht Mut und nicht Feigheit, sondern es ist Bequemlichkeit. Wer weiß, wenn ich das Mail an einen Tag bekommen hätte, wo 1000 andere Dinge und noch etwas Wichtigeres ist, hätte ich gesagt ‚schaute euch das an‘. An dem Tag habe ich mir gedacht: ‚So!‘ Es ist so schwierig. Denken Sie zurück, fragen Sie in Ihrer Sportredaktion ältere Kollegen von den Zuständen vor 10, 15 Jahren, wo sich in den Sportredaktionen – die politischen Redaktionen sind da eher unanfällig, weil was soll man mir einen Bademantel schenken, oder Autoreifen, oder Skier – ist ja Blödsinn – also schwierig zu bestechen. Aber schauen Sie mal nach, was in der Reisedredaktion, in der Sportredaktion, in der Motorredaktion, wenn dann von Fischer bis Head die Skier, die Skiausflüge, die angehängten Tage in den Hotels von den Reisen – in Gesundheitsredaktionen besonders beliebt – wenn der Kongress dann auf Mauritius über die Entwicklung eines neuen Hypertonie-Medikaments fünf Tage dauert.	K. 2.6
I: Wurde hier über viele Jahre ein zu großes Naheverhältnis aufgebaut? C.P.: Ja. Richtig. Wir haben viel zu viel zugelassen. Österreich ist ja noch einmal ein Spezialfall durch die Kleinheit des Landes. Natürlich kenne ich diese ganzen Menschen ewig. Das ist in den Sportredaktionen nicht anders. Die kennen sich eben. Natürlich ist es ein Give and Take. Aber manchmal verschwimmen die Grenzen im Give and Take – quer durch die Redaktionen, wenn die Herrschaften dann mit dicker Zigarre im Do&Co oben gesessen sind wie ein Herr Elmar Oberhauser. Ich sehe das Bild noch vor mir. Und dann kritischer Journalist sein.	K. 2.6
I: Wie könnte man sich daraus befreien? C.P.: Die erste Befreiung liegt darin, bevor man von anderen Moral abverlangt, erst seinen eigenen aktuellen Moralstatus zu prüfen. Niemand soll da sagen, er ist unempfänglich. Oft	K. 4.2

reicht bloße Sympathie. Und oft reicht es, dass man jemanden nicht mag. <i>Conditio humana</i> – einfach immer bedenken, dass man letztlich als Mensch vom Menschlichen nichts weiß.	
--	--

Textstelle – Interview 7	Kategorie
<i>I: Im April ist das Reporter-Ohne-Grenzen-Ranking erschienen. Österreich ist von Platz elf auf Platz 16 abgerutscht und hat seinen Status als Land mit ‚guter‘ Pressesituation verloren. Wie beurteilen Sie dieses Ergebnis und wie schätzen Sie die Situation ein bzw. was hat sich seit dem Ibiza-Video verändert?</i> T.G.: Seit Ibiza hat sich vor allem einmal geändert, dass es eigentlich keine Regierung gibt. Also die provisorische Regierung versteht sich ja nicht als solche im engeren Sinn des Wortes. Sie wollen verwalten und tun das auch und geben selten Interviews und wenn, dann werden die Minister wieder zurückgepiffen. Am Beispiel des Verteidigungsministers zum Beispiel. Weil die Kanzlerin eben auf dem Standpunkt steht, dass sie eigentlich kein politisches Mandat haben und daher auch nicht im engeren Sinn des Wortes politisch eingreifen wollen. Darüber kann man streiten, ob das gut ist oder schlecht. Aber einen Vorteil hat es natürlich für uns. Dass durch parlamentarische Anfragen an die provisorischen Minister jetzt unter Umständen mehr herauskommt, als zu Zeiten gefestigter Regierungen, weil die <u>vorsichtiger</u> sein werden mit der Herausgabe von Informationen. Gerade was das Innenministerium betrifft, sind schon sehr interessante Details ans Licht gekommen, die der neue provisorische Minister nicht zurückhalten wollte. Das ist ein kleiner Unterschied – dass wir uns dadurch ausschließlich dem Wahlkampf widmen können, weil von der Regierung keine Vorgaben kommen oder keine, die uns nicht beschäftigen sozusagen. <i>I: Teilen Sie diese Einschätzung, dass davor, also unter Türkis-Blau, die Situation sich verschlechtert hat? War die Pressefreiheit eingeschränkt? Wie würden Sie die Situation beschreiben?</i> T.G.: Also der Hauptvorwurf an die Regierung war immer, sie betreibe ‚Message Control‘. Das war das Wort. Ich kann mich nicht mehr erinnern, wo es eigentlich hergekommen ist. Ich habe dieses Wort immer für ein Missverständnis gehalten. ‚Message Control‘ war der Vorwurf an diese Regierung deswegen, weil sie versucht haben, ihre Message so wie sie es wollten, an die Leute zu bringen. Das ist professionell, würde ich einmal sagen, von jeder Regierung, dass sie das probiert.	K. 1.1
Und der Vorwurf an vorangegangene Regierungen der rot-schwarzen Koalition oder was auch immer, war, dass sie genau das nicht getan haben, sondern dass man, wenn von einem was gekommen ist, von der anderen Partei jemanden anrufen konnte und der hat das Gegenteil gesagt. Also das, was so dieses Hintergrundrauschen war, dieses Unpräzise was man mit diesen Regierungen verbunden hat, kam daher, dass es keine ‚Message Control‘ gab. Dass man sich nicht geeinigt hat, wie das Wording ist zu bestimmten Vorhaben der gemeinsamen Regierung. Und wir haben das immer kritisiert. Es haben auch die Regierungen selbst kritisiert. Ich kann mich erinnern, wie Werner Faymann immer wieder gesagt hat, dass man die Kommunikation verbessern muss. Das ist immer wieder gesagt worden. Es ist aber nicht passiert. Schwarz-Rot hat immer in einer Kakophonie durcheinandergeredet. Jeder hat seine Version kommuniziert und insgesamt entstand nicht der Eindruck, dass hier eine Regierung kompakt etwas gemeinsam will und das auch kommuniziert.	K. 1.8
Das hat der Sebastian Kurz erkannt, dass das ein Schwachpunkt ist und dass daher dieses Gefühl der Leute kommt ‚Ja, die streiten ja eh immer nur‘ und dass man das nicht machen darf. Und er hat das – kann man sagen vielleicht bis zum Exzess – aber er hat das wirklich durchgehalten, obwohl ich mir nicht vorstellen kann, dass bei dieser Konstellation nicht auch viel Streit war. Aber er war hinter verschlossenen Türen und nachher hat man sich geeinigt, wie man öffentlich das Ergebnis, das auch ein erstrittener Kompromiss war, kommuniziert. Das der Regierung zum Vorwurf zu halten, halte ich für	K. 1.9

einerseits heuchlerisch, weil wir es immer gefordert haben und zweitens für falsch.	
Das Wort ‚Message Control‘ unterstellt ja, dass wir kontrolliert würden als Journalisten. Das ist aber nicht der Fall. Was wir mit der Message, die wir bekommen dann machen, ob wir die hinterfragen, ob wir sie kritisieren und für falsch halten, ob wir andere Expertenmeinungen dagegen einholen, das ist ja unsere Sache. Unsere Arbeit ist dadurch in keiner Weise beeinträchtigt gewesen. Insofern halte ich es für eine sterile Polemik, die da gegen die Regierung vorgebracht worden ist.	K. 1.1
<i>I: Abgesehen jetzt von der ‚Message Control‘, es sind ja auch sehr direkte Angriffe dokumentiert, beispielsweise Armin Wolf in diversen Interviewsituationen. Wie beurteilen Sie die Intensität und die Qualität dahinter? Ist das häufiger geworden oder war das immer so?</i> T.G.: Also vonseiten der FPÖ war das immer so. Es hat nur die FPÖ als Oppositionspartei ein anderes Gewicht gehabt als später in der Regierung. Und dadurch, dass sie in der Regierung sich angreifbarer gemacht haben, waren die Angriffe wahrscheinlich auch heftiger. Also das mit Armin Wolf, an so etwas kann ich mich davor nicht erinnern. Das war schon eine Steigerung der Aggression.	K. 1.1 K. 1.5
Ich kann mich allerdings auch erinnern, vorher noch, das war noch unter Schwarz-Rot, wie etwa Erwin Pröll über Armin Wolf hergefallen ist, wie der sein Abschiedsinterview mit ihm geführt hat, hauptsächlich über die Stiftung – was ihn gekränkt hat, weil er eigentlich über seine Verdienste hätte reden wollen. Das war auch nicht von schlechten Eltern.	K. 1.8
Allerdings nicht so tief wie die FPÖ-Angriffe, die wirklich übel waren. Aber ich glaube die stärkere Wahrnehmung kam eben daher, dass jetzt Regierungsfunktionäre gesprochen haben und nicht Oppositionspolitiker, von denen man diesen Ton allerdings gewohnt war. Der Ton hat sich nicht wirklich geändert.	K. 1.1 K. 1.3
<i>I: Jetzt war es auch so, dass gewisse Medien mit Inseraten gefüttert wurden, andere bekamen keine. Dazu sind die Eigentümer-Verhältnisse der ‚Krone‘ viel diskutiert worden mit René Benko. Ist das problematisch?</i> T.G.: Wie sich Benko auswirkt, das wissen wir noch nicht. Er hat ja nicht die Mehrheit. Das kann sich eigentlich noch nicht auswirken, außer in gewisser Besorgnis im Hause Dichand, die ich nachvollziehen kann, weil man nicht weiß, was noch dazukommen kann, wie sich andere Eigentümer verhalten werden, ob er irgendwann mal die Mehrheit bekommen kann. Derzeit kann sich’s nicht unmittelbar auswirken. (...) Was war die erste Frage?	K. 1.1
<i>I: Eben zu den Inseraten.</i> T.G.: „Ja das mit den Inseraten finde ich auch lustig. Inserate, die Verteilung der Inserate, hat uns als Bundesländerzeitung, größte Bundesländerzeitung, ja immer schon geärgert.	K. 1.1 K. 1.3
Die waren auch unter Rot-Schwarz – wenn ich mich erinnere, wie die Stadt Wien oder wie die SPÖ die Wiener Boulevardmedien gefüttert hat mit einem Verhältnis zu allen anderen – das war immer schon ein Ärgernis und ist jetzt nicht ein größeres Ärgernis geworden.	K. 1.1 K. 1.8
Es hat sich auch nicht viel verändert, weil jetzt auch die ÖVP, dann auch die FPÖ Wiener Boulevardmedien exzessiv gefördert haben, wie sie in der Regierung waren. Es scheint damit zu tun zu haben, dass man einfach die Wiener Wählerschaft und das Potential in der Großstadt halt einfach höher veranschlagt, als die schwerer zu erreichenden Wählerklientel in den Bundesländern. Ist natürlich auch teurer dann, wenn man in allen Zeitungen Inserate streuen muss. Es ist irgendwie nachvollziehbar, dass man es so macht. Schön war es früher nicht und schön war es nachher auch nicht. Aber auch da sehe ich jetzt keine neue Qualität, was den Versuch betrifft zu gängeln, einzugreifen. Das ist immer schon passiert. <i>I: Weil Sie die Qualität angesprochen haben. Sehen Sie eine neue Qualität darin, dass diskutiert wurde und wird, die ORF-Gebühren abzuschaffen und quasi von der Regierung abhängig zu machen?</i> T.G.: Ja, das ist eine neue Qualität. Die Idee halte ich überhaupt nicht für gut. Es ist eindeutig eine Idee der FPÖ, weil das natürlich dazu führen würde, dass eine nicht unbeträchtliche Summe den Leuten bliebe. Was die Wählerschaft nicht sieht, ist, dass das Geld halt dann anderswoher, auch von ihnen kommend, zum ORF gehen müsste. Also es	K. 1.1 K. 1.3 K. 1.5

ist ein Nullsummenspiel für den Wähler. Aber es schaut gut aus. ‚Wir ersparen euch die Gebühren. Das ist uns als Partei zuzurechnen.‘ Und deswegen setzt man sich dafür ein. Für die Unabhängigkeit des Staatsrundfunks, des staatlichen Rundfunks, ist das überhaupt nicht erstrebenswert. Natürlich ist eine fixe Gebühr, auch wenn der Staat die Höhe festsetzt, ist es trotzdem besser, diesen Betrag einfach direkt von den Nutzern zu bekommen und nicht durch Parlamentsbeschluss von politischen Mehrheiten mehr oder weniger zugewiesen zu bekommen. Das halte ich für problematisch, weil die Erpressbarkeit einfach dann größer ist.	
<i>I: Würden Sie diese Absicht als Angriff auf die Demokratie werten?</i> T.G.: Angriff auf die Demokratie ist ein zu großes Wort. Ein Angriff auf den ORF – das ist es schon. Ja, es ist ein Angriff auf den ORF, den man versuchen muss, abzuwehren. Bisher hat die ÖVP eher auch nicht – ist die ÖVP darauf nicht eingegangen, hat sich bedeckt gehalten. Aber ich hoffe, dass sie da nicht mitgehen wird, dass es dafür keine Mehrheit gibt, für eine Abschaffung.	K. 1.1
<i>I: Jetzt haben Sie vorhin gesagt, dass unter der neuen Regierung, also unter der Übergangsregierung gerade sozusagen eine Pause herrscht. Wie waren wirklich die konkreten Probleme im Berufsalltag. Ist es schwerer geworden, an Informationen zu kommen durch die ‚Message Control‘?</i> T.G.: Nein, das habe ich nicht gesagt. Es ist gezielt informiert worden im Sinne der Regierung. Die haben einfach eine sehr präzise und punktgenaue Information der Medien gemacht. Da war sehr viel Denkarbeit dahinter. Das war genau geplant. Im Wochenrhythmus sind die Geschichten einzelnen Medien zugeteilt worden. Die haben genau gewusst welche Geschichte wer kriegen soll und so. Das war sehr intelligent gemacht. Das muss man einfach sagen. Und was wir nicht mehr machen konnten, war, dass man sozusagen durch einen Anruf beim anderen Regierungspartner eine abweichende Meinung bekommt. Also diese Geschichten, die wir generiert haben durch den Dissens innerhalb einer Regierungskoalition, die hat es nicht mehr gegeben. Man konnte bei der FPÖ anrufen, es war wurscht. Die sind nicht abgewichen von der gemeinsamen Meinung. Ich halte das nicht unbedingt für einen Nachteil. Das waren ja auch keine besonders nachhaltigen Geschichten. Wir haben einfach nur durch unsere Berichterstattung noch einmal den Eindruck verstärkt, die sind sich nicht einig. Das hat die Regierung damit verhindert. Ich glaube nicht, dass SPÖ und ÖVP uns vorher weniger verheimlicht hat. Das hat sich, glaube ich, nicht geändert. Die innere Abstimmung war anders und besser.	K. 1.3
<i>I: Haben Sie auch Erfahrungen gemacht mit Interventionen – auch generell, nicht nur unter Türkis-Blau?</i> T.G.: Also ich bin ja in der politischen Redaktion in Wien und ich kann mich erinnern, dass das vor der Wahl, als die ÖVP der kleinere Partner in der Koalition war, stärker war. Da war der Gerald Fleischmann für direkten Kontakt mit den Journalisten zuständig. Und der hat schon sehr oft sehr direkt reagiert. Der war allerdings auch gut im Nehmen. Also man konnte sich auch zur Wehr setzen da. Aber das war anders als bei anderen Parteien ein sehr intensiver Austausch. Und das ist anders geworden nach der Regierungsbildung – irgendwie konzilianter. Das hat vielleicht mit dem Wechsel zu tun zwischen Fleischmann und Frischmann. Der Kollege Frischmann ist einfach ein sehr konzilianter, höflicher Mensch. Nicht, dass der Fleischmann das nicht auch wäre. Der Fleischmann ist mehr ein zupackender, sehr impulsiver Pressemann gewesen. Frischmann ist wie gesagt konzilianter und war mehr auf die positive Vermittlung von Geschichten (). Also von dem habe ich eigentlich nie irgendeine, einen rüden Rüffel bekommen. Das war vorher stärker. Aber da war einfach eine angriffige Truppe, die einfach was werden wollte oder was erreichen wollte, was sie nicht hatten. Dann waren sie an der Macht sozusagen und haben wirklich den Ton geändert. Ich weiß nicht, wie der Kollege Jungwirth, unser Innenpolitik-Chef, der da noch näher dran ist, wie der das beschreiben würde, ob der das auch so empfindet. Die haben vielleicht mehr mit ihm kommuniziert. Aber dass sie über die Chefredaktion direkt versucht hätten zu intervenieren, könnte ich jetzt nicht sagen. Man müsste den Hubert Patterer fragen, ob es über Graz da aus versucht worden ist. Aber	K. 1.3 K.3.1 K.3.3

dann müsste ich es indirekt wieder zu hören bekommen haben. Ich glaube, dass die da zu intelligent sind. Ich rede jetzt nur von der ÖVP, weil die FPÖ überhaupt schweigt. Die FPÖ hat nicht kommuniziert mit Medien. Ich weiß nicht, wie das andere beschreiben. Aber das Desinteresse an direktem Kontakt mit Medien ist sehr ausgeprägt bei der FPÖ. Die sind auch schwer erreichbar gewesen, die Pressesprecher, haben alle Kollegen eigentlich erzählt von unserer Zeitung. Dass es nicht so einfach ist, da wen zu einer Auskunft zu kriegen. Höflich und so, alles das, aber nicht offensiv. Weil sich die FPÖ sehr stark auf ihre eigenen Medien gesetzt hat – von Anfang an.	
Die haben ihr Fernsehen aufgebaut und sie haben auf Facebook gebaut und auf direkte Kommunikationskanäle gesetzt und waren daher auch eher zögerlich bei Interviews.	K. 2.5
Das schaut natürlich auch schlecht aus gegenüber den Lesern, wenn man dann einfach mehr Interviews mit anderen hat, als mit der FPÖ. Aber zum Beispiel die Sozialministerin zum Interview zu bringen, das hat Monate gedauert. Das war einfach ganz schwierig, weil sie es eigentlich nicht wollte.“	K. 1.3
<i>I: Wird das auch thematisiert, dass man sich darum bemüht, aber ...?</i> T.G.: Nein, das haben wir nicht kommuniziert. Das ist dann schon ein feindseliger Akt, wenn man das tut. Also wenn man dann irgendwann einmal schreibt: ‚Sie werden sich vielleicht gewundert haben, dass wir schon lange kein Interview mehr hatten. Aber es geht nicht.‘ Das haben wir nicht getan. Aber immer in der Hoffnung, dass es halt doch zustande kommt.	K. 1.9
<i>I: Grundsätzlich, weil wir vorher schon von der ‚Message Control‘ gesprochen haben, es waren ja unzählige PR-Mitarbeiter in den Ministerien, alleine um die 50 im Innenministerium – ebenso im Bundeskanzleramt. Ist das Ungleichgewicht im Verhältnis zu den Redaktionen größer geworden?</i> T.G.: Ich habe diese Zahl gelesen. Mir wäre es jetzt in der Arbeit nicht aufgefallen, weil die Ansprechpartner immer die gleichen waren. Und das war eine überschaubare Anzahl von Leuten, die jetzt nicht aufgebläht worden ist mit der Regierungsübernahme. Die müssen im Hintergrund tätig geworden sein. Was das gebracht haben soll, das wäre einmal eine eigene Evaluierung. Ich habe keine Ahnung, ob das wirklich sinnvoll war, die alle zu haben. Vielleicht war das stark auf Social Media ausgerichtet. Das kann sein. Ich weiß es nicht.	K. 2.1
<i>I: Weil Sie angesprochen haben, dass die FPÖ mit FPÖ TV und ihren Facebook-Kanälen nicht mehr so abhängig sind von Medien – ist der Stellenwert des Journalismus in Österreich generell gesunken?</i> T.G.: Sagen wir, wir haben Konkurrenz bekommen, die es nicht gab vorher und deren Auswirkungen wir zu spüren bekommen und die nach wie vor im Wachsen ist. Diese Konkurrenz ist einfach sozusagen erstens die direkte Vernetzung der Menschen untereinander, die sich sozusagen ihre Informationen auch sonst wo suchen können. Die zum Teil durch Algorithmen gesteuert dann in sogenannten Blasen dann sich gegenseitig selbst bestärken. Das reduziert natürlich den Einfluss von gedruckten Medien, aber auch Fernsehen, weil wir nicht mehr sozusagen die Deutungshoheit haben. Ich finde das an und für sich gut, weil es uns zwingt, uns selbst infrage zu stellen – stärker als bisher – und uns auch mehr Kritik entgegenkommt, die wiederum uns zwingt, über unsere Arbeit nachzudenken, ein bisschen vom hohen Ross herunterzusteigen, weil wir ja auch die Wahrheit nicht gepachtet haben. Zugleich aber kriegen wir eine neue Funktion, die wir vorher zwar hatten, die aber nicht so im Mittelpunkt gestanden ist:	K. 2.5
Dass wir aus den gleichwertig daherkommenden Informationspartikeln dann irgendwie eine Auswahl treffen. Ich habe das Gefühl, dass die Leute immer mehr das Bedürfnis haben nach einer Vorsortierung sozusagen. Wenn sie das Gefühl kriegen, wir tun das parteilich, dann werden sie uns zum Teufel schicken. Wenn wir das Gefühl vermitteln können, dass wir versuchen, das nach bestem Wissen und Gewissen zu gewichten, dann kann das eine echt hilfreiche Funktion sein. Je dichter das Gestöber wird, umso größer wird das Bedürfnis werden, dass das jemand reduziert. Und wer soll das machen als Leute wie wir, die halt berufsmäßig sich das alles anschauen und versuchen, sich einen Reim	K. 1.7 K. 4.2

darauf zu machen. Aber nur: Wenn man ältere Zeitung anschaut, dieses wie von der Kanzel gepredigte, Leitartikel und so, das geht einfach nicht mehr. Dafür sind die Leute viel zu sehr informiert noch bevor sie überhaupt ein Medium in der Hand gehabt haben. Also man muss einfach alles, was man sagt und zu Papier bringt, zweimal auf die Waage legen.	
<i>I: Was würden Sie sagen, wie ist es ganz allgemein um die kritische Berichterstattung in Österreich bestellt? Weil wir über die ‚Message Control‘ gesprochen haben, da geht es ja darum, was man daraus macht.</i> T.G.: Ich sehe die Hauptgefährdung nicht in der ‚Message Control‘ oder in irgendetwas, was die Regierung tut. Die Hauptgefährdung ist, dass die Zeit knapp wird. Und das hat damit zu tun, dass wir zwar viele Leute sind, aber dass der Aufwand, den wir treiben müssen, um alle Kanäle zu bespielen, die heutzutage ein Medium zu bespielen hat, wahnsinnig personalintensiv ist und wir dadurch das was eigentlich notwendig wäre, dass man sich wirklich intensiv und auch mehrere Tage lang vergraben kann in eine Geschichte mit Datenjournalismus oder mit Hintergrundrecherche, dass das schwieriger geworden ist. Ich glaube, es ist eher schwieriger geworden, als es früher war. Weil eben so vieles an Arbeit dazugekommen ist. Es sind schon Leute dazugekommen. Ich glaube, dass in jedem Medienhaus mehr Leute arbeiten heute als noch vor 20 Jahren oder so. Aber die Arbeit ist in einem Unverhältnis mehr geworden. Das macht's ein bisschen kurzatmiger, unseren Umgang mit den Fragen, mit den Geschichten.	K. 2.1 K. 2.2
Letzten Endes ist es ein Ressourcenproblem, ja. Mehr als die Frage der ‚Message Control‘ oder der Aufblähung des Apparats in einer Regierung. Das ist keine Ausrede. Wir müssen schon selber schauen.	K. 2.1
<i>I: Hat der Journalismus in Österreich ein Vertrauensproblem?</i> T.G.: So allgemein – der Journalismus hatte ein Vertrauensproblem 2015. Das war ja ein Riesenthema. Das haben wir auch offensiv thematisiert. Weil viele Leute das Gefühl gehabt haben in dieser Flüchtlingswelle, dass wir die Themen, die sie interessiert haben, die sie gesehen haben, Gefährdungen, Kontrollverlust an der Grenze und wie soll das weitergehen an der Grenze, Veränderungen und so, dass das nicht in der Zeitung zu lesen war und auch nicht im Fernsehen zu sehen war. Zum Beispiel waren das diese Geschichten, die erzählen uns immer: die kleinen Kinder und die Frauen und in Wirklichkeit kommen hauptsächlich junge Männer und so. Damals haben wir ein <u>riesiges</u> Vertrauensproblem bekommen. Wir mussten dann reagieren, indem wir auch zugestehen mussten, dass es richtig war, dass der Einwand richtig war. Er kam manchmal schrill und übertrieben und scharf daher, aber ganz falsch war er nicht. Es haben eigentlich alle ihre Konsequenzen daraus gezogen bis hin zu den Parteien. Noch viel später hat es dann die Parteienlandschaft auch erreicht. Die Verschiebungen innerhalb der Mehrheitsverhältnisse in dem Land haben ja auch damit zu tun und darauf beruhend der politische Vertrauensverlust. Aber uns hat es zuerst getroffen, weil wir ja sofort unmittelbar reagieren mussten und mit diesen Themen umgehen mussten. Ich hoffe wir haben die Botschaft gehört und darauf reagiert. Darüber hinausgehenden Vertrauensverlust, das könnte ich jetzt nicht sagen – in dieser Frage kann man es jedenfalls festmachen. Da war es eine echte Krise. <i>I: Würden Sie sagen, dass das noch nachwirkt?</i> T.G.: Ja es wirkt nach. Insofern als wir – ich kann es jetzt nur für mich sagen – mich das schon nachdenklich gemacht hat, wie sehr man (...) darauf achten muss, nicht zu sehr in seinem Redaktionszimmer zu übersehen, was sich verändert im Land. Also wir sind natürlich stärker als früher noch an unseren Geräten und weniger draußen. Und solche Stimmungsumschwünge oder auch Kritik an uns als Meinungsmacher früher und schneller, wacher wahrzunehmen und damit umzugehen. Das habe ich damals gelernt. Es war inzwischen kein ähnlich gravierender Vorfall mehr, aber die Gefährdung, in der wir stehen als Gruppe oder Kaste, die ist damals schon sehr sichtbar geworden und zwar durchgehend. Da war überhaupt keine Ausnahme. Alle Zeitungen waren davon betroffen und auch das Fernsehen. <i>I: Das heißt es hat eine Selbstreflexion eingesetzt?</i>	K. 2.4

T.G.: Unbedingt. Ist auch thematisiert worden in Beiträgen und Leitartikeln und so	
<i>I: Würde es helfen, hier transparenter zu agieren bzw. hat das auch eingesetzt?</i> T.G.: Ja. Ob das eingesetzt hat, weiß ich nicht. Das möchte ich bezweifeln, ob wir da hinreichend reagiert haben.	K. 3.5
Aber Transparenz – was könnte Transparenz heißen? Dass wir (...) darüber auch schreiben, warum wir was machen zum Beispiel. Etwa in Leitartikeln auch erklärend oder in Hauspost. Wir haben so ein Element, Hauspost, wo wir einfach über die Linie der Zeitung oder über redaktionelle Entscheidungen sprechen. Wir haben auch eine Morgenpost, nennt sich das. Ein E-Mail-Dienst, den die Chefredaktion jeden Tag verschickt. Wir sind so ein Rad von sechs Leuten aus der Chefredaktion, die jeden Tag in der Früh so ein E-Mail schreibt und wir bemühen uns, immer wieder auch zu thematisieren, warum wir was in der Zeitung gemacht haben. Wir haben 10.000 Abonnenten. Das ist jetzt nur ein Bruchteil der Abonnenten, die die Zeitung hat. Aber das sind ja auch nicht wenige. Und hat ein gutes Feedback. Ich glaube vielleicht auch deswegen, weil es ein Bedürfnis gibt danach, zu erfahren was hinter den Kulissen passiert. Dann haben wir noch so eine Art Presserat. Es ist das falsche Wort. Aber es ist aus unserem Leserparlament. Also wir haben Leser eingeladen, zu uns zu kommen und mit ihnen zu diskutieren – auch über die Zeitung. Sie konnten ihre Einwände machen und wir konnten reagieren auf das, was von ihnen an Fundamentalkritik kommt. In wiederholten Begegnungen. Das hat sich über ein Jahr hingezogen und es war sehr fruchtbar. <i>I: Was war der größte Kritikpunkt?</i> T.G.: Ich war leider nicht eingebunden. Da bin ich die falsche Person.	K. 4.4
<i>I: Ganz grundsätzlich: Wie ist es in Österreich um die Medienkompetenz bestellt?</i> T.G.: Bei den Nutzern oder bei den Machern? <i>I: Bei den Nutzern.</i> T.G.: Was wäre Medienkompetenz? In der Schule gibt es nichts dergleichen. Gab es nie.	K. 4.1
Gab auch nur ganz bruchstückhafte politische Bildung. Ich glaube, dass man ein Gymnasium verlassen kann, ohne zu wissen, wie das Parlament ein Gesetz erstellt oder nach welchem System in Österreich gewählt wird. Das ist jetzt eine Unterstellung. Aber ich fürchte, dass das nicht mal in einer allgemein höher bildenden Schule vermittelt wird.	K. 4.5
Da fängt es schon an. Medienkompetenz war nie ein Thema. Es war vielleicht auch nicht so wichtig früher. Jetzt mit den ganzen Social Medias wäre es äußerst wichtig, da eine Unterscheidung zu treffen oder in der Schule zu thematisieren, wie sind Quellen zu beurteilen. Das hat es ja nicht gegeben vorher. Die Quelle war die ‚Kleine Zeitung‘ und entweder hat man das Gefühl, denen kann man vertrauen über die Jahrzehnte, weil es die Zeitung halt schon immer zuhause gegeben hat – das war jetzt nicht so eine Momentercheinung wie jetzt, wo man ununterbrochen mit Informationen konfrontiert ist, deren Quelle man nicht kennt und auch nicht nachvollziehen kann, nicht überprüfen kann. Das ist <u>viel</u> , viel schwieriger geworden für den Einzelnen, sich da zurechtzufinden. Und da zu helfen Schülern oder Schüler aufzuklären, warum das überhaupt zustande kommt, warum sie diese Nachricht auf ihrem Feed kriegt und warum andere nicht und wie ein Algorithmus funktioniert und was das für Folge hat. Das sind so wichtige Sachen, die erst jetzt Fragestellungen geworden sind. Und wenn man ein bewusstes und kritisches Denken von jungen Leuten fördern und ermöglichen möchte, dann muss das in der Schule passieren. Wo denn sonst? Die Eltern können es ja selber nicht. Also ich könnte niemandem erklären, warum daraus wie etwas zustande kommt. Wir hatten jetzt das Beispiel ‚Strache – kann nicht mehr auf seinen Account zugreifen‘. Da habe ich auch wieder viel gelernt. Dass man da Facebook bezahlen kann, damit die User generieren und Likes und so. Das muss man alles wissen. Wenn man es nicht weiß, glaubt man, ‚wow, der hat 800.000 und die Hälfte davon in Deutschland‘. Dass das aber künstlich generiert ist auch und dass man auch <u>Traffic</u> simulieren kann, das relativiert alles so. Also den äußeren Schein, von dem lässt man sich leicht blenden, wenn man nicht weiß, wie die Abläufe dahinter sind. Die sind so komplex, den kennt man auch nicht, den Algorithmus. Das ist ja auch ein Geheimnis der Firma. Aber wenigstens wissen, dass es ihn gibt und dass er manipulativ ist, wenn die Kinder erfahren in der Schule, wäre das extrem wichtig. Ich finde	K. 2.5 K. 4.1 K. 4.3

das ist ein Riesenthema.	
<i>I: Kann der Journalismus da einen Beitrag leisten oder ist da ausschließlich die Politik gefordert im Bildungswesen?</i> T.G.: Nein, kann der Journalismus auch. Also wir haben heute eine Doppelseite gemacht über diese Strache-Geschichte und dass er den direkten Zugriff nicht mehr hat. Und da haben wir eben das auch erklärt mit der Kaufbarkeit, dass man gegen Geld da auch eingreifen kann. Natürlich ist das auch unsere Aufgabe. Das Problem ist aber das Gleiche, dass auch bei uns die Zahl derer, die wirklich kompetent sind in diesen Fragen, auch relativ überschaubar ist.	K. 4.2
Also anzuerkennen, dass Facebook ein Medium ist und nicht nur eine Träger-Plattform, die für nichts verantwortlich ist. Das ist eine Ungleichbehandlung, die durch nichts zu rechtfertigen ist. Wir sind auch dafür verantwortlich. Wir sind für die Postings unserer Nutzer verantwortlich und wir können dafür zur Rechenschaft gezogen werden, wenn da wer irgendein neonazistisches oder sonst wie strafbares Ding, beleidigende Dinge, postet. Das müssen wir eliminieren und wenn wir es nicht tun, sind wir strafbar. Facebook lernt das jetzt langsam. Aber das ist natürlich extrem schwierig, wenn man denkt, dass das ein weltweiter Konzern ist in vielen Sprachen. Also die Aufgabe ist um ein Vielfaches komplexer als das für eine Zeitung zu machen oder für ein Newsportal. Aber rauslassen kann man diese Firma nicht. Das geht nicht. Das ungleich zu behandeln, ist durch nichts zu rechtfertigen.	K. 2.5 K. 4.5
Also wir sind auf Facebook und versuchen, unsere Geschichten auch dort zu lancieren. Das funktioniert auch ganz gut. Natürlich kommt immer wieder der Vorwurf, dass wir uns selbst kannibalisieren, weil wir es sozusagen dem Fremden anbieten, da unsere Inhalte präsentieren. Es ist nur jetzt schon so, dass wir auch die Dinge, die auf Facebook gepostet sind, hinter die Paywall geben können. Das war ursprünglich nicht möglich. Das ist jetzt möglich. Und insofern ist der Kannibalisierungsvorwurf jetzt nicht mehr gegeben. Aber ich glaube auch, dass man es nützen muss. Es ist selbstschädigend, wenn man es nicht täte.	K. 2.5
<i>I: Kleiner Themensprung, weil ich es vorher ausgelassen habe aber auf das Medienpublikum bezogen: Im Ibiza-Video war ja auch das Thema, wie man sich der ‚Kronen Zeitung‘ bedienen könnte. Tage später ist es eigentlich nicht mehr darum gegangen, sondern wer das Video in Auftrag gegeben hat. Ist die Bevölkerung desensibilisiert oder gleichgültig was den Umgang mit Medien betrifft?</i> T.G.: Hat es keinen Aufschrei gegeben? Wie hätte man den wahrnehmen sollen? Ich glaube, dass die Empörung ziemlich groß war. Dass Heinz-Christian Strache sofort gemerkt hat, er muss jetzt zurücktreten, das glaube ich nicht. Der Rücktritt war nur möglich, weil er gemerkt hat, dass das Entsetzen – auch beim eigenen Klientel – so groß war, dass das nicht mehr durchzudrucken ist. Er hat auch lange gebraucht letzten Endes bis er es dann wirklich gemacht hat. Also Einsicht war es nicht. Er ist eher der Gewalt gewichen dessen, was er ausgelöst hat. Also ich glaube nicht, dass es keinen Aufschrei gegeben hat. Also wie hätte er sich artikulieren sollen? Wie? Außer dass die Leute am Stammtisch oder zuhause sagen ‚ist ja ein Wahnsinn.‘ Das merkt man nicht. Ich glaube schon, dass das ziemlich irritierend war für die meisten Leute, auch Freiheitliche. <i>I: Die Frage deshalb, weil mittlerweile fast nur noch darüber geredet wird, wer das Video in Auftrag gegeben hat.</i> T.G.: Das stimmt ja. Das hätten sie gerne. Das ist die übliche freiheitliche Strategie, dass man angreift, wenn man angegriffen wird. Das haben sie mit großem Geschick und auch mit Erfolg gemacht. Es ist dann – zumindest am Anfang waren beide Fragen da. Einerseits war das Video und zugleich war die Frage, wer es gemacht hat und dass das auch kriminell ist. Es hat sicher einen Teil der Leute überzeugt. Sonst hätten sie ja nicht so abgestimmt wie sie abgestimmt haben bei der Europawahl. Und wenn jetzt in Umfragen die FPÖ 20 Prozent hat, deutet das daraufhin, dass diese Abwehrstrategie gewissen Erfolg hat. Aber die ist jetzt nicht neu. Das haben sie immer gemacht. Das ist eine alte Taktik. Und: In dem Fall kommt ihnen zugute, dass das natürlich eine relevante Frage ist. Wer hat das gemacht? Warum hat er es gemacht? Was stehen da für Interessen dahinter? Das interessiert mich auch sehr. Ich glaube nur, dass es überhaupt nichts an der Brisanz	K. 1.9

dessen ändern würde, was er gesagt hat dort. Diese Verquickung war nicht legitim, zu sagen: ‚Wenn ihr erst einmal die sieben Stunden gesehen habt und wenn ihr erst mal wissen werdet, wer das gemacht hat und warum‘ – dann wird sich gar nichts ändern. Dann bleibt trotzdem das, was er gesagt hat, als solches stehen. Also es ist eine zweite Geschichte, die vielleicht andere in ein schlechtes Licht rückt. Aber er bleibt im schlechten Licht stehen. <i>I: Da er auch gesagt hat, ein ‚Mediensystem wie beim Orban‘ wäre erstrebenswert. Hat Sie das in der Deutlichkeit überrascht?</i> T.G.: Das ist überhaupt was mich am meisten überrascht hat – die Deutlichkeit. Das Besondere an dem Video ist ja die Deutlichkeit.	
Dass jemand sich das wünscht, die ‚Kronen Zeitung‘ zu besitzen, das kann ich mir schon vorstellen. Aber dass es jemand so sagt, in dieser vollkommen ungeschützten, derben Übergriffigkeit, das hat mich schon überrascht, ja. Noch dazu nachdem er gewusst hat oder geahnt hat, dass da irgendwas faul ist an der Geschichte, verstehe ich es nicht. <i>I: Hat Sie die Tatsache überrascht, dass man sich hier ‚ein Mediensystem wie beim Orban‘ wünscht oder alleine die Deutlichkeit der Aussagen?</i> T.G.: Naja, die FPÖ hat eigentlich nie einen Hehl daraus gemacht, dass sie den Orban fantastisch finden. Putin auch. Also es hat uns ja immer irritiert an der FPÖ die Nähe zu Leuten, die ein eher problematisches Verhältnis haben zu unabhängigen Medien und zu einem Pluralismus, einem Parteienpluralismus. Das ist bei Putin extrem, bei Orban ist es eingeschränkt, weil Parteienpluralismus dort noch stärker ist. Dass das das Ziel ist, so ganz verborgen haben sie es ja nicht, die Freiheitlichen.	K. 1.3
<i>I: Glauben Sie, dass das Ibiza-Video und die Folgen nachhaltig etwas verändert haben? Zum Beispiel hat die ‚Kronen Zeitung‘ am Tag darauf die ORF-Gebühren verteidigt. Aber hat sich das auch nachhaltig verändert?</i> T.G.: Das hat viel verändert. Wenn man die ‚Kronen Zeitung‘ heute liest und damals, hat sich einiges nachhaltig verändert. Nicht nur die ORF-Gebühren, auch die Haltung gegenüber der FPÖ ist zumindest einmal abgekühlt. (...) Zuletzt Jeannée über Hofer. Der hat jetzt mit Ibiza gar nichts zu tun gehabt und trotzdem hat er einen äußerst kühlen Kommentar über ihn geschrieben und so. Also da hat sich was verändert.	K. 1.1
Es hat sich wahnsinnig viel verändert. Es ist eine Regierung gestürzt worden. Das ist ja ein unglaubliches Ereignis, dass eine Veröffentlichung in einem ausländischen Medium eine solche Folge hat. Das finde ich schon sehr beachtlich. Und wie es jetzt weitergeht, ist vollkommen offen. Das wird ziemlich starke Veränderungen in der Zusammensetzung des Parlaments geben. Was will man noch mehr an Veränderungen?	K. 1.9
Es gibt eine hohe Aufmerksamkeit für die Frage der Eigentümerstruktur bei der ‚Kronen Zeitung‘. Das war vorher eher für Medieninsider interessant. Jetzt – die ganze Benko-Geschichte erscheint nach dem Ibiza-Video auch ein bisschen in einem anderen Licht. Man weiß ja nicht, woher da die Mittel gekommen sind. (...) Ich glaube, dass das bis jetzt schon dramatische Veränderungen nach sich gezogen hat. Alles, was wir jetzt erleben, hätten wir nicht erlebt sonst. Es wäre einfach so weitergegangen wie bisher.	K. 1.1 K. 1.3
Was ich noch vorher noch sagen wollte, weil wir immer von Fake News reden. Wieder ein anderes Thema. Ich weiß nicht, ob das das größte Problem ist mit Fake News. Ich glaube, das größte Problem ist die selektive Wahrnehmung. Vieles ist ja nicht falsch, es ist nur einseitig. Es verweigert, die Kanäle oder die Nachrichten, die wir als problematisch empfinden, verweigern radikal die Sicht des anderen einzubeziehen. Das ist rein der eigene Blickwinkel. Und <u>das</u> ist das, was unangenehm daran ist und was gefährlich daran ist. Und was eigentlich die Aufgabe von Medien ist, das aufzubrechen und mehr Perspektiven hineinzubringen als die eigene. Und das müssen noch nicht Fake News sein. Es kann nur einfach durch die Selektion der immergleichen Perspektive oder des gleichen Typs von Nachrichten insgesamt eine Verzerrung entstehen, die dann fake ist im Vergleich zur Wirklichkeit, zur komplexeren Wirklichkeit, aber nicht falsch im Detail. Das halte ich für viel gefährlicher.	K. 2.5
Und natürlich ist jedes Medium in Gefahr, der Eintrübung eines Blicks. Aber dadurch, dass	K. 2.5

es so viele sind, die gemeinsam an einem Produkt arbeiten, ist die Selbstkorrektur noch größer, als wenn sozusagen eine eingeschworene Gruppe von Leuten, die eh schon immer das Gleiche denken, immer wieder sozusagen noch draufdoppeln auf das eh schon Einseitige. Das halte ich für die eigentliche Gefahr.	K. 2.6
Alles, was mitreflektiert, auch eigene blinde Flecken oder die Tatsache, dass jeder Mensch blinde Flecke hat und dass man auch die eigenen mitbedenkt und auch einmal zugibt, dass man was übersehen hat, dass das äußerst vertrauensstiftend ist. Weil eh jeder weiß, dass es so ist. Wenn das dann einer, der den Nimbus hat, dass er eh alles besser weiß, ein Journalist halt, wenn der dann sagt ‚ich weiß, dass ich nicht alles weiß und ich weiß, dass ich blinde Flecken habe‘, dann erhöht das die Vertrauenswürdigkeit. Mehr kann er ja nicht behaupten zu tun, als dass er sich bemüht, die komplexe Gesamtsituation zu sehen. Er kann sie ja nicht sehen. Niemand kann das.	K. 2.4 K. 4.2
Ich habe die Erfahrung, wir haben so eine Rubrik des Chefredakteurs, also Fragen an den Chefredakteur und der Chefredakteur antwortet. Und wenn man da einen Fehler zugibt oder einfach nur sagt, das war unverzeihlich oder falsch und soll nicht wieder vorkommen, dass das gut ankommt, weil die Leute das Gefühl haben, dort sind auch Menschen unterwegs, die sich bemühen und halt einmal scheitern. Aber die halten sich nicht für was Besseres oder für unfehlbar. Das ist das Letzte. Also wenn wir so daherkommen mit dieser Attitüde ‚ich erklär euch die Welt‘, das geht nicht mehr. Das ist vorbei. Gott sei Dank. <i>I: Fällt dann das Feedback dementsprechend positiv aus?</i> T.G.: Ja, immer. Es ist dann sofort die Aggression auch aus der Gegenüberstellung draußen. Weil wenn Leute uns kritisieren, ist das oft sehr scharf. Wenn man dann anruft oder zurückschreibt, ist schon die nächste Antwort in einem ganz anderen Ton, weil sie es nicht erwarten, dass man antwortet und schon gar nicht, dass man eingeht auf das, was sie sagen. Das ist ja, offenbar haben sie erstens das Gefühl, dass wir uns sowieso für das Nonplusultra halten und das unserer nicht würdig ist, auf so etwas einzugehen. Also wir haben ein schlechtes Image offenbar als Journalisten, so als Gruppe, in dieser Hinsicht. Und wenn wir das dann nicht erfüllen, wenn wir dann anders drauf reagieren, nämlich normal darauf eingehen, das kommt irrsinnig gut an.	K. 2.2 K. 4.4

Textstelle – Interview 8	Kategorie
Man muss hier unterscheiden. Wir erleben in Österreich derzeit keinen Angriff auf die Pressefreiheit, wie man ihn in der Türkei erlebt oder wie man ihn vielleicht in autoritären Staaten erlebt. Das wäre eine Übertreibung. Wir haben in Österreich eine freie Presselandschaft. Jeder kann schreiben was er will, solange er sich an die Kautelen des Mediengesetzes hält. Da sehe ich kein Problem. Das, was wir erleben, ist zweierlei:	K. 1.1
Auf der einen Seite bauen die politischen Parteien sehr stark Medienkanäle auf – wenn Sie so wollen Parteimedien – auf Facebook, auf Instagram, auf Youtube bzw. auf Plattformen wie ‚Unzensuriert‘ und bespielen über diese Medien die Bevölkerung.	K. 1.1 K. 2.5
Und über diese Medien werden natürlich auch sauber recherchierte journalistische Produkte angegriffen, diskreditiert und sehr oft auch Journalisten ins Sperrfeuer genommen. Es kommt sehr oft vor, dass Journalisten persönlich attackiert werden, dass sie als Krieger dargestellt werden, die gegen eine Partei kämpfen, als würde sich die Presse im Kampf gegen eine Partei befinden. Die Diskreditierung des Journalismus findet auf eine viel subtilere und geschicktere Art statt. Das ist das eine.	K. 1.5 K. 2.5
Das zweite ist Frage der finanziellen Gängelung. Medien, die kritisch berichten – ich spreche jetzt von unserem Medium, dem ‚Falter‘. Wir haben von der Regierung einfach keine Inserate mehr bekommen. Es sind einfach große Etats zusammengestrichen worden und zu Boulevardmedien oder auch zu Parteimedien oder parteinahen Medien, zum Teil auch zu rechtsextremen Medien verlagert worden. Das heißt, man versucht hier auch, finanzielle Hebel anzusetzen.	K. 1.3 K. 1.5 K. 2.1
Und die dritte Ebene ist auf der Ebene der Pressesprecher. Also auf der direkten Kommunikation mit Journalistinnen und Journalisten, wo – ich erinnere an den	K. 1.3 K. 1.5

sogenannten Kickl-Erlass – deutlich ausgesprochen wird, dass man Journalisten, die kritisch sind, die Information zum spätest möglichen Zeitpunkt geben kann, während man anderen Medien Zuckerln gibt. Also dieser sogenannte Zuckerl-Journalismus, in dem Medien gefüttert werden, wenn sie sich brav verhalten. So wie ein Hündchen, dem man ein Leckerli gibt, wenn er brav apportiert.	
Das zusammen führt dazu, dass sich in Österreich kein besonders kritischer – der Regierung kritischer – Journalismus herausbildet, sondern im Gegenteil: dass eigentlich sogar in der journalistischen Branche jene Medien, die harte, investigative Arbeit machen, verspottet werden als ‚Opposition des Landes‘ oder es heißt wir würden als eigene Partei kandidieren. Also es gibt immer wieder Häme und Spott. Das ist insgesamt keine gute Entwicklung.	K. 1.1 K. 2.2 K. 3.4
<i>I: Jetzt heißt es, dass es schon immer Angriffe und Interventionsversuche gegeben hat. Ist der Professionalisierungsgrad heute einfach ein höherer?</i> F.K.: Natürlich ist es schneller geworden. Es ist undurchsichtiger geworden, weil jede Partei über einen Partei-Account sehr schnell etwas rausschießen kann. Man kann sehr schnell verwirren. Es entstehen Troll-Armeen und Twitter-Battles. Es gibt immer wieder Accounts von Leuten, wo man nicht weiß, wer die eigentlich sind, die Stimmung machen. Ich würde sagen die Methoden sind einfach viel schneller und härter geworden und in gewisser Weise auch brutaler. Das ist natürlich besorgniserregend, weil die Wähler da nicht mehr wirklich durchblicken. Es werden Facts berichtet und als Fake titulierte und umgekehrt werden Fakes zu Facts.	K. 2.5
<i>I: Die Parteien haben heute ihre eigenen Kanäle auf Facebook und Co, dazu eigene Medien wie FPÖ-TV oder ‚Unzensuriert‘. Auf der anderen Seite steht da aber auch ein großer PR-Stab. Wie kann der Journalismus mit dieser Situation umgehen?</i> F.K.: Er muss versuchen, seine eigenen Inhalte auf eine moderne Art und Weise über die Rampe zu bringen. Es wird nicht reichen, recherchiertes Material nur auf Papier zu drucken. Man wird natürlich auch jene Kanäle und jene Foren suchen müssen, in denen sich die Menschen ihre Meinung bilden.	K. 4.2
Das ist natürlich sehr leicht gesagt, weil dort eine Gratiskultur herrscht und es sehr schwierig ist, dieser Gratiskultur Einhalt zu gebieten, weil natürlich recherchierter Journalismus Geld kostet. Aber ich glaube, Journalisten müssen einfach beginnen, ihre Produkte besser zu transportieren, auch schnell zu sein, auch überzeugend zu argumentieren, transparent zu sein, dem Publikum zu sagen, woher man Information hat, unter welchen Bedingungen die Information zur Verfügung gestellt wurde.	K. 2.1 K. 4.2
<i>I: Jetzt steht all dem gegenüber, dass die Redaktionen immer mehr ausgedünnt werden. Hat der Journalismus ein Ressourcenproblem?</i> F.K.: Selbstverständlich. Dazu kommt, wie wenig die Leute bereits sind, für Information zu bezahlen. Auf der anderen Seite sehen wir, dass Qualitätsmedien durchaus wieder hohe Abonnentenzahlen verzeichnen. Ich kann wieder nur über meine Zeitung reden, aber wir haben enorme Zuwächse.	K. 2.1
Wenn Sie die New York Times nehmen und die Washington Post – es gibt da schon eine Gegenbewegung zum sogenannten Trump-Effekt. Ich glaube unterm Strich, dass die Menschen immer ein Bedürfnis haben werden, oder ein Teil der Menschheit immer ein Bedürfnis haben wird, sich akribisch zu informieren. Ich würde jetzt nicht nur das Klagelied schwingen.	K. 1.7
Aber die Medien müssen lernen, ihre Informationen ordentlich zu verpacken. <i>I: Jetzt ist das Thema Pressefreiheit gerade wieder sehr aktuell. Fehlt es aber innerhalb der Branche an Solidarität?</i> F.K.: Solidarität nicht. Ich würde sagen, die Journalisten müssen sich nicht gegenseitig das Händchen halten. Wichtig ist, dass man gemeinsam für Pressefreiheit eintritt. Ich erwarte nicht, dass Kollegen von mir meine Artikel gut finden. Aber ich würde sagen, dass doch die Presse für ihre Freiheit kämpfen soll, so wie die Anwälte für das Recht auf Verteidigung kämpfen müssen oder wie die Ärzte für das Ärztegeheimnis kämpfen müssen. Da muss man verflucht aufpassen, dass man sich nicht von der Politik auseinanderdividieren lässt	K. 4.2

und am Ende die Pressefreiheit vor die Hunde geht oder Journalisten, die ihre Arbeit eigentlich nur ordentlich machen, diskreditiert werden. Da muss man sich wehren und da muss man auch hin und wieder Klartext sprechen.	
<i>I: Die Konstruktion des Feindbildes Journalist – welche Effekte ergeben sich daraus?</i> F.K.: „Das weiß ich nicht. Ich glaube, dass die Journalisten einerseits sehr viel genauer arbeiten werden. Es werden manche feiger sein und sich nicht trauen, aber genau kann ich das nicht sagen. Das wäre reine Spekulation.“	K. 2.3
<i>I: Wenn Sie von Ihrer persönlichen Arbeit ausgehen, hatten Sie da schon mal die Schere im Kopf oder Ähnliches?</i> F.K.: Nein. Ich kann mir vorstellen, dass das bei manchen Medien so sein kann, die wirklich angewiesen sind auf das tägliche Business. Aber bei uns ist eigentlich das Gegenteil der Fall: Wir werden dann noch genauer und noch akribischer. Bei uns hat das keinen negativen Effekt.	K. 3.4
<i>I: Ist in Österreich die Distanz zwischen Politikern und Journalisten eine zu geringe?</i> F.K.: Das ist eine sehr schwierige Frage. Das kommt auf die Partei an, das kommt auf die Kollegen an. Generell würde ich sagen, es ist sicher anders als in Deutschland. Das hängt damit zusammen, dass wir nur eine große Stadt haben, in der Medien residieren, eventuell noch Graz. Aber in Deutschland haben Sie Berlin, München, Hamburg, Köln. Da gibt es große Medienstädte. Da gibt es eine sehr viel breitere Sphäre. Bei uns ist das alles viel dörflicher und natürlich kennen sich die Leute auch lange. Dadurch hat das auch manchmal etwas Unernstes fast schon. Das heißt nicht, dass man schmähebefreit sein soll, aber dass man doch wichtige politische Fragen oft schon mit etwas Schmähe wegdrückt anstatt sie ordentlich zu untersuchen.	K. 2.6
<i>I: Hat der Journalismus in Österreich ein Glaubwürdigkeitsproblem?</i> F.K.: Das ist eine sehr pauschale Frage. Das kommt darauf an, was man mit Journalismus meint. Wenn ich den Herrn Fellner nehme, würde ich ihn nicht vergleichen mit einem Leitartikel des ‚Standard‘-Chefredakteurs. Aber es ist beides Journalismus. Das Mittagsjournal in Ö1 hat sicher kein Glaubwürdigkeitsproblem. Der OE24-Quatschtalk hat ein Glaubwürdigkeitsproblem. Das ist zu pauschal.	K. 2.4
<i>I: Wenn wir jetzt von seriösem Journalismus sprechen, der recherchiert, Meinungen einholt, mit Checks und Re-Checks arbeitet – hier wurde wie Sie schon angesprochen haben, der Versuch unternommen, diesen zu diskreditieren. Hat das Wirkung gezeigt?</i> F.K.: Das glaube ich schon. Ich glaube, dass das ständige Wiederholen der ‚Lügenpresse‘ oder ‚die Mainstream-Medien‘, dass man ‚die Wahrheit nicht mehr sagen darf‘ oder ‚das wird man wohl noch sagen dürfen‘ und ‚die Medien verschweigen etwas‘ – also diese ständige Walze.	K. 1.1 K. 2.5 K. 3.4
Sebastian Kurz hat kürzlich gesagt, die veröffentlichte Meinung und die öffentliche Meinung fallen auseinander. Dieses ständige Unterschieben, die Medien würden nur in einer Blase leben. Natürlich führt das zu einer Unterwanderung der Glaubwürdigkeit. Das ist den Politikern natürlich recht, weil sie wollen, dass man ihre eigenen Medien liest, die nicht Journalismus transportieren, sondern Parteipropaganda. Das ist natürlich den Politikern lieber, dass wir das lesen und nicht die sorgfältig recherchierten Berichte in der Tageszeitung oder im Fernsehen oder im Radio.	K. 1.5 K. 1.6 K. 2.4
<i>I: Fehlt es diesbezüglich auf der Rezipientenseite an Medienkompetenz?</i> F.K.: Das weiß ich nicht. Ich glaube, es gibt einen Prozentsatz an politisch interessierten Menschen. Die sich kritisch informieren, würde ich bei zehn Prozent ansetzen. Es gibt eine große Masse von Menschen, denen Politik völlig egal ist, die auch keine Medien konsumieren – zumindest nicht bewusst, sondern sich einfach berieseln lassen.	K. 4.1
Ich glaube, dass die Älteren momentan eher ein Problem haben mit dieser rasanten Digitalisierung des Nachrichtengeschäftes. Die nicht zurechtkommen, mit all den sozialen Plattformen. Ich glaube, dass die Jüngeren oft besser orientiert sind.“	K. 2.5
<i>I: Glauben Sie, dass Journalismus einen Beitrag leisten kann, Medienkompetenz zu vermitteln oder ist das Aufgabe der Politik und der politischen Bildung?</i> F.K.: Beides. Natürlich muss es in den Schulen anfangen, dass Kinder lernen zu	K. 4.3

unterscheiden, was ist eine glaubwürdige Quelle, was ist ein journalistischer Bericht und was ist Propaganda. Das kann man lernen, indem man schaut, ob es da offene Quellen gibt, wer da eigentlich zu mir spricht und in welcher Absicht.	
Aber es ist natürlich auch die Aufgabe der Medien, dem Publikum zu erklären, wie es zu einem Bericht gekommen ist. Warum man den Bericht so geschrieben hat. Wie haben wir das überprüft. Haben wir das überhaupt überprüft. Natürlich ist das auch eine Aufgabe der Medien, das zu machen. Es ist beiderseitig.“	K. 4.2
<i>I: Das heißt man könnte mit Transparenz Abhilfe schaffen?</i> F.K.: Natürlich. Warum ist Wikipedia so erfolgreich? Weil man nachlesen kann, wie die Fakten gecheckt wurden, die da drinstehen. Ich kann jedes Faktum, das umstritten ist, auf einer Hinterbühne, wenn ich umschalte in den Diskursraum von Wikipedia, sehen – was umstritten ist und was nicht. Dadurch kommt the best obtainable version of the truth zustande. Also das Gegenteil von Facebook.	K. 4.2 K. 4.4

II. Abstract

Die Kernfrage, die der gesamten Arbeit zugrunde liegt lautet: Wie ist es um die Pressefreiheit in Österreich bestellt. Die letzten zwei Jahre, besonders die Zeit der ÖVP-FPÖ-Regierung gaben Anlass zur Sorge. Wer regelmäßig Zeitung liest oder die Nachrichten verfolgt, konnte sich der Wahrnehmung nicht verwehren, dass sich die Schlagzahl und die Intensität der Attacken auf Medien und Journalist_innen erhöht hatten. Als im April dieses Jahres die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ den aktuellen „Press Freedom Index“ veröffentlichte, war der Beschluss für die vorliegende Arbeit gefasst. Nach einer ersten genaueren Betrachtung der Situation wurde das Forschungsvorhaben konzipiert. Dabei war schnell klar, dass Leitfadeninterviews mit österreichischen Journalist_innen geführt werden sollen, da es die Journalist_innen sind, die die Kontroll- und Informationsfunktion für die Gesellschaft wahrnehmen. Aktuelle Forschungen und Standpunkte fanden ebenfalls Eingang in die abschließende Betrachtung. Neben der Einschätzung der Situation der Pressefreiheit sollten auch deren Auswirkungen auf die journalistische Arbeit selbst sowie Lösungsansätze im Umgang mit der Problematik erarbeitet werden. Die Situation der Pressefreiheit in Österreich wird grundsätzlich positiv bewertet. Jeder kann schreiben was er möchte. Es gibt jedoch Versuche, die Pressefreiheit einzuschränken. Die Methoden dahinter sind vielseitig. Einerseits gibt es Versuche der finanziellen Einflussnahme in Form von Inseratenvergaben. Eine zweite Ebene ist die der direkten Kommunikation. Die dritte Ebene spielt sich auf den Sozialen Medien ab. Der Journalismus hat Möglichkeiten, sich zur Wehr zu setzen. Er muss sie jedoch nutzen. Das ist zuweilen nicht der Fall. Er ist aber auch auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Deshalb müssen rasch zukunftstaugliche Finanzierungsmodelle entwickelt werden, die die Zukunft einer unabhängigen Berichterstattung in Österreich gewährleisten.

The key question of this master's thesis is: How's the situation of the press freedom in Austria. The last two years, especially the time of the ÖVP-FPÖ government gave cause for concern. Those who regularly read the newspapers or follow the news on TV recognized the increasing number and intensity of attacks on media and journalists. When „Reporters Without Borders“ published the „ Press Freedom Index 2019“ the decision for this work was made. After a first analyse of the situation the project was defined. Since journalists are fulfilling the functions of controlling and passing criticism on politics and society, they were interviewed on their insights and experiences. The analyse also includes recent researches and current positions. In addition to the evaluation of the situation of the freedom of the press, their effects on the journalistic work itself as well as solutions to dealing with the problem should be worked out. The situation of freedom of the press in Austria is generally rated as positive. Everyone has the possibility to write what they want. However, there are attempts to restrict the freedom of the press. The methods behind it are versatile. They appear in form of advertisements. A second level is the direct communication. The third level takes place on the social media. The good news is, journalism has opportunities to defend itself. But he has to use it. That is sometimes not the case. But journalism also depends on financial support. Therefore, future-proof financing models must be developed in order to ensure the future of independent reporting in Austria.